



62. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 24. Mai 2007

Mitteilungen der Präsidentin6971

1 Aktuelle Stunde
Ausbau der Kinderbetreuung sichern –
Rechtsanspruch jetzt verbindlich einführen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4377.....6971

Hannelore Kraft (SPD)6971
Thomas Jarzombek (CDU).....6973
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)6974
Christian Lindner (FDP).....6976
Minister Armin Laschet.....6978
6986
Wolfgang Jörg (SPD)6980
Marie-Theres Kastner (CDU)6981
Andrea Asch (GRÜNE)6983
Ralf Witzel (FDP).....6985
Britta Altenkamp (SPD)6988
Andrea Milz (CDU)6989

2 Teilhabe gewährleisten – Konsequenzen
aus der Sozialberichterstattung ziehen

Unterrichtung
durch die Landesregierung.....6989

Minister Karl-Josef Laumann.....6990
7012
Norbert Killewald (SPD)6994
Rudolf Henke (CDU)6997
Barbara Steffens (GRÜNE).....6999
Dr. Stefan Romberg (FDP).....7002
Günter Garbrecht (SPD).....7005
Oskar Burkert (CDU)7008
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)7010

3 Hartz IV – Kinder brauchen mehr

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4330..... 7014

Barbara Steffens (GRÜNE) 7014
Walter Kern (CDU)..... 7016
Heike Gebhard (SPD)..... 7018
Dr. Stefan Romberg (FDP) 7020
Minister Karl-Josef Laumann..... 7021
Elisabeth Veldhues (SPD) 7023
Bernhard Tenhumberg (CDU) 7024
Sigrid Beer (GRÜNE)..... 7025

Ergebnis..... 7026

4 Gründung der ersten Gemeinschaftsschule
Nordrhein-Westfalens in Horstmar und
Schöppingen ermöglichen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4351..... 7026

Ute Schäfer (SPD) 7026
Klaus Kaiser (CDU) 7028
Sigrid Beer (GRÜNE)..... 7030
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 7032
Ministerin Barbara Sommer..... 7034
Wolfgang Große Brömer (SPD)..... 7035
Bernhard Recker (CDU) 7037
Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 7038
Ralf Witzel (FDP) 7039

Ergebnis..... 7040

5 „Älter werden – aktiv bleiben“ – Potenziale
älterer Menschen erkennen und aktivieren

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/4243.....7040

Ursula Doppmeier (CDU)7040
Christian Lindner (FDP).....7042
Elisabeth Koschorreck (SPD).....7043
Andrea Asch (GRÜNE)7045
Minister Armin Laschet.....7046

Ergebnis.....7049

6 Befreiung von der Rundfunkgebühr für Geringverdienende erleichtern

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4346.....7049

Wolfram Kuschke (SPD)7049
7057
Oliver Keymis (GRÜNE).....7051
Lothar Hegemann (CDU)7052
7058
Ralf Witzel (FDP).....7052
Minister Michael Breuer.....7055
7059
Günter Garbrecht (SPD).....7055
Barbara Steffens (GRÜNE).....7056
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)7059

Ergebnis.....7060
Siehe auch Anlage7093

7 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2774

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft,
Mittelstand und Energie
Drucksache 14/4356

zweite Lesung.....7060

Josef Hovenjürgen (CDU)7060
7068
Markus Töns (SPD).....7061
Horst Becker (GRÜNE)7062

7069
Holger Ellerbrock (FDP)7064
Minister Oliver Wittke.....7065
Thomas Eiskirch (SPD)7066
Ralf Witzel (FDP)7070

Ergebnis.....7071

8 Strukturpolitik für das Bergische Städtedreieck

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4348.....7071

Thomas Eiskirch (SPD)7071
Horst Westkämper (CDU).....7073
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)7074
Dr. Robert Orth (FDP)7076
Minister Oliver Wittke.....7077
7084
Wolfram Kuschke (SPD).....7080
Bodo Löttgen (CDU)7082
Dietmar Brockes (FDP)7083

Ergebnis.....7084

9 Fördern statt strafen – Kinder- und Jugendgewalt wirksam begegnen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4353.....7085

Andrea Asch (GRÜNE).....7085
Jürgen Hollstein (CDU).....7086
Ingrid Hack (SPD).....7087
Dr. Robert Orth (FDP)7089
Ministerin Barbara Sommer.....7089

Ergebnis.....7091

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
(ab 18:00 Uhr)
Minister Armin Laschet
(ab 17:00 Uhr)
Minister Dr. Helmut Linssen
Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart
(ab 19:15 Uhr)

Ministerin Christa Thoben
(ab 14:00 Uhr)
Minister Eckhard Uhlenberg

Dr. Stefan Berger (CDU)
(bis 11:00 Uhr)
Dr. Wilhelm Droste (CDU)
Wilfried Grunendahl (CDU)
Dr. Gerd Hachen (CDU)
(ab 13:00 Uhr)
Heinrich Kemper (CDU)
(bis 13:00 Uhr)
Rita Klöpper (CDU)
(bis 11:00 Uhr)
Ursula Monheim (CDU)
(bis 14:00 Uhr)
Michael Solf (CDU)
Hendrik Wüst (CDU)

Margret Gottschlich (SPD)
(bis 13:00 Uhr)
Inge Howe (SPD)
Annegret Krauskopf (SPD)
Cornelia Ruhkemper (SPD)
(bis 16:00 Uhr)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)

Beginn: 10:02

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, ich heiße Sie recht herzlich willkommen zu unserer heutigen, 62. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **17 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Heute feiern wieder drei Mitglieder dieses Hauses **Geburtstag**: Herr Oskar Burkert wird 56 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch, Oskar!

(Allgemeiner Beifall)

Theo Kruse wird heute 59 Jahre alt. Auch ihm herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Lutz Lienenkämper hat heute seinen 38. Geburtstag. Ihm ebenfalls herzliche Glückwünsche!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Aktuelle Stunde
Ausbau der Kinderbetreuung sichern –
Rechtsanspruch jetzt verbindlich einführen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4377

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 21. Mai gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Frau Kraft das Wort. Bitte schön.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aktuelle Stunde zum Thema Kinderbetreuung, ein wichtiges Thema, das seit Wochen, seit Monaten im öffentlichen Fokus steht. Die Probleme liegen auf der Hand: Wir haben zu wenige Kinder in unserem Land. Unsere Geburtenrate ist auch im Vergleich zu anderen europäischen Staaten schlecht. Dies hat fatale Auswirkungen auf die Sozialsysteme. Es birgt auch nicht unerhebliche Gefahren für den

Arbeitsmarkt, und zwar für den heutigen und noch mehr für den zukünftigen Arbeitsmarkt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Politik hat jetzt die Aufgabe, die richtigen Anreize zu setzen. Im Hinblick auf die Entscheidungen der zukünftigen Eltern geht es dabei nicht darum, zu bevormunden, sondern es geht darum, eine Wahlfreiheit sicherzustellen. Das ist der entscheidende Schritt. Erst dann, wenn Betreuungsstrukturen in ausreichender Zahl und in ausreichender Qualität vorhanden sind, erst dann gibt es eine wirkliche Wahlfreiheit für Eltern, wie sie die Betreuung organisieren wollen, ob sie Familie und Beruf verbinden wollen. Das sind die Fragen, die sie erst dann wirklich frei entscheiden können.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die SPD fährt hier einen klaren Kurs. Für uns ist wichtig: Schluss mit den Tappschritten! Siebenmeilenstiefel müssen angezogen werden!

Wir haben einen Beschluss zum Elterngeld gefasst. Wir haben als SPD in unseren Bremer Beschlüssen im Januar sehr deutlich dargestellt: Die Finanzierung von Betreuungsangeboten, die Infrastruktur muss Vorrang haben und hat Vorrang vor direkten Finanztransfers.

(Beifall von der SPD)

Wichtig für uns als SPD ist: Wir wollen einen Rechtsanspruch. Wir haben das in Bremen schon formuliert. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab eins, das heißt, nach dem ersten Geburtstag.

Ganz eindeutig ist auch – hier sind wir ebenso klar positioniert –: Wir wollen Beitragsfreiheit. Wir wissen, dass das schrittweise realisierbar ist.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Schrittweise, Herr Lindner. Sie wollen es doch auch, haben Sie irgendwann einmal erzählt. Wir wollen Beitragsfreiheit. Das, was Rheinland-Pfalz gestern beschlossen hat, nämlich Beitragsfreiheit bis zum Jahre 2010, ist die richtige Entscheidung. Andere Bundesländer werden dieser folgen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir haben als SPD in der Großen Koalition zwei wesentliche Punkte durchgesetzt; darauf sind wir stolz.

Erstens: Es wird den Rechtsanspruch geben – anders als wir es gewollt haben, nicht schon 2010, sondern erst 2013. Mehr war mit der CDU/CSU nicht herauszuholen.

Der zweite Punkt: Der Bund wird sich am Aufbau der Infrastruktur beteiligen, und zwar nicht nur am Aufbau von Gebäuden und Einrichtungen, sondern auch beim Betrieb der Einrichtungen. Wir wissen, die Kommunen können das nicht leisten und schon gar nicht in Nordrhein-Westfalen, wo ihnen diese Landesregierung die Finanzmittel dauernd zusammenkürzt. Das ist nicht machbar.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ein Drittel ist im Moment die Quote, die aus den Koalitionsgesprächen herausgekommen ist. Ich sage deutlich: Das ist uns zu wenig. Ich hoffe darauf, dass sich der Bund noch mehr beteiligen kann.

Klar ist für uns: Dies ist ausdrücklich keine Diskriminierung von Frauen und Familien, die sich entscheiden, ihre kleinen Kinder zu Hause zu betreuen. Es ist ganz im Gegenteil der Wegfall der bestehenden Diskriminierung für die, die sich entscheiden, Familie und Beruf zu verbinden. Das ist der richtige Weg.

(Beifall von der SPD)

Der Ministerpräsident unseres Landes koppelt NRW vom familienpolitischen Zug in Deutschland ab.

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU)

– Ja! – Tage vor der Entscheidung kann ich einem Beitrag im „Focus“ vom 14. Mai 2007 entnehmen – es geht um den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, Zieldatum 2013, ich zitiere –: „Das wird nichts, das wäre auch falsch“, erklärt Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers.

Herr Laschet, Sie haben sich mehrfach ähnlich geäußert. Hier wird klar, wo die nordrhein-westfälische CDU steht. Ich hoffe, dass Sie umkehren, und ich hoffe, dass Sie auf den richtigen Weg kommen.

(Beifall von der SPD)

Ich hoffe heute auch auf die Klärung der Frage, ob Sie wie der Kollege Stoiber in Bayern das Betreuungsgeld wollen. Das ist eine Frage, bei der es darum geht, was eigentlich die Rolle des Staates ist. Darauf kommen wir in den Diskussionen hier immer wieder zurück. Wir, die SPD, wollen einen vorsorgenden Sozialstaat. Wir wollen allen Kindern alle Chancen geben – und das gesetzlich verankert, Herr Laschet, nicht nur in warmen Worten. Das Betreuungsgeld ist der falsche Weg.

(Beifall von der SPD)

Schauen wir uns das einmal aus Sicht der Kinder an. Es geht doch um die Kinder. Sehen wir einmal genau hin. Kinder aus Migrantenfamilien – und nicht nur die, wie wir wissen – brauchen Chancen auf frühzeitige Sprachkontakte. Ein Betreuungsgeld quasi als Prämie dafür, dass die Kinder zu Hause bleiben, und das Zahlen von Gebühren, wenn man sie hinschickt – das hat eine zweifach fatale Wirkung. Das ist integrationspolitisch falsch, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall von der SPD)

Oder schauen wir uns die Kinder aus sozial schwachen Familien an. Sie brauchen häufig frühzeitig mehr Anreize – auch das wissen wir –, damit sie später ihre Chancen wahrnehmen und Bildung überhaupt noch aufnehmen können. Auch hier ist die Prämie, diesmal aus sozialpolitischer Sicht, falsch. Es kommt hinzu – das wissen wir doch –, dass das Geld – also Transferleistungen oder direkte Zahlungen – häufig gar nicht bei den Kindern ankommt.

Sie dienen nicht dem Wohl der Kinder. Kehren Sie um! Rücken Sie ab vom Betreuungsgeld. Das ist sozialpolitisch der falsche Ansatz.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, auch das möchte ich deutlich sagen: Es ist auch frauenpolitisch falsch, denn nur eine echte und ehrlich gemeinte Wahlfreiheit ist die Voraussetzung für eine wirkliche Gleichberechtigung.

Zum Schluss: Für uns Sozialdemokraten ist auch das völlig eindeutig: Ein finanzieller Ausgleich, eine Prämie, wie sie jetzt angedacht ist – das ist die nächste Kopfpauschale, die uns ins Haus steht –, ist sozial nicht gerecht. Es kann nicht sein, dass die Millionärsgattin den gleichen Betrag bekommt wie die Kassiererin bei Aldi. Das widerspricht sozialer Gerechtigkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Letzter Satz. Für uns ist völlig klar – ich bin gespannt auf Ihre Positionierung –: Ein solches Betreuungsgeld ist nicht vereinbart worden. Es ist ein Prüfauftrag vereinbart worden. Mit der SPD wird es ein solches Betreuungsgeld nicht geben. – Schönen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kraft. – Für die CDU spricht jetzt Herr Jarzombek.

Thomas Jarzombek^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Kraft, es ist mir eine besondere Freude, dass gerade Sie heute das Thema der Kinderbetreuung in unserem Land auf die Tagesordnung haben setzen lassen.

(Ralf Jäger [SPD]: Wer denn sonst? – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Ihre Aufregung zeigt, wie sensibel Sie an dieser Stelle sind. Sie haben nämlich gerade den Eindruck erweckt, dass wir diese Politik 39 Jahre lang in Nordrhein-Westfalen betrieben haben.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wo leben Sie denn? – Weitere Zurufe von der SPD)

Ihre Reflexe sind simpel und vorhersehbar. So ist das hier. Sie hatten 39 Jahre lang Zeit, etwas zu tun. Ich sage Ihnen, Sie haben zwei ...

(Unruhe – Glocke)

– Also, die argumentative Auseinandersetzung ist nicht Ihre Stärke, wie ich heute Morgen feststelle.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben noch kein Argument gebracht! Kommen Sie zum Thema!)

Meine Damen und Herren, Sie haben in dieser Zeit zwei Dinge erreicht. Sie haben zum einen erreicht, dass wir mit der Betreuungsquote von 2,8 %, die Sie uns vor zwei Jahren hinterlassen haben, am unteren Ende der Rangliste in der Bundesrepublik lagen.

(Beifall von der CDU)

Damit haben Sie die Mütter in diesem Lande im Stich gelassen.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist totaler Unfug!)

Sie haben noch etwas erreicht, nämlich dass den Kindern in den Kindergärten keine Bildung vermittelt wurde.

(Beifall von der CDU)

Sie haben auch die Kinder im Stich gelassen, denn das, was in den Kindertagesstätten in diesem Land bisher gelaufen ist, beruht auf dem Engagement einzelner Erzieherinnen.

(Zuruf von der SPD: Das ist nicht wirklich Ihr Ernst!)

Aber eine Bildungskonzeption, so etwas, wie es in unserem neuen Kinderbildungsgesetz steht, haben Sie nicht entworfen. Sie haben die Kinder im

Stich gelassen. Zwei Punkte also: eine Betreuungsquote von 2,8 % und die Tatsache, dass Sie die Kinder im Stich gelassen haben.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das schreckt die Menschen ja ab!)

Frau Kraft, dass Sie das bis heute nicht verstanden haben, zeigen der Antrag und Ihre Begründung für diese Aktuelle Stunde. Im Titel Ihres Antrags sprechen Sie nämlich erneut alleine von der Kinderbetreuung, nicht aber von der Kinderbildung. Das heißt, dass Sie bis heute nicht verstanden haben, dass es an dieser Stelle auch auf die Qualität und auf die Inhalte ankommt.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Sie offerieren uns hier heute eine Debatte, bei der ich mich frage, was sie eigentlich im Landtag von Nordrhein-Westfalen zu suchen hat.

(Zurufe von der SPD)

Aber ich habe versucht, das zu verstehen. Ich sage Ihnen das Ergebnis: Die SPD scheint mit ihrer eigenen Bundestagsfraktion unzufrieden zu sein. Ich lese Ihnen einfach etwas aus Ihrer Begründung für diese Aktuelle Stunde vor:

„Der ... Versuch des bayrischen Ministerpräsidenten, ... den Rechtsanspruch und das Betreuungsgeld miteinander zu verknüpfen, schadet dem Ausbau der Kinderbetreuung ...“

Am Ende schreiben Sie Folgendes:

„Vor diesem Hintergrund ist die ... Landesregierung aufgefordert, sich hinter den Koalitionsbeschluss der Bundesregierung zu stellen und diese bei der Umsetzung ... zu unterstützen.“

Das machen wir gerne. Ich lese Ihnen einmal aus dem Berliner Koalitionsbeschluss vor – Zitat –:

Ab 2013 soll für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung eingeführt werden.

(Beifall von der CDU)

So lautet der Text, da ist keine Prüfung erwähnt. Was genau wollen Sie eigentlich heute von uns? Wollen Sie, dass wir Ihre SPD-Bundestagsfraktion kritisieren oder maßregeln? Wenn Sie das wollen, können wir das gerne tun. Das wird aber an dieser Stelle nicht viel helfen. Frau Kraft, mit dem, was Sie hier veranstalten, werden Sie den gleichen Erfolg erzielen, den Sie beim Kohlesockel erreicht haben, oder den gleichen Erfolg, den Sie bei Ihrer Kandidatur für den stellvertretenden Parteivorsitz erreichen – oder auch nicht. Denn die

SPD Nordrhein-Westfalen hat bei ihrer Bundespartei kein Standing. Das wird auch hier deutlich.

(Beifall von CDU und FDP – Heiterkeit von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie leben in einer komischen Welt! Wie viele Minister der Bundesregierung stellt Nordrhein-Westfalen?)

Was ich bei Ihnen bewundernswert finde: Sie können hier die ganze Zeit debattieren, ohne dabei zu argumentieren. Das schafft nicht jeder in diesem Land.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer argumentiert hier nicht? – Unruhe)

So einfach sieht diese Welt aus. Sie versuchen heute, uns eine Debatte vorzuführen und sich als die Partei darzustellen, die etwas für die Kinder in diesem Land leistet. Dafür hatten Sie doch so viel Zeit, und es ist hierzu überhaupt nichts passiert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Kommen Sie zur aktuellen Thematik!)

Wenn wir jetzt Kritik üben und Wünsche äußern sollen, können wir auch sagen: Erstmals geben wir im Rahmen des Kinderbildungsgesetzes 1 Milliarde € für die Kinder in diesem Lande aus,

(Rainer Schmeltzer [SPD] und Britta Altenkamp [SPD]: Wann?)

und das soll jetzt der Bund tragen. All die vielen Präsente für die Kommunen soll der Bund tragen. – Das tun wir nicht. Wir machen unsere Arbeit, und wir verankern erstmalig Qualität in der Kinderbetreuung, damit sie zur Kinderbildung wird.

Das, Frau Kraft, lässt sich nicht damit vereinbaren, die Kindergärten beitragsfrei zu stellen. Denn der beitragsfreie Kindergarten wird nur eines erreichen: Wir müssen Kosten drücken, Kosten drücken, Kosten drücken.

(Zurufe von der SPD: Aah!)

Damit wird erneut weder Qualität noch eine Bildungskonzeption erreicht. Statt kompetente Erzieherinnen vorzuhalten, die die Kinder inhaltlich gut weiterbringen können,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die kriegen sie heute schon nicht!)

wird wieder nur auf billig, auf einfach gemacht: ein Massenprodukt. Das ist nicht das, was das Land braucht. Wir brauchen Qualität für die Kinder. Wir müssen die Kinder schlauer machen. Wir müssen sie für den Wettbewerb rüsten. Das machen beispielsweise unsere Sprachtests.

(Zurufe von der SPD: Uih! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die sind das beste Beispiel! – Britta Altenkamp [SPD]: Phase 1 oder Phase 2?)

– Frau Altenkamp, schauen Sie sich doch das Ergebnis der Sprachtests an! Jedes zweite Kind mit Migrationshintergrund in Nordrhein-Westfalen schließt seine gesamte Schullaufbahn auf dem Stand eines Viertklässlers ab. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik – eine absolute Katastrophe!

(Beifall von CDU und FDP)

Das ändern wir. Wir machen verbindliche Sprachtests und verbindliche Sprachförderung. Wir vermitteln jetzt in den Kindergärten Inhalte.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Delfin!)

Damit das einen Sinn ergibt, definieren wir erstmalig Schnittstellen zu den Grundschulen,

(Britta Altenkamp [SPD]: Erstmals! – Zuruf von der SPD: Diese Schnittstellen fördern Unterrichtsausfall an den Grundschulen!)

damit das, was im Kindergarten beigebracht wird, in der ersten Klasse nicht wiederholt wird.

All diese Dinge hätten Sie tun können; aber Sie haben sie nicht getan. Deshalb, meine Damen und Herren von der Opposition, verzichten Sie auf Debatten über Themen, bei denen Sie deutlich gezeigt haben, dass Sie in diesem Land keine Kompetenz haben

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben Sie gerade für Ihre Fraktion bewiesen: deutlich keine Kompetenz!)

und deshalb zu Recht von den Menschen abgewählt worden sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Jarzombek. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Gegensatz zu Herrn Jarzombek freuen wir uns über diese Debatte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir finden es gut und richtig, dass heute darüber diskutiert wird, wie es in der Kindergarten- und Frühförderpolitik von Kindern weitergeht. Herr Jarzombek, mit Vergleichen und Bewertungen, wer was in Berlin zu melden hat, wäre ich an Ihrer Stelle sehr vorsichtig.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich wäre sehr vorsichtig, was Herr Rüttgers dort so durchsetzt. Meines Wissens hat die große NRW-CDU nach wie vor kein Mitglied im Bundeskabinett.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die SPD stellt immerhin drei Mitglieder, und wir arbeiten hart daran, damit das bei uns auch wieder anders aussieht.

Herr Jarzombek, vorab noch eine Bemerkung: Sie werden Herrn Witzel immer ähnlicher. Ehe sich das verfestigt, sollten Sie sich fragen, ob das in Ihrem Sinne ist und ob Sie das bezweckt haben.

(Heiterkeit und Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, wir können endlich einschätzen, wer bei der Kinderbetreuung wofür steht. Wir können auch einschätzen, ob den großen Worten der Berliner Großen Koalition nun auch große Taten folgen. Ich sage klipp und klar: Der angebliche Kompromiss, insbesondere was den Rechtsanspruch ab 2013 angeht, ist aus unserer Sicht kein Durchbruch – weder für die Kinder noch für die Eltern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass es darüber Streit gibt, das haben wir doch gerade schon gemerkt. Das ist aber erst in sechs Jahren. Insofern ist nach den vollmundigen Ankündigungen von Frau von der Leyen, es müsse in der Kinderbetreuung vorangehen, der Sturm im Wasserglas geendet. Und für die SPD – Frau Kraft hat es eingeräumt – ist der Rechtsanspruch 2013, den sie lieber heute als morgen eingeführt hätte, noch verdammt lange hin.

Wenn der Rechtsanspruch erst greifen soll, wenn die tatsächliche Betreuungsquote bei 35 % liegt – dazu ist mir das gleiche Bild eingefallen –, sind das Trippelschritte, wo eigentlich Siebenmeilenstiefel erforderlich wären.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, schon seinerzeit, als wir uns – Rot-Grün in Berlin – über das Tagesausbaubetreuungsgesetz geeinigt haben, wollten wir Grüne den Rechtsanspruch. Mit uns hätten Sie ihn schon damals haben können. Mit uns Grünen hätte es auch das Abschmelzen des Ehegattensplittings schon gegeben. Das ist nicht an den Grünen, sondern an der SPD gescheitert. Das gehört der Vollständigkeit halber dazu.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann gibt es noch die FDP. Ich bin gespannt, Herr Lindner, wann Sie mit der CDU den Rechtsanspruch in NRW durchsetzen. Beim KiBiz haben wir davon zumindest nichts gemerkt. Das wird Ihnen Frau Asch noch genauer darlegen. Wie die Eltern und Kommunen angesichts der Diskussion in Berlin die schwarz-gelbe Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen wahrnehmen, davon können wir alle ein Lied singen.

Kindergartenplätze werden abgebaut, Elternbeiträge steigen. Das ist die traurige Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Jetzt komme ich zur ideologisch auch so abgerüsteten Union. Da muss offensichtlich für den Ministerpräsidenten adé Stoiber nach all der Schmach beim Abschied aus der Politik offenbar noch eine Art süßes Zückerchen teuer genug erkaufte werden und alles ideologisch verbrämt mit vermeintlicher Wahlfreiheit. Dabei begünstigt unser Steuersystem doch schon heute, insbesondere das Ehegattensplitting, das Modell „Mann verdient viel, Frau besser gar nichts, bleibt also zu Hause“. Das ist der erste Grund gegen das Betreuungsgeld, weil es schon jetzt eine steuerliche Begünstigung eines bestimmten Familienmodells gibt, die wir Grünen überwinden wollen.

Zweitens: Uns kommt es bei der Schaffung von Krippenplätzen nicht nur darauf an, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, damit Frauen, Kinder und Karriere endlich unter einen Hut bekommen können. Nein, meine Damen und Herren, uns kommt es auch und besonders darauf an, Kindern früh die bestmögliche Bildung, Betreuung und Erziehung zu bieten, und zwar insbesondere denjenigen Kindern, die dies nicht in ihren Elternhäusern erfahren. Gerade für diese Kinder hat der Staat bzw. haben wir eine besondere Verantwortung, meine Damen und Herren. Das ist der Grund gegen das Betreuungsgeld.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Natürlich ist die Verlockung gerade für Eltern, die sich ohnehin schon nach der Decke strecken müssen oder die ihre Erziehungsverantwortung nicht so wahrnehmen, wie wir uns das wünschen, groß, sich für das Geld zu entscheiden, was dann im allgemeinen Familienbudget untergeht und nicht so bei den Kindern ankommt, wie das nötig wäre.

Ich habe mich gefreut, als ich Herrn Pflüger zu diesem Thema vorgestern im Radio habe sprechen hören, der das ganz genau so definiert hat, wie ich das hier sage.

Außerdem – Frau Kraft hat zu Recht darauf hingewiesen – beklagen wir heute, dass wir Weltmeister bei den Geldtransfers sind, aber dass das Ergebnis trotzdem nicht zufriedenstellend ist, meine Damen und Herren. Diese Problemlage nicht beiseitezuschieben und nicht auch zu sehen, dass wir die Kinder so früh wie möglich erreichen müssen, nicht zu erkennen, dass in etlichen Familien etwas richtig schief läuft, bis hin zur Anwendung von Gewalt und zur Verwahrlosung, und dafür blind zu sein, heißt für mich, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen.

Ich wiederhole: Das Aufdecken familiärer Gewalt wird durch solche Heim- und Herdprämien schwieriger. Herr Wüst – er ist heute nicht da, aber ich sage es trotzdem –, das ist kein geschmackloses Gleichsetzen von elterlicher Betreuung mit häuslicher Gewalt. – Ich frage mich wirklich, ob Herr Wüst das ernst gemeint hat oder ob er am Vatertag einfach zu lange mit dem Bolterwagen unterwegs war.

(Heiterkeit und Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vielleicht hat ja er Phantomschmerzen gehabt, das weiß ich nicht. Anders kann ich mir seine irrwitzige Auslegung meiner Argumentation nicht erklären. Nüchtern betrachtet passt sie auch nicht in die Logik mancher Entscheidung der Landesregierung. Wenn Sie der Auffassung sind – so habe ich zumindest Herrn Laschet verstanden –, dass die Familie nicht von alleine alles vernünftig regelt, wieso wird dann manches von Ihnen zur Pflicht gemacht, damit alle Elternhäuser erreicht werden? – Also, Herr Laschet, anstatt sich ständig an Frau Asch abzarbeiten, sollten Sie erst einmal in den eigenen Reihen Ihrem Nachwuchs die notwendige individuelle Förderung zukommen lassen, sprich: Aufklärung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, Bündnis 90/Die Grünen stehen in der Frage der Kinderbetreuung für einen zukunftsweisenden Ansatz. Die Kinder müssen im Mittelpunkt stehen. Es kommt darauf an, ihre Entwicklung zu fördern, ihre Bildungspotenziale zu erschließen und ein Aufwachsen in Gemeinschaft mit Gleichaltrigen zu schaffen. Es geht um das Recht der Kinder, aller Kinder, auf die beste Bildung, Betreuung und Erziehung. Auf den Anfang kommt es an.

All den konservativen Bedenkenträgern sei gesagt: Bei der Rede zum politischen Aschermittwoch der Kirchen hat Ministerin Schavan in Essen betont, dass genau dies, die Kinder in den Mittelpunkt zu stellen, echte Familienförderung sei.

Vor diesem Hintergrund haben wir Grünen auf unserem Länderrat in Bremen nicht nur den Rechtsanspruch beschlossen, sondern mit unserem Ansatz einer Kinderbetreuungskarte auch ein Finanzierungsinstrument vorgelegt. Meines Wissens nach ist das bisher das einzige, das angesichts der föderalen Strukturen zweierlei sichert: erstens, dass sich der Bund angemessen an den Kosten beteiligt, und zweitens, dass die Eltern gegenüber den Kommunen einen Rechtsanspruch bekommen, damit das Geld wirklich dort ankommt, wo es hingehört, nämlich in die Infrastruktur und in die Förderung der Kinder.

Das zeigt, meine Damen und Herren: Die Grünen sind gut aufgestellt. Die Grünen müssen wieder an die Regierung. Bremen ist erst der Anfang. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Löhrmann. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Gut sieben Jahre lang bin ich als Familienpolitiker im Landtag tätig. Deshalb möchte ich zu Beginn meines Beitrages etwas aufzeigen, was uns verbindet. In den vergangenen sieben Jahren hat Familienpolitik nicht immer diese Priorität genossen, die wir ihr heute über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg einräumen. Das ist richtig so, weil es ein wichtiges gesellschaftspolitisches Feld, möglicherweise das Zukunftsfeld der Politik schlechthin ist.

Wir alle haben gewiss noch im Ohr, was der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Blick auf Frauen- und Familienpolitik gesagt hat, wie seine Prioritätensetzung war. Für Gerhard Schröder war das „Gedöns“, wie wir uns noch gut erinnern. Das Schlimme war: Für Sie in Nordrhein-Westfalen war ausweislich der Ergebnisse Familienpolitik eben auch nur Gedöns.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist der Grund, warum wir in der Kinderbetreuung die rote Laterne hatten. 2,8 % Bedarfsdeckungsquote bei den unter Dreijährigen im Jahre 2005, lediglich 10.000 Plätze für über 450.000 Kinder im Alter von unter drei Jahren. Das, was Sie, Rote wie Grüne, heute an Schleiertänzen veranstalten, ist nichts weiter als ein plumpes Ablenkungsmanöver. Da haben wir keine feuchten Hände.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir handeln dagegen. Das ist heute noch nicht hinreichend zur Sprache gekommen. Vergangenen Dienstag hat das Landeskabinett den Gesetzentwurf des Kinderbildungsgesetzes verabschiedet. Durch dieses Gesetz wird schon im kommenden Jahr die Anzahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige gegenüber dem Stand von heute verdoppelt. Bis zum Jahre 2010 werden für die unter Dreijährigen 90.000 Plätze geschaffen worden sein. Das ist in der Steigerung der Faktor 9. Das ist familienpolitisches Handeln, nicht familienpolitische Show.

(Beifall von FDP und CDU)

Dafür brauchen wir das Engagement des Bundes nicht. Dafür benötigen wir auch keinen Rechtsanspruch. Das können wir auch so, und das unterscheidet uns von Ihnen: Wir brauchen keine Gesetze, sondern wir können ganz konkret handeln und dadurch das tägliche Erleben, die tägliche Lebenswirklichkeit der Familien, der Eltern und Kinder in Nordrhein-Westfalen verbessern.

Gleichwohl werden wir innerhalb der Koalition beratschlagen, ob durch das Engagement des Bundes jetzt eine Platzgarantie nicht doch möglich werden kann. Wir als FDP vertreten die Auffassung, dass wir den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz vom dritten auf den zweiten Geburtstag ab dem Jahr 2010 vorziehen sollten. Diese Platzgarantie gibt Eltern die Gewissheit, dass sie dann, wenn sie und wo sie einen Platz benötigen, sicher sein können, dass es ein solches Angebot gibt.

Das ist seriös finanzierbar.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das erste Mal!)

Die Landesregierung geht in ihren Planungen davon aus, dass wir im Jahr 2010 für 40 % der Zweijährigen einen Platz vorhalten können. So ist das auch etatisiert.

(Zustimmung von Minister Armin Laschet)

– Der Generationenminister nickt. Das sind 60.000 Plätze.

(Lachen bei SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Jetzt lacht der Minister!)

– Was lachen Sie denn so? Warum sind Sie denn so albern? 60.000 Plätze sind, wie gesagt, etatisiert.

Sachsen-Anhalt hat bereits einen Rechtsanspruch. Dort nehmen 50,4 % der Familien einen solchen Platz in Anspruch. 40 % planen wir, 50 % Rechtsanspruch in Sachsen-Anhalt. Gehen wir von 60 % in Nordrhein-Westfalen aus, die den

Platz auch in Anspruch nehmen würden, dann bräuchten wir über die Planungen der Landesregierung hinaus etwa 30.000 zusätzliche Plätze.

Das Land fördert im Pauschalen-Modell des KiBiz jeden einzelnen Platz mit etwa 3.000 €. Das heißt: Wir haben als Land für die Platzgarantie ab zwei Jahre ein Finanzierungsvolumen von etwa 90 Millionen € zu schultern. Dem stehen aber avisierte Bundesmittel in einer Größenordnung von 800 Millionen € für Nordrhein-Westfalen gegenüber, verteile ich der Einfachheit halber die 4 Milliarden € nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder.

Das bedeutet: Unter der Voraussetzung, dass sich der Bund engagiert – da dürfen wir uns nach der rot-grünen Regierungszeit aber leider nicht sicher sein –, ist die Platzgarantie ohne Belastung des Landeshaushaltes finanzierbar. Unter dieser Voraussetzung werden wir in der Koalition ergebnisoffen und, wie ich hoffe, mit gewisser Sympathie darüber beraten.

Meine Damen und Herren, in Berlin wird gegenwärtig in der großen Koalition auch noch ein weiterer Aspekt diskutiert, zu dem sich die Freien Demokraten positionieren werden. Dabei geht es um die Frage des Betreuungsgeldes. Wir glauben, dass dieses Betreuungsgeld überflüssig wie ein Kropf ist.

(Beifall von der FDP)

Das ist ja auch keine Forderung gewesen, die vordringlich von der CDU vorgebracht worden ist, sondern von ihrer bayrischen Schwesternpartei. Die CDU ist offenbar und Gott sei Dank etwas weiter. Das zeigt sie auch in Nordrhein-Westfalen.

Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass durch Ehegattensplitting, im Übrigen aber auch die beitragsfreie Mitversicherung der Ehefrau in der gesetzlichen Krankenversicherung, das Modell der Einverdienerehe so stark subventioniert wird wie keine andere familienpolitische Leistung, kein anderes Lebensmodell in Deutschland. Deshalb sind wir der Auffassung: Auf dieses Betreuungsgeld sollten wir zugunsten einer weiteren qualitativen wie quantitativen Verbesserung der Kinderbetreuung verzichten.

Liebe Frau Kraft, weil Sie hier die Lordsiegelbewahrerin der sozialen Gerechtigkeit gespielt haben,

(Ralf Jäger [SPD]: Wer denn sonst in diesem Hause?)

will ich das staunende Publikum einmal darauf hinweisen, wie Sie als NRW-SPD und Ihr Bundes-

finanzminister ursprünglich beabsichtigt hatten, den Ausbau der Kinderbetreuung zu finanzieren: nämlich durch eine Reduzierung des Kindergeldes.

(Ursula Meurer [SPD]: Nein, das ist falsch! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Eine Aussetzung weiterer Erhöhungen kommt doch auf dasselbe heraus. Den Familien ist es doch egal, unter welchem Namen Sie ihnen das Geld wegnehmen. Sie wollten durch eine Reduzierung des Kindergeldes gegenfinanzieren. Sie wollten den Eltern in die linke Tasche greifen, um ihnen etwas in die rechte zu schieben. Das ist Ihre soziale Gerechtigkeit.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist Ihre Art der Politik, Falschaussagen nach draußen zu bringen!)

Wen hätten Sie denn damit getroffen? Hätten Sie damit die Spitzenverdiener getroffen? Nein, Sie hätten den Familien geschadet, die knapp kalkulieren müssen. Das ist Ihre soziale Gerechtigkeit. Deshalb haben Sie hier keinen familienpolitischen Führungsanspruch mehr geltend zu machen. Deshalb sind Sie zu Recht abgewählt worden. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Lindner.

(Carina Gödecke [SPD]: Lassen Sie uns einmal darüber reden, wer dafür verantwortlich ist, dass in Gelsenkirchen die Kindergartenträge steigen!)

Für die Landesregierung spricht nun Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute eine Aktuelle Stunde. Wir müssen in der Diskussion darauf achten, dass das keine virtuelle Stunde wird. Dass man über Dinge redet, die im Jahr 2013 einmal passieren sollen, kann man ruhig der Berliner Koalition überlassen. Die haben vielleicht andere Möglichkeiten, zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Wir wollen, dass sich jetzt recht schnell etwas an der Betreuungssituation ändert. Das ist unser Ansatz

(Beifall von CDU und FDP)

Ich will nicht die ganze Leier wiederholen, weil Sie dann immer unruhig werden und wir das oft genug gesagt haben: Wir kommen von einer Ausgangs-

position, die schlecht ist. Es ist nicht angenehm, an einem Familiengipfel teilzunehmen und immer wieder gefragt zu werden, warum man auf Platz 16 von 16 Ländern steht.

Aber lassen wir das einmal der Vergangenheit angehören. Wir haben das oft genug erörtert. Fragen wir uns, wie wir von dieser Position wegkommen. Was können wir jetzt ändern, damit wir schneller werden? Die gesamte Diskussion um einen Rechtsanspruch, die auch hier und heute die Debatte geprägt hat, ist eine Scheindebatte. Was hilft Eltern ein Rechtsanspruch im Jahr 2013? Die Kinder, die dann in die Krippe gehen, sind heute noch nicht einmal erdacht geschweige denn geboren. Sie diskutieren über virtuelle Fragen, statt Eltern heute zu helfen.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb haben wir gesagt: Wir nehmen uns im Koalitionsvertrag als Ziel 20 % bis zum Jahre 2010 vor. Anders als alle anderen deutschen Bundesländer nehmen wir uns das im Übrigen so vor, dass sich das Land mit 30 % an den Kosten beteiligt. Das war einmal anders vorgesehen. Im Tagesausbaubetreuungsgesetz hatte Rot-Grün vorgesehen, die Kommunen müssten das machen. Sie könnten das aus den Gewinnen mit Hartz IV bezahlen. So sah die Rechnung aus: Das Land könnte sich dort völlig heraushalten, Frau Löhrmann. Drei Viertel aller deutschen Länder halten sich an dieser Stelle auch heraus; sie geben vielleicht 10 % Zuschuss. Wir zahlen für jeden Platz 30 % an die Kommunen, weil uns dieses Anliegen wichtig ist.

(Beifall von der CDU)

So wollen wir die 20 % erreichen. Im nächsten Jahr werden wir mit dem neuen Gesetz von 16.000 auf 34.000 Plätze kommen. Diese 18.000 zusätzlichen Plätze helfen Eltern schon im Jahre 2008. Sie helfen ihnen mehr als jeder fiktive Rechtsanspruch, den Sie hier verkünden.

Gestatten Sie mir außerdem einige Bemerkungen zu der Debatte über das Betreuungsgeld. Vor allem den von Frau Löhrmann in ihrer Rede dargestellten Ansatz halte ich für ein wenig verräterisch. Das ist keine Wahlfreiheit. Zu dem durch Ehegattensplitting vorgegebenen und unterstützten Modell sagen Sie

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Herr Lindner hat das gerade genauso gesagt!)

– ich habe das mitgeschrieben –: Dieses Familienmodell wollen wir überwinden. Dahinter steht die Idee, dass wir als Politik sagen, wie Familien leben sollen. Und das ist nicht unser Ansatz!

(Beifall von CDU und FDP)

Ich setze mich dafür ein, Wahlfreiheit zu schaffen. Derzeit gibt es keine Wahlfreiheit, weil wir zu wenige Betreuungsplätze haben. Bis zu diesem Punkt sind wir einig. Wenn Eltern im 21. Jahrhundert entscheiden, dass jemand Familienarbeit leisten will, brauchen wir keine Politiker, die dieses Familienmodell überwinden, sondern Politiker, die ihnen diese Freiheit geben. So weit ist die gesellschaftspolitische Debatte heute.

(Beifall von CDU und FDP)

Nun ist die Frage, was diesbezüglich vereinbart ist. An dieser Stelle ist die Koalition in Berlin in der Tat eigenartig. Herr Stoiber und Herr Beck stehen wie die begossenen Pudel unter dem Regenschirm und erklären der deutschen Öffentlichkeit, was denn gerade in der Koalitionsrunde vereinbart wurde. Beide sagen unter anderem, man habe das Betreuungsgeld vereinbart.

Liebe Frau Kraft, wenn es sich dabei um einen solchen Unsinn handelt, wie Sie hier dargestellt haben, hätte die SPD als Koalitionspartner sagen müssen: Wir prüfen das erst gar nicht; denn es ist familienpolitisch falsch. – Sie haben es aber geprüft. Sie haben sogar einen Zeitpunkt genannt, wann es kommen soll. Insofern sind Sie mit in der Haftung dafür, dass jetzt über dieses Geld gesprochen wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich sage nur: Es ist die falsche Prioritätensetzung. Wir müssen auch Familienarbeit mittelfristig wieder stärker anerkennen. In den 80er-Jahren gab es einmal die von Heiner Geißler und Rita Süßmuth eingeführte Errungenschaft, dass man wirklich wählen konnte.

Bei dem vielen Geld, das wir jetzt dringend brauchen, liegt die Priorität heute auf der Schaffung von Plätzen für unter Dreijährige. Insofern kann man im Jahr 2013 über eine Verlängerung des Elterngeldes und über andere Formen der Anerkennung von Familienarbeit nachdenken. Jetzt brauchen wir Krippenplätze für unter Dreijährige. Alles Geld, das wir haben, müssen wir für diese Priorität einsetzen.

Deshalb halte ich den aktuellen Beschluss von Rheinland-Pfalz zum kostenfreien Kindergartenjahr für eine falsche Prioritätensetzung. Nebenbei bemerkt: Die Rheinland-Pfälzer machen das auf unsere Kosten. Immerhin sind sie im Länderfinanzausgleich Empfängerland. Während die Eltern bei uns schauen, wie sie das Geld zusammenbekommen, wird in Rheinland-Pfalz ein kostenloses Kindergartenjahr eingeführt. Auch die

„reichen“ Länder Berlin und Mecklenburg-Vorpommern denken ja darüber nach.

(Ralf Jäger [SPD]: Was hat das mit dem Länderfinanzausgleich zu tun? Können Sie das einmal erklären?)

– Lieber Herr Jäger, ich sage Ihnen nur Folgendes: Wenn ich morgen das Geld hätte, das Rheinland-Pfalz dafür ausgibt,

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

würde ich es als Erstes in einen schnelleren Ausbau des U3-Systems stecken.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie wollen nicht! – Gegenrufe von der CDU)

– Herr Jäger, hören Sie doch einfach einmal zu! Danach können Sie hierherkommen und antworten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Es sind gerade Ihre Leute, die dazwischenrufen!)

Wenn ich jetzt das notwendige Geld hätte, würde ich erstens sagen, dass wir einen schnelleren, besseren und konsequenteren Ausbau des U3-Systems brauchen. Zweitens würde ich sagen: Wir brauchen mehr Qualität in den Gruppen; wir brauchen kleinere Gruppen; wir brauchen eine bessere Erzieherinnenausbildung. – Das wären meine Prioritäten.

Erst an dritter Stelle würde ich eine Beitragsfreiheit einführen. Das ist der Unterschied. Beitragsfreiheit bedeutet, dass Sie das Geld aus dem System herausziehen, anstatt es ins System hineinzugeben.

Diese 150 Millionen € Landesgeld würde ich, sobald wir das können, in bessere Kindergärten stecken. Wir fangen 2008 mit einer Verdopplung der U3-Plätze an. Im Jahre 2009 haben wir erstmals eine Milliarde € im System. Dieser Betrag wird weiter ansteigen. Mittelfristig kann man dann über Beitragsfreiheit nachdenken. Sie setzen an dieser Stelle die falschen Prioritäten.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zu den Ausführungen von Herrn Lindner zum Rechtsanspruch.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dazu müsste man mehrere Bemerkungen machen!)

In Rheinland-Pfalz schafft man eine Art fiktiven Rechtsanspruch. Dort sagt man: Wenn wir 40 bis 50 % abgedeckt haben, ist das die Erfüllung des Rechtsanspruchs.

(Ralf Jäger [SPD]: Warum schauen Sie mich an? Herr Lindner sitzt dort drüben!)

– Ja. Ich rede aber über Rheinland-Pfalz. Es sind ja Ihre Leute, die dort im Moment tätig sind. Herrn Lindner schaue ich auch an. Im Übrigen hört Herr Lindner mich auch, wenn ich ihn nicht angucke, verstehen Sie?

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP)

In Rheinland-Pfalz sagt man also, der Rechtsanspruch sei 2010 mit einer Garantie von Plätzen für 40 % der Kinder erfüllt. Das ist allerdings ein virtueller Rechtsanspruch. Wenn ein Elternteil gerne einen Platz für sein Kind hätte und dieser Platz nicht vorhanden ist, hilft ihm dieser Rechtsanspruch gar nicht.

Insofern können wir es so machen, wie Herr Lindner gesagt hat. Wir werden im Jahre 2010 bei den zwei- bis dreijährigen Kindern bei 40 % liegen. Dann schauen wir uns einmal die anderen Länder an. Wenn man so etwas Rechtsanspruch nennen kann – vielleicht wird das Ganze ja mit Bundesgeld noch etwas reicher ausgestattet –, haben wir auch kein ideologisches Problem mit einem Rechtsanspruch.

Unser Problem war lediglich, dass der Begriff Rechtsanspruch Eltern etwas vormacht. Für das Jahr 2013 einen Rechtsanspruch einführen zu wollen, ist sogar eine – wie kann ich das parlamentarisch vornehm ausdrücken? – Veräppelung von Eltern. Mir ist die Politik der Bundesfamilienministerin lieber. Sie hat mit ihrer Politik, vor acht Wochen eine solche Debatte anzustoßen, erreicht, dass jetzt 4 Milliarden € bereitstehen. Das ist eine großartige Leistung.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und jetzt ist sie abgetaucht! Die nächsten Schritte waren eine neue Frisur und neue Kleider!)

Wir waren an ihrer Seite. Nordrhein-Westfalen hat sie unterstützt. Insofern stehen wir an der Spitze dieser familienpolitischen Bewegung in Deutschland.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister. – Für die SPD spricht nun Herr Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Minister Laschet, wenn Sie die familienpolitische Spitze in Deutschland sind und uns die letzten 39 Jahre vorhalten,

frage ich mich ernsthaft: Was haben Sie in den letzten zwei Jahre gemacht? – 170 Millionen € aus dem System der Kindergärten abgezogen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie, sehr geehrter Herr Minister, sind dafür verantwortlich, dass in Nordrhein-Westfalen in den allermeisten Städten die Eltern, die soziale Probleme haben, durch höhere Elternbeiträge bestraft werden. Das haben Sie verursacht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie wussten genau, was in Gelsenkirchen auf Sie zukommt. Das war ganz klar. Darauf legen Sie es an. Sie wollen keine sozial vernünftige Staffelung, keine sozial gerechte Förderung der Kinder. Deshalb sind Sie auch gegen eine Beitragsfreiheit im Kindergarten.

Herr Jarzombek, ich möchte einmal hier erleben – jetzt bin ich zwei Jahre dabei –, dass Sie in die Zukunft gewandt über Ihre eigene Verantwortung sprechen.

(Beifall von der SPD)

Man muss sich Sorgen um Ihre Gemütslage machen. Wer immer nur in der Vergangenheit schwebt, bekommt Probleme, überhaupt einen Blick für die Zukunft zu entwickeln. Die letzten zwei Jahre blenden Sie immer aus. Die Katastrophen, die Sie landauf, landab im Kindergartenbereich organisiert haben, blenden Sie aus. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Und in der laufenden Debatte hört er nicht mehr zu!)

– Das spricht für ihn.

Herr Lindner, ich bin erstaunt und auch erfreut, dass wir uns in einigen Punkten nähern. Ich finde das sehr gut. Allerdings wird diese Annäherung dadurch erschwert, dass Sie weiterhin Unwahrheiten behaupten, nämlich beispielsweise, dass der Bundesfinanzminister die Reduzierung des Kindergeldes als Gegenrechnung aufgemacht hätte. Das stimmt nicht. Das wissen Sie auch. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall von der SPD)

Und das ist eine Verdummung der Zuhörer.

(Christian Lindner [FDP]: Was war denn seine Forderung?)

– Ja, Sie wissen es genau. Er hatte vor, das Geld in Einrichtungen zu stecken und das Kindergeld

nicht zu erhöhen, aber auch nicht zu kürzen – ein großer Unterschied.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nicht erhöhen und nicht kürzen kann Herr Lindner nicht auseinanderhalten!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den letzten zwei Jahren eine grundlegend neue Situation bekommen. Das Elterngeld wurde eingeführt. Das lässt sich mit den letzten zehn, zwanzig, dreißig Jahren überhaupt nicht mehr vergleichen. Wenn wir auf der einen Seite das Angebot von Elterngeld organisieren, dann müssen wir auf der anderen Seite schnellstmöglich die dazugehörige Betreuung organisieren.

(Beifall von der SPD)

Darauf kommt es jetzt an. Deshalb ist es falsch, auf die Vergangenheit zu verweisen. Die Situation ist neu. Diese neue Situation muss angepackt werden. Da tut die Regierung zu wenig, und darauf weisen wir hin. Wir könnten dieses Thema anders angehen, wenn beispielsweise diese 170 Millionen €, die Sie gekürzt haben, obendrauf gekommen wären. Unterm Strich gibt es 40 Millionen € für die Kinder weniger im Land, obwohl wesentlich mehr Aufgaben ins System kommen, Herr Laschet. Es kommen wesentlich mehr Aufgaben ins System.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir können uns gerne einmal zusammensetzen oder zusammen auch Kindergärten besuchen. Ich besuche viele Kindergärten, und überall steht es bis Oberkante Unterlippe. Es bereitet ihnen größte Sorgen. Das neue GTK verursacht große Ängste im Land. Gehen Sie mit mir zusammen – ich biete Ihnen das an – vor Ort in die Kindertageseinrichtungen, und schauen wir uns die Probleme an!

(Minister Armin Laschet: Das tue ich doch! – Zuruf von Ursula Meurer [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Suche nach verlässlichen Partnern brauchen wir für die Eltern einen Rechtsanspruch, weil wir nicht wollen, dass die Eltern weiterhin auf Wohlwollen von Verwandten angewiesen sind, dass sie die Betreuung ihrer Kinder privat mit den damit verbundenen Risiken bei der Qualität und der Finanzierung organisieren müssen. Wir brauchen einen Rechtsanspruch, der deutlich macht: Eltern haben einen verlässlichen Partner in der Betreuung ihrer Kinder. Und das ist die Kita.

Wir fordern diesen Rechtsanspruch ein, weil dieser Rechtsanspruch auch Chancengleichheit bedeutet: einmal für die Eltern, die wissen, sie brau-

chen sich neben den beruflich immer stärker werdenden Sorgen nicht noch zusätzlich um die Betreuung ihrer Kinder zu sorgen, sondern das ist geregelt – sie haben einen Rechtsanspruch –, und es bedeutet auch Chancengleichheit für die Kinder.

Wir haben es bei den Sprachstandserhebungen gemerkt und wissen, dass es nicht nur da zutrifft: Es gibt erhebliche Probleme bei den Kindern, nicht nur in der Sprache, auch in der sozialen Kompetenz, in der emotionalen Kompetenz. Wir müssen versuchen, diesen Problemen früher zu begegnen. Die Familien – Frau Kraft hat darauf hingewiesen –, leider häufig sozial schwächere Familien, können diese Probleme alleine nicht lösen. Deshalb brauchen Sie vernünftige Angebote.

Wir als Staat müssen ihnen helfen, müssen ihnen im heutigen Alltag helfen. Denn wenn die Kinder in die Schule oder in die Lehre kommen, dann ist es zu spät. Dann müssen wir mit riesigen Kosten Reparaturbetriebe aufrecht erhalten. Dabei wäre es hier an dieser Stelle richtig investiert. Je früher wir die Möglichkeiten anbieten, desto besser ist das für die Entwicklung der Kinder. Wir wollen auch keine Zwangsbeglückung, sondern wir wollen versuchen, den Eltern faire Angebote zu machen. Herr Laschet, ich bin ganz sicher: Wenn wir einen Rechtsanspruch und eine Beitragsfreiheit einführen, wird sich das auch volkswirtschaftlich ...

(Minister Armin Laschet: Das ist Zweierlei!)

– Richtig, zweierlei! Wenn wir aber beides machen würden, würde sich das auch volkswirtschaftlich langfristig für unser Land, für Nordrhein-Westfalen positiv auswirken. Lassen Sie uns in die Diskussion einsteigen! Machen Sie das mit uns zusammen! An diesem Punkt wären wir bei Ihnen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Jörg. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Kollegin Kastner.

Marie-Theres Kastner (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In dieser Aktuellen Stunde fühle ich mich an einen alten Römer erinnert, der jede seiner Reden schloss mit dem Motto: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam.

(Unruhe)

Ich kann das gerne übersetzen: Er schloss jede Rede damit, indem er sagte, er sei der Meinung, Karthago müsse zerstört werden.

Wir führen hier Aktuelle Stunden wieder und wieder immer um dieselben Themen. Ich darf daran erinnern, dass wir über den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bereits am 7. März 2007 gesprochen haben. Das ist gerade zehn Wochen her. Das war in einer Aktuellen Stunde, wobei Ihre Anträge abgelehnt worden waren. Sie glauben, Sie könnten sie dann immer wieder vorbringen, und damit würden sie besser. Das ist der eine Punkt.

Wenn Sie diese Aktuelle Stunde darüber hinaus beantragt haben, weil Sie glauben, Sie könnten in die Koalition einen Keil treiben, dann irren Sie sich. Herr Lindner hat es deutlich gemacht, Herr Minister Laschet auch: Wir sind zwei Parteien, die jeweils ihre eigene Diskussion führen. Wir werden diese Diskussion miteinander führen und zu einem guten Ende bringen. Wir sind nicht Rot-Grün. Ich erinnere an die Zeiten, als in diesem Land sechs oder acht Wochen keine Politik betrieben wurde und am Ende ein „Düsseldorfer Signal“ herauskam.

(Beifall von der CDU)

Das werden Sie bei uns nicht erleben. Nun zurück zu dem Thema, was Sie hier diskutieren wollen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Die SPD und die Grünen entdecken das Thema Familienpolitik. Sie möchten dabei nicht an die Vergangenheit erinnert werden. Das zeigt sich immer wieder. Herr Lindner hat vorhin schon auf Herrn Schröder hingewiesen. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass Sie wirklich Zeit genug hatten, wenigstens Ansätze einer anderen Familienpolitik darzustellen.

Ich erspare Ihnen heute auch nicht die Erinnerung an eine Diskussion, die wir 1998 in diesem Lande geführt haben. Im Jahr 1998 ging es um eine Novelle des GTK. Dabei ging es nicht um Verbesserungen, sondern um die Reduzierung von Finanzen in Höhe von 440 Millionen DM. In jedem Haushalt wurden durch die Veränderung des GTK – durch Veränderung der Personalstrukturen wohl-

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

gemerkt – und durch die Kündigung von vielen Erzieherinnen, die alle vor der Tür des Landtags standen, jährlich 61 Millionen DM im Etat eingespart. Das neue KiBiz wird genau das Gegenteil hervorbringen. Wir werden mehr Erzieherinnen benötigen.

(Zuruf von der SPD: Was? – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Natürlich. Wir haben am Ende mehr 90.000 Plätze für die unter Dreijährigen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Frau Kraft, wir finanzieren nicht Kirchen, wir finanzieren Kinder.

(Beifall von der CDU)

Bei der Diskussion des Jahres 1998 ging es um eine pädagogische Reduzierung des Kindergartenangebots. Das wollen wir einmal festhalten. Es ging um die Änderung von Personalstrukturen, an denen die Kindergärten heute noch leiden.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Das neue KiBiz ist fachkraftunterlegt und wird mehr Erzieherinnen in die Kindergärten bringen und eine höhere Fachkraftquote haben als bisher.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich nun zum Thema Ihrer Aktuellen Stunde, zum Rechtsanspruch für Kinder, kommen. Wir haben vorhin etwas von Visionen und Fiktionen gehört. Ich kann nur sagen: Nordrhein-Westfalen redet nicht, Nordrhein-Westfalen handelt.

Beim Rechtsanspruch wird Eltern suggeriert: Ihr könnt zum Gericht gehen, wie es jetzt beim Rechtsanspruch bei über Dreijährigen der Fall ist, dann bekommt ihr einen Kindergartenplatz. – Was nützt uns ein solcher Rechtsanspruch? Wenn wir dann bei 40 % sind, ist das für mich kein Rechtsanspruch.

Ich meine, wir sollten fair und ehrlich mit den Eltern umgehen und sagen: Ihr habt einen Anspruch auf einen Platz, und den können wir euch auch bieten. – Das werden wir mit dem neuen KiBiz tun. Deshalb sind die Berliner Beschlüsse nicht hinderlich, sondern eher förderlich. Wir werden in Nordrhein-Westfalen unseren Weg gehen.

Eines vermisste ich auch, Frau Altenkamp. Ich richte es einmal generell an die SPD. Frau Altenkamp, vielleicht hören Sie mir einen Moment zu. Ich hatte gestern „Landtag intern“ in der Hand. Ich vermisste Ihre aktuellen Vorschläge, wie Sie das alles umsetzen wollen. Sie schreiben unter anderem:

(Britta Altenkamp [SPD]: Ich schreibe da nicht!)

„Ich habe während der Diskussion um die offene Ganztagschule miterlebt, wie dringend notwendig es ist, den Blick darauf zu erhalten, was eigentlich finanziell machbar ist.“

(Britta Altenkamp [SPD]: Genau!)

Sie machen pausenlos Vorschläge und sagen uns nie, wie Sie diese finanzieren wollen.

(Hannelore Kraft [SPD]: In jedem Haushaltsverfahren, Frau Kastner! In jedem! Sie müssen einmal hineinschauen!)

– Das haben wir bisher noch nicht festgestellt.

(Widerspruch von der SPD – Britta Altenkamp [SPD]: Das könnte daran liegen, dass wir nie Diskussionen in Fachausschüssen führen, da von Ihnen nie Anträge vorliegen!)

Lassen Sie mich noch zwei Sätze zum Betreuungsgeld sagen. Frau Löhrmann, ich bin entsetzt darüber, dass Sie das Ehegattensplitting im Prinzip nicht begriffen haben. Das ist eine völlige Verdrehung dessen, was mit dem Ehegattensplitting erreicht und getan wird. Und wenn Sie über Wahlfreiheit reden und dann gleichzeitig dafür sorgen wollen, dass Frauen möglichst früh wieder in den Beruf gehen, finde ich das äußerst schwierig.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Dass sie die Möglichkeit haben!)

– Ja, das möchten wir auch. Deshalb ist das Betreuungsgeld und die Diskussion darüber vielleicht ein Ansatz dazu.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie führen uns so häufig die Finnen vor Augen, wenn es um PISA geht. Schauen Sie einmal in die skandinavischen Länder und beurteilen Sie, ob Kinder Schaden dadurch erleiden, dass Eltern ein Betreuungsgeld bekommen!

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Im Übrigen finde ich es geradezu entsetzlich, von Heimprämien und Herdprämien zu sprechen. Wir bleiben bei dem alten Stand, den ich schon vor ein paar Wochen bekrittelt habe, dass wir nämlich Frauen aufeinander hetzen. Das kann es eigentlich nicht sein.

Wir sollten Wahlfreiheit schaffen, indem wir viele Betreuungsplätze schaffen, aber auch die Familien stärken, die sich für einen anderen Weg entscheiden. Ich sehe dort nicht nur die finanzschwachen Familien im Mittelpunkt. Ich glaube, das größere Problem sind die Familien mittleren Einkommens, die wirklich alles zahlen müssen. Diese verlieren wir vollkommen aus dem Blick.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich meine, wir müssen den Blick allmählich auch einmal ändern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kastner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, diese Debatte zeigt einmal mehr, welche weite Schere sich zwischen wohlfeilen Forderungen, die hier von den Koalitionsfraktionen formuliert werden, und der konkreten Umsetzung auftut.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es lässt sich trefflich auf andere schimpfen, Herr Lindner – wohl auch in der Hoffnung, dass es vom eigenen Unvermögen ablenkt.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Was?)

Die wahren Ablenkungsmanöver betreiben doch Sie. Für den Fall, dass Sie es immer noch nicht gemerkt haben: Sie tragen jetzt die Verantwortung. Sie könnten hier auf Landesebene umsetzen, was Sie in Richtung Berlin immer fordern.

Herr Lindner, in diesem Zusammenhang fällt mir ein: Wissen Sie eigentlich, dass Sie mittlerweile den Spitznamen „Kampfbambi“ haben? Fröhlich werfen Sie – wie schon so oft – die rhetorische Windmaschine an. Sie geißeln den Formelkompromiss von Berlin in der Presse. Er sei zu spät und nicht weitreichend genug. Sie haben damit sogar Recht. Wir als Grüne fordern seit langem auch den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Der Unterschied ist nur: Sie haben zwar Recht, aber Sie haben nicht die Berechtigung, von anderen etwas einzufordern, was Sie auf Landesebene selbst realisieren und in Angriff nehmen könnten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Christian Lindner [FDP]: Machen wir doch!)

Sie spielen Opposition in der Koalition und tun so, als hätten Sie in dem Punkt gar nichts mit der Landesregierung zu tun. Das haben Sie bei der Forderung getan, 96 Millionen € für den Landesjugendplan einzustellen. Sie haben es bei der Beitragsfreiheit über die Presse getan. Jetzt machen Sie es wieder bei dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

Das Interessante ist: Es lässt sich in der Öffentlichkeit immer sehr gut verkaufen, aber Sie als FDP setzen sich ausgerechnet in diesen familienpolitischen Fragen in der Koalition nicht durch. Bei

der Gemeindeordnung gelingt Ihnen das jedoch auf vortreffliche Art und Weise.

(Christian Lindner [FDP]: Unsinn!)

Das löst bei mir den Verdacht aus, dass Sie sich in der Öffentlichkeit zwar das sozialpolitische Deckmäntelchen umhängen,

(Horst Becker [GRÜNE]: So ist das!)

Ihnen diese Fragen in der Koalition aber nichts wert sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ähnliches trifft auch auf Herrn Minister Laschet zu. Er schimpft – er hat es eben wieder getan –: Das kommt 2013 zu spät! – Das ist genau unsere Position. Wir fügen nur hinzu, Herr Minister: Sie hätten jetzt mit dem neuen Kindergartengesetz konkret die Chance, dieses Problem landespolitisch zu lösen, indem Sie den Rechtsanspruch in das KiBiz hineinschreiben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie könnten all das realisieren, was Sie der Bundesebene ankreiden.

Meine Damen und Herren, eines wissen wir doch alle, und dazu müssen wir uns nur die Erfahrungen angucken, die wir mit dem Rechtsanspruch für die drei- bis sechsjährigen Kindergartenkinder gesammelt haben: Erst als der Anspruch gesetzlich unterlegt war, ist eine bedarfsdeckende Ausstattung mit Plätzen erfolgt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das war vorher mit schönen Appellen, mit Absichtserklärungen schier nicht möglich.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Herr Minister Laschet, die Bedarfsdeckung von 20 %, die Sie 2010 erreichen wollen, entspricht noch nicht der Deckung des bei den Eltern wirklich vorhandenen Bedarfs. Wir wissen genau: Dieser liegt bei 40 bis 50 %. Ihn fragen Sie ja vorsichtshalber gar nicht erst ab.

(Minister Armin Laschet: Natürlich fragen wir das ab!)

Wenn Sie dahin kommen wollen,

(Ralf Witzel [FDP]: Was haben Sie denn dafür getan?)

müssen Sie 70.000 Plätze für die unter Dreijährigen einrichten. Wir werden sehen, ob Sie das von 2008 bis 2010 schaffen.

(Minister Armin Laschet: Na klar! Na logisch!)

Ihr zweiter Versuch eines neuen Kindergartengesetzes sieht nicht viel besser aus als der erste; ich habe ihn eben auf den Tisch gekriegt und kurz angeguckt. Auch in diesem Gesetzentwurf haben Sie wieder eine Höchstgrenze für U3-Plätze definiert. Wollen Sie die Kommunen, die schon jetzt mehr als 20 % Bedarfsdeckung bieten, weiter deckeln? Müssen die jetzt Plätze abschaffen? Wenn Sie in das Gesetz Höchstgrenzen hineinschreiben, werden Sie den bedarfsdeckenden Ausbau an U3-Plätzen nicht erreichen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Minister, es hat mich wirklich enttäuscht, dass ausgerechnet Sie als Integrationsminister dieser unsäglichen „Herdprämie“ das Wort reden. Sie und die CSU haben offenbar immer noch nicht den Gong gehört.

(Heiterkeit von GRÜNEN und SPD)

Demnächst werden 50 % der Kinder – in Köln ist das in manchen Gebieten schon so – einen Migrationshintergrund haben. Diesen Kindern wollen Sie Bildung, Sprachförderung und Integration vorenthalten,

(Minister Armin Laschet: Die werden doch nicht mit zwei Jahren in der Sprache gefördert!)

denn Sie werden die Eltern belohnen, die ihr Kind nicht in eine Kita schicken. Meine Damen und Herren, das ist eine Bildungsverhinderungsprämie und nichts anderes.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Interessanterweise hat es Ihr Kollege Pflüger aus Berlin ja auch richtig erkannt.

(Minister Armin Laschet: Aber doch nicht für Sprachförderung!)

Das ist hanebüchen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen einen Rechtsanspruch, wir brauchen ihn jetzt im Landesgesetz, damit unter anderem solche Dinge nicht mehr passieren können wie in der Stadt Solingen, die der Regierungspräsident angewiesen hat, ihre Zahl an U3-Plätzen nicht zu erhöhen, weil sie in der Haushaltssicherung ist bzw. keinen genehmigten Haushalt hat. Das ist die Realität, die Sie herstellen, wenn Sie keine gesetzliche Grundlage schaffen.

Ich kann jetzt, da das Gesetz noch nicht verabschiedet ist, nur noch einmal an Sie appellieren:

Nehmen Sie den Rechtsanspruch auf – im Interesse der Kinder und der Eltern in diesem Land!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die FDP-Fraktion erhält der Abgeordnete Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann hier im Landtag fast den Eindruck haben, dass vielen Rednern von Rot-Grün überhaupt nicht mehr auch nur in Ansätzen bewusst ist, was Sie hier vor zwei Jahren bei Ihrer Abwahl hinterlassen haben.

(Zustimmung von der CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Es freut mich, wenn Sie hier jetzt auch das Thema Familienpolitik entdecken. Es reicht aber nicht aus, dass Sie eine Politik betreiben wie Christoph Kolumbus: Sie brechen auf zu neuen Ufern, Sie wissen nicht, wohin die Reise geht – aber wenigstens alles auf anderer Leute Kosten.

(Beifall von Christian Lindner [FDP])

Deshalb freut es mich, dass wir Ihnen mit KiBiz und dem, was wir fest verabredet haben – beide Partner in der Koalition der Erneuerung –, eine echte Perspektive zeigen können, damit Nordrhein-Westfalen von seinem Abstiegsplatz in der Betreuungsfrage, auf dem sie es uns vor zwei Jahren hinterlassen haben, aufsteigt, nachholt und andere Länder in Deutschland überholt.

Ich begrüße mit großer Freude ausdrücklich, was unser zuständiger Minister Armin Laschet zur Klarstellung gerade ausgeführt hat, dass wir nämlich gemeinsam das Ziel verfolgen, diesen großen Schritt zu schaffen,

(Beifall von Christian Lindner [FDP])

dass wir als Land es dann, wenn der Bund – wir haben es nie anders vertont – seine Ankündigungen zu handeln, die es ja gibt, umsetzt – die haben ja nicht wir erwirken können –, wenn er also diesen zusätzlichen Beitrag gibt, für möglich halten, aus eigener Kraft alles zu tun, was Sie nicht getan haben, was wir aber schon machen,

(Hannelore Kraft [SPD]: 56 Millionen gekürzt, das haben Sie gemacht!)

um zu einer faktischen Situation zu gelangen, bei der jeder, der eine U3-Betreuung sucht, auch tatsächlich ein entsprechendes Angebot erhält.

Wir gehen davon aus: Jeder Zweite wird die Angebote abrufen. Wir sorgen durch das, was wir in

der Koalition heute gemeinsam schon verabredet haben, fast dafür, dass genügend Plätze zur Verfügung stehen werden. Die kleine Lücke, die bis zu einem faktischen Rechtsanspruch noch bleiben wird, mit dem jeder bekommt, was er benötigt, können wir schließen, wenn der Bund den von ihm avisierten Anteil mit einbringt.

Frau Asch, Sie haben gesagt: Wir brauchen 70.000 Plätze mehr. – Wir sorgen dafür, dass wir Ende dieser Legislaturperiode 90.000 Plätze haben, Frau Asch,

(Beifall von FDP und CDU)

90.000 Plätze dort, wo Sie etwas über 10.000 hinterlassen haben.

(Beifall von Christian Lindner [FDP])

Sehen Sie sich das Tempo an, in dem wir in einer Legislaturperiode den U3-Ausbau betreiben! Wenn wir Ihr eigenes Tempo der letzten zehn Jahre zugrunde legen würden, dann hätten wir in diesem Jahrhundert noch nicht den Ausbau erreicht, den wir Ende dieser Legislaturperiode erreichen werden! Das ist die Wahrheit!

(Beifall von FDP und CDU)

Das Tempo des Ausbaus können Sie gerne einmal in Rechnung stellen.

Unter 3 % Versorgungsquote haben Sie hinterlassen! Schlusslicht in ganz Deutschland! Wir haben bereits die erste Steigerungshürde von 11.000 auf 16.000 Plätze genommen. Wir werden in dieser Legislaturperiode dafür sorgen, dass wir bei den Zwei- bis Dreijährigen 40 % Bedarfsdeckung haben. Von diesen Zahlen haben Sie zu Zeiten Ihrer Regierung auch nicht ansatzweise träumen können!

Deshalb glaube ich, wir haben uns hier überhaupt nichts vorzuwerfen. Selbstverständlich nehmen wir die zusätzlichen Hilfen des Bundes gerne an. Aber wir leisten einen eigenen Beitrag, den man von Ihnen nicht kennt, den man auch nicht in den Jahren rot-grüner Bundespolitik kannte, als wir über das Tagesbetreuungsausbaugesetz diskutiert haben. Damals hatten Sie nämlich keine Ziele für Nordrhein-Westfalen. Die damals zuständige Ministerin Ute Schäfer hat immer nur ganz vage formuliert, was man sich alles vorstellen könnte, wenn der Bund bestimmte Voraussetzungen erfüllte. Nur: Passiert ist eben nichts! Sie haben einen Hartz-IV-Segen in Aussicht gestellt, der leider ausblieb. Ganz im Gegenteil: Es gab mehr Belastungen für die Kommunen und keine Verbesserungen.

Wir handeln! Wir steigern die Ausgaben von 860 Millionen € auf über 1 Milliarde € in dieser Legislaturperiode. Sie finden kein anderes Bundesland in ganz Deutschland, das so konsequent handelt und dafür so viel Geld in die Hand nimmt. Denn uns in Nordrhein-Westfalen sind Kinder und Bildung etwas wert – weit mehr als Ihnen früher!

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege!

Ralf Witzel (FDP): Ich erwarte, dass Sie das heute anerkennen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Herr Minister Laschet hat noch einmal um das Wort gebeten. Bitte schön.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur auf drei fachlich-sachliche Bemerkungen eingehen, um klarzustellen, was wir eigentlich für den Ausbau der Betreuung unternehmen. Herr Kollege Witzel hat das gerade hinsichtlich des Tempos des Ausbaus schon beschrieben.

Frau Asch hat heute Morgen in das KiBiz hineingeschaut, das jetzt auf Ihrem Schreibtisch liegt, und hat gesehen:

(Zuruf von der SPD)

Die Planungsdaten für die Kinder unter drei Jahren sind weiterhin beschränkt. In der Tat! Wir haben auch nie etwas anderes gesagt. Nur Sie konstruieren immer neue Gegensätze. Wir haben von Anfang an, mit dem Koalitionsvertrag, gesagt: Wir wollen auf 20 % Plätze kommen. Das passiert stückweise Jahr für Jahr. Wir machen das so transparent, dass Sie im Gesetz nachlesen können: 2008 sind es 34.000, 2009 sind es 42.000, 2010 sind es 66.500. Dazu wächst die Kindertagespflege, sodass man bei einer Zahl von 90.000 landet.

So etwas hat es in diesem Land noch nie gegeben –

(Beifall von der FDP)

dass nämlich eine Landesregierung dem Landtag, der Öffentlichkeit und den Verbänden klipp und klar aufzeigt, wie die Ziele für 2008, 2009, 2010 sind und wie viel Geld es dafür gibt. Sie fragt: Kommt Ihr damit klar? – Antwort: Ja, damit kommen wir klar. Deshalb haben wir einen Konsens gemacht und das alles unterschrieben. – Solche

Transparenz und Klarheit bis auf den letzten Platz für unter Dreijährige hat es noch nie gegeben!

(Beifall von CDU und FDP)

Zum Zweiten sagen Sie: Jetzt haben Sie das gedeckelt; jeder einzelne Platz muss jetzt gedeckelt werden. – Wissen Sie denn, wie das beim alten GTK war? Warum schaffen wir denn das GTK ab?

(Britta Altenkamp [SPD]: Das frage ich mich auch die ganze Zeit! – Weitere Zurufe von Andrea Asch [GRÜNE] und von der CDU)

– Frau Asch, Sie wissen haargenau, dass jeder Platz, den ein Jugendamt beantragt hat, kostenneutral hergestellt werden musste. Ich glaube: Der tiefere Grund, warum Sie so schlechte Resultate hinterlassen haben,

(Widerspruch von Carina Gödecke [SPD])

war, dass es so teuer und so kompliziert war. Das machen wir jetzt einfacher. Insofern ist das der klarere, bessere und transparentere Weg für Eltern, Träger, Kommunen und Verbände.

(Beifall von der CDU – Ein Mitglied des Landtag meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Was gibt es denn? Eine Frage?

Vizepräsident Edgar Moron: Es gibt in der aktuellen Stunde keine Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ach so.

Zweitens. Die Frage ist, was sich hier geändert hat. Es gab den Vorwurf, wir hätten nicht umgesetzt, was im Konsens stand. – Im Konsensverfahren haben wir uns darauf verständigt, bestimmte Gruppenformen einzurichten: 25 % Betreuung/25 Stunden, 50 % Betreuung/35 Stunden, 25 % Betreuung/45 Stunden. Daraus haben wir die benötigte Summe errechnet. Diese Summe beträgt 959 Millionen € im Jahre 2008. Das war das Ergebnis des Konsenses. Er wurde 1:1 umgesetzt. Das ist sogar eine realistische Schätzung, weil heute ca. 15 % 45-Stunden-Gruppen besuchen. Mit 25 % sind wir eigentlich auf der sicheren Seite. Die Träger glaubten das auch; sonst hätten wir uns nicht auf diese Zahlen verständigt.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Jetzt wenden die Kommunen ein: Was ist aber, wenn die Eltern völlig anders buchen? Das war die Sorge der Kommunen. Sie befürchteten, dann auf ihrem Anteil sitzen zu bleiben.

(Britta Altenkamp [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Das geht leider in der Aktuellen Stunde nicht.

(Britta Altenkamp [SPD]: Aber ich darf mich melden, Herr Minister Laschet!)

– Ja, Sie dürfen nur winken. Mehr geht leider nicht.

(Heiterkeit)

Am Montag dieser Woche – dafür möchte ich dem Finanzminister ausdrücklich danken – haben wir geregelt, dass die Kommunen auf den Kosten, falls Eltern anders buchen, nicht sitzen bleiben. Wir bieten jetzt nämlich mehr an, als der Konsens umfasste. Falls Eltern völlig anders buchen, bieten wir an, dass das Land über die zugesagte Summe hinaus den Kommunen zur Seite stehen wird. Das ist der wesentliche Fortschritt. Sie haben zwar am Dienstag in Ihrer Presseerklärung noch Kritik geübt, aber am Montag ist dieses Problem bereits ausgeräumt worden.

Es gibt eine Deckelung bei den Plätzen, aber es gibt keine Deckelung bei den Betreuungszeiten. Das ist die wichtige zweite Botschaft.

Drittens. Nur zum Abschluss, denn wir werden noch eine KiBiz-Debatte führen: Die sozialen Brennpunkte stehen auch wieder im Gesetz. Bevor Sie am Dienstag Ihre Kritik publik gemacht haben, war es vom Kabinett bereits um 15 Uhr beschlossen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wenn ich es vorher gehabt hätte, hätte ich es nicht kritisiert, Herr Laschet!)

– Was heißt: Wenn ich es vorher gehabt hätte? Man schreibt doch keine Presseerklärung und kommentiert ein Gesetz, das um 15 Uhr beschlossen wird, und weist darauf hin, was alles nicht enthalten ist, ohne es zu kennen! Opposition braucht auch Handwerk, wenn sie wieder an die Regierung will!

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Sie hätten ja einen Tag warten können. Dann hätten Sie am nächsten Tag sagen können: alles Mist! Oder heute Morgen. Frau Asch hat es ja schon gelesen. Das Gesetz ist da; man hat doch noch ein halbes Jahr Zeit zu diskutieren.

(Carina Gödecke [SPD]: Das Gesetz ist heute Vormittag gekommen!)

Aber man muss doch nicht, wenn ein Kabinett um 15 Uhr beschließt, um 15:01 Uhr verkünden: Alles

ist schlecht! Ihre gesamte Oppositionsarbeit zeigt: Egal, was wir beschließen, in Ihren Augen ist alles schlecht! Stellen Sie sich einmal vor, ich hätte einen Rechtsanspruch in den Gesetzentwurf geschrieben. Dann hätten sie uns um 15:01 Uhr beschimpft, obwohl Sie eigentlich Weihrauch hätten herausholen müssen.

(Lebhafter Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

So kann man keine Oppositionspolitik machen.

(Gisela Walsken [SPD]: Nicht so zimperlich, Herr Minister! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Was heißt: „Nicht so zimperlich“? Die Öffentlichkeit ist interessiert, ob Sie nach zwei Jahren wieder in der Lage sind, wieder Regierung zu sein. Wenn Sie nicht einmal Texte lesen können, sind Sie nicht in der Lage, wieder Regierung zu sein – so einfach ist das.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN: Unverschämtheit!)

– Was heißt: „Unverschämtheit“? Man kann doch in einem politischen Streit erwarten, dass sich die jeweils andere Seite einen Text erst anschaut und dann sagt, ob sie etwas richtig oder falsch findet.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wir haben erst heute Morgen das Gesetz bekommen, Herr Minister!)

– Aber, Frau Kraft, vielleicht äußern Sie sich einmal.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Vielleicht können wir uns darauf verständigen, dass Sie sich dann äußern, wenn Sie Texte kennen, und nicht prophylaktisch etwas kritisieren, ohne zu wissen, was im Text steht.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD)

Das wäre ein Fortschritt in der parlamentarischen Auseinandersetzung.

Außerdem hat die CDU-Fraktion Vorschläge gemacht. Nebenbei: Die hat den Text vorher auch nicht bekommen. Aber wenn zu vernehmen ist, dass Frau Altenkamp behauptet, das und das sei nicht wahr, dann ruft natürlich Frau Kastner als Sprecherin der Fraktion ihren Minister an und sagt: Eigentlich hatten wir verabredet, dass das und das nachgebessert wird. Das ist geschehen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, Ihre Redezeit ist jetzt abgelaufen.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Insofern war Frau Kastner in dieser Sekunde schneller. Sie, Frau Altenkamp, hätten mich auch anrufen können, dann hätte ich Ihnen das auch gesagt.

(Lachen von der SPD)

Dann hätten Sie uns nicht kritisieren müssen. Ich denke, die KiBiz-Debatte steht uns noch bevor.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist wie mit dem Callcenter! Da müssen Sie die richtige Nummer wählen! – Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Ich freue mich auf intensive Diskussionen, Frau Walsken, auf Grundlagen von Texten, von Haushaltszahlen.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Dann kommen wir auch zu guten Ergebnissen für die Kinder im Land.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Altenkamp das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Minister, wir wollen eines von vornherein klarstellen. Wir haben das Gesetz heute Vormittag im Zuge dieser Debatte – es war um 10:36 Uhr in meinem Postfach – bekommen. Ich bin sehr wohl in der Lage, Texte zu lesen. Wir sind sehr wohl in der Lage, Texte zu lesen,

(Gisela Walsken [SPD]: Wir verstehen sie sogar!)

wenn wir sie denn bekommen.

Der Punkt ist nur, dass wir Ihrer dünnen Pressemitteilung nach den Beratungen im Kabinett überhaupt nicht entnehmen konnten, wann und wie Sie bestimmte Dinge geregelt haben.

Sie werden es nicht glauben: Es gibt Journalisten, die fragen, wenn Sie mit Ihren dünnen Pressemitteilungen kommen, die Opposition: Wie findet Ihr das?

(Beifall von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Gute Journalisten!)

Unsere Pressemitteilung war eine Reaktion auf Ihre äußerst vielsagende Pressemitteilung. Vor dem Hintergrund kann ich den ganzen Vorwurf nur zurückreichen. Wenn Sie vernünftig informieren, dann wird die Opposition auch nicht gefragt, was sie dazu sagt. So aber kann sie nur zu den

Dingen Stellung nehmen, die Sie aufgezogen haben,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und die waren eben so, wie sie sind.

Jetzt will ich Ihnen noch eine Sache mit auf den Weg geben. Ich finde, einer der konsequentesten Menschen, der im Augenblick in diesem Landtag sitzt, sind Sie selber.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das stimmt!)

Denn eines steht absolut fest: Dass Sie sich hier so für dieses Betreuungsgeld in die Kurve werfen, findet sich im KiBiz wieder. Denn Sie haben bis jetzt nicht begriffen, dass Öffnungszeiten und für die Eltern buchbare Betreuungszeiten unmittelbar mit dem Geldbeutel der Eltern zusammenhängen. Das erleben wir gerade permanent in den Städten, die Elternbeitragssatzungen ändern müssen, weil die Bezirksregierungen über Ihren Innenminister aufgefordert worden sind, die Elternbeitragssatzung zu ändern.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es entsteht dadurch der Effekt, dass Eltern, die jetzt 25 Stunden Betreuungszeit buchen können, mit Blick auf ihren Geldbeutel entscheiden, wie lange ein Kind eine Kindertageseinrichtung besucht.

(Hannelore Kraft [SPD]: Genau!)

Die Eltern, die 2013 das Betreuungsgeld erhalten, werden dann entscheiden, ob ihr Kind überhaupt in eine Kindertageseinrichtung geht.

(Minister Armin Laschet: Das ist wahr!)

Denn dafür, dass das Kind die Kindertageseinrichtung nicht besucht, bekommen sie einen Zuschuss. Es ist das Problem, Herr Laschet, dass Sie nicht erkennen, dass sich Ihre Maßnahmen gerade für Eltern, die wirklich sehr massiv rechnen müssen und knapp bei Kasse sind, so wie beschrieben auswirken werden.

(Minister Armin Laschet: Das stimmt doch nicht! Die zahlen doch gar nichts!)

Sie müssen entscheiden, ob ihr Kind eine Kindertageseinrichtung, also eine Bildungseinrichtung, besucht, und legen damit schon ab dem zweiten Lebensjahr des Kindes fest, ob es im Bildungsprozess gute oder schlechte Chancen hat. So sieht die Situation aus.

Erschwerend tritt hinzu, dass diejenigen zukünftig einen Zuschuss erhalten sollen, die ihr Kind nicht

in eine Kindertageseinrichtung schicken. Das ist das sozial Ungerechte daran.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber darin sind Sie in Ihrem KiBiz absolut konsequent. Deshalb spreche ich Ihnen Konsequenz nicht ab. Sie diskutieren hier sehr konsequent, nämlich an den Bedürfnissen der Kinder vorbei und für Chancenungerechtigkeit in diesem Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Einen letzten Hinweis möchte ich Ihnen geben. Die Frage, ob Sie den Konsens eingehalten haben oder nicht, ist für mich überhaupt nicht entscheidend, weil ich als Opposition mit Ihnen keinen Konsens eingegangen bin.

Es entsteht allerdings kein Kinderbildungsgesetz, bloß weil Sie es so nennen. Das 35 Jahre alte GTK, „Ihrer-kleinen-Laus-Kinderbildungsgesetz“ genannt, ist dem, was Sie vorgelegt haben, in der Frage des Bildungsanspruchs, also in dem, was Kinder in dem Alter tatsächlich an Bildung brauchen, und in dem Bildungsansatz, um Längen überlegen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Was Sie vorgelegt haben, ist ein Finanzierungsgesetz à la bonne heure. Nur dadurch, dass Sie es Kinderbildungsgesetz nennen, wird es noch kein Bildungsgesetz. Es ist das ganze Gegenteil. Es ist ein schlecht finanziertes Gesetz, und es ist nach wie vor sehr schwierig zu verstehen, wie die Strukturen tatsächlich sind. Übrigens: Zu mehr Transparenz wird es an der Stelle nicht führen. Denn die Verfahren, die Sie mittlerweile auf den Weg geben, haben mit Entbürokratisierung, was mal der Hauptgrund Ihres ganzen Vorgehens war, tatsächlich nichts mehr zu tun.

Die Debatte werden wir noch führen. Nur eines sage ich Ihnen: Warum Sie letztlich ein neues Gesetz machen wollen, das ist einzig und allein dem Dialog zwischen Ihren beiden Ohren zu entnehmen. Hier im Land hat mit dem Blick auf das, was Sie jetzt vorgelegt haben, niemand ein Bedürfnis, aus dem GTK ein KiBiz zu machen, weil jeder weiß, dass man sich damit in der Frage, was Bildung im frühkindlichen Alter tatsächlich bedeutet, verschlechtert. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Milz das Wort.

Andrea Milz (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrtes Publikum! Ich kann Sie nur willkommen heißen auf dem Basar zur Familienpolitik im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Sie sehen zur Rechten die Händler von FDP und CDU. Die bieten Ihnen Äpfel, Birnen, Kirschen, Erdbeeren.

(Britta Altenkamp [SPD]: Steine!)

Sie sehen zur Linken die Händler der Opposition, genannt SPD und Grüne. Da bekommen Sie wunderschön verpackte Wasserpfeifen, Räucherstäbchen, Glitzerwerk.

Sie und natürlich wir alle müssen uns entscheiden: Was verbirgt sich dahinter?

(Gisela Walsken [SPD]: Hören Sie doch zu!)

Wenn ich sage, hier habe ich die Verkäufer der alten klassischen Angebote, dessen, was man bei uns unter einem „gesunden Angebot“, einem Korb Obst, versteht, verbirgt sich dahinter eine Verlässlichkeit, die wir durch Handeln und nicht durch Versprechungen herbeiführen.

(Beifall von der CDU)

Dahinter verbirgt sich Geld für Sprachförderung, was hier immer negiert wird, als wäre das selbstverständlich. Dahinter verbergen sich neue Angebote wie unsere Familienzentren, die es bisher nicht gegeben hat und bei denen wir mit unseren Ideen in Deutschland sicherlich führend sind. Dahinter verbirgt sich nicht ein Pseudorechtsanspruch, sondern dahinter verbergen sich reale Plätze für Kinder unter drei Jahren, von denen Eltern etwas haben, nämlich Wahlfreiheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie Wasserpfeifen und Räucherstäbchen ausgepackt und genossen haben – es mag ein kurzfristiger Genuss sein; der Nebel und die Schwaden sind wunderbar –, dann bleibt ein Häufchen Asche zurück. Das sind genau die Forderungen der Opposition. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Milz. – Weitere Wortmeldungen liegen zu dieser Aktuellen Stunde nicht vor. Ich schließe damit die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 Teilhabe gewährleisten – Konsequenzen aus der Sozialberichterstattung ziehen

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Mit Schreiben vom 11. Mai 2007 hat der Chef der Staatskanzlei mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, in der heutigen Sitzung den Landtag über das oben genannte Thema zu unterrichten. Zu dieser Berichterstattung erteile ich Herrn Minister Laumann das Wort. Bitte schön.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 22. Mai 2007 war ein wichtiger Tag. Die Regierung Rüttgers ist seit zwei Jahren im Amt, und wir können feststellen, dass es dem Land und seinen Menschen besser geht als vor zwei Jahren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben 170.000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr. Es gibt 113.300 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr als im Frühjahr 2006. Die Zahl der jungen Arbeitslosen ist innerhalb eines Jahres um 28 % und die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 18,7 % zurückgegangen. Ich finde, über diese Zahlen sollten wir uns freuen.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber auf diesen Erfolgen darf sich niemand ausruhen. Das zeigt uns der Sozialbericht Nordrhein-Westfalen 2007. Er ist der zweite Armuts- und Reichtumsbericht in Nordrhein-Westfalen. Der erste Bericht dieser Art wurde 2004 veröffentlicht.

Wenn ich ehrlich bin, habe ich mich schon darüber gewundert, dass der Sozialbericht 2004 von der damaligen rot-grünen Landesregierung nur der Presse vorgestellt, aber nicht einmal hier im Landtag diskutiert worden ist. Immerhin war es der Landtag, der im Jahre 2001 beschlossen hat, die Landessozialberichterstattung zum Armuts- und Reichtumsbericht weiterzuentwickeln. Ich bin der Meinung, dieser Bericht gehört in das Parlament. Das Plenum des Landtages ist der richtige Ort, sich auch mit den Ergebnissen dieses Berichtes und mit den durch diesen Bericht angesprochenen Menschen zu beschäftigen.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Sozialbericht liegt Ihnen vor. Die wesentlichen Inhalte werden Ihnen deshalb bereits bekannt sein. Ich glaube nicht, dass der Bericht grundlegende neue Erkenntnisse über die Ursachen von Armut in unserem Land gebracht hat. Der Bericht hat die alten Datengrundlagen im Wesentlichen fortgeschrieben und präzisiert.

Es hat mich deshalb nicht überrascht, dass das Risiko, arm zu sein, gestiegen ist: bei Arbeitslosigkeit, bei vielen Kindern, bei mangelnder Qualifikation, bei Scheidungen, bei Zugewanderten und bei fehlenden Schul- und Berufsabschlüssen.

Es gibt aber zu denken, dass sich das Armutsrisiko in Nordrhein-Westfalen von 13,7 % im Jahre 2000 auf 14,3 % im Jahre 2005 erhöht hat. Konkret bedeutet das: Rund 2,5 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen sind einkommensarm. Circa 815.000 Kinder und Jugendliche sowie rund 1,75 Millionen Erwachsene leben in einkommensarmen Haushalten, darunter 230 000 Personen im Alter von 65 Jahren und älter.

Als einkommensarm und damit armutsgefährdet gelten Personen, deren Einkommen aus Erwerbsarbeit, Rente und öffentlicher Unterstützung weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens der Gesamtbevölkerung in NRW beträgt. Das sind nach dieser Definition Menschen mit einem Einkommen von unter 615 €.

Diese Zahl habe ich auch deshalb genommen, weil es in Europa üblich ist, Armut als relative Armut zu definieren. Das bedeutet natürlich, dass sich die Armutsschwelle ändert, wenn das Gesamteinkommen in der Bevölkerung steigt. Das muss man einfach hinzufügen. Diese Zahl alleine sagt nicht alles über die konkreten Lebensverhältnisse eines solchen Menschen aus.

Zum Beispiel befindet sich eine Witwe in meiner Heimatgemeinde mit einer Rente von 600 € – davon gibt es im Übrigen sehr viele –, die in einem Haushalt zusammen mit ihren Kindern lebt, in einer ganz anderen Lebenssituation, weil sie über Wohneigentum verfügt, mietfrei und in einer Familiengemeinschaft wohnt, als eine Witwe, die mit einem solchen Einkommen in einer großen Stadt in einer Mietswohnung lebt.

Ich finde, wir dürfen diese Zahlen auch bezogen auf die Frage, was das für die Lebenswirklichkeit der Menschen bedeutet, nicht pauschal diskutieren, sondern wir müssen diese Unterschiede deutlich machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Opposition hat nach meiner Pressekonferenz, in der ich den Armutsbericht vorgestellt habe, reflexartig einen Notstand in Nordrhein-Westfalen ausgerufen und mehr Geld gefordert. Ich habe mich darüber ein wenig geärgert, vor allem vor dem Hintergrund des Umgangs mit dem alten Sozialbericht. Damals war ich noch nicht hier. Er ist damals nicht groß debattiert worden.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Aber die Opposition wollte es damals nicht!)

– Die Landesregierung hätte ja damals informieren können. – Meine Damen und Herren, ich möchte Sie heute bitten, über die Fragen, die im Sozialbericht angesprochen sind, vernünftig und sachlich miteinander zu reden, denn die betroffenen Menschen haben es verdient. Man sollte nicht nur pauschal sagen, was gemacht werden muss. Die Antworten, wie damit umgegangen werden muss, müssen sehr differenziert sein.

Hinzufügen möchte ich aber auch, dass dieser Sozialbericht – es ist nun einmal so – mit den Daten von 2005 endet.

Er ist damit eine Abschlussbilanz der Lebensverhältnisse der Menschen in Nordrhein-Westfalen nach Ihrer Regierungszeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich hoffe, dass die Ergebnisse positiver sind, wenn ich den nächsten Sozialbericht vorlege. Ich bin mir aber sicher, dass ich bei der Vorstellung des nächsten Sozialberichtes hier im Landtag sagen kann: Die Landesregierung und das Land haben Konsequenzen aus der Sozialberichterstattung gezogen, die Regierung Rüttgers hat ihr Möglichstes getan, um die Teilhabe zu gewährleisten, und das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist der Freund der kleinen Leute.

Das unterscheidet uns von Rot-Grün. Sie haben über die Probleme nur geredet und den Menschen gebetsmühlenartig erklärt, dass alles auf einem guten Weg sei. Konsequenzen aus dem Sozialbericht sind aber nicht gezogen worden. Das war das Ergebnis Ihrer Politik.

Ich nenne nur das Beispiel Bildung. Grundsätzlich kann man sagen: Je höher der Bildungsabschluss, desto geringer die Armutsgefährdung. Das ist auch nicht neu; das stand auch in dem alten Bericht. Die ungünstigsten Voraussetzungen in unserem Land haben diejenigen, die ohne allgemeinbildenden Abschluss sind. Über 93 % von ihnen bleiben auch ohne berufliche Bildungsabschlüsse.

Diese Situation spiegelt sich auch in der Erwerbslosenquote wider. Bei den Geringqualifizierten lag sie 2005 bei 23,6 %, bei den Qualifizierten bei 9,5 % und bei den Hochqualifizierten bei 4,9 %. Zwischen den höchsten Bildungsabschlüssen der Eltern und denen der Kinder besteht ein enger Zusammenhang. Nur 10,3 % der Kinder von Eltern ohne schulischen Abschluss erlangen das Abitur. Deshalb bekämpft man Armut am besten durch bessere Bildung.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist wohl wahr!)

Es ist die aktivste Armutspolitik, das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen wieder auf Vordermann zu bringen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Deshalb hat die Landesregierung den Unterrichtsausfall fast halbiert.

(Ursula Meurer [SPD]: Das ist doch nicht wahr!)

Es werden bis 2010 4.000 zusätzliche Lehrer gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung eingestellt. Davon sind 3.000 Stellen schon zum nächsten Schuljahr eingerichtet.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das ist doch nicht wahr! Das wissen Sie doch auch! Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Mein Haus, Frau Kraft, finanziert für rund 5.000 junge Menschen eine Ausbildung im Rahmen des Sofortprogramms 2006 des dritten Weges und der Verbundausbildung.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber bei der Verbundausbildung sind Änderungen eingezogen!)

Das ist konkrete Armutsbekämpfung.

(Beifall von der CDU)

Herr Schmeltzer, nehmen Sie einfach zur Kenntnis: Während wir heute zusammensitzen, gibt es in Nordrhein-Westfalen 4.800 Auszubildende im ersten Lehrjahr, deren Ausbildung vom Ministerium finanziert wird. Das haben Sie nie zustande gebracht. Das ist konkrete Armutsbekämpfung.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist nicht wahr! Wir haben das auf den Weg gebracht, und Sie haben die Finanzierung zulasten der Bildungsträger geändert!)

Allein beim Sonderprogramm Ausbildung 2006 nehmen wir über einen Zeitraum von drei Jahren bis zu 90 Millionen € in die Hand.

Ich möchte auch noch einige Maßnahmen aus dem Bereich Bildung nennen, die sich sehen lassen können. In dem Projekt „Betrieb und Schule“ befanden sich im Januar 2007 4.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Am Werkstattjahr nehmen derzeit 4.200 Schülerinnen und Schüler teil. Dafür stellen wir 25 Millionen € zur Verfügung.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Seit dem 1. September 2006 gibt es in Nordrhein-Westfalen erstmals eine staatlich geregelte Altenpflegehilfesausbildung. 1.400 Schulabgänger mit den Hauptschulabschlüssen Klasse 9 und 10 haben diese Ausbildung begonnen. Dafür stellen wir 5,2 Millionen € ESF-Mittel zur Verfügung.

Der Bildungsscheck wurde 2006 in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Bislang wurden über 60.000 Bildungsschecks eingelöst. Das Land stellte hierfür im Ganzen 14 Millionen € zur Verfügung.

(Beifall von der CDU)

Also: Ganz konkrete Schritte in diesen zwei Jahren, die die Bildung in diesem Land fördern – auch über mein Ministerium. Und das ist Armutsbekämpfung, weil diese Bildungsangebote vor allen Dingen auch an die Schwächeren in dieser Gesellschaft gehen.

Das mag alles noch nicht genug sein, aber ich wollte nur sagen: Die Tendenz war in Ihrem Armutsbericht genauso. Überlegen Sie bitte einmal, welche Konsequenzen Sie und Ihre damalige Administration daraus gezogen haben! – Da habe ich leider nicht sehr viel vorgefunden.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie referieren immer nur über das, was Sie vorgefunden haben!)

Aber zurück zu den Ergebnissen des Sozialberichtes! Zunächst zum Bereich der Familie: Das Armutsrisiko der Familie ist im Wesentlichen abhängig von der Anzahl der Kinder und der Erwerbstätigkeit der Eltern.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und deren Einkommen!)

2005 lebten in Nordrhein-Westfalen 2 Millionen Familien mit 3,3 Millionen Kindern. Es ist eine gute Nachricht – die möchte ich auch nennen –, dass über 80 % dieser Kinder in einer Ehe oder in einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft aufwachsen.

(Beifall von der CDU)

Eine schlechte Nachricht ist aber, dass fast jedes vierte Kind in einem einkommensarmen Haushalt lebt.

Das Einkommen von Personen in Familien liegt etwa 18 % unter dem Durchschnittseinkommen. Bei Alleinerziehenden liegt das Einkommen sogar rund 36 % unter dem Durchschnittseinkommen. Das ist auch nichts Neues und stand ebenfalls in dem alten Bericht.

In einer besonders schwierigen Situation befinden sich Kinder mit einer Zuwanderungsgeschichte. Ihr Armutsrisiko liegt fast bei 43 %. Bei Kindern und Jugendlichen ohne eine Zuwanderungsgeschichte liegt es nur bei 15 %. Auch hier möchte ich relativieren: Es ist immer schon so gewesen, dass es Familien, die zugewandert und Immigranten sind, in der ersten Generation besonders schwer haben. Das muss man ganz sachlich zur Kenntnis nehmen, aber man muss auch sehen, was das konkret in Zahlen bedeutet.

Einkommensarm ist nach der Definition des Sozialberichtes eine Familie mit zwei Kindern, die beide unter 14 Jahren sind und deren Einkommen mit Kindergeld – das müssen Sie einrechnen, also: Einkommen der Eltern plus öffentliche Zuwendungen – 1.661 € nicht übersteigt. Bei einer Familie mit vier Kindern sind das schon 2.276 €.

Als ich noch Maschinenschlosser war, wir zwei Kinder hatten und meine Frau zu Hause war, wären wir in diese Gruppe gefallen. Denn diese Zahl hat nicht belegt, dass meine Frau und ich damals schon ein eigenes Haus auf dem Land bewohnten. Wir haben uns damals nicht arm gefühlt, vielleicht als einfache Leute. Aber das ist ja nichts Schlechtes.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn man also sagt, so viele Menschen leben in Armut, dann muss man diese Definition auch berücksichtigen. Sicherlich sind das alles Menschen, die mit wenig Geld auskommen müssen und das Geld gut überlegt ausgeben müssen. Aber wir sollten uns davor hüten, in der öffentlichen Debatte Armut gleich mit asozial zu assoziieren, weil es darunter auch ganz viele stolze Leute gibt,

(Beifall von CDU und FDP)

die sich in dieser Gesellschaft aufgehoben fühlen.

Aber man muss auch das andere sehen. Ich habe das Wort nicht gebraucht, aber Sie kennen die Debatte, die andere zum Thema soziale Unterschicht angestoßen haben. Das gibt es auch. Aber das sind ganz große Unterschiede im Lebensgefühl der Leute. Ob jemand sagt, er ist arm, oder sagt, er gehört zu den einfachen Leuten, das ist ein erheblicher Unterschied, wie ein Mensch sich in dieser Gesellschaft vorfindet.

Wir sind uns aber sicher alle darin einig, dass es Ziel von Politik bleiben muss: Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Deshalb will die Landesregierung bis 2010 – das haben Sie ja eben auch lange genug diskutiert – das Platzangebot etwa für unter Dreijährige bis zu 20 % ausbauen.

Eines ist doch wahr: Wenn im letzten Bericht schon stand, dass die Alleinerziehenden ein doppelt so hohes Armutsrisiko haben wie die, die es nicht sind, dann hätten Sie doch daraus den Schluss ziehen können, dass wir in der Kinderbetreuung für kleine Kinder besser sein müssen, als wir es damals waren.

(Beifall von CDU und FDP)

Da ist aber nichts passiert. Das Problem lässt sich nur über Erwerbsarbeit nachhaltig lösen und über nichts anderes. Wenn Sie jetzt gleich die Landesregierung kritisieren, weil sie angeblich alles verkehrt macht, dann erklären Sie mir doch bitte: Warum haben Sie aus diesem Teil des Berichts keine Konsequenzen gezogen?

(Beifall von CDU und FDP)

Ich meine, dass wir uns weiter anstrengen sollten und bei der Diskussion um das Arbeitslosengeld II durchsetzen müssen, dass wir zu einer Möglichkeit des Kinderzuschlags kommen, damit man nicht durch die Tatsache, dass man ein Kind hat, ins Arbeitslosengeld II gerät. Denn es ist nun einmal so, dass die Leistungen im Arbeitslosengeld für ein Kind gut 50 € höher sind als beim Kindergeld. Das führt dazu, dass diejenigen, die genau auf der Schwelle liegen, durch mehrere Kinder zusätzlich ins Arbeitslosengeld II kommen können. Da finde ich die Idee des Kinderzuschlags, den das Gesetz ja berücksichtigt hat, der aber irgendwie nicht funktioniert, im Prinzip nicht schlecht, aber das Instrument muss so gestaltet werden, dass es den Leuten, für die es bestimmt war, auch hilft. Das ist in diesem Punkt genau die Position der Regierung. Das vertrete ich auch in Berlin. Ich bin mir auch sicher, dass wir jetzt bei den SGB II-Änderungsgesetzen entsprechende Lösungen finden. Zumindest ist es politisch von beiden Seiten der Großen Koalition so gewollt.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, Ihre Redezeit ist beendet.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ja, aber ich muss noch einiges vorstellen. Geht das?

Vizepräsident Edgar Moron: Ja, aber dann verlängert sich die Redezeit für alle.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Gut, dann verlängert sich die halt.

(Heiterkeit – Beifall von der CDU)

Wir müssen uns auch um die 4 Millionen Migranten in Nordrhein-Westfalen kümmern. Ein Drittel von ihnen – das sind rund 1,3 Millionen Menschen – lebt in einkommensschwachen Haushalten. Besonders problematisch ist die Situation der türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Bei ihnen sind fast 44 % von Armut bedroht. Die Landesregierung sorgt deshalb für bessere Teilhabechancen von Kindern mit einer Zuwanderungsgeschichte.

Wenn man das sieht, ist doch richtig, was Herr Kollege Laschet und die Schulministerin jetzt machen. Wir müssen gucken: Was können wir tun, damit die Kinder mit vier Jahren sprechen können? Dann gilt es, sie zu fördern, damit sie im sechsten Lebensjahr auch einen Unterricht in deutscher Sprache an einer Schule verstehen können und ihm folgen können. Es kann doch keine falsche Politik sein,

(Beifall von CDU und FDP)

wenn man gerade bei diesen Kindern eine Veränderung erreichen will.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das war in Ihrem Armutsbericht auch so. Was haben Sie gemacht? – Sie haben sich darum einfach nicht gekümmert,

(Beifall von CDU und FDP)

weil es Ihrer Multikultivorstellung nicht entsprach, sich darum zu kümmern. Deswegen finde ich auch, dass wir in diesem Punkt auf einem richtigen Weg sind.

Das Problem der Armutsgrenzen – deswegen kommen Sie gleich nicht sofort mit diesem Argument – lässt sich über Mindestlöhne nicht lösen. Denn selbst wenn es die gesetzlichen Mindestlöhne gäbe, wie es zurzeit diskutiert wird, befände sich eine Familie mit einem Lohn von 7,50 € immer noch in Armut. Also nehmen wir doch nicht falsche Instrumente in die Hand, um in einer öffentlichen Debatte zu versuchen, ein Problem zu lösen, das man damit gar nicht lösen kann.

Genauso bitte ich Sie darum, genau hinzusehen, was mit unseren Erwerbsverhältnissen passiert ist. Im Jahre 2000 arbeiteten in Nordrhein-Westfalen noch 66,8 % der Erwerbstätigen in einem normalen Arbeitsverhältnis. Damit meine ich sozialversicherungspflichtig und Vollzeit. Das ist auf 63,7 % zurückgegangen. Aber da wird von vielen Folgendes gemacht: Man packt 400-€-Verträge, Teilzeitbeschäftigung und befristete Arbeit zusammen und sagt, das seien prekäre Arbeitsverhältnisse.

Zumindest bei der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeit bin ich nicht der Meinung, dass das ein prekäres Arbeitsverhältnis ist. Denn wir haben ja gerade die Ausweitung von Teilzeitarbeit gewollt, damit Menschen Familie, Kinder und Beruf besser unter einen Hut bringen können. Deswegen hat man ja auch ein Gesetz gemacht, nach dem Eltern einen Anspruch auf eine Teilzeitbeschäftigung in diesem Land haben.

Wenn das von den gleichen Leuten jetzt als prekär dargestellt wird, die damals genau dieses neu in das Arbeitsrecht eingeführt haben – ich denke an die Gewerkschaften –, dann muss man zumindest in diesem Punkt sehr differenziert diskutieren, weil man sonst nur Schlagzeilen macht, aber nicht in der Lebenswirklichkeit ankommt.

Einen weiteren Punkt möchte ich als letzten ansprechen, Herr Präsident.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Ihre Redezeit zu Ende ist. Sie haben ja Gelegenheit, nachher in der Debatte noch einmal das Wort zu ergreifen.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Nach diesem Sozialbericht müssen wir auch eine Debatte darüber führen, was in einigen Jahren mit der Altersarmut passiert, wenn bis dahin nichts geschieht. Gut ist, dass wir heute wenige über 65-Jährige in der Armut haben. Aber das, was im Rentenrecht heute Gesetz ist, wird dazu führen, dass das in einigen Jahren anders aussieht. Wer 7 € verdient, erwirbt sich in einem Jahr nach der jetzigen Rentenformel noch einen Rentenanspruch von 14 € und muss 44 Jahre arbeiten, um eine Rente oberhalb der Armutsgrenze zu haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Existenzsichernde Löhne!)

– 7 € wären doch der Mindestlohn. Herr Schmeltzer, reden Sie doch nicht so ein dummes Zeug, wenn wir über ein Problem reden, das wir lösen müssen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Der Mindestlohn ist eine gute Grundlage gegen Altersarmut!)

Wenn Ihre dummen Sprüche Ihre Sozialpolitik sind, dann werden die armen Leute mehr und nicht weniger.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie sind der Blockierer!)

– Ja, ist ja gut. Bei 7 € erreichen Sie in einem Berufsleben keine Rente oberhalb der Armutsgrenze mehr. Deswegen müssen wir doch gucken: Hilft die Riester-Rente bei Einkommensschwachen? Dies sind nach allem, was wir wissen, diejenigen, die sie nicht machen, sondern diejenigen, die gut verdienen, machen eine Geldumwandlung. Müssen wir im Rentensystem etwa wie im katholischen Rentenmodell nicht über solche Fragen reden, damit wir es im Rentensystem lösen? Müssen wir über Rente nach Mindesteinkommen reden? Ich will auf keinen Fall, dass sich ein Lagerarbeiter, der 45 Jahre lang für 7,50 € arbeitet, an den Staat wenden muss, sobald er in Rente geht, und dann bedürftig und von einem System abhängig ist.

(Beifall von der CDU)

Wir sollten einfach dafür kämpfen, das auch Herrn Müntefering deutlich zu machen. In diesem Sinne wünsche ich mir eine faire Diskussion über diesen Sozialbericht.

(Anhaltender Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Da haben Sie aber keine gute Grundlage für eine faire Diskussion gelegt!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Der Herr Minister hat seine Redezeit um fast fünf Minuten überschritten. Entsprechend großzügig werden wir auch die Redezeit der Fraktionen behandeln.

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Killewald das Wort.

Norbert Killewald (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine werten Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich weiß nicht, wie man nach einer solchen Rede eine faire Diskussion fordern kann.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU)

– Um das einmal zu sagen: Herr Kollege, der Titel dieses Tagesordnungspunktes lautet: „Teilhabe gewährleisten – Konsequenzen aus der Sozialberichterstattung ziehen“.

(Zuruf von der CDU)

– Lassen Sie mich einfach zu Wort kommen; danach werden Sie vielleicht ein Urteil fällen können.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Minister hat so getan, als ob im Jahr 2004 mit der Sozialberichterstattung in Nordrhein-Westfalen begonnen

worden wäre. Sie haben anscheinend eine mehr als gesunde Fähigkeit, zu verdrängen, Herr Minister, denn in NRW gibt es eine lange Tradition der Sozialberichterstattung.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Er hat sich gerade selbst verdrängt! Er ist nicht mehr hier!)

– Jetzt geht er flöten, der Sozialminister.

Sozialdemokraten und sozialdemokratisch geführte Landesregierungen haben sich seit 1992 nicht davor geschaut, sich mit unbequemen Wahrheiten auseinanderzusetzen.

(Christian Lindner [FDP]: Aber vorher!)

Herr Minister, die Zahlen und Fakten in jedem Bericht bestätigten die Zustände, die der Politik so nicht schmecken konnten. Zumindest waren sie stets eine sehr schwer zu verdauende Kost.

Herr Minister, in dieser Tradition stehend legen Sie nun erstmals einen Sozialbericht vor. Sie haben die wesentlichen – erschütternden – Zahlen schon genannt: 2,57 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen, das heißt jede siebte Person, leben in einkommensarmen Verhältnissen, darunter jedes vierte Kind – Sie haben die Zahl genannt: 815.000 Kinder – und 230.000 Menschen über 65 Jahre. Diese Zahl haben Sie nicht ganz korrekt genannt. Allein diese drei Zahlen schreien nach nachhaltigem politischen Handeln.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das machen wir ja!)

Der Herr Minister erwartet von uns laut der Pressekonzferenz und den entsprechenden Sprechzetteln – er hat es heute wiederholt – ein reflexartiges Verhalten, mit dem Ruf nach mehr Geld. Herr Minister, ich empfehle Ihnen, die Pressemitteilungen ganz zu lesen, denn dann würden Sie nämlich sehen, dass dort keine Summe angegeben ist. Aber Sie wollten das hören, und Sie haben anscheinend etwas gelesen, was dort nicht stand.

Ich muss Sie an dieser Stelle enttäuschen! Sie haben das wohl aus der Perspektive Ihres politischen Handelns als Bundestagsabgeordneter betrachtet, denn dort haben Sie in der Tat etwas mit Sozialberichterstattung zu tun, auch – spätestens seit 2001 – mit der Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Insofern sind die Armutsrisiken, die Sie hier aufzählen, nicht neu für Sie.

Man kann in einem Protokoll nachlesen, dass Sie genau die Armutsrisiken, die dieser Sozialbericht beschreibt, bereits in einer im Jahr 2001 vor dem Bundestag gehaltenen Rede erwähnt haben. Man muss sich das einmal vergegenwärtigen: Sie ha-

ben das beschrieben, bevor Sie die Kompromisse bezüglich des SGB II eingegangen sind. Sie sind diese Kompromisse also in dem Bewusstsein, dass es diese Armutsrisiken gibt, eingegangen. Aber heute kritisieren Sie das alles.

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

Außerdem müssen wir feststellen: Sie behaupten hier ständig, die alte Landesregierung habe nichts getan. Wieso haben Sie denn dann in den letzten zwei Jahren nichts gemacht? Wieso nicht, Herr Minister?

(Beifall von der SPD – Minister Karl-Josef Laumann: Das ist doch eine Gemeinheit!)

Herr Minister, wenn Sie sagen, die alte Landesregierung habe nichts getan, müssen wir hier Zweierlei feststellen: Diese Sozialberichterstattung gibt es schon lange. Ein Ergebnis dieser langen Tradition der Sozialberichterstattung war zum Beispiel das Bemühen der alten Landesregierung, die offene Ganztagschule einzuführen.

(Beifall von der SPD)

Die Einführung der offenen Ganztagschule haben die Mitglieder Ihrer Partei und Sie persönlich noch am Anfang dieser Legislaturperiode bekämpft und im Wahlkampf als ungeeignetes Mittel gegen soziale Ausgrenzung bezeichnet.

(Beifall von der SPD – Christian Lindner [FDP]: Wir haben die Zahl der Lehrerstellen erhöht! – Gegenrufe von der SPD)

– Herr Lindner, ich will einmal auf die FDP eingehen. Seit mehreren Tagen – es sind nicht ganz zwei Wochen – versuchen Sie, ein neues Image zu bekommen: ein soziales Image für die FDP.

(Christian Lindner [FDP]: Ein soziales Image für die SPD wäre besser!)

Dazu muss man sich noch einmal ein Wort Ihres wirtschaftspolitischen Sprechers vergegenwärtigen, das gestern gefallen ist, als es um die Mindestlöhne ging. Er hat gesagt: Wir haben schon einen Mindestlohn, und dieser heißt Hartz IV.

(Beifall von der SPD – Christian Lindner [FDP]: Richtig!)

Herr Lindner, das zeigt, wie Sie denken. Das zeigt, wie Sie über Erwerbslose denken.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ein Zyniker, der Herr Lindner! – Christian Lindner [FDP]: Das ist die ökonomische Realität!)

Herr Lindner, eines möchte ich Ihnen – den Mitgliedern der Landesregierung und der Regierungsfractionen – nicht vorenthalten: Sie sagen, Sie hätten in diesen zwei Jahren schon gehandelt. Der Herr Minister hat auf seinem Sprechzettel die verschiedenen Maßnahmen der Landesregierung in den letzten zwei Jahren aufgelistet, die nach Ihrer Ansicht das Ziel haben, die soziale Ausgrenzung und die Armut zu bekämpfen.

Herr Minister, dann verstehe ich aber eines nicht, nämlich das Urteil der Sozialverbände, die Ihnen mehrfach folgenden Satz in Ihr Stammbuch geschrieben haben:

„Haushaltssanierungen sind dann keine Sozialpolitik für die Zukunft, wenn die Interessen unserer Kinder heute geopfert werden, um diese schuldenfrei zu den Verlierern von morgen zu machen.“

Das ist die Konsequenz der Politik, die Sie in den letzten Jahren gemacht haben.

(Beifall von der SPD)

Es ist auch sehr verwunderlich, wie Sie den Tagesordnungspunkt – dessen Titel ich Ihnen gerade vorgelesen habe – benutzen. Sie benutzen also die Armutsbilanz von Nordrhein-Westfalen, für die wir uns zum Teil wirklich richtig schämen müssen, denn es kann nicht sein, dass wir der Spaltung der Gesellschaft tatenlos zusehen: auf der einen Seite mehr Reichtum und auf der anderen Seite immer mehr Armut und immer mehr Menschen, die unter – in Anführungszeichen – „Armen“ – Sie haben das vorhin mit allem Für und Wider erläutert – leben müssen.

Dass Sie das ständig als Abschlussbilanz titulieren und nicht sagen, was Sie in Zukunft machen wollen, zeigt auch Ihre Ohnmacht gegenüber dem Finanzminister. Sie sind nicht in der Lage, entsprechende Programme zu begründen. Ich hoffe, dass Ihnen das mit dem jetzigen Zahlenwerk vielleicht besser gelingt und nicht nur ESF-Mittel in bestimmte Kanäle, die nötig sind, geleitet werden.

Wir Sozialdemokraten werden weder ideenlos noch konzeptionslos reagieren. Klar ist schon heute, dass es nicht ausreichen wird, die Landesaufgabe auf die Moderation zu beschränken, Herr Minister.

Es gibt Aufgabenfelder, die helfen können, Armut zu bekämpfen, die klar in Landesverantwortung liegen. Beispielfhaft können aufgeführt werden:

Erstens. Armutsbekämpfung heißt: mehr Ganztagsangebote im Elementarbereich und in der Schule machen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja, wir machen das!)

Zweitens. Armutsbekämpfung heißt: den U3-Rechtsanspruch schneller als geplant realisieren. Die Kollegin Kraft hat heute Morgen schon gesagt, wir hätten ihn gern viel früher gehabt; Ihre Partei wollte erst 2013.

Drittens. Armutsbekämpfung heißt: Beitragsfreiheit für den Elementarbereich umsetzen. Da bin ich sehr beruhigt, weil ich gelesen habe – ich habe es selber nicht erlebt –, dass sich der Ministerpräsident dieses Landes in der Grundsatzkommission der CDU bundesweit für diese Beitragsfreiheit einsetzt.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Ich bin da nicht Mitglied!)

– Zumindest wird von diesem Widerspruch geschrieben. Ich kann gerne eine entsprechende Presseerklärung von dieser Woche zitieren.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Die ist falsch!)

Viertens. Armutsbekämpfung ist möglich durch gemeinsame Mahlzeiten in Schule und Elementarbereich. Wir haben schon seit Monaten gefordert, das Schulgesetz entsprechend umzugestalten und eine Ausweitung auf den Elementarbereich vorzunehmen.

Fünftens. Armutsbekämpfung ist möglich durch die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit.

Sechstens. Armutsbekämpfung ist möglich, Herr Minister, durch eine aktivere Rolle des Landes in der Gesundheitsvorsorge von der frühkindlichen Phase bis zum Jugendalter.

Ich möchte es bei diesen Beispielen belassen.

Herr Minister, Sie haben noch angesprochen, wieso die alte Landesregierung nach der letzten Sozialberichterstattung nichts gemacht hat. Darauf möchte ich noch eingehen. Im Dezember 2004 – sechs oder fünf Monate vor der Landtagswahl 2005 – ist dieser Sozialbericht nach meinen Unterlagen veröffentlicht worden.

(Minister Karl-Josef Laumann: Warum habt ihr das so spät gemacht? Ihr habt etwas zu verstecken!)

Dann hat die Landesregierung entschieden, um den Sozialbericht nicht in den Vorwahlkampf hineinzuziehen – das waren berechnete Befürchtungen, Herr Minister, weil Ihre Partei das aufgrund seiner Veröffentlichung getan hat –, ihn

nicht im Plenum, sondern im Fachausschuss zu besprechen.

(Rudolf Henke [CDU]: Das ist entlarvend!)

Im Fachausschuss war das Thema auf der Tagesordnung. Sie hätten jederzeit fordern können, es auch im Plenum auf die Tagesordnung zu setzen. Das haben Sie aber nicht getan. Ich kann also diese Frage schlicht und einfach zurückgeben, Herr Minister. Ihre Partei hat es auch nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ich war noch nicht hier; sonst wäre das anders gewesen!)

Daher geht die Frage an die Fraktionen und insbesondere den Ministerpräsidenten, der damals Fraktionsvorsitzender der CDU war. Insofern ist diese Frage zwar möglich, aber Sie müssen erst einmal sich selber und Ihre Fraktion fragen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Killewald. – Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Henke das Wort.

Rudolf Henke (CDU): Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst: Karl-Josef Laumann, dem Ministerpräsidenten und der gesamten Regierung herzlichen Dank dafür, dass wir die Chance bekommen, das Thema im Plenum vor den Augen und unter Anteilnahme der nordrhein-westfälischen Öffentlichkeit zu diskutieren. An diesen Ort gehört es. Herr Killewald – Sie waren damals nicht persönlich dabei und nicht verantwortlich, aber Sie haben Ihre Aussagen wohl bei Ihrer heutigen Fraktionsvorsitzenden überprüft –, Sie haben Ihre alte Regierung entlarvt, wie sie damals mit diesen Fakten vor der Landtagswahl umgegangen ist.

(Norbert Killewald [SPD]: Wieso haben Sie es nicht beantragt für eine Aktuelle Stunde?)

Zweitens. Der Inhalt des Sozialberichts – die beklemmenden Befunde und Beobachtungen – ist uns allen bekannt. Jetzt sagen Sie: Ja, aber es ist ganz falsch, das als Abschlussbilanz darzustellen. – Ich verstehe das überhaupt nicht, weil 2003, 2004 und 2005 nun einmal die Jahre sind, über die dort berichtet wird. Die Daten stammen aus 2003 und 2004. Wer damals die Entwicklung in Deutschland aufmerksam registriert hat, über die der Bericht mit einer sehr aufwendigen Methodik in einem sehr präzisen Rückblick auf 2003, 2004 und 2005 Zeugnis

gibt, weiß, dass der Bericht keine Momentaufnahme der Gegenwart ist.

Diejenigen, die das so darstellen, als wäre er eine Momentaufnahme – das habe ich an der einen oder anderen Stelle gelesen –, haben mit folgender Aussage nicht recht: Ihr präsentiert nach zwei Jahren als Landesregierung eine Erfolgsbilanz, und wenn man diesen Sozialbericht liest, zeugt er davon, dass Armut im Lande herrscht und es schlimmer geworden ist, als es war, und daran seid ihr jetzt schuld. – Diese Darstellung, die zum Teil zu lesen war, ist grundverkehrt. Deswegen habe ich volles Verständnis dafür, dass jemand, der wie der Minister für die Richtigkeit dieses Berichts Verantwortung trägt, hier darlegt: Jawohl, das ist die Abschlussbilanz 2003/2004.

Ich füge hinzu: Natürlich enthält sie eine Berichtserstattung von der Schattenseite der damaligen Gesellschaft, natürlich spiegelt sie wider, wie es damals in Deutschland allmählich kälter und auf der Schattenseite dunkler wurde. Die Bilder, die der Sozialbericht zeichnet, mögen präziser und detailreicher und wissenschaftlicher sein als die unmittelbare Wirklichkeitswahrnehmung, aber die Wahrnehmung der Wirklichkeit, die er enthält, ist für uns alle eine der Triebkräfte gewesen, auf den Wechsel hinzuarbeiten, den wir 2005 erreicht haben. Diese Verhältnisse zu verbessern, ist einer der Gründe gewesen, warum wir den Kampf aufgenommen und uns in 2004 und 2005 so bemüht haben, sowohl im Land als auch im Bund die Mehrheitsverhältnisse zu verändern.

Das ist einer der Gründe dafür gewesen, warum wir in den Kampf gegangen sind und warum wir uns in 2004 und 2005 so sehr darum bemüht haben, sowohl im Land als auch im Bund die Mehrheitsverhältnisse zu verändern, nämlich weil wir einen Richtungswechsel wollten und weil wir mit dem Neuanfang in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland gegen diese Verhältnisse kämpfen wollten, die damals so waren, wie sie der Bericht beschreibt.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Inzwischen hat dieser Neuanfang begonnen. Wir Christdemokraten gestalten diesen Neuanfang in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den Freien Demokraten und – weil die Wahlergebnisse auf Bundesebene so sind, wie sie waren, und somit eine daraus resultierende Verantwortung in Berlin besteht – in Berlin gemeinsam in der großen Koalition, gemeinsam mit Ihnen von der Sozialdemokratischen Partei.

Deswegen sollten wir wenigstens im Umgang miteinander die Interpretationen nicht fälschen. Herr

Killewald, was ist das für eine Frage an einen Minister, wieso er zwei Jahre nichts getan hätte, der dafür steht, dass der Kombilohn NRW früher eingeführt worden ist, als die Einigung in Berlin zu erreichen war?

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Jetzt zeigen Sie doch mal den Erfolg des Kombilohn auf!)

Was ist das für eine Frage an einen Minister, der dafür steht, die Initiative „Jugend in Arbeit plus“ so geführt zu haben, wie sie geführt wird? Was ist das für eine Frage, wenn Sie wissen, dass die medizinische Versorgung von wohnungslosen Menschen besser wird? Was ist das für eine Frage, wenn Sie wissen, dass wir nicht zuletzt mit dem behindertenpolitischen Programm „Teilhabe für alle“ akute Armutsprävention leisten? – Ich muss Ihnen sagen: Was Sie da vortragen, finde ich sehr hanebüchen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Peanuts!)

– Was haben Sie gesagt? Wie haben Sie das genannt? Erdnüsse?

(Zuruf von der CDU: Peanuts! – Barbara Steffens [GRÜNE]: Etikettenschwindel! – Weitere Zurufe)

– Peanuts! Dann wollen wir einmal zu den großen Linien kommen, und zwar zu der Frage, wie die Situation heute ist. Zumindest die Kälteperiode, die in dem Sozialbericht zu Recht beschrieben ist, geht zu Ende. Ich habe durchaus den Eindruck, dass Deutschland auf Betriebstemperatur kommt.

(Beifall von der CDU)

Und ich habe den Eindruck, dass die höhere Wärme auch die Schattenseite unserer Gesellschaft erreicht. Dieser Klimawandel ist anders als der meteorologische ein guter Klimawandel.

(Beifall von der CDU)

Wir in Nordrhein-Westfalen leisten dazu entscheidende Beiträge. Weil wir wissen, dass unser Schulsystem viel zu vielen Kindern Grenzen aus ihrer Herkunft gesetzt hat, haben wir uns zu einem Neuanfang und zu einer neuen Richtung in der Schulpolitik entschieden und die individuelle Förderung der Kinder unabhängig vom Bildungserfolg, vom Berufserfolg und vom Geldbeutel ihrer Eltern an die oberste Stelle gesetzt. Weil wir wissen, dass der berufliche Misserfolg und die Armut von Menschen auf Dauer vorgebahnt werden, wenn sie keinen Anschluss an berufliche Bildung finden und keinen Erfolg in ihrer beruflichen Bildung haben, tun wir alles dafür, dass sich Men-

schen für die Arbeit am ersten Arbeitsmarkt qualifizieren können, auch mit den unkonventionellen und mindestens für eine Übergangszeit völlig unverzichtbaren Instrumenten.

In Bezug auf die überbetriebliche Ausbildung ist während unserer Regierungszeit mehr geschehen als zu der Zeit, die Sie zu verantworten haben,

(Beifall von der CDU)

zum Beispiel mit einer systematischen Stärkung und auch mit einer Stärkung des dualen Bildungssystems, mit neuen Projekten wie dem Werkstattjahr, mit großen Anstrengungen im Ausbildungspakt Nordrhein-Westfalen und mit einem intensiven Lernprozess sowohl in den Optionskommunen als auch in den Arbeitsgemeinschaften.

Weil wir wissen, dass ganz besonders Kinder mit Migrationshintergrund von schulischem und beruflichem Erfolg abgekoppelt werden, wenn sie zu Beginn ihrer Schulzeit die deutsche Sprache nicht ebenso gut beherrschen wie ihre Alterskameraden deutscher Herkunft, haben wir gegen alle Kritik und unter großen Schwierigkeiten, mit allen Anlaufproblemen, nicht nur in Reden, sondern vor allem in raschem Handeln Sprachstandsfeststellungen eingeführt und für all diejenigen, die das brauchen, Sprachförderung auf den Weg gebracht, die wirkt, wenn die Schule beginnt.

Und weil wir wissen, dass der Staat seine Leistungen aus den Mitteln aller Steuerzahler, aller Bürger finanzieren muss, haben wir mit immer höherer Neuverschuldung im Landeshaushalt Schluss gemacht und die Neuverschuldung bereits halbiert. Immer höhere Schulden – das wissen wir – zu machen bedeutet, immer mehr Geld bei Banken, Kreditinstituten und Finanzinvestoren abzuliefern, anstatt für Leistungen auszugeben. Das schadet am meisten denen unter uns, die durch ihre Situation am stärksten auf staatliche Leistungen, Hilfen und Daseinsvorsorge angewiesen sind. Deshalb sind Haushaltskonsolidierung und das Erarbeiten neuer Handlungsfähigkeit nicht unsozial, sondern sozial und ebenfalls ein wichtiges Element der Armutsprävention.

Weil wir wissen, dass Wohlstand nicht vom Himmel fällt und die wichtigste Chance zur Überwindung von Armut nicht der Transfer staatlicher Sozialleistungen – so notwendig er auch immer ist – ist, sondern Arbeit, Anstrengung, Engagement und Leistung sind, bahnen wir, wo immer wir können, Wege dafür, dass Arbeit, Anstrengung, Engagement und Leistung möglich sind und belohnt werden und sich dann auch sowohl für den Einzelnen als auch für das Gemeinwesen lohnen.

Auf diesem Weg kommen wir voran, wenn auch langsamer als wir möchten, aber wir kommen voran. Das zeigt die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt; das zeigt die Entwicklung in der Wirtschaft; das zeigt die Auftragslage im Exportbereich; das zeigt die angesprungene Binnenkonjunktur; das zeigt die gestiegene Vermittlungsrate der Agentur für Arbeit; das zeigt der Anstieg sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse; das zeigt das Sinken der Arbeitslosenquote.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir ganz am Rande den Hinweis, dass die nach dem Einkommen erfolgreichsten 10 % der Bevölkerung – Einkommenserfolg ist nicht automatisch gleich zu setzen mit Lebenserfolg; damit das auch klar ist – mit 32,1 % knapp ein Drittel aller Markteinnahmen in Nordrhein-Westfalen erzielen, aber immerhin mit 50,9 % mehr als die Hälfte der gesamten Lohn- und Einkommenssteuerlast tragen, während die nach dem Einkommen am besten abschneidenden 30 % der Bevölkerung auf knapp 60 % der Markteinnahmen kommen und 77,4 % der Lohn- und Einkommenssteuerlast tragen. In der Tat trägt also unser durchaus kritisierbares Steuersystem in erheblichem Umfang zum sozialen Ausgleich und damit auch zur Armutsprävention bei.

Weil wir wissen, dass auch ein Oskar Lafontaine so lange reden kann, wie er will, und der sehr respektierte Heiner Geißler noch zehnmal bei Attac eintreten kann, ohne dass deswegen die Globalisierung abgeschafft wird, tun wir alles dafür, die Innovationskraft unserer Betriebe sowie den Forschungsgeist an unseren Hochschulen und Universitäten, die Neugier unserer Kinder, Schüler und Studierenden zu fördern und voranzubringen, damit der Strom der Ideen nicht abreißt, der Deutschland zum Land der Ideen macht, damit wir als soziale Marktwirtschaft im internationalen Wettbewerb vorne bleiben.

Herr Killewald, deswegen geht das, was Sie vorgebracht haben, sowohl im Kleinen als auch im Großen fehl. Es geht in die Irre, weil Sie in den Details schlicht und ergreifend über alles hinwegsehen. Sie haben danach gefragt, wieso wir zwei Jahre lang nichts getan haben. Damit verlassen Sie schlichtweg den Boden einer seriösen Auseinandersetzung, weil Sie als Mitglied im Sozialausschuss die Debatten kennen und damit selbst Maßnahmen leugnen, die dort erörtert wurden, sogar solche Maßnahmen, die positiv aus der SPD-Fraktion kommentiert worden sind. Erst recht leugnen Sie alle Maßnahmen, denen Sie kritisch entgegengetreten sind.

(Norbert Killewald [SPD]: Das trifft mich jetzt aber!)

Sie sehen aber auch an den großen Linien vorbei. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr und sind dabei, Nordrhein-Westfalen zu verändern und damit auch Deutschland zum Besseren zu verändern. Zu den wichtigsten Motivationen unserer Arbeit gehört es jedenfalls, ein bisschen mehr an Helligkeit, ein bisschen mehr an Wärme und Sonne auch auf die Schattenseite unserer Gesellschaft zu bringen. Nach zwei guten Jahren für Nordrhein-Westfalen sage ich: Das ist eine Anstrengung, die sich lohnt. – Schönen Dank dafür, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Henke. Als nächste Rednerin hat nun die Frau Kollegin Steffens für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Jetzt kommt die Sonne zum Schatten von Herrn Henke!)

Barbara Steffens¹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Henke, ich finde, dass Ihr Verständnis von Parlamentarismus ziemlich schräg ist. Sie bedanken sich hier im Plenum dafür, dass wir über einen bestimmten Punkt reden können. Kennen Sie nicht die parlamentarischen Gepflogenheiten, dass Sie als Fraktion gerne beantragen können, dass man über ein Thema berät? In der Vergangenheit hätten Sie hier im Plenum jederzeit über den Sozialbericht diskutieren können.

(Widerspruch von Minister Karl-Josef Laumann)

– Vorsicht! Damals haben wir gemeinsam darüber gesprochen, es gab aber nicht den Wunsch, darüber debattieren. Damals war dieses soziale Image für Sie wahrscheinlich noch nicht wahlkampffördernd.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Im Kinder- und Jugendausschuss hat nicht Ihre Fraktion beantragt, über dieses Thema reden zu wollen. Nein, das waren wir Grünen. Das war unsere Fraktion. Wir haben im Kinder- und Jugendausschuss beantragt, dass man auch dort über den Sozialbericht diskutiert, nicht nur im AGS, weil dieser Bericht für Kinder und Jugendliche relevant ist.

Es gab Ihrerseits damals nicht die große und breite Unterstützung, das zu beraten, aber Sie haben

mitdiskutiert. Doch es war nicht Ihre Idee. Vielmehr war es Ihnen vollkommen egal, ob es in den Ausschüssen und im Plenum diskutiert wird.

Wenn Sie hier solche Vorwürfe erheben, rate ich Ihnen, mal einen Blick darauf zu werfen, wie die Reihen Ihrer Fraktion bei sozialen Themen gefüllt sind. Ihr Interesse ist da ganz oft gegen null.

Jetzt behaupten Sie, es sei falsch, dass man das damals vonseiten der Regierung nicht eingebracht habe. Bitte schön, nehmen Sie den Mund nicht so voll, sondern diskutieren Sie lieber über das, was für die Menschen wirklich entscheidend ist. Der Sozialbericht ist im AGS vorgestellt und diskutiert worden. Er ist auch im Kinder- und Jugendausschuss diskutiert worden.

Dass Sie damals in der Opposition nicht wussten, wie man über Themen im Plenum diskutieren kann, zeigt, wie damals Ihre Oppositionsarbeit war. Das spricht auch nicht für Ihre Regierungsarbeit heute.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Statt über das zu sprechen, was sich unter diesem Tagesordnungspunkt verbirgt, was der Bericht eigentlich aussagt und wie wir nach vorn gehen, drehen Sie sich rum und meinen, Sie könnten durch Nach-hinten-Gucken und Nach-hinten-Draufhauen vom Thema ablenken. Daran merkt man immer wieder, dass es für Sie ein echter Nachteil ist, dass Sie erst jetzt nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind. Hätten Sie die Debatten und Diskussionen in der Vergangenheit mitbekommen, würden Sie sich nicht an mancher Stelle mit fremden Federn schmücken.

Sie haben eben ausgeführt, dass es endlich Sprachstandserhebungen gibt. Würden Sie doch bloß einmal in Protokollen nachschauen. Im Jahr 2000 gab es hier eine interfraktionelle Arbeitsgruppe im Migrationsbereich. Ganz am Anfang war ich dort noch vertreten.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wer hat die denn beantragt?)

– Diese Arbeitsgruppe ist gemeinsam von allen Fraktionen initiiert worden.

(Minister Karl-Josef Laumann: Die haben wir beantragt!)

– Wenn Sie so sicher sind, dass Sie die beantragt haben, gestehe ich Ihnen das gerne zu, aber ich kann Ihnen aus den Prozessen, die damals mit Willi Zylajew stattgefunden haben, viel erzählen. Da haben wir nämlich gemeinsam gefordert, man müsse so früh wie möglich in die kindliche

Sprachförderung hinein. Damals hat Ihre Fraktion immer noch diskutiert, ob die frühkindliche Förderung nicht mit Kindern im Alter von fünf Jahren anfangen soll. Dann wurde danach gefragt, wie viel Geld dort hinein gegeben werden darf. Überlegen Sie sich doch einmal, statt Ihre Vergangenheit zu verdrängen, was das für ein langer Weg für Sie war, auf unseren Zug aufzuspringen und jetzt noch einen Wagen dranzuhängen! Also, bitte schön, Sie waren langsam an dieser Stelle.

Ich will gar nicht abstreiten, dass Sie an der Stelle nun etwas tun. Aber hören Sie doch auf, immer in die Vergangenheit zu schauen und zu behaupten, wir hätten nichts getan, obwohl Sie doch genau wissen könnten, was in Nordrhein-Westfalen alles passiert ist. Tun Sie nicht so, als hätten Sie das Land seit zwei Jahren erfunden. Das Land gibt es schon länger und auch erfolgreiche Politik und erfolgreiche Konzepte gab es schon vorher.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es ist aber nicht nur die kindliche Sprachförderung, sondern es gibt weitere Punkte, die Sie machen, einfach bewusst schönzureden versuchen und falsch darstellen.

Das trifft gerade für den Bereich des Unterrichtsausfalls zu. Ich kann es nicht mehr hören, dass Sie behaupten, die Situation beim Unterrichtsausfall sei besser geworden. Die Situation ist nicht besser geworden, Herr Laumann, sondern die Kinder sitzen dort und haben mit fünf Klassen gleichzeitig ...

(Lebhafter Widerspruch von Minister Karl-Josef Laumann)

– Könnten Sie vielleicht einmal zuhören, Herr Laumann. Verstehen setzt voraus, dass man zunächst einmal zuhört. Deswegen fände ich es gut, wenn Sie jetzt zuhörten.

(Lebhafter Widerspruch von Rudolf Henke [CDU])

– Herr Henke, hören Sie doch auch wenigstens einmal zu. Sie müssen sich auch Kritik von uns anhören können. Sie wissen doch noch gar nicht, ob unsere Kritik vernünftig ist oder nicht. Sie führen sich hier auf wie im Kindergarten. Das ist unsäglich.

Wenn Sie sich anschauen, wie heute Unterrichtsausfall definiert wird, geht es dabei nicht um den Unterrichtsausfall selber, sondern die Kinderanwesenheit. Ob dort ein Lehrer ist oder kein Lehrer, spielt keine Rolle. Die Hauptsache ist, dass die Kinder in der Schule sitzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das nennt sich bei Ihnen nichtstattfindender Unterrichtsausfall. Damit können Sie sich nicht schmücken. Wir haben dazu Zuschriften noch und nöcher. Dass Kinder dort einfach sitzen und nicht mehr sinnvoll beschäftigt werden, sondern Bilder malen oder sonstigen Kram machen sollen, der gerade überhaupt nichts mit ihren Lehrplänen zu tun hat – damit sollten Sie sich vielleicht einmal auseinandersetzen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Bilder malen ist schön! Was haben Sie gegen Bilder malen?)

– Gucken Sie sich doch die Zuschriften an. Schauen Sie sich die Schulen an. Dort kommt morgens ein Lehrer in die Klasse und sagt: Eure Lehrkraft ist heute nicht anwesend. Ihr könnt in der ersten Stunde Hausaufgaben machen, etwas lesen oder malen. In der zweiten Stunde findet der Unterricht wie geplant statt.

Wenn Sie solche Schulen nicht kennen, wird auch daran wieder deutlich, wie Sie die Augen vor den Auswirkungen der Politik in diesem Land verschließen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Sie schmücken sich an vielen Stellen mit Federn, die nicht die Ihren sind. Sie sprechen davon, wie toll die Initiative „Jugend in Arbeit plus“ sei. Schauen Sie sich einmal an, was von den Vertretern Ihrer Partei in der Vergangenheit zu den Programmen gesagt wurde, die wir durchgeführt haben. An manchen Stellen setzen Sie diese Projekte einfach fort. Nur weil Sie als Minister ihnen jetzt einen anderen Namen geben, sind diese Programme aber nicht neu; viele davon sind alt und fortgeführt.

(Marc Ratajczak [CDU]: Aber besser!)

– Sie sind auch nicht – nur aus dem Grund, weil sie jetzt von der CDU verantwortet werden – besser. In den meisten Fällen ist ihre Qualität sogar schlechter geworden, weil Standards heruntergesetzt wurden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es gibt aber auch eine ganze Menge anderer Punkte. Sie schaffen die Finanzierung der Arbeitslosenzentren ab und behaupten, die betroffenen Personengruppen bräuchten diese nicht.

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

Sie schaffen die Finanzierung für Selbsthilfe ab. Genau auf dem Feld der Personengruppe, über die wir reden, haben Sie ganz viele Einsparungen und Kürzungen vollzogen. Ich will gar nicht darüber sprechen, was Sie alles in den Bereichen von Drogen und Sucht gekürzt haben – obwohl Sie diesbezüglich immer Ihre positiven Aktivitäten loben.

Ich möchte aber nicht rückwärts gewandt argumentieren, sondern mich mit Ihrem Bericht beschäftigen. Das hätten die Menschen in Nordrhein-Westfalen, die in diesem Bericht angesprochen sind, heute auch von Ihnen erwartet: dass man nicht nach hinten guckt, sondern in diesen Bericht, dass man die Probleme der Menschen ernst nimmt und dass man ihnen dann nach vorne gerichtet sagt, was man jetzt tun will.

Diese Menschen haben auch nicht erwartet, dass es hier ein solches Hickhack und Gestreite gibt. Eigentlich erwarten sie doch, dass man gemeinsam lösungsorientiert über die Probleme diskutiert.

Sie erwarten auch nicht, dass ein Minister Menschen, die sich wirklich arm fühlen, als „armutsgefährdet“ bezeichnet – nur weil er damals ein Häuschen hatte und meint, unter ihnen gebe es auch Menschen, die ein Häuschen besäßen und sich nicht arm fühlten.

Es gibt verdammt viele Menschen in diesem Land, die am und weit unter dem Existenzminimum leben. Für sie müssen wir Lösungen finden. Ihnen nützt es nichts, wenn sie wissen, dass Minister Laumann früher auch einkommensschwach war und ein Häuschen hatte. Damit ist ihnen nicht geholfen. Davon haben die Kinder heute nichts auf dem Teller.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

– Herr Laumann, Sie haben eben schon Ihre Redezeit überzogen. Sie dürfen gleich noch einmal reden. Können Sie mich als Oppositionsabgeordnete nicht einfach einmal reden lassen?

(Marc Ratajczak [CDU]: Aber nicht mit einer solchen Polemik! – Minister Karl-Josef Laumann: Aber nicht, wenn jemand so redet wie Sie!)

– Sie dürfen ja gleich antworten. Sie haben ja noch genug Zeit.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Stefens, einen Augenblick. – Herr Minister, an dieser Stelle möchte ich Sie ausdrücklich darauf hinwei-

sen, dass es jedem Abgeordneten in diesem Hause freisteht, das zu sagen, was er gerne möchte, solange es nicht gegen die parlamentarische Ordnung verstößt, und dass es Mitgliedern der Landesregierung nicht zusteht, dies in irgendeiner Form zu beanstanden oder zu rügen. – Danke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Bitte schön, Frau Kollegin Steffens.

Barbara Steffens* (GRÜNE): Danke schön. – Wenn ich mir den Bericht angucke, sehe ich, dass es an zwei Punkten Probleme gibt.

Erstens. Wir haben ein strukturelles bzw. institutionelles Problem. Es ist ganz klar, dass an dieser Stelle ein Armutsrisiko besteht. Dazu wird gleich mit Sicherheit noch mehr gesagt werden. In Bezug auf dieses institutionelle Problem kann ich nur sagen: KiBiz ist ein Baustein, der im Moment in der Diskussion steht, aber überhaupt keine Antwort darauf darstellt.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ich setze mich jetzt neben Herrn Henke! – Beifall von der CDU)

Zweitens. Wir haben das bekannte Problem im Bildungssystem. Ich weiß nicht, wie Sie hier behaupten können, dass dieses Bildungssystem besser geworden sei, wenn gleichzeitig Herr Muñoz als Mitglied des UN-Menschenrechtsrates sagt, hier liege letztendlich eine Menschenrechtsverletzung vor; denn alle Bildungspolitiker forderten nicht Kopfnoten, sondern eine wirkliche Bildungspolitik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Darüber hinaus geht es um die materielle Armut. Über die materielle Armut von Kindern werden wir ja beim nächsten Tagesordnungspunkt noch sprechen. An dieser Stelle werden Sie zeigen können, wie Sie dazu stehen.

Sie haben sich gemeinsam mit Herrn Rüttgers zur Speerspitze der Bewegung in Bezug auf ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gemacht und lang und breit diskutiert, über welchen Zeitraum sie denn welche Bezüge erhalten dürfen, wenn sie denn in die Arbeitslosigkeit fallen.

Ich bin einmal gespannt, ob bei Ihnen gleich wieder der Robin-Hood-Trieb durchkommt. Dann würden Sie sich nämlich unserer Auffassung anschließen und sich an dieser Stelle auch für die Kinder in diesem Land einsetzen; denn aus Ihrem Bericht geht klar und deutlich hervor, dass Kinder mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Geld

nicht auskommen können. Von 2,68 € am Tag kann man ein Kind nun einmal nicht adäquat ernähren.

Von daher würde ich mir wünschen, dass Sie heute vielleicht einmal mit dem ersten Punkt beginnen und sagen, welche Folgen und Konsequenzen Sie aus diesem Sozialbericht ziehen; denn in Bezug auf Folgen und Konsequenzen sah es bei Ihnen bisher ganz dünn aus.

Letzter Punkt: In Ihrem Bericht steht deutlich, dass nicht nur die Armut zunimmt, sondern auch der Reichtum. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage der Umverteilung doch massiv. Auch auf diese Frage hätte ich von Ihnen heute eigentlich eine Antwort für die Menschen in diesem Land erwartet. Aber auch diese Antwort sind Sie uns schuldig geblieben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der FDP der Kollege Dr. Romberg das Wort.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Frau Steffens, Sie haben eben unter Bezugnahme auf die Anwesenheit im Plenum bemängelt, dass die Koalitionsabgeordneten nicht an dem Thema Soziales interessiert seien. Ich möchte nur einmal darauf hinweisen, dass die Fraktion der Freien Demokraten bei Ihrer Rede mit mehr als der Hälfte der Fraktionsmitglieder hier vertreten war.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist bei Ihrer Größe auch nicht schwer!)

Und es war schwer genug für uns, manche Passagen dieser Rede zu ertragen!

(Beifall von FDP und CDU)

Auch die Kollegen der CDU sind von der Anzahl her deutlich stärker vertreten als die Sozialdemokraten,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Fünf von zwölf ist mehr als die Hälfte? – Zuruf von der SPD: Sollen wir Hammelsprung machen?)

die hier als Konsequenz aus dem Sozialbericht neue Programme und noch mehr Schulden gefordert haben. Das war wirklich einfalllos und ineffizient. Wir brauchen nicht neue Programme und neue Schulden.

Wir verbessern die Rahmenbedingungen der Menschen in Nordrhein-Westfalen durch bessere Bildung, mehr Arbeit und bessere Gesundheit. Wir schaffen die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft und damit die Voraussetzungen, die Armut Schritt für Schritt wirklich abzubauen.

(Beifall von der FDP)

Der Sozialbericht NRW hat in der Medienberichterstattung einen breiten Niederschlag gefunden und insgesamt für viel Aufsehen gesorgt. Das halten wir zunächst einmal für ein positives Zeichen; denn diese gesellschaftliche Debatte ist wichtig.

Minister Laumann hat angekündigt, dass diese sozialpolitische Diskussion im ganzen Land zu führen ist – nicht nur in diesem Parlament. Auch das ist wichtig.

Es reicht eben nicht aus, hier nur Befunde zu diskutieren. Wir müssen über den parlamentarischen Tellerrand schauen und möglichst weite Teile der Gesellschaft auf bestimmte Problemlagen aufmerksam machen und auch gemeinsam Lösungen erarbeiten.

Die zum Teil dramatischen Zahlen wurden mehrfach von den Vorrednern angesprochen. Ich möchte nicht näher darauf eingehen. Besorgniserregend ist sicher die Tatsache, dass sich die Lebenssituation bestimmter Zielgruppen weiter verschlechtert hat: die Langzeitarbeitslosen, die Alleinerziehenden, die Migrantinnen und Migranten, die Familien mit den vielen Kindern.

Die Brisanz wird deutlich, wenn man sich die Daten genauer ansieht. Bei den Familien mit einem Kind unter 14 Jahren beträgt die Armutsquote 14,7 %, bei einer kinderreichen Familie mit vier Kindern beträgt die Armutsquote 59,7 %. Solange solche Zahlen da sind, können wir noch so viel diskutieren, dass NRW, dass Deutschland kinderfreundlicher werden soll; wir müssen gerade für die Familien die Rahmenbedingungen auf Bundesebene weiter verbessern, damit wir auch wieder Nachwuchs bekommen. Der Baby-Boom im Zusammenhang mit der WM ist ein erster Schritt; aber die Rahmenbedingungen müssen besser werden. Kinderreichtum darf kein Armutsrisiko mehr sein. Dann geht NRW wieder in die richtige Zukunft.

Der Handlungsbedarf gerade bei Kindern aus Migrantenfamilien ist besonders hoch. Das Risiko, dass diese Kinder in Armut aufwachsen, beträgt 43 %. Der Grund dafür liegt vor allem in der hohen Erwerbslosenquote gerade in Haushalten mit Migrationshintergrund. Für diese Gruppe beträgt die Quote 19 %, bei den türkischen Mitbürgern

sogar über 25 %. Insgesamt sind 44 % der türkischen Haushalte von Armut bedroht. Das sind Zahlen, die uns hier wirklich nicht kalt lassen sollten.

Die Kinder, die in einem solchen Elternhaus aufwachsen, haben es besonders schwer, die notwendigen Voraussetzungen zu erwerben, die sie für eine erfolgreiche Schullaufbahn und damit für eine erfolgreiche Ausbildung brauchen. Es ist allgemein bekannt, dass schulische und berufliche Bildung die entscheidenden Faktoren sind, wenn es gilt, Armut zu verhindern und Wohlstand durch persönliche Leistungsfähigkeit zu ermöglichen.

Gerade Kindern aus Migrationsfamilien fehlen aber oft bereits diese sprachlichen Fähigkeiten, um dem Schulunterricht folgen zu können. Aus gutem Grund ist die Landesregierung in diesem Bereich tätig geworden. Wir haben eben das Kinderbildungsgesetz mit der Sprachförderung im Kindergarten schon angesprochen, die jetzt erst ansetzt, die noch keine Ergebnisse produzieren kann, die aber Ergebnisse in fünf und in zehn Jahren produzieren wird. Das ist der Bereich, in dem wir Stück für Stück die Misere aufarbeiten.

(Beifall von der FDP)

Hinzuweisen ist auf die deutliche Verbesserung im schulischen Bereich, auch wenn die Grünen das wieder moniert haben. Die Verbesserungen sind wirklich vorhanden. Wenn man an die Schulen in Nordrhein-Westfalen kommt, sieht man, dass etwa der Unterrichtsausfall deutlich vermindert wurde. Das bestätigen nicht nur viele Lehrer, sondern auch viele Eltern. Das ist das, was wir mitbekommen, wenn wir im Land unterwegs sind.

Ein wichtiges Element unseres Verständnisses von Sozialstaatlichkeit besteht darin, aktiv dazu beizutragen, dass Missstände erst gar nicht entstehen: Prävention, der präventive soziale Staat. Wir wollen in erster Linie eine Hilfe zur Selbsthilfe in Form einer echten Chancengleichheit, die es allen Kindern ermöglicht, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen.

Wir müssen ihnen auch wieder Mut machen und ihr Leben mit Bildung, mit Ausbildung, mit Arbeit interessant machen. Es gibt doch heute auch in Nordrhein-Westfalen, selbst an Realschulen, Schüler, die, wenn man sie fragt: „Wie sieht deine berufliche Zukunft aus?“, sagen: „Ja, ich gehe auf Hartz IV.“ Sie sehen überhaupt keine Perspektive für sich und sehen nicht, dass das andere Leben ein besseres sein kann. Sie sagen: Ich bin doch nicht blöd, ich mache Hartz IV und gehe nebenbei schrauben.

Es ist bedrohlich, wenn solche Einstellungen bei Schülern sogar in Realschulen vorhanden sind. Wir brauchen eine Debatte, wie wir den Menschen ihre Perspektive mit Bildung, mit Ausbildung, mit Arbeit wieder interessanter machen, als es bisher geschehen ist.

(Beifall von der FDP)

Es ist ungerecht, wenn Kinder aus sogenannten bildungsfernen Elternhäusern von vornherein in der Entfaltung ihrer individuellen Fähigkeiten und Ressourcen behindert werden. Hier werden schon die Weichen gestellt werden, dass Bildungsmängel, Erwerbslosigkeit mit späterer Armut nahtlos von der einen in die andere Generation übergehen.

Verschärft wird diese Tatsache dadurch, dass wir uns seit geraumer Zeit auf dem Weg von der alten Industriegesellschaft in die Wissensgesellschaft entwickeln. Auch der Sozialbericht weist darauf hin und betont, dass vermehrt hochqualifizierte Fachkräfte mit anspruchsvollen Tätigkeiten gesucht werden und gleichzeitig einfache Tätigkeiten wegfallen, die in der Vergangenheit dafür gesorgt haben, dass auch Menschen ohne einen Schulabschluss und ohne eine Ausbildung ihren Unterhalt verdienen konnten.

Die verstärkte Automatisierung in vielen Bereichen ist ein wichtiger Grund für diese Entwicklung ebenso wie die Konkurrenzbetriebe im Ausland, die häufig zu viel geringeren Kosten produzieren können.

Diese Tendenz erschwert beispielsweise auch die Auftragslage in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Auch für diese Personengruppe gibt es weiterhin einen großen Handlungsbedarf. Noch gestern hat Minister Laumann betont, dass die Arbeitswelt von einer echten Integration von Menschen mit Behinderung noch weit entfernt ist – und das, obwohl sich die Lage am Arbeitsmarkt zum Glück allmählich entspannt. Wir denken aber, dass das Programm „Teilhabe für alle“ dazu beitragen wird, auch die Situation der behinderten Menschen Stück für Stück zu verbessern.

Ein wichtiges Handlungsfeld des schwarz-gelben Bündnisses ist selbstverständlich der Bereich der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung, obwohl zu betonen ist, dass hier in erster Linie auch Betriebe, Unternehmen die Verantwortung für die Schaffung von Ausbildungsplätzen, von Arbeitsplätzen zu tragen haben. Aus Anlass des bundesweiten Tages der Ausbildung hat unser Arbeitsminister ja noch einmal einen Appell an die Wirtschaft gerichtet, die positiven Konjunkturdaten und Entwicklungen für Aktivitäten im Bereich der

Ausbildung zu nutzen. Dies ist gerade angesichts der gestiegenen Zahl von Schulabgängern von großer Bedeutung.

Die Landesregierung beschränkt sich natürlich nicht nur auf Appelle. Ich will beispielhaft einige Aktivitäten erwähnen. Wir haben das Werkstattjahr für Jugendliche auf den Weg gebracht, die ihre Zeit ergebnislos in schulischen Warteschleifen verbracht haben und für die es bisher gar kein Angebot gab. Auch das Landesprogramm zur Ausbildungsförderung ist zu nennen. Mit dessen Hilfe sind bis Ende Dezember rund 3.150 neue Ausbildungsplätze entstanden. Darüber hinaus ist auf die Entwicklung der dritten Säule der Berufsausbildung hinzuweisen. Sie soll es gerade Jugendlichen mit Schwächen in theoretischer Bildung ermöglichen, einen anschlussfähigen Abschluss zu erreichen. Minister Laumann hat als Beispiel auf die einjährige Ausbildung in der Altenpflegehilfe hingewiesen. Bei einem erfolgreichen Abschluss ist es dann möglich, darauf aufzubauen und eine reguläre Fachkraftausbildung anzuschließen.

Selbstverständlich bleibt noch viel zu tun, damit sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt weiter entspannt. Die aktuellen Meldungen geben jedoch Anlass zu weiterer Hoffnung. Von den Mitarbeitern der Bundesagentur für Arbeit wurde gemeldet, dass von mehr als 12.000 Betrieben in NRW bisher immerhin 3.110 Ausbildungsplätze zugesichert wurden. Das sind immerhin 370 Lehrstellen mehr, als 2006 zugesichert wurden. Das ist immer noch nicht genug, aber ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall von der FDP)

Ein besonderes Armutsrisiko bleibt das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit. Wir haben erst gestern im Plenum darüber debattiert

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Haben wir gar nicht! Das ist zwei Wochen her!)

und um die effektivste Form der Unterstützung der betroffenen Menschen gerungen. Dabei geht es neben der Frage, wie man Langzeitarbeitslosigkeit verhindern kann, auch um die Frage, wie man die Ausgestaltung des Niedriglohnsektors aktivieren kann. Zu erwähnen ist das Kombilohnmodell der Landesregierung. Auch darauf ist schon hingewiesen worden.

Leider sind ältere Menschen in besonderer Weise von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Gerade mit Blick auf die Rente mit 67 muss sichergestellt werden, dass ältere Menschen die Möglichkeit erhalten, erneut erwerbstätig zu werden oder es zu

bleiben. Lebenslanges Lernen und betriebliche Gesundheitsförderung spielen hierbei eine Schlüsselrolle. Aber auch ein verändertes Verständnis von den Potentialen des Alters in den Köpfen aller Beteiligten ist unerlässlich. Es ist sicher auch eine wichtige präventive Maßnahme gegen die Langzeitarbeitslosigkeit gerade von älteren Menschen.

Heute wird der Landtag über einen Antrag der Koalitionsfraktionen beraten, der sich mit den Potentialen des Alters, aber auch mit den Problemen von Altersdiskriminierung auseinandersetzt. Dies ist wichtig, weil Schwerbehinderungen gerade in höherem Lebensalter auftreten. 55,8 % der Menschen mit einer Schwerbehinderung in Nordrhein-Westfalen sind 65 Jahre oder älter.

Der demografische Wandel und die damit verbundene Zunahme an älteren Menschen stellt auch das Gesundheitssystem vor Herausforderungen. Auch hier gibt es einen engen Zusammenhang zur Bildungsfrage. Es ist bekannt, dass weniger gebildete Menschen viel häufiger gesundheitliche Risiken aufweisen.

Wir haben morgen im Rahmen der Aktuellen Stunde Gelegenheit, uns näher mit der Kindergesundheit auseinanderzusetzen.

Wenn man sich mit Armut auseinandergesetzt hat, geht es auch um die Definition. Herr Minister Laumann hat es angesprochen. Der Begriff Einkommensarmut beschreibt immer nur einen relativen Armutsbegriff. Wenn der Wohlstand in einem Land gleichmäßig steigt, ist das Armutsrisiko immer noch gleich hoch, wenn der Abstand bleibt. Das ist in der Debatte wichtig, heißt aber nicht, dass wir die existierenden Probleme kleinreden wollen.

Vielmehr sollte uns diese Unterscheidung Anlass geben, über die Bedeutung und das Selbstverständnis nachzudenken, die wirklich hinter den Leistungen des Sozialstaates stehen. Ungeachtet der mitunter abweichenden Vorstellungen sind sich die Fraktionen über die Ausgestaltung in einem Punkt hoffentlich einig: Wenn Menschen in Not geraten und nicht in der Lage sind, sich selbst zu helfen, muss ihnen die Gesellschaft solidarisch beistehen und ihnen jede erdenkliche Hilfe zuteil werden lassen.

Dass dies nicht nur ein frommer Wunsch bleibt, ist bei uns aber nicht nur ein Verdienst der sozialen Sicherungssysteme, die dringend modernisiert werden müssen, damit sie zukunftsfähig sind. Auch viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer tragen dazu bei. Daran sollte man bei diesem Armutsbericht erinnern. Wenn es diese freiwillig er-

brachten Leistungen nicht gäbe, wäre unsere Gesellschaft sehr viel ärmer, und zwar nicht nur in finanzieller Hinsicht.

(Beifall von der FDP)

Die Notwendigkeit, diese sozialen Sicherungssysteme gerade aufgrund des demografischen Wandels, aber auch mit Blick auf die arbeitsmarktpolitischen Realitäten zu reformieren und zukunftssicher zu machen, ist ohne Alternative und allgemeingesellschaftliche Aufgabe. Darauf will ich ausdrücklich hinweisen. Nur so kann es gelingen, dass auch künftige Generationen auf schnelle und unbürokratische Hilfe vertrauen können, wenn sie in Not sind. Wir benötigen dort einen Systemwechsel.

Aus landespolitischer Sicht ist natürlich auch ein ausgeglichener Haushalt eine Form von nachhaltiger Sozialpolitik. Herr Henke hat es schon angesprochen. Es ist unsozial, aus dem Vollen zu schöpfen und die Schulden einfach an die nächste Generation weiterzugeben. Hinzu kommt, dass es irgendwann kaum noch Spielräume für sozialpolitische Weichenstellungen gibt, die eine Landesregierung vornehmen kann, wenn die Ausgaben nicht deutlich zurückgefahren werden.

Dieser Sozialbericht mit den Daten aus dem Jahre 2005 ist ein Armutsabschlusszeugnis von zehn Jahren rot-grüner Sozialpolitik. An diesen Daten werden wir uns in den nächsten Jahren messen lassen. Schwarz-Gelb will aus Nordrhein-Westfalen wieder ein Wohlstandsland machen. Fehlende Bildung, fehlende Arbeit und fehlende Gesundheit sind die größten Armutsrisiken, die wir Schritt für Schritt gemeinsam reduzieren werden. – Danke sehr.

(Beifall von FDP und CDU – Heike Gebhard [SPD]: Ja, ja!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Kollege Garbrecht das Wort.

(Zuruf von der SPD: Der Minister ist jetzt sprachlos!)

Günter Garbrecht (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will zu Anfang sagen: Als Sozialpolitiker begrüße ich jede Gelegenheit, über die soziale Lage der Menschen im Land zu reden. Ich bedaure jede Chance, die in früherer Zeit nicht wahrgenommen worden ist. Aber ich will den Blick nicht rückwärts wenden.

Es gibt eine selektive Wahrnehmung. Seit 1992 machen wir im Land eine Sozial- und Armutsberichterstattung. Kein anderes Bundesland

(Wolfram Kuschke [SPD]: Richtig!)

hat dies seitdem getan. Wir haben aus jedem Bericht, Herr Minister, Konsequenzen gezogen, Schwerpunkte gesetzt und diese auch abgearbeitet. Einige Beispiele:

1995 war die Wohnungsnot, die Frage der Wohnberatung ein dringendes Thema. Wenn Sie sich den heutigen Bericht angucken – es gibt wohl nur wenige, die ihn in Gänze gelesen haben –, werden Sie feststellen, dass sich die Situation der obdachlosen, der wohnungslosen Menschen, die medizinische Versorgung gerade dieser Personengruppe deutlich verbessert hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zu nennen sind auch die Drogen- und Suchtberatung sowie die Beratungsstellen,

(Wolfram Kuschke [SPD]: Spielsucht!)

die Arbeitslosenberatungsstellen, die eine ganz wichtige Funktion haben. Wir haben darüber schon diskutiert, auch im Ausschuss.

(Rudolf Henke [CDU]: Wie viele Stellen sind denn dadurch entstanden? – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie viele Kosten sind dadurch eingespart worden?)

Im Übrigen wollen Sie die Zahl dieser Stellen reduzieren.

Also: Die Behauptung, frühere Landesregierungen und frühere Parlamentsmehrheiten hätten keine Konsequenzen gezogen, entspricht nicht der Wahrheit.

Wir haben lange gebraucht, um auf gleichem Level zu diskutieren. Da ging es um die Definition von Armut. Die CDU hat zehn Jahre gebraucht, die FDP braucht wahrscheinlich noch fünf Jahre,

(Zurufe von der SPD: Länger!)

wenn ich Herrn Dr. Romberg eben richtig verstanden habe, um nachzuvollziehen, dass der, der nur über 50 % des Durchschnittseinkommens verfügt, in diesem Land als relativ einkommensarm gilt. Es war ein langer Diskussionsprozess mit der Union, um zu dieser Definition zu kommen. Ich kann mich noch gut erinnern, welche Diskussionen ich als Sozialpolitiker vor Ort mit dem CDU-Sozialdezernenten der Stadt Bielefeld in dieser Frage hatte. Ich bin froh, dass wir uns zumindest auf dieser Ebene einander genähert haben.

Die Ergebnisse können nicht überraschen. Der Sozialbericht, der Armuts- und Reichtumsbericht, steht in einer langen Reihe. Es gibt zwei solcher Berichte auf der Ebene des Bundes. Ihre Einlassung, Herr Minister, die Sie im Deutschen Bundestag zu diesem Punkt gemacht haben, gucke ich mir noch einmal an. Das habe ich bei der Vorbereitung der heutigen Rede leider versäumt.

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Menschen in bestimmten Lebenslagen, Familien mit mehreren Kindern, Alleinerziehende, verbunden mit geringem Bildungsstand und Qualifikationsniveau, sitzen sozusagen in der Armutsfalle fest. Der Rückgang der Zahl normaler Arbeitsverhältnisse, die rasante Zunahme der Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse, die sinkende Lohnquote im Land, die Aufteilung in Stamm- und Randbelegschaft – all das dreht die Spirale noch schneller nach unten. Das Risiko, aus einer relativ gesicherten sozialen Position in Armut zu geraten, ist heute größer als die Chance, sich aus diesem Bereich herauszubewegen.

Wir haben es also mit einem verfestigten Kern von Menschen zu tun, die in Armut leben. In der Sozialpolitik reden wir seit Jahren von Generationen, die von Transferleistungen leben. Wir suchen händeringend nach Lösungen, wie wir diesen Teufelskreis durchbrechen können. Das gelingt natürlich mit mehr Teilhabe, mit gleichen Bildungschancen. Aber es geht auch um die Frage – ich bin dankbar: die Kollegin Steffens hat das eben angesprochen – der Verteilungsgerechtigkeit in diesem Land. Wir reden über Armut und Reichtum. Dieser Frage kann man nicht entgehen. Sie sind ihr leider ausgewichen.

Es geht um die Frage einer solidarischen Gesellschaft. Es geht auch darum, wie wir in unserer Gesellschaft die in ihr wirkenden Zentrifugalkräfte umkehren können, wie wir mehr Zusammenhalt und Solidarität erreichen können. Diejenigen politischen Kräfte in unserem Land – ich will nicht nur den Landtag, sondern das Land insgesamt ansprechen –, die der Privatisierung von Lebensrisiken das Wort reden, die nach der Maxime „Privat vor Staat“ handeln, die die Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse in einem Land im Prinzip als politische Priorität aus dem Blick verloren haben, die versöhnen nicht, die führen die Gesellschaft nach unserer Überzeugung nicht zusammen, sondern sie spalten.

(Beifall von der SPD)

Das, meine Damen und Herren, können auch salbungsvolle oder energische Reden nicht verdecken.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen noch einmal ganz deutlich: Wer die Kraft nicht aufbringt – Sie sind zwei Jahre in der Regierungsverantwortung –, wer es trotz zweijähriger ständiger Diskussion hier im Hause unterlässt, den Kindern unseres Landes, die in Armut leben – deren Zahl ist auch von 2005 bis 2007 gestiegen –, Lernmittelfreiheit real zu gewähren und nicht nur davon zu reden, die Teilnahme an der OGS, an schulischen Angeboten und am Essen zu ermöglichen, wer trotz aller vollmundigen Behauptungen nicht in der Lage ist, dies innerhalb von zwei Jahren zu realisieren, der darf sich hier heute nicht hinstellen und sagen: Wir sind sozusagen die Speerspitze im Bekämpfen von Kinderarmut.

Im Übrigen war eine Konsequenz, die die SPD-Fraktion aus dem letzten Sozialbericht gezogen hat, die Einrichtung einer Enquetekommission, die sich genau mit diesem Themenfeld beschäftigt hat.

(Beifall von der SPD)

In anderen Lebensverhältnissen würden Sie sich der unterlassenen Hilfeleistung schuldig machen. Das hat mit solidarischem oder christlichem Verständnis jedenfalls nach meiner Einschätzung nichts zu tun. Sie bekämpfen in diesem Fall nicht die Armut, sondern Sie verstärken diese Prozesse. Das ist die Wahrheit!

(Beifall von der SPD)

Mit zukunftsgerichteter, generationengerechter Politik – Herr Kollege Klein hatte gestern auch davon gesprochen – hat das nichts zu tun.

Wir wären froh, Herr Minister, wenn der von Ihnen gestern postulierte Konsens, dass wir gemeinsam als Parlament für existenzsichernde Löhne eintreten, wirklich eine tragfähige Basis wäre. Ich sehe diese tragfähige Basis nicht.

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

Ich wiederhole: Wir nehmen auch in NRW die gezahlten Hungerlöhne duldend hin und machen sie weiter salonfähig, weil wir sie mit Transferzahlungen aufstocken. Das ist die Grundlage dafür, dass die Unternehmen solche Hungerlöhne zahlen können, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir zahlen sie. Wir subventionieren die Hungerlöhne in diesem Land, die bei der Fleischindustrie Ostwestfalens bei 3,78 € in der Stunde liegen. Herr Minister, Sie können da nicht mit Allgemeinverbindlichkeit kommen, sondern Sie müssen sich

der Frage nach dem Mindestlohn konstruktiv stellen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich will meinen Beitrag nicht wiederholen. Ich weiß: Auch der Mindestlohn – darin stimme ich Ihnen zu – ist nicht das Allheilmittel. Aber er ist ein ganz wichtiger Schritt.

Ich will Ihnen noch einmal die Zahl vorhalten, weil wir auch über Geld reden: Mit 720 Millionen € finanzieren die Städte dieses Landes im Prinzip die Existenz von Hungerlöhnen.

(Widerspruch von Minister Karl-Josef Laumann)

Ich glaube, wenn es darum geht, Menschen aus der Armutsfalle zu holen, brauchen die Kommunen dieses Geld. Daher ist das eine fehlgeleitete Sozialpolitik. Ich appelliere ausdrücklich an Sie: Nehmen Sie sich endlich dieses Themas an!

(Beifall von der SPD)

Es fehlt also nicht an Geld, sondern es ist fiskalisch und sozialpolitisch mit katastrophalen Wirkungen falsch geleitet.

Ich sage Ihnen auch: Sie dürfen nicht nur energische Reden halten, sondern Sie müssen dann auch die Diskussion in Ihrem Lager führen. Was wollen Sie denn? Wollen Sie existenzsichernde Löhne? Oder wollen Sie den Ausbau des Niedriglohnsektors? Wer den Ausbau des Niedriglohnsektors über die Dinge hinaus will – das ist auch im Bericht geschildert –, wird nicht zu einer konsequenten Armutsbekämpfung kommen.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, der alle demokratischen Parteien in diesem Land betrifft.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Ich bin sofort am Ende meiner Rede, Frau Präsidentin.

Wir müssen uns die Frage stellen: Wie viel Armut und Ausgrenzung verträgt eine demokratische Gesellschaft? Sie kennen die Untersuchungen über die geringe Wahlbeteiligung und über das Ausklinken aus der demokratischen Gesellschaft in bestimmten Wohnquartieren. Dieser Frage müssen wir uns stellen.

Und ich füge hinzu: Der Verkauf dieser Quartiere an internationale Finanzinvestoren wird die soziale Sicherheit und Basis nicht schaffen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Das Ende der Redezeit wird erneut signalisiert.)

– Ein letzter Punkt, Frau Präsidentin. Die anderen Redner haben auch ein bisschen überzogen, wenn ich das sagen darf.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bis jetzt noch nicht!

Günter Garbrecht (SPD): Die Armutsrisiken lassen sich auch geografisch festmachen. Das ist mein letzter Punkt. Er ist, finde ich, noch wichtig, denn der Minister wird gleich dazu auch Stellung nehmen. In den großen kreisfreien Städten entlang der Ruhrschiene sowie in den Städten Köln, Bielefeld, Aachen, Wuppertal gibt es das höchste Armutsrisiko. Ich sage Ihnen: Im Ausgleichsverfahren der Wohngeldersparnis benachteiligen Sie genau diese Städte!

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege!

Günter Garbrecht (SPD): Es wird keine bedarfsorientierte Förderung zur Bekämpfung des Armutsrisikos gegeben, sondern Sie bestrafen die Städte. Die Stadt Gelsenkirchen, die die höchste Sozialhilfequote bei Kindern aufweist, schurigeln Sie als Land, wenn sie etwas für Kinder tun will.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, ich darf Sie jetzt wirklich bitten, zum Schluss zu kommen.

Günter Garbrecht (SPD): Meine Damen und Herren, beschreiben ist eine Sache.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, bitte!

Günter Garbrecht (SPD): Handeln Sie konsequent! Das ist jetzt gefordert. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Garbrecht. Das war gerade sehr großzügig. Ich weise darauf hin, dass die Fraktion der CDU noch 7:38 Minuten, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 9:31 Minuten, die Fraktion der FDP 3:36 Minuten und die Landesregierung noch zehn Minuten Redezeit haben. Das sage ich Ihnen zu der Bemerkung, die anderen hätten auch überzogen. Herr Kollege Garbrecht, das ist in dieser Form nicht zutreffend.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Oh!)

Als Nächster hat nun Kollege Burkert von der Fraktion der CDU das Wort.

(Minister Karl-Josef Laumann: Er hat heute Geburtstag!)

Oskar Burkert (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Sozialbericht NRW 2007 legt in schonungsloser Offenheit die Einkommensarmut von 2,5 Millionen Menschen in NRW dar. Darunter sind 815.000 Kinder und Jugendliche. Dabei ist das Armutsrisiko, wie im Bericht festgestellt, im Zeitraum von 2000 bis 2005 noch einmal leicht von 13,7 auf 14,3 % gestiegen.

Der Armutsbericht zeigt auch auf, dass sich die Situation in den Regionen in NRW unterschiedlich darstellt, wobei diese Situation in den Ballungsräumen, insbesondere im Ruhrgebiet, deutlicher zum Tragen kommt als in ländlichen Bereichen.

In diesem Bericht wird auch sehr deutlich, dass Bildung die zentrale Ressource für die Verwirklichung von Lebensträumen und Chancen ist. Hervorgehoben wird, dass die Menschen mit höherem Bildungsgrad seltener in den Armutsstrudel hineingeraten. Das ist das Zeugnis über die Arbeit der rot-grünen Landesregierung.

Der Sozialbericht weist darauf hin, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße von der Einkommensarmut betroffen sind. Die Armutsrisikofaktoren sind Erwerbslosigkeit, geringe Qualifikation sowie die Zugehörigkeit zur Gruppe der Migrantinnen und Migranten. Ein überdurchschnittliches Armutsrisiko tragen laut Bericht Kinder und Jugendliche. Jedes vierte Kind im Alter unter 18 Jahren lebt in einem einkommensarmen Haushalt.

Eine der größten Ursachen für Armut ist die geringe Schulbildung. Die geringe Qualifikation endet in aller Regel in der Spirale der Einkommensarmut. Menschen ohne Schulabschluss bleiben zu 93,3 % ohne beruflichen Bildungsabschluss.

Daraus entwickeln sich weitere Probleme: zum einen die eben genannte statistische Einkommensarmut, die eintritt, sobald ein gewisses Einkommen unterschritten wird, und zum anderen die tatsächlich gefühlte Armut, die die Menschen durch Ausgrenzung und Diskriminierung, also durch fehlende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, erfahren. Deshalb meine ich: Der wichtigste Punkt der Armutsbekämpfung ist, dafür Sorge zu tragen, dass den Kindern eine optimale Schulausbildung zur Verfügung gestellt wird. Ein Großteil der Armut kann nur durch Bildung bekämpft werden. Das hat schon Nelson Mandela erkannt – ich zitiere –:

„Das größte Problem in der Welt ist Armut in Verbindung mit fehlender Bildung. Wir müssen dafür sorgen, dass Bildung alle erreicht.“

(Beifall von der CDU – Heike Gebhard [SPD]: Warum machen Sie das nicht? – Gegenruf von Rudolf Henke [CDU]: Das ist eine freche Frage! – Weitere Zurufe)

Wir haben nach dem Nichtstun der alten Landesregierung – das Nichtstun bestätigt dieser Bericht – in die Bildung investiert. Hier sei nur genannt: Ganztagsbetrieb der Hauptschulen, zusätzliche Förderung in den Schulen, mehr Lehrer, weniger Unterrichtsausfall. Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Schullaufbahn ist aber auch eine entsprechende Sprachschulung vor Beginn der Schulzeit. Deshalb legt die CDU/FDP-geführte Landesregierung auf die Spracherziehung großen Wert. Das ist unser Verständnis von Fördern und Fördern. Die Vorgängerregierung hat hier keine effektiven Maßnahmen ergriffen, kritisiert aber jede Maßnahme der jetzigen Landesregierung. Nur: Lassen Sie uns doch erst einmal machen!

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Auch die erste Serie der Sprachtests hilft, die Sprachdefizite – besonders bei den Kindern ohne Kenntnisse – zu verbessern und die Kinder zu fördern. Insbesondere für Personen mit Migrationshintergrund sind diese Maßnahmen enorm wichtig. Sie unterliegen einem überdurchschnittlichen Armutsrisiko; bei den Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit beträgt es sogar 38,4 %. Der Bericht stellt fest, dass in keinem anderen Staat Kinder mit Migrationshintergrund so geringe Chancen im Bildungssystem haben wie in Deutschland.

Dieser Bildungsnotstand, der durch den Armutsbericht verdeutlicht worden ist, wird durch eine erschreckende Zahl aufgezeigt. Allein 39,6 % der bei uns lebenden Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit haben keinen Abschluss einer allgemeinbildenden Schule. Es wird deutlich: Eine geringere Qualifikation mindert die Erwerbschancen und raubt damit alle Möglichkeiten auf ein existenzsicherndes Einkommen.

Darüber hinaus haben die Maßnahmen der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen dazu geführt, dass Nordrhein-Westfalen 2006 zum Aufsteigerland Nummer eins in Deutschland wurde. Die Menschen haben wieder Vertrauen gefunden, die Menschen packen wieder an. In diesem Jahr sind wir das Mittelstandsland Nummer eins – sogar vor Bayern.

Das hat dazu geführt, dass wir 113.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr und 170.000 Arbeitslose weniger haben. Wir haben nicht nur die Zunahme an Arbeitsplätzen, sondern haben auch im Bereich der Weiterbildung den Bildungsscheck erfolgreich eingeführt, der Arbeitnehmern zusätzliche Qualifikation für den Arbeitsmarkt ermöglicht. Die Möglichkeiten der Weiterqualifizierung wirken nicht nur der Einkommensarmut entgegen, sie ermöglichen Teilhabe am Leben und unterstreichen die Notwendigkeit lebenslangen Lernens vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und wirken der Altersarmut entgegen.

Zur Verbesserung der Lebenssituation von Jugendlichen, die nicht sofort in das duale Ausbildungssystem einsteigen können, haben wir die Möglichkeiten über das Werkstattjahr, „Jugend in Arbeit“, Ausbildung zur Altenpflegehelferin mit staatlichem Abschluss, um nur einige zu erwähnen.

Ziel der schwarz-gelben Landesregierung ist es, allen Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe am Leben zu geben. Das schließt die ca. 1,6 Millionen schwerbehinderten Menschen in Nordrhein-Westfalen natürlich ein, doch jüngere Behinderte haben in Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich oft keinen schulischen und beruflichen Abschluss. 42,2 % der erwerbsfähig behinderten Menschen gehen einer Arbeit nicht nach. Daher hat die Landesregierung das Programm „Teilhabe für alle“ mit über 40 Maßnahmen und Projekten in den Bereichen Arbeit, Bildung und Familie, Wohnen und Abbau von Barrieren auf den Weg gebracht.

Der Sozialbericht NRW 2007, der in aller Offenheit die soziale Situation in unserem Land darstellt, ist der Bericht der jetzigen Landesregierung, aber er ist das vernichtende Zeugnis der Politik von Rot-Grün, die in den Jahren 2000 bis 2005 für dieses Land verantwortlich waren.

(Beifall von der FDP)

Dieser Bericht ist der eindeutige Beweis für vertane Chancen, eine menschengerechte Teilhabe am Leben in Nordrhein-Westfalen zu erzielen. Wenn Frau Kraft heute Morgen gesagt hat, wir müssen mit Siebenmeilenstiefeln voranschreiten, kann ich nur sagen, Frau Kraft: Sie sind barfuß rückwärts gelaufen, und wenn Sie sich jetzt wenden, werden Sie mit Sicherheit schwindelig.

Dass wir heute im Plenum über diesen Bericht sprechen, zeigt, dass die CDU/FDP-geführte Landesregierung die Problematik erkannt hat, sie ernst nimmt und von Beginn an Lösungsstrategien

entwickelt hat und weiter daran arbeitet. Das, was wir vor der Wahl versprochen haben, haben wir umgesetzt und werden wir umsetzen. Die Erfolge in Bildung und in Arbeit zeigen die ersten positiven Ansätze.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen kann mit CDU und FDP auf eine gute Zukunft bauen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Burkert. Auch von dieser Stelle wünschen wir Ihnen im Namen aller Kolleginnen und Kollegen alles Gute zum Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Löhrmann das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Schönen Dank, Frau Präsidentin. – Den guten Geburtstagswünschen schließe ich mich selbstverständlich gerne an. Ich freue mich, dass der Minister wieder an seinen Platz zurückgekehrt ist, sonst wäre es bei der Botschaft des Tages geblieben: Steffens verreibt Laumann von der Regierungsbank!

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist Ihnen vielleicht noch eingefallen, dass Sie den Platz besser einnehmen, damit es nicht zu längerfristigen Folgen führt.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das wäre auch schlecht für alle!)

Das aber nur am Rande. – Das Thema ist ernst genug, und ich finde es gut, dass wir hier und auch in den Ausschüssen diesen Sozialbericht ausführlich diskutieren und uns darüber austauschen. Die Erkenntnisse über die Befunde sind noch relativ einvernehmlich – auch manches, was Sie, Herr Kollege Burkert, beschrieben haben, kann ich teilen –, aber wir streiten darüber: Was sind die richtigen Antworten? Sind die Antworten, die Sie für sich gefunden haben und wo Sie beschwören, dass damit alles vorangehe, richtig und zielführend?

Mir fällt auf, dass Sie aus meiner Sicht sehr technokratisch und mit Blick auf einzelne Dinge an die Sache herangehen und nicht die Zusammenhänge sehen – das will ich gleich an Beispielen noch deutlich machen – und dass Sie glauben, dass es, weil Sie einmal etwas aufgeschrieben haben und immer wieder herunterbeten, dadurch schon passiert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das klassische Beispiel dafür ist: Wir sind uns einig in der Analyse der Notwendigkeit von Bildungspolitik und dass Bildung der beste Schutz vor Armut ist. Das ist übrigens einer der wichtigen Sätze, die Johannes Rau nicht müde wurde zu betonen.

Die individuelle Förderung in den Schulen geschieht nicht dadurch, dass es in einem Gesetz steht, sondern es hat etwas mit Rahmenbedingungen, Wirken, Qualifizierung und einer dahinterstehenden Philosophie zu tun, ob das überhaupt gelingen kann.

Herr Laumann, Sie sagen, es solle so früh wie möglich festgestellt werden, was Kinder können und wo man nachsteuern muss. Diese Auffassung teilen wir. Das war auch schon unter Rot-Grün so angelegt. Ich persönlich war die erste, die mit Frau Behler im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsplan 2000 darüber verhandelt hat, dass Mittel zur Förderung von Kindern im vorschulischen Bereich bereitgestellt werden. Das waren – ich weiß es auswendig, denn wenn man so etwas verhandelt hat, dann merkt man sich die Zahlen – 1,2 Millionen DM. Wir haben den Betrag bis 2005 sukzessive auf 7,5 Millionen € gesteigert. Das waren sehr drastische Steigerungsraten. Wir begrüßen, dass Sie das jetzt fortsetzen. Das ist aber nicht von Ihnen vom Grundsatz her als Prinzip erfunden worden, sondern Sie knüpfen an etwas an.

Die offene Ganztagsgrundschule ist heute offensichtlich unstreitig, aber ich zitiere gerne Herrn Kufen aus dem Protokoll über die 55. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie vom 20. Januar 2005:

„Die offene Ganztagsgrundschule als Lösungsansatz der Regierung sei für ihn nicht die Antwort auf die über PISA offenbarten Probleme. Armut lasse sich so nicht beseitigen.“

(Ralf Witzel [FDP]: Völlig richtig! Das ist nicht die Antwort auf PISA! PISA sagt anderes!)

– Das ist nicht die einzige Antwort. Ja, PISA sagt anderes. Aber gerade Sie sind ja federführend darin, die notwendigen Schlussfolgerungen, die man aus PISA ziehen sollte, eben nicht zu ziehen, weil Sie aus Ihren ideologischen Schützengräben nicht herauskommen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Laumann, wir sind uns einig, dass wir Kinder früh erreichen müssen. Manches, was Sie eben gesagt haben, sprach dafür, im Kindergarten noch früher anzusetzen, damit wir gerade die Kinder

erreichen, denen im Familienzusammenhang nicht automatisch die Förderung zuteil wird, die sie brauchen. Diese Förderung ist nach Erfahrungen aus Kindergärten bei Kindern zwischen drei und sechs Jahren am besten dadurch zu gewährleisten, dass man den Eltern stellvertretend für ihre Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für die Betreuung, Bildung und Erziehung ihrer Kinder gibt. Das, was Sie eben gesagt haben, spricht eigentlich für das, was Sie bei der vorherigen Debatte abgelehnt haben.

Herr Laumann, Sie sagen, das gelte besonders für die Migrantenkinder. – Das ist richtig. Warum müssen Sie das aber mit der Formulierung „multi-kulti“ abwerten – davon spricht heute auch Herr Laschet – bezogen auf Kinder, die in multikulturellen Zusammenhängen leben? Warum sagen Sie nicht: Natürlich sollen sie Deutsch lernen, aber wir wollen auch, dass sie ihre Muttersprache mitbringen, denn wir wollen auch ihr kulturelles Kapital fördern, da wir im globalisierten Zusammenhang der Welt Kinder brauchen, die gut Türkisch, Spanisch oder Russisch sprechen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir müssen es doch ressourcenorientiert sehen. Sie hingegen haben defizitorientiert geredet.

Ich möchte Ihnen auch noch Folgendes auf den Weg geben: Sie spielen manchmal Menschen und Interessengruppen gegeneinander aus. Das ist nicht gut für einen Sozialminister. In der Diskussion um die Weiterförderung – Stichwort: Hartz IV – haben Sie ein ergreifendes Beispiel benutzt, das da lautet: Jemand, der lange eingezahlt hat, kann nicht genauso behandelt werden wie ein Alkoholiker, der noch nie etwas für den Staat getan hat. – Warum mussten Sie den Alkoholiker gegen andere ausspielen? Jemand, der aus einer Familie kommt, die schlecht dran ist, kann nichts dafür. Für den muss sich ein Sozialminister genauso einsetzen wie für jemanden, der lange eingezahlt hat und im Alter nicht in Armut fallen soll.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich finde, das passt manchmal nicht zusammen. Das ärgert mich, und damit müssen Sie sich aus unserer Sicht auseinandersetzen.

Jetzt komme ich zur Bildungspolitik. Sie glauben, Sie würden mit dem Schulgesetz etwas zur besseren Förderung und Qualifizierung von jungen Menschen tun. – Ich will Ihnen an einem Beispiel, das ich selber als Lehrerin erlebt habe, deutlich machen, warum ich glaube, dass Sie mit Ihrem Bildungsgesetz, Ihrem Schulgesetz, die Weichen falsch stellen. Ich habe unter anderem einen Jun-

gen unterrichtet, der in einem sozialen Brennpunkt, der schwierigsten Siedlung, die es in Solingen gab, gelebt hat. Er hätte nie und nimmer eine positive Prognose für das Gymnasium bekommen. Die alleinerziehende Mutter wollte aber, dass es mit dem Kind vorangeht. Daran haben sie gearbeitet. Der Junge ist auf einer Gesamtschule gewesen und hat sich bestens gemacht. Er hat ein Superabitur hingelegt und studiert heute. Dieser junge Mann sagt mir heute: Wenn es Studiengebühren gegeben hätte, dann hätte ich nie studiert.

Das heißt, dass Sie heute den Bildungsgang eines Kindes früher festlegen. Der Junge wäre wahrscheinlich, wenn es die Gesamtschule nicht gegeben hätte, auf einer Hauptschule gewesen und hätte nicht studiert. Sie hätten hier ein Schicksal produziert, das uns möglicherweise an anderer Stelle wieder begegnet wäre. Sie stellen die Weichen heute früher und damit anders.

(Beifall von den GRÜNEN – Dr. Stefan Romberg [FDP]: Jetzt spielen Sie die Menschen gegeneinander aus!)

– Ich spiele die Menschen nicht gegeneinander aus.

(Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Ich werbe für ein Schulsystem, welches die Weichen von Kindern nicht so früh, wie Sie es festlegen, nämlich zukünftig mit achteinhalb Jahren, stellt, damit für sie alle Wege offen bleiben. Ich werbe dafür, dass wir uns dafür und Sie sich dafür öffnen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Löhrmann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Sternberg zu?

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Aber gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Frau Löhrmann, ich habe zwei Fragen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Bitte immer nur eine Frage.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Dann lasse ich die Studienbeiträge und die BAföG-Empfänger heraus.

Eine Familie mit vier Kindern – zwei Kinder über 14 Jahre, zwei Kinder unter 14 Jahre – muss nach dem vorliegenden Reichtums- und Armutsbericht ein Nettoeinkommen von 2.200 € haben. Eine Familie mit vier Kindern, gerade dann, wenn die Kinder noch klein sind, wird es sich kaum leisten können, dass nicht einer der beiden Elternteile zu Hause ist. Jetzt legen Sie einmal neben die 2.200 € netto die Gehaltstabelle von Normalverdienern in diesem Land. Dann werden Sie merken, dass sich bei den Kindern die Armut von selbst ergibt. Das sind ganz normale Familien, die es in unserem Land Hunderte Male gibt.

Glauben Sie, dass das Problem mit einem Rechtsanspruch auf einen teil- oder mitzufinanzierenden Kinderhortplatz bzw. mit einer offenen Ganztagschule zu lösen ist, bei der die monatlichen Kosten zum Beispiel in der Stadt Münster bei 92 € zuzüglich Mittagessen liegen?

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Die Grünen sind dafür, dass es einen Rechtsanspruch gibt, der den Eltern für ihre Kinder die Möglichkeit einräumt, auf eine Infrastruktur zuzugreifen. Wir sind dafür, dass die von den Eltern zu entrichtenden Gebühren sozial gestaffelt sind.

Das heißt: Wenn es sich um Menschen und Kinder aus armen Haushalten handelt, dann haben wir heute schon die Beitragsfreiheit für Kinder sowohl bei der offenen Ganztagschule als auch bei den Kindergärten. Wir werben ausdrücklich dafür, dass es so bleibt.

Insofern bin ich Ihnen dankbar für Ihre Frage und dafür, dass wir beim nächsten Tagesordnungspunkt darüber reden, was man bei der Infrastruktur und im Bereich des Schullebens tun muss, damit die Kinder, die es sich nicht leisten können, sowohl in der offenen Ganztagschule als auch im Kindergarten von den Essenszuschüssen befreit werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Worauf es mir vorher ankam, war, meine Bitte deutlich zu machen: Überlegen Sie doch, ob Sie mit der Art und Weise, wie Sie das Schulgesetz angelegt haben, Bildungsgänge nicht zu sehr – nur darum werbe ich – verengen und verknüpfen, sodass Kinder und Jugendliche mit hohem Potenzial durch einen Rost fallen und keine Chancen haben und wir das kulturelle Kapital, was Kinder und Jugendliche – auch Kinder und Jugendliche aus armen Verhältnissen – besitzen, nicht abschöpfen.

(Ralf Witzel [FDP]: Gerade das Gegenteil ist der Fall!)

Ich erzähle die Geschichte noch zu Ende: Die Mutter wohnt heute auch nicht mehr in dieser Siedlung. Das ist ein erfolgreicher Weg, der durch die offene Bildung, durch Gesamtschulbildung ermöglicht worden ist. Ich glaube, dass wir mit Ihnen auch noch darüber reden können. Bei anderen bin ich da leider skeptisch.

Ich bin gespannt, wie die Debatte – ich nehme die Redezeit nicht voll in Anspruch, Frau Präsidentin – und wie es gleich mit den konkreten Fakten und Ansagen zu unserem Antrag weitergeht, der hervorragend zu der heutigen Debatte passt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Die Landesregierung möchte doch noch. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zwei Dinge aus der letzten Runde der Debatte, die mir wichtig erscheinen, noch einmal aufgreifen.

Erstens. Ich möchte erläutern, wie ich mir unseren Umgang mit dem Sozialbericht außerhalb des Parlamentes vorstelle. Im Parlament ist es selbstverständlich nicht allein meine Entscheidung, wie wir vorgehen.

Das MAGS will mit diesem Sozialbericht sehr offen umgehen. Das haben wir dadurch dokumentiert, dass wir Ihnen Ende letzter Woche nicht nur den Sozialbericht, sondern auch eine Zusammenfassung des Sozialberichtes und eine Einladung zu einer Expertenrunde am 10. Juni in Bochum in der Jahrhunderthalle, bei der wir zusammen mit dem DGB über diesen Sozialbericht diskutieren werden, zugestellt haben.

Ich habe Ihnen sogar meinen Sprechzettel für die LPK zur Verfügung gestellt, damit Sie es auch noch einmal pointiert haben. In den nächsten Wochen und Monaten werde ich in allen fünf Regierungsbezirken zu regionalen Konferenzen über diesen Sozialbericht einladen, bei denen ich vor allen Dingen mit den Leuten aus den Sozialabteilungen der Kreisverwaltungen, der Gemeinden, der Stadtverwaltungen, der Ärgen, der Optionskommunen, wo diese zuständig sind, aber auch mit den Menschen aus den Städten, die im Sozialausschuss tätig sind, über diesen Sozialbericht reden werde.

Ich finde, ein Sozialministerium ist dafür da, dass es mit seinen Erkenntnissen über Menschen in diesem Land, denen es nicht so gut geht, ganz offen umgeht und nicht versucht, die Situation schönzureden. Wir müssen zu einen Dialog finden, da sich die Lage nicht nur mit Möglichkeiten der Landesregierung, nicht nur mit Möglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik und nicht nur mit Möglichkeiten der Bildungspolitik in den Griff bekommen lässt, sondern wir brauchen vor allen Dingen auch eine enge Zusammenarbeit mit der Kommunalpolitik.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt!)

Dann ist es auch gut, wenn man auf diesen Veranstaltungen nicht alles besser weiß, sondern viel zuhört. Denn mir und sicherlich uns allen bereitet doch die Entwicklung in Bezug auf eine bedeutende Schicht von Menschen, die isoliert leben, was wir alle nicht wollen, viele Sorgen. Manche nennen das Unterschicht, ich sage immer: Das sind Menschen, die von Teilhabe ausgeschlossen sind.

Wie schaffen wir es, die Leute aus ihrer Isolation zu befreien? – Da kann zum Beispiel der engagierte Vorsitzende eines Sportvereins helfen, der sich bemüht, diese in den Fußballverein zu holen. Dieser Vorsitzende ist ganz wichtig, um unser Ziel zu erreichen. Auch der Pastor, der sich darum kümmert, dass Kinder auch aus diesen Gruppen etwa zu den Messdienern gehören, ist ganz wichtig, um diese Probleme zu lösen; ebenso der engagierte Mensch beim Jugendrotkreuz, der sich bemüht, diese Menschen irgendwie in seine Gruppen zu bekommen. Im Übrigen haben gerade viele Jungs – das stelle ich im eigenen Dorf immer wieder fest – eine hohe Affinität zu Angeboten des Roten Kreuzes, gerade dann, wenn sie praktisch veranlagt sind. Die Angebote mit den Autos und Zelten sind eben schön.

In diesem Bereich gibt es sehr viel Engagement in diesem Land. Ich finde, dass wir dort Mut machen müssen, um das Sich-Entwickeln einer Unterschicht in diesem Land – ich nehme das Wort im Zusammenhang mit Menschen nicht gerne in den Mund – mit allen Mitteln zu verhindern. Da gibt es doch viele Gemeinsamkeiten gerade unter Sozialpolitikern.

Zweitens. Herr Kollege Garbrecht, wir dürfen nicht davon sprechen – vielleicht haben Sie es nicht so gemeint –, wir hätten Hungerlöhne. Natürlich haben wir Lohnentwicklungen, die sich schwierig gestalten; dazu führe ich gleich noch aus.

Nach meinen Erkenntnissen – wir führen im Ministerium das Tarifregister – gibt es ungefähr

110.000 Beschäftigte mit Grundvergütungen von weniger als 1.300 €. Dazu Folgendes, denn das ist der Punkt bei den gesetzlichen Mindestlöhnen: Tariflöhne von weniger als 7 € werden in nennenswertem Umfang gezahlt in Bäckereien, Eiscafés, im Erwerbsgartenbau, Fleischerhandwerk, in der Floristik, in Friseurbetrieben, Gaststätten, im Hotelgewerbe, in der Systemgastronomie, im Konditorenhandwerk, in der Landwirtschaft und bei Zeitarbeit. Ich betone: Tariflöhne. Diese haben Tarifvertragsparteien festgelegt. Das ist nicht ein Lohn, der einseitig vom Arbeitgeber festgelegt worden ist.

Tariflöhne unter 6 € haben wir bei den Saisonkräften in den Gärtnereien, in den Floristikbetrieben, im Friseurhandwerk, im Hotel- und Gaststättengewerbe und in der Landwirtschaft.

Das heißt also, dass Sie die Frage von Einkommensarmut nicht allein an der Debatte über Mindestlöhne aufhängen dürfen. Das ist ein Trugschluss. Viele Leute aber wollen das hören, weil es anscheinend ein einfaches Instrument ist nach dem Motto: Wir müssen es nur nutzen, dann sind unsere Probleme gelöst.

Deswegen habe ich jetzt einfach einmal diese gewaltigen Branchen genannt.

Dann möchte ich nicht außen vor lassen, dass wir, wenn ich die Presseberichterstattung über niedrige Löhne in den letzten Wochen im Land richtig ausgewertet habe, im Reinigungsgewerbe, im Hotel- und Gaststättenbereich, im Wach- und Sicherheitsdienst, im Friseurhandwerk, in der Fleischereibranche und bei den Brief- und Paketdiensten Tendenzen zu Dumpinglöhnen verzeichnen.

Aber ich will ganz ruhig sagen: Lassen Sie mir doch noch ein paar Monate Zeit und gucken Sie sich dann an, wie viele Branchen übrigbleiben, bei denen wir am Ende keine tarifliche Allgemeinverbindlichkeit erreichen.

Die Allgemeinverbindlichkeit erklärt ist bereits für Hotels und Gaststätten, für Wach- und Sicherheitskräfte und für das Reinigungsgewerbe; für Letzteres über die Entscheidung in Berlin, dass es in das Entsendegesetz aufgenommen wurde, was ja das Vorliegen der Voraussetzung für eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung erfordert.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

– Es ist doch gut, dass wir es zusammen gemacht haben. – Lassen Sie mir einfach noch ein paar Monate Zeit und warten Sie ab, für wie viele von den Branchen, die ich jetzt nicht nennen konnte, bei denen ich aber ein öffentliches Interesse an

der Allgemeinverbindlichkeit sehe, wir gemeinsam die Allgemeinverbindlichkeit erreichen.

Denn es gibt einen Unterschied gegenüber der Zeit vor zwei oder drei Jahren. Das ist einfach die Wahrheit. Die Wahrheit ist, dass heute auch im Tarifausschuss bei den Vertretern der Arbeitgeber wieder eine bestimmte Offenheit für Allgemeinverbindlichkeitserklärungen existiert, die es eine bestimmte Zeit aus bestimmten Gründen in dieser Stärke nicht gegeben hat. Ich will es ganz vorsichtig formulieren.

In Nordrhein-Westfalen erklären sowohl die Vertreter der Gewerkschaften als auch die Vertreter der Arbeitgeberverbände im Tarifausschuss: Wir können über die Frage der Allgemeinverbindlichkeit zwar nicht ganzer Tarifverträge, aber der Entlohnung in den unteren Regionen der Tarifverträge miteinander reden.

Lassen Sie uns doch einfach diese Chance einmal ganz praktisch und pragmatisch nutzen. Ich glaube, dadurch kann man mit den Mitteln, die mir heute als Landesminister zur Verfügung stehen, einen wirksamen Beitrag dazu leisten, sittenwidrige Löhne zu verhindern, die hier im Hause niemand will.

Frau Löhrmann, es mag ja bei Ihnen anders angekommen sein, aber nehmen Sie mir bitte ab: Mir geht es nicht darum, die einen gegen die anderen auszuspielen. Allerdings muss man in der Politik auch manchmal Beispiele nennen, um bestimmte Dinge, die man in der politischen Auseinandersetzung deutlich machen will, bildlich so darzustellen, dass man überhaupt eine Debatte über bestimmte Fragen in Gang setzt.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Ich war nie der Meinung, dass man Gerechtigkeit in einem Land herstellen kann, indem man möglichst viel nivelliert. Meine Meinung ist vielmehr: Wir können Gerechtigkeit in einem Land am besten dadurch herstellen, dass wir für viele, viele Menschen – der Anspruch muss eigentlich sein: für alle – eine Teilhabechance am gesellschaftlichen Leben schaffen. Das hat mit Bildung zu tun. Das hat vor allen Dingen auch mit Integration in Arbeit zu tun. Das hat aber auch damit zu tun, dass man bestimmte Bevölkerungsgruppen an Kultur heranführt. Deswegen ist zum Beispiel auch unser Programm, dass auch Kinder aus schwierigen Schichten ein Musikinstrument lernen können, richtig. Das sind alles Dinge, die in die richtige Richtung gehen. Da unterstützen uns viele. Wenn wir jetzt gemeinsam feststellen, dass auch wir, wie jede Gesellschaft, diese Probleme

haben, dann, meine ich, können wir in den nächsten Jahren Gewaltiges erreichen.

Denn eines ist auch wahr. Natürlich hilft uns auch die steil ansteigende Konjunktur, um die Probleme dieses Personenkreises besser lösen zu können. Dazu gehört auch das in Berlin verabredete Kombilohnmodell für 100.000 Leute ohne Teilhabe an Arbeit und Wirtschaftsaufschwung. Davon werden wir ja, wenn das nach den Größen der Länder verteilt wird, in NRW vielleicht 20.000 kriegen.

Das sind doch alles ganz konkrete Beiträge, die stark auf diese Gruppe von Menschen ausgerichtet sind. Da sollten wir uns gegenseitig nicht die Sachen um die Ohren hauen, sondern die Pläne gemeinsam umsetzen. Denn ich weiß auch, dass ich viele sozialdemokratische und grüne Sozialpolitiker in den Kommunen brauche, um diese Programme hinzukriegen. In diesem Sinne sage ich noch einmal: Ich wünsche mir in dieser Frage eine gute Zusammenarbeit. – Danke schön.

(Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Meine Damen und Herren, damit sind wir schon am Ende des Tagesordnungspunktes 2.

(Zurufe von Britta Altenkamp [SPD] und Rainer Schmeltzer [SPD]: Schon, Herr Präsident?)

– Ich wollte Ihnen Mut machen.

Ich rufe auf:

3 Hartz IV – Kinder brauchen mehr

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4330

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Steffens das Wort.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Damit knüpfen wir direkt an das Thema an, das wir gerade verlassen haben. Man hätte die Tagesordnungspunkte vielleicht auch miteinander verbinden können. Ich finde es aber trotzdem wichtig, dass wir das jetzt separat diskutieren. Denn gerade haben wir über eine Analyse gesprochen, und in unserem Antrag sind schon konkrete Schritte benannt worden, wo wir Handlungsbedarf sehen, und zwar nicht Handlungsbedarf irgendwann, sondern jetzt sofort. Wir

betrachten es auch als wichtig, jetzt konkret darüber zu beraten, wie sich die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen dazu verhalten.

Wenn man Revue passieren lässt, wie es damals zu dieser ganzen Hartz IV- und SGB II-Gesetzgebung und den großen Diskussionen gekommen ist, dann weiß man: Irgendwann kam der Zeitpunkt, an dem eine Regelsatzhöhe festgelegt werden sollte. Dann hat man es sich bei den Kindern leicht gemacht und gesagt: Kinder erhalten einfach einen bestimmten Prozentsatz dessen, was der Regelsatz, die Regelleistung für einen Erwachsenen ist, nämlich Kinder bis zum 13. Lebensjahr 60 % und Kinder ab dem 14. Lebensjahr 80 % davon.

Wenn man sich in der Realität diese materielle Versorgung von Kindern anguckt und den Armutsbericht wieder hervorholt, dann stellt man fest, dass diese Regelung, dieser Umgang, aus Kindern einfach einen bestimmten Prozentsatz eines Erwachsenen zu machen, überhaupt nicht funktioniert und nicht greift. 2,65 € sind danach pro Tag für Kinder für Essen und Trinken vorgesehen. Davon kann man nicht einmal das Ganztagsessen in der Schule bezahlen. Davon kann man auch keine gesunde Ernährung bezahlen. Wir können nicht auf der einen Seite die zunehmende Zahl der Kinder mit Fehlernährungen und Falschernährungen beklagen, wenn wir auf der anderen Seite diese Summe festschreiben. 2,65 € funktionieren nicht, wenn man davon 1,98 € für das – in manchen Fällen hoch subventionierte – Ganztagsessen bezahlen muss. Dann brauchen wir uns auch keine Gedanken darüber zu machen, warum es zu Fehlernährungen kommt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber so ist das auch bei anderen Punkten. Man muss sich anschauen, wie hoch die für Schuhe und Bekleidung vorgesehene Summe ist. Wir wissen, dass der Bedarf, den Kinder an Schuhen haben, nicht einfach 60 % des Bedarfs von Erwachsenen entspricht. Gute Kinderschuhe kosten genauso viel wie Erwachsenenschuhe. Aber im Unterschied zu unseren Füßen wachsen die Füße der Kinder noch, und sie wachsen so schnell, dass man manchmal innerhalb kürzester Zeit neue Schuhe kaufen muss. Deswegen kann man auch da nicht sagen, dass der Bedarf eines Kindes X % des Bedarfs eines Erwachsenen entspricht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch an vielen anderen Punkten haben Kinder einfach andere Bedarfe. Kinder haben nicht nur einen Bedarf an Musikinstrumenten, also an mu-

sikalischer Förderung – das erkennen wir gerade, wenn wir uns die PISA-Debatte wieder vor Augen führen –, sondern sie haben auch schon in ihren frühesten Jahren einen Bedarf an Förderung: an Frühförderung im Sinne von gestalterischer, künstlerischer Förderung. Wir wissen, was die Musik zur Entwicklung der Hirnstrukturen beiträgt; wir wissen aber auch, was künstlerische Gestaltung und anderes bewirken. Deshalb muss man der Familie auch dafür Mittel zur Verfügung stellen.

Sehen wir uns weiter um, nämlich in den Schulen. Es gibt ein massives Problem mit den Schulbüchern, denn auf die Eltern kommen nicht nur die Kosten für die Schulbücher zu, die einmal pro Halbjahr oder einmal pro Jahr angeschafft werden müssen, nein, auf die Eltern kommen auch Kopierkosten und Kosten für zusätzliches Material zu.

Ich möchte wirklich jedem, der sich nicht damit beschäftigt, einmal vor Augen führen, dass gerade in bestimmten Fächern, etwa in dem Fach Kunst, von den Lehrern nicht einfach gesagt wird: „Bringt einmal einen Tuschekasten oder einen Wasserfarbkasten mit“, sondern es werden bestimmte Materialien vorgeschrieben. Zum Beispiel gehört der zweietagige Wasserfarbkasten einer bestimmten Marke dazu. Dann müssen fünf Pinsel einer bestimmten Sorte gekauft werden.

Das sind hohe Summen, die dort aufgebracht werden müssen. Das reicht dann für ein Vierteljahr. Nach einem Vierteljahr ist das nächste Thema an der Reihe. Dann müssen zum Beispiel Wachsmalstifte – aber nicht die einfachen preiswerten, sondern die dicken – gekauft werden.

All das ist hier nicht enthalten. Natürlich gibt es unterschiedliche Lösungsansätze. Man kann fordern, dass der Regelsatz an bestimmten Punkten verändert werden muss. Man kann sich aber auch überlegen, dass die Schulen bestimmte Materialien zur Verfügung stellen müssen, dass sie die Materialien den Schülern themenbezogen ausleihen und verlangen, dass sie hinterher wieder zurückgegeben werden. Auch solche Möglichkeiten muss man schaffen.

Aber es kann nicht so weitergehen, dass die Kinder von bestimmten Unterrichtsinhalten allein dadurch ausgegrenzt werden, dass sie die Materialien nicht haben. Das kann nicht angehen, und deshalb brauchen wir in diesen Bereichen dringende Änderungen.

Wir finden, dass es als Erstes einer Analyse bedarf, und zwar einer Analyse, die nicht wir Politiker vornehmen können. Obwohl ich Kinder habe,

kann ich Ihnen nicht auf Heller und Pfennig genau ausrechnen, was ein Kind welcher Altersgruppe braucht. Nein, wir brauchen eine unabhängige Kommission, die sich aus Angehörigen unterschiedlicher Bereiche zusammensetzt, die ganz speziell die Bedarfe der Kinder analysiert und die, unabhängig von der Politik, ein Instrument findet, wie diese Bedarfe kontinuierlich angepasst werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das, was wir jetzt im Armuts- und Reichtumsbericht festgestellt haben, werden wir mit den besten Maßnahmen und Angeboten für die Gruppe, die immer auf Transferleistungen angewiesen ist, nicht verhindern können. Wir können gegen die Arbeitslosigkeit Maßnahmen ergreifen, wir können Förderprogramme auflegen, wir können vieles machen. Aber ein Teil der Kinder und der Erwachsenen wird immer auf diese Leistungen angewiesen sein. Für die müssen wir ein Finanzierungssystem finden, mit dem die Kosten, die diese Bedarfe verursachen, abgedeckt werden können.

Unabhängig von allen anderen Maßnahmen ist dies ein Punkt, an dem wir als Politiker in der Pflicht sind. Wir müssen die Maßnahmen einleiten. Deswegen schlagen wir vor, gemeinsam mit der Bundesregierung zu handeln. Wir haben dort zwei Fraktionen, die massiv darauf einwirken können.

Eine solche Kommission einzurichten ist der eine Schritt. Aber der andere Schritt ist, auch hier so schnell wie möglich Handlungsspielräume für die betroffenen Personen zu schaffen, bis eine dauerhafte Lösung gefunden und der Bedarf analysiert ist. Wir müssen wieder Leistungen für Sonderbedarfe gewähren können, denn es kann nicht angehen, dass in bestimmten Lebenssituationen bestimmte Sonderbedarfe nicht finanziert werden können. Die Behörden müssen Spielräume haben, um die besonderen Lebenslagen dieser Kinder abfedern zu können. Wir brauchen in den Förderbereichen besondere Sachleistungen, und zwar nicht nur in der Musik, sondern auch im Sport, denn von bestimmten kostenintensiven Sportarten sind die Kinder ausgegrenzt. Wir brauchen eine Kostenübernahme für das Essen in Schulen und Kindergärten, und wir brauchen auch für Exkursionen und Schülerfahrten, die nur zu einem ganz geringen Teil finanziert werden, eine andere Regelung, damit diese Aktivitäten wieder bezahlt werden können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen ist unser Appell, dass wir das gemeinsam auf den Weg bringen und dass wir uns in Nordrhein-Westfalen gemeinsam für die Gruppe einsetzen, die es braucht und bei der andere Maßnahmen nicht greifen.

Ich glaube, die Menschen in Nordrhein-Westfalen erwarten von uns, dass wir nicht die Augen zumachen, wenn wir das Problem erkennen, sondern dass wir mit offenen Augen versuchen, so schnell wie möglich Lösungen – zum Teil vielleicht unbürokratische – auf den Weg zu bringen. Aber wir müssen Lösungen finden, und wir können nicht sagen, das sollen die Kommunen, dieses die Eltern und jenes jemand anders lösen. Nein, wir sind in der Pflicht. Das ist unser Sozialbericht; das ist unser Land. Wir müssen jetzt etwas tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Viele Dank, Frau Abgeordnete Steffens. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Kern.

Walter Kern (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich schon auf die Diskussion im Fachausschuss. Das kann ich jetzt schon sagen, Frau Steffens. Ich denke, vieles von dem, was Sie angesprochen haben, wird über alle Fraktionen hinweg so gesehen. Über die Lösung, die in Ihrem Antrag vorgeschlagen ist, werden wir nachher noch sprechen.

Am 27. Februar dieses Jahres hielt Prof. Dr. Johann Michael Gleich von der Katholischen Fachhochschule in Nordrhein-Westfalen auf der didacta eine Rede, aus der ich zitieren möchte:

„Spätestens mit den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung erwies sich: Armut von Kindern ist nicht nur ein Problem der Dritten Welt, es stellt auch für uns ein Problem dar, zumindest, wenn wir unter Armut eine Form von sozialer Ungleichheit verstehen, welche die Betroffenen daran hindert, sich optimal zu entwickeln, selbstbestimmt am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben der Gesellschaft teilzunehmen ...

Heute wachsen von rund 12 Millionen Kindern unter 15 Jahren rund 1,9 Millionen in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften auf. Da von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist, können wir vermuten, dass im Jahre 2007 bei uns mindestens jedes siebte Kind in Armut aufwächst. Realistischer erscheinen Schätzungen des Kinderschutzbundes, die davon ausgehen, dass bei uns jedes fünfte Kind von Armut im Sinne erheblicher Benachteiligung betroffen ist.“

In dem aktuellen Bericht heißt es sogar, es seien noch mehr.

„In Nordrhein-Westfalen wären dies rund 540.000 Kinder. Ursache für diese Entwicklungen sind grundlegende, langfristige Strukturprobleme einer sich wandelnden Arbeitsgesellschaft, die mit den verfügbaren Instrumenten der sozialen Absicherung aus den 60er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts nicht zu bewältigen sind. Armutslagen sind immer weniger vorübergehende Problemlagen kleiner, überschaubarer Bevölkerungsgruppen, vielmehr handelt es sich um dauerhafte Erscheinungen, die weite Teile der Bevölkerung betreffen. In ihren Auswirkungen sind dabei manche stärker betroffen als andere, dazu zählen Einelternfamilien und Familien mit mehreren Kindern. Leben in relativer Armut stellt häufig nicht nur vorübergehende Lebensphasen für diese betroffenen Kinder dar, erfahrene Benachteiligungen haben in vielen Fällen langfristig negative Konsequenzen.“

Armut nur auf die reduzierten finanziellen Möglichkeiten zu beziehen, entspricht nicht der Lebenswirklichkeit. Durch Armut wird die Lebenssituation der gesamten Familie belastet. Kinder und Eltern brauchen Unterstützung, um diesem Teufelskreis zu entfliehen. Es darf nicht so sein, dass man an der Adresse eines Kindes oder an seinem Glück, in eine bestimmte Familiensituation hineingeboren zu sein, die Lebensperspektive ablesen kann.

Hauptgrund für Kinderarmut ist die Arbeitslosigkeit der Eltern oder etwa die Lebenssituation von Familien mit nur einem Elternteil oder, wie ich eben schon sagte, von Familien mit mehreren Kindern. Kinderarmut kann also nicht allein auf Hartz IV zurückgeführt werden. Wir behandeln heute ein Thema, bei dem die Fakten eindeutig sind, und deshalb – das sagte ich eben schon – freue ich mich auf die konstruktive Diskussion.

In diesen Tagen veröffentlichte das Land den Armutsbericht und den Reichtumsbericht; wir haben eben darüber gesprochen. Demnach leben in Nordrhein-Westfalen in 2 Millionen Familien mit Kindern bis zum Alter von 18 Jahren 3,3 Millionen Kinder und Jugendliche im Alter bis zu 18 Jahren. Und jetzt kommt die Herausforderung, der wir uns stellen müssen: Fast jedes vierte Kind lebt in einem einkommensschwachen Haushalt. Mit 25 % tragen also Kinder und Jugendliche ein überdurchschnittliches Armutsrisiko.

Dieses Armutsrisiko wird noch erhöht, wenn Kinder aus Haushalten mit Migrationshintergrund o-

der Zuwanderungsgeschichte dazukommen. Kinder aus einkommensschwachen Haushalten haben ungünstige Gesundheitsperspektiven. Spätestens hier sollten wir sehr aufmerksam werden. Darüber werden wir morgen noch einmal sprechen.

Ich sage ausdrücklich: Nicht jedes Kind hat das Lebensglück, in eine einkommensstarke Familie geboren zu sein. Aber wir müssen sehr deutlich festhalten, dass einkommensschwache Eltern oder Eltern mit durchschnittlichem Einkommen oft herausragende Eltern sind und sein können. Das hat nichts miteinander zu tun, und das sollten wir hier auch nicht so diskutieren. Ich weiß, wovon ich spreche. Ich komme aus einem Haushalt mit fünf Kindern; da war Geld knapp.

Festgehalten werden muss: Das Armutsrisiko steigt mit der Anzahl der Kinder im Haushalt und insbesondere in Abhängigkeit von der Erwerbstätigkeit der Elternteile. Im Durchschnitt liegt das Armutsrisiko in unserer Gesellschaft bei etwa 14 %. Mit Kindern steigt es auf 22 %, Alleinerziehende haben ein Armutsrisiko von 38 %. Das darf nicht so bleiben.

Noch einmal: Ein wesentlicher Lösungsfaktor ist die Erwerbstätigkeit. Sie vermeidet Kinderarmut. Die jüngste positive Entwicklung der Wirtschaft, die hoffentlich noch lange anhält und die sich erfreulicherweise insbesondere in Nordrhein-Westfalen bemerkbar macht, reduziert Arbeitslosigkeit und damit auch das Risiko von Kinderarmut.

Unsere Aussage im Wahlkampf 2005 „Sozial ist, was Arbeit schafft“ wird hier in vollem Umfang bestätigt. Mehr Arbeitsplätze helfen den Familien, Eltern und Kindern mehr als jede staatliche Förderung. Trotzdem ist die Not groß, und wir brauchen wohl auch die staatliche Förderung. Der Sozialbericht Nordrhein-Westfalen 2007 legt dazu bemerkenswerte Zahlen vor, und ich kann nur jedem in diesem Hohen Hause eine gründliche Lektüre empfehlen.

„Kinder brauchen mehr“ darf nicht nur auf Geld und Hartz IV bezogen werden. Kinder brauchen Förderung, Anerkennung, Zuneigung, Aufmerksamkeit und Liebe. Kinder brauchen eine feste Bezugsperson. Kinder brauchen gesunde, ausreichende und regelmäßige Ernährung. Hier sind einige Fragen offen. Kinder brauchen Bewegung und nachhaltige medizinische Versorgung und Vorsorge. Kinder brauchen gute Bildung in schulischer und persönlichkeitsbildender Förderung im sozialen und kulturellen Bereich. Kinder brauchen

aber auch eine möglichst sorgenfreie Kindheit, Spiel und Spaß sowie emotionale Förderung.

Wir mussten 2005 feststellen, dass die Bildungsarmut in unserem Land oft an soziale Armut gekoppelt war und leider heute auch oft noch ist. Wir sind dabei, diese Entwicklung gemeinsam aufzubrechen. Ich fordere Sie auf: Machen Sie mit! Es gehört zu der Geschichte unseres Landes und Ihrer Geschichte, liebe Damen und Herren von der Opposition, dass diese beschämende Situation entstanden ist. Es gibt noch sehr viel zu tun, und es wird ein weiter Weg.

Ich komme zum Schluss. Auch unsere Familienzentren sind ein Instrument, die Armut von Kindern zu bekämpfen. Dazu zählen die Beratung und Unterstützung von Familien genauso wie die frühkindliche Erziehung. Dazu zählen die wichtige Elternbildung und Erziehungspartnerschaften genauso wie die Tagespflege, die Sprachförderung oder die Sicherstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu zählt der konsequente Sozialraumbezug in den Familienzentren genauso wie die konsequente Kooperation mit verschiedenen Anbietern, die sich auf diesem Feld schon betätigen und bei denen ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken will.

Lassen Sie uns im Fachausschuss nicht nur über Herrn Hartz sprechen, sondern darüber, wie wir den Weg fortsetzen, Nordrhein-Westfalen zum kinder- und familienfreundlichsten Bundesland zu machen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die SPD spricht Frau Kollegin Gebhard.

Heike Gebhard (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir können in der Tat mit diesem Antrag direkt an die Diskussion, die wir vorhin bei der Aussprache zu dem Armuts- und Reichtumsbericht geführt haben, anknüpfen.

Dieser Bericht hat die Notwendigkeit mehr als deutlich gemacht, sich in Nordrhein-Westfalen mit der herrschenden Kinderarmut auseinanderzusetzen. Die Sozialverbände haben meines Erachtens völlig zu Recht bei der Bewertung dieses Berichts Alarm geschlagen und unser Augenmerk insbesondere auf Kinder gerichtet. Der vorliegende Antrag – dafür bin ich der Fraktion der Grünen außerordentlich dankbar – gibt uns Gelegenheit, genau dies in den Fokus zu nehmen. Denn wir haben es jetzt schwarz auf weiß: Kinder in Nordrhein-Westfalen – Herr Kern, Sie haben es in Ih-

ren Ausführungen gerade bestätigt – sind überproportional von Armut betroffen.

Es gilt für alle Bundesländer, dass die Armut von Kindern überproportional steigt und gestiegen ist. Doch in keinem Land – das müssen wir leider feststellen – der Bundesrepublik ist der Anstieg der Kinderarmut so hoch wie hier. Um ein bisschen über den Sozialbericht hinaus zu blicken – seine Zahlen enden ja nicht im Jetzt, sondern in der Vergangenheit –, habe ich mir erlaubt, die Zahlen der Sozialgeldbezieher in den letzten beiden Jahren hinzuzunehmen. Da muss ich feststellen, dass in diesen beiden Jahren die Zahl der Sozialgeldbezieher mit Kindern extrem, um nicht zu sagen: dramatisch gestiegen ist.

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt zeigt auf: Je jünger ein Kind ist, desto höher ist sein Armutsrisiko. Immer mehr Kinder wachsen bereits in ganz jungen Jahren in einkommensarmer Umgebung auf, und – das haben Sie, Herr Kern, ebenfalls bestätigt – je früher Kinder von Armut betroffen sind, desto geringer sind ihre Chancen, je wieder aus der prekären Situation herauszukommen. Frau Holz von dem oben genannten Institut beschreibt dies in ihrem Beitrag „Lebenslagen und Chancen von Kindern in Deutschland“ wie folgt:

„Je früher, je schutzloser und je länger Kinder einer Armutssituation ausgesetzt sind, desto rasanter fährt der Fahrstuhl nach unten und umso geringer wird die Möglichkeit, individuell die eigentlichen Potenziale herauszubilden und Zukunftschancen zu bewahren.“

Gleichzeitig weisen Sozialwissenschaftler darauf hin, dass Kinder, die in materieller Armut leben – ich bin Herrn Kern außerordentlich dankbar dafür, dass er diesen Zusammenhang ebenfalls dargestellt hat, also auch so sieht –, sich in viel höherem Maße als nicht arme Kinder auch in kultureller Armut sowie in sozial und gesundheitlich prekärer Situation befinden.

Wem diese wissenschaftliche Darstellung und mit Zahlen untermauerte Analyse zu wenig unter die Haut geht, der mag sich mit ganz alltäglichen Schilderungen von Erzieherinnen auseinanderzusetzen. Ein Beispiel: In Tagesstätten ist es durchaus selbstverständlich, dass sie einen zusätzlichen Beitrag erheben, um mit den Kindern gemeinsam einmal die Woche ein gesundes Frühstück organisieren und dafür einkaufen gehen zu können. Dann gibt es aber Kinder, deren Eltern diesen Sonderbeitrag nicht aufbringen können. Das führt dann dazu, dass Eltern aus Scham an diesen Tagen, an denen das fällig ist, ihre Kinder

nicht in die Einrichtung bringen. Oder Erzieherinnen berichten, dass Kinder ohne Frühstück in die Einrichtung kommen und den anderen Kindern, die ein Frühstück mitgebracht haben, sehnsüchtig zuschauen, was sie dann dazu veranlasst, dass sie ihre privaten Essensmitbringsel verteilen. Das kann aber keine Lösung sein.

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Die Defizite, die bei Kindern unter sechs Jahren festzustellen sind, verfestigen sich im Grundschulalter und erst recht darüber hinaus. Daher kann es – Kollege Kern zeigt in der Beschreibung der Ist-Situation eine große Übereinstimmung mit uns auf – für uns politisch doch nur eine Antwort geben. Wir müssen überall dort, wo wir Gestaltungsmöglichkeiten haben, Armut von Kindern bekämpfen, nicht nur um der Kinder willen, sondern auch um die Zukunft unserer Gesellschaft zu sichern.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber – jetzt kommt der Knackpunkt, wo wir uns, meine ich, unterscheiden und worüber wir uns im Ausschuss im Detail auseinandersetzen müssen –: Welche strukturellen Maßnahmen ergreifen Sie in Nordrhein-Westfalen, um daran tatsächlich etwas zu verändern?

Fangen wir mit dem Elementarbereich an. Das Stichwort Kinderbildungsgesetz ist heute bereits gefallen. Wenn Sie Strukturen schaffen mit einem Gesetz, das Sie Kinderbildungsgesetz nennen, das Eltern zwingt, aus Kostengründen die kürzeste Betreuungsform zu wählen, dann ist dies nicht förderlich. Wenn Sie gleichermaßen Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden, also diejenigen Kommunen, die die schlechteste Sozialstruktur aufweisen, zwingen, die höchsten Elternbeiträge zu erheben, um über die Runden zu kommen, dann ist dies nicht förderlich, um die Armut von Kindern abzubauen.

(Beifall von der SPD)

In Bezug auf das Problem der Sprachstandsfeststellung – wir haben das mehrfach betont, dass auch wir Kinder so früh wie möglich fördern wollen – kann ich Ihnen mehrere Einrichtungen nennen, auch aus meiner Kommune, in der zukünftig Sprachförderung reduziert wird. Das ist ein Beispiel, das mir unter die Haut gegangen ist. Wir haben eine durchaus große Einrichtung, die in den letzten Jahren grundsätzlich sieben Fördergruppen von jeweils zehn Kindern hat, in denen Sprachförderung stattfindet. In dieser Einrichtung wurde beim Sprachfeststellungstest in der ersten Runde bei 50 Kindern festgestellt, dass sie offensichtlich Förderbedarf haben. Was glauben Sie, wie viele Kinder nach der zweiten Runde übrig

geblieben sind, die gefördert werden sollen? – Ganze zwei.

Hat das etwas damit zu tun, dass Sie den Test nicht richtig angelegt haben? – Ich meine, er hat den Realitätstest nicht bestanden und löst gleichzeitig eine unsägliche Diskussion in den Kindertagesstätten aus; denn die Eltern kommen mit dem Testbogen in die Einrichtung und sagen: Das hat eine Lehrerin festgestellt; mein Kind hat fünf Punkte – zwar von 69, aber es benötigt keinen Förderbedarf mehr. – Das ist mehr als kontraproduktiv. Das heißt, Sie werden mit dem, was Sie eingeführt haben, Ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich schließe gleich an dem Punkt Schulgesetz an. Die Stichworte sind schon genannt worden. Sie mit Ihrer Mehrheit hätten die Chance gehabt, im Schulgesetz die Lernmittelfreiheit zu verankern, die warme Mahlzeit für Kinder zu verankern. Aber Sie haben es nicht getan. Stattdessen haben Sie wiederum strukturelle Maßnahmen ergriffen, die zu einer Selektion führen. Die Abschaffung der Schulbezirksgrenzen, die dazu führt, dass gut situierte Eltern ihre Kinder auf wenige Grundschulen konzentrieren können ...

(Unruhe bei CDU und FDP)

– Auch wenn es Ihnen nicht passt, nehmen Sie die Realität wahr! Sie erheben Ansprüche, Sie stellen Anforderungen auf, aber Ihre Realpolitik bewirkt genau das Gegenteil.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ralf Witzel
[FDP]: Blödsinn!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage ...

Heike Gebhard (SPD): Ich bin gerade so gut drin. – Dieses Selektionsprinzip verfolgen Sie weiter, indem Sie das Turboabitur am Gymnasium verbindlich machen und es mit der Einführung von Studiengebühren an den Hochschulen fortsetzen. Das Motto kann man groß drüberschreiben: Wer arm geboren wird, muss auch arm bleiben! – Ihre Politik stellt nicht Wasser zum Löschen der Feuer bereit. Nein, Sie gießen zusätzlich Öl hinein!

Für meine Fraktion sage ich: Dies ist nicht unsere Politik. Eine solche Politik ist mit unserem Menschenbild nicht vereinbar. Ich freue mich auf die interessante Diskussion im Ausschuss. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Für die Fraktion der FDP hat jetzt Kollege Dr. Romberg das Wort.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist drei Monate her, dass wir hier im Plenum über einen Antrag der Grünen beraten haben, der sich gleichfalls mit dem Thema Regelsätze beschäftigte und deren Anhebung gefordert hat. Damals war die Mehrwertsteuererhöhung Anlass. Jetzt ist es der Armuts- und Reichtumsbericht NRW.

Dieses Mal konzentriert sich die Grünen-Fraktion auf die Kinder, die im engen Zusammenhang mit der Langzeitarbeitslosigkeit ihrer Eltern besonderen Härten ausgesetzt sind.

Das Thema „Armut bei Kindern“ haben wir eben in der Debatte ausführlich diskutiert. Es geht eben nicht nur alleine darum, die Regelsätze zu erhöhen, sondern wichtig ist zunächst einmal, die Startbedingungen der jungen Kinder im Bildungssystem, in der Frühförderung und der sprachlichen Frühförderung sowie allen Bereichen, die wir eben angesprochen haben, zu verbessern, die mit dazu führen, dass Kinder in diesem Land chancenreich aufwachsen.

Eigentliches Ziel muss für uns alle sein, zu verhindern, dass ein längerer Leistungsbezug im Rahmen von Hartz IV überhaupt erst erforderlich wird. Auch diese Zielsetzung kommt mir manchmal zu kurz in der Diskussion. Klar ist, dass wir das nicht in jedem Bereich und bei jedem Menschen verhindern können. Aber zunächst einmal sollte Zielsetzung sein, dass der Bezug von Hartz IV möglichst kurz ist und Chancen bestehen, in diesem Leben mit normalen Mitteln – etwa durch einen Arbeitsplatz – zurechtzukommen und durch ausreichende Bildung ein Teil der Gesellschaft zu werden.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Ein Teil der Gesellschaft!)

– Das ist total wichtig.

Sie haben eben Beispiele in der Schule benannt, die zum Nachdenken anregen. Wir müssen prüfen, ob die Schulen verantwortlich handeln. Gibt es Lösungsmöglichkeiten, dass Kinder nicht diskriminiert werden, wenn sie in die Kindertagesstätte bzw. Schule gehen?

Auf der anderen Seite sagen Sie pauschal, gesundes Essen müsse teuer sein.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das sage ich nicht!)

Um sich gesund zu ernähren, muss man nicht teures Öko-Fleisch der Grünen essen. Es gibt einfache Mittel, auch mit preiswerten Lebensmitteln gesund zu leben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Steffens?

Dr. Stefan Romberg (FDP): Nein, ich möchte gerne zu Ende ausführen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie möchten keine Zwischenfrage zulassen. Danke.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Um gesund aufzuwachsen, muss ein Kind auch nicht jede mögliche Sportart, die in Nordrhein-Westfalen angeboten wird, unbedingt ausüben.

(Carina Gödecke [SPD]: Das steht überhaupt nicht im Antrag! Das hat niemand behauptet!)

– Nein, Frau Gödecke, genau das hat Frau Steffens schon auch ausgedrückt.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: 2,55 €! Erzählen Sie mir einmal, was ein Kind da essen soll! Das hat nichts mit Öko zu tun! Gucken Sie einmal, was ein Apfel kostet! Gucken Sie einmal, was eine Banane kostet!)

– Frau Steffens, wir können über Regelsätze für Essen reden. Aber pauschal die Forderung zu erheben, dass gesundes Essen teuer sein müsse ...

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das habe ich nicht gesagt!)

– Das ist aber so rübergekommen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben wie immer nicht zugehört!)

– Bei Ihnen natürlich nicht. Bei der Opposition kommt so etwas gar nicht rüber.

Es ist wichtig, die Rahmenbedingungen für die Kinder so hinzubekommen, dass sie in der Kindertagesstätte und in der Schule nicht diskriminiert werden. Es hilft aber auch nicht, den Regelsatz einseitig zu erhöhen, weil man dann wieder nicht sicher sein kann, dass Eltern in jedem Bereich ihren Kindern das geben, was der Staat vorsieht. Auch dafür gibt es ausreichend Beispiele. Es geht darum, damit differenziert umzugehen.

Wir sehen als gemeinsam anzugehendes Problem die Kinderarmut. Es geht nicht alleine um eine Regelsatzerhöhung, sondern es geht um die wich-

tigen Rahmenbedingungen, die wir beim Armutsbericht diskutiert haben. Wenn es um ganz konkrete Beispiele geht, sind wir für ein Gespräch im Ausschuss offen. – Danke sehr.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Romberg. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den Beitrag der Landesregierung gerne auf zwei Problemfelder konzentrieren:

Das erste Problemfeld betrifft die Höhe der Regelsätze. Als Hartz IV eingeführt worden ist, hat man für die Höhe der Regelsätze – damals war das Meinung aller; auch wir als Opposition haben nicht dagegeengehalten, Rot-Grün hat es zu verantworten – die Einkommens- und Verbraucherstichprobe zugrunde gelegt. Niemand in Deutschland will eine Debatte darüber, dass wir den Regelsatz von 345 € erhöhen.

Wir haben ihn gerade über eine bundespolitische Initiative für den Osten des Landes erhöht. Das war Gegenstand des Koalitionsvertrages. Wer bei den Koalitionsverhandlungen dabei war, weiß auch, dass dort einige umgekehrt argumentiert haben.

Dann gibt es eine weitere Frage – dabei möchte ich feststellen, dass Frau Steffens in der einen oder anderen Hinsicht schon Nachdenkenswertes gesagt hat –: Trifft eine bestimmte prozentuale Ableitung dieses Regelsatzes in jedem Punkt die Lebenswirklichkeit von Kindern? Eine wichtige Aufgabe wird es in den nächsten Wochen und Monaten sein, dem noch einmal fachlich nachzugehen.

(Zustimmung von Walter Kern [CDU])

Das können wir im Parlament machen. Ich will aber auch ausdrücklich die Unterstützung der Fachabteilung meines Ministeriums anbieten.

Dass man bei der gesamten Entwicklung auch immer die Relation der Regelsätze zu den Löhnen in den niedrigen Lohnbereichen im Auge haben muss, weil es auch noch das Lohnabstandsgebot gibt, das bei bestimmten Entwicklungen in der Gesellschaft eine große Rolle spielt, dürfte dabei unter uns auch unstrittig sein.

Ein weiterer Punkt: Die Erfahrungen mit dem SGB II und den Regelsätzen lehren uns, wie un-

recht viele seinerzeit der Sozialhilfe getan haben, als man sie als ein schlechtes Instrument bezeichnet und in Grund und Boden geprügelt hat. Das Bundessozialhilfegesetz war in seiner Zielgenauigkeit trotz der Pauschalen gar nicht so schlecht, finde ich. Das habe ich im Übrigen schon immer gesagt.

Wir sollten zumindest die Konsequenz daraus ziehen, dass wir in anderen politischen Zusammenhängen – hier denke ich etwa an die Debatte über die Eingliederungshilfe – sehr vorsichtig sind. Ich glaube nämlich nicht nur, dass das Bundessozialhilfegesetz ein gutes Gesetz war, sondern vermute auch, dass man die Lebenswirklichkeit von Menschen nicht ausschließlich in eingearbeiteten Pauschalen abbilden kann, sondern in den Behörden auch die Möglichkeit haben muss, in besonderen Fällen auch einmal eine besondere Leistung zu gewähren;

(Beifall von den GRÜNEN)

denn die gesamte Lebensvielfalt geht nun einmal nicht in Pauschalen auf.

Es gibt einen weiteren Punkt, über den ich in den letzten Tagen oft nachdenke. Die Betreuungsschlüssel sind in den Argen und den Optionskommunen mittlerweile enger als früher. Früher hatten 1.000 Arbeitslose einen Betreuer. Heute ist diese Zahl auf 200 bis 250 gesunken. Eigentlich könnte man daraus schließen, dass man sich hier und da auch eine individuellere Festlegung vorstellen kann, als das nach dem alten Betreuungsschlüssel möglich war. Das sollten wir in diesem Zusammenhang auch im Auge haben.

Allerdings nehme ich diese Debatte, die wir zurzeit in Nordrhein-Westfalen führen, auf der Bundesebene nicht in großem Umfang wahr. Wenn wir an dieser Stelle etwas erreichen wollen, müssen wir uns die in diesem Zusammenhang fachlich wichtigen Punkte deshalb hier in Nordrhein-Westfalen einmal vernünftig anschauen. Man muss ganz genau hinschauen und darauf achten, nicht dem Lohnabstandsgebot zuwiderzuhandeln.

Mit Ihrem Beispiel, dass für Kinderschuhe 60 % des Preises von Erwachsenenschuhen angesetzt wurden, werden Sie ohne Zweifel recht haben. Und zu der These, ein 14 Jahre altes Kind brauche 40 % weniger Geld für Essen als ein Erwachsener, kann ich als Vater von Kindern in diesem Alter nur sagen: Das stimmt nicht. Das kann gar nicht stimmen.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall von der CDU)

Wir werden ganz einfach schauen müssen, wo das der Fall ist. Dort, wo man wirklich mit ganz

wenig Geld auskommen muss, müssen wir vielleicht auch auf die Regelsätze gucken.

Wir sollten dem zusammen auf den Grund gehen und in diesem Zusammenhang auch mit den Ob-leuten sprechen. Ob das im Rahmen einer Fach-anhörung des Ministeriums, an der wir Sie betei-ligen, oder durch eine Initiative des Parlaments, dem wir dann zuarbeiten, geschieht, ist mir letzten Endes egal.

Wie gesagt, stehe ich aber nicht für eine Debatte einer generellen Erhöhung von Regelsätzen zur Verfügung. Weil ich weiß, was das für das Lohn-abstandsgebot bedeutet, stehe ich dafür in der Tat nicht zur Verfügung. In diesem Bereich müs-sen wir individuell schauen, was wir dort machen können.

Lassen Sie mich noch etwas zu einem weiteren Regelungskreis sagen. Als es die Hartz-IV-Leistungen, also die SGB-II-Leistungen, noch nicht gab, war in Nordrhein-Westfalen klar gere-gelt, dass die Kommunen für Kinder, die von der Sozialhilfe leben mussten, zuständig waren. Es war festgelegt, dass diese Kinder mit dem Schul-bus fahren konnten, Schulbücher bekamen und bei einer Übermittagsbetreuung, soweit es sie da-mals schon gab, auch am Schulesen und am Kindergartenessen teilnehmen konnten.

Aufgrund der Einführung des SGB II gibt es ja kaum noch Kinder, die unter das SGB XII fallen. Weil die Menschen, die drei Stunden arbeiten können, in der Regel unter das SGB II fallen, fal-len die Kinder heute ebenfalls darunter.

Als man bei der damaligen Überleitung versäumt hat, das Schulgesetz zu ändern und festzulegen, dass diese Regelungen für die Sozialhilfeempfän-ger nun auch für die SGB-II-Bezieher gelten, war ich hier noch nicht zuständig; das will ich nur in aller Bescheidenheit sagen.

(Beifall von CDU und FDP – Sigrid Beer
[GRÜNE]: Sie könnten das aber jetzt än-
dern!)

Natürlich kommen jetzt die kommunalen Spitzen-verbände und sagen: Wir sehen diesen Bedarf gar nicht; das ist ja alles in den Regelsätzen eingear-beitet. – Die kommunalen Spitzenverbände in die-sem Land sind nicht allein eine Veranstaltung der Christlich Demokratischen Union und der FDP – leider noch nicht; wir arbeiten daran.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Zurzeit gibt es aber auch noch Kommunalpolitiker mit anderen Parteibüchern.

Diese Frage muss natürlich auch an dieser Stelle diskutiert werden; denn sie gehört dorthin. Des-wegen wird die Landesregierung weiterhin mit der kommunalen Ebene in Gesprächen über die Lö-sung dieser Probleme bleiben; denn jeder von uns will doch, dass die Kinder von Eltern, die sich in einem bedürftigkeitsabhängigen System befinden, auch am Mittagessen teilnehmen können, wenn es an der von ihnen besuchten Betreuungsform dieses Angebot gibt. Um das zu ermöglichen, füh-ren wir auch weiterhin Gespräche; denn wir sehen dieses Problem ebenfalls.

Dies gilt auch für die anderen Bereiche der Teil-habe. Wenn wir das Ganze so angehen, werden wir unter Umständen eine Lösung finden. Die kommunalen Spitzenverbände können uns aller-dings nicht einfach sagen, das alles fiele nicht mehr in ihre Zuständigkeit. Das muss man auch sagen.

Alle Fraktionen, die diesen Landtag repräsentie-ren, haben auch einen großen kommunalpoliti-schen Fuß. An dieser Stelle muss man auch diese Debatte mit der Kommunalpolitik führen.

Da ich auch 25 Jahre meines Lebens Mitglied eines Rates einer Stadt mit 22.000 Einwohnern war – ich war auch ein paar Jahre Vorsitzender eines Schul-ausschusses –,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aha!)

weiß ich sehr wohl, dass man viele Probleme, die es in diesem Zusammenhang immer gibt – da-mals ging es eher um Klassenfahrten –, am ziel-genauesten auf der unteren Ebene lösen kann, indem man als Gemeinde den Schulen bestimmte Möglichkeiten zur Verfügung stellt. Auch durch die Kompetenz von verantwortlichen Schulleitern kann man bestimmte Probleme in Schulen treffsi-cher lösen.

Deswegen brauchen wir auch hier ein Zusam-menspiel dieser unterschiedlichen politischen E-benen. Die Tatsache, dass hier eine solche De-batte geführt wird, wird uns diese politische De-batte vielleicht überhaupt erst ermöglichen.

Lassen Sie mich nun noch einen Satz zu den Kin-dergartenbeiträgen sagen; denn auf einen Punkt wollte ich hier schon immer einmal hinweisen. Es geht doch darum, wie man die Kindergartenbei-träge erhöht. Ich möchte nur, dass die Öffentlich-keit in Nordrhein-Westfalen auch zur Kenntnis nimmt, dass Eltern in diesem Jahr zum ersten Mal Kindergartenbeiträge in der Einkommensteuerer-klärung geltend machen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Bisher konnten in Deutschland noch nie Kindergartenbeiträge bei der Einkommensteuererklärung geltend gemacht werden.

(Heike Gebhard [SPD]: Das hilft den armen Leuten!)

Mit der Festlegung, dass diejenigen, die eine hohe Steuerprogression haben und damit ihre Beiträge auch steuerlich geltend machen können, einen Beitrag zur Finanzierung eines Kindergartens leisten, damit hat zumindest der Arbeitsminister dieses Landes kein sozialpolitisches Problem; denn es gehört auch zur Wahrheit, dass bei ihnen eine Nettobelastung im Grunde gar nicht eintritt.

(Beifall von CDU und FDP)

Dass dieser Punkt in der Debatte nie eine Rolle spielt, ärgert mich.

Deswegen muss man nicht gerade im Gemeinderat oder im Stadtrat den Kindergartenbeitrag für den Bereich erhöhen, wo die Leute über die Steuerprogression nichts zurückerhalten. Ich denke, die sozialpolitische Kompetenz haben vor allen Dingen diejenigen, die das Ruhrgebiet regieren, die angeblich vom Innenminister gezwungen werden, die Kindergartenbeiträge zu erhöhen. In diesem Sinne auch nur ein Tipp für sie, wie man das sozialverträglich machen kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die Fraktion der SPD hat jetzt Frau Veldhues das Wort.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– Vielen Dank für den Beitrag in einem lebendigen Parlament. Frau Kollegin Veldhues, Sie haben das Wort.

Elisabeth Veldhues (SPD): Danke schön. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann Sie fast namentlich hier begrüßen. Das Thema scheint nicht so sehr virulent in unseren Köpfen zu sein. Ich unterstelle, die anderen hören in ihren Büros zu.

Wenn von Kinderarmut die Rede ist, denken viele sofort an die Dritte Welt. Dabei gibt es sich auch bei uns in Deutschland und in NRW. Sie wird nur verdrängt. Sobald das Thema Kinderarmut in unsere Nähe rückt, in eine der reichsten Gesellschaften der Welt, entstehen sofort Verlegenheiten. Statistiken werden zurechtgerückt, harte Zahlenbelege verharmlost. Kinderarmut gehört in der Tat in unserer Gesellschaft zu den Bereichen un-

terschlagener Wirklichkeit. Das war bei Ihnen, Herr Dr. Romberg, mehr als deutlich.

Der heute Morgen vorgestellte Sozialbericht aber liefert für unser Land eindeutige Zahlen. Arme Kinder wollen nicht als arm bewertet werden. Armut ist auch in unserem Land ein unheimliches Stigma, weit verbreitet ist sie dennoch. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rede hier von armen Familien und nicht von asozialen Familien. Ich bin dankbar für die Richtigstellung, denn die Verwischung heute Morgen ist mir äußerst quergegangen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich bin Ihnen dankbar, Herr Minister Laumann, dass Sie das geradegestellt haben. Denn gerade viele Eltern in armen Familien bemühen sich und unternehmen großen Anstrengungen, damit ihre Kinder nicht als arm in der Schule und im Freundeskreis stigmatisiert werden. Die Anstrengung dieser Eltern sollten wir herausheben und sie keinesfalls auf die Stufe mit Asozialen stellen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Minister Karl-Josef Laumann: Ja!)

Trotzdem: Armut grenzt aus. Kinder aus armen Familien sind in vielfacher Hinsicht benachteiligt und ausgegrenzt. Sie müssen oft auf Taschengeld, Teilnahme an Klassenfahrten und Sportangebote verzichten. Oft ernähren sie sich mangelhaft und sind bei schlechter Gesundheit. Benachteiligte Kinder wohnen oft in isolierten Wohnvierteln, sind unter sich, ohne gute Schule und ohne gute Ausbildungsmöglichkeiten.

Kinderarmut – das ist heute vielfach gesagt worden – hat Auswirkungen auf die Bildungschancen. Für viele Kinder aus einkommensschwachen Familien könnte gerade der Besuch einer Ganztagschule wichtige Chancen bieten, Bildungsbenachteiligungen auszugleichen. Aber oft bleiben gerade sie diesem Angebot fern, auch weil ihre Eltern die Kosten für das Mittagessen von 2 € bis 2,50 € nicht aufbringen können. Denn im Regelsatz – das ist vorhin dargestellt worden – ist ein außer Haus zubereitetes Essen nicht vorgesehen. Das ist zwangsläufig teurer, als wenn die ganze Familie an einem Tisch sitzt. Daher können viele Kinder dieses Angebot an der Ganztagschule kaum wahrnehmen.

Kinder ohne Chancen sind die Arbeitslosen von morgen. Die Überwindung von Kinderarmut ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft. Ich zitiere hier den Bundespräsidenten a. D., Roman Herzog. Massenhaft Kinderarmut in Deutschland bedeutet massenhafte Ungerechtig-

keit und Benachteiligung in der Schule, bei der Ausbildung, bei der Ernährung und bei der Gesundheit. Das darf nicht länger als unabänderliche Tatsache hingenommen werden.

Kinderarmut ist keine unabänderliche Tatsache. Wir stehen dafür ein und sind in diesem Landtag alle aufgerufen, dass der schleichende Ausschluss von benachteiligten Kindern und Jugendlichen gestoppt werden muss.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Ich fordere uns alle auf, auch als Selbstverpflichtung, den Abbau von Kinderarmut, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit einer höchsten politischen Priorität zu versehen. Wir unterstützen den Antrag der Grünen, hier einen Aktionsplan von der Landesregierung einzufordern, der mit konkreten Zielvorgaben belegt ist. Wir müssen Ausgrenzung auch da verhindern, wo wir die Kompetenzen haben.

Ich erinnere an das Schulgesetz. Die Aufhebung der Grundschulbezirke wird ein Aussortieren von sozial Benachteiligten befördern. Zu meiner Zeit gab es den Protestsong „Spiel nicht mit den Schmuttelkindern“ von Degenhardt, nicht vom Bischof, für die, die damals nicht dabei waren. Er wäre heute so aktuell wie nie zuvor.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir brauchen eine kindorientierte Betreuungspolitik, eine kindorientierte Politik mit Betreuungsmöglichkeiten für alle Kinder. Kindergärten müssen langfristig gebührenfrei werden, wir brauchen kindgerechte Ganztagschulen, um Lern- und Verhaltensdefizite auszugleichen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit die Berufstätigkeit der Eltern zu verbessern.

Heute wurde vielfach gefordert: Die Landesregierung muss ihre Zusagen bezüglich der Lernmittelfreiheit für Arbeitslosengeld-II-Bezieher endlich umsetzen und diese Verantwortung nicht auf die Städte delegieren. Jedes Gesetz, vor allem wenn es um Kinder geht, muss sich daran messen lassen, ob es einen hilfreichen Beitrag dazu leistet, die gesellschaftliche Spaltung zu verhindern und die Folgen der Kinderarmut zu bekämpfen – so die Forderung der Freien Wohlfahrtspflege in diesen Tagen.

Die Zeit der Sonntagsreden ist vorbei. Lassen Sie uns gemeinsam handeln und sicherstellen, dass Leistungen auch tatsächlich bei den Kindern ankommen!

Die jetzt anstehenden Beratungen des neuen Kindergartengesetzes werden ein Prüfstein sein,

ob wir in NRW weiter aussortieren – entweder nach der Finanzkraft der Eltern oder nach der Finanzkraft der Wohnortgemeinde – oder ob wir bereit sind, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu schaffen, dass alle Kinder die gleichen Lebenschancen bekommen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Veldhues. – Herr Tenhumberg hat nun das Wort.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Art. 27 der UN-Kinderrechtskonvention nennt die Bereiche einer kindlichen Existenz, die hinreichend versorgt sein müssen: körperlich, geistig, seelisch, sittlich und sozial. Das heißt, es geht vordergründig nicht um Geld, sondern es geht um Gesundheit, Bildung, Beteiligung, Integration und Gewaltfreiheit.

Deshalb beschränkt sich das Thema, was Kinder brauchen, nicht ausschließlich auf die Zuwendung an Kinder aus dem SGB II. Besonders Kinder von Alleinerziehenden, unabhängig, ob sie einen Job haben, unterliegen einem erhöhten Armutsrisiko. Aber auch dort, wo mehrere Kinder in Familien leben, bei denen ein Partner ein Einkommen aus beruflicher Tätigkeit erzielt, besteht ein erhöhtes Armutsrisiko.

Das alles ist nicht neu. Neu ist, dass die jetzige SPD-Opposition im Landtag von Nordrhein-Westfalen dies nun etwas realistischer, aber noch zu eingengt erkannt hat, was allerdings nach der Rede von Frau Kraft heute Morgen wieder infrage gestellt werden muss.

Frau Gebhard, Sie fordern strukturelle Veränderungen. Warum haben Sie solche in der Vergangenheit nicht geschaffen? Jetzt plötzlich wissen Sie alles besser. Wenn etwas gemacht wird, wird alles wieder schwarzgemalt.

Frau Veldhues, die Aussage, im Parlament würde etwas verharmlost werden, weise ich energisch zurück. Unser Minister hat auch unter Tagesordnungspunkt 1 deutlich gemacht, dass nichts zu verharmlosen ist, sondern die Wirklichkeit angesprochen werden muss.

In der Debatte über unseren Antrag Drucksache 13/2959 aus dem Jahr 2002 haben Sie die Tatsache bestritten, dass arme Kinder in Armutsquartieren häufiger als Gesetzesbrecher auffallen. Der Deutsche Kinderschutzbund sagt aber eindeutig, dass Gewalt in Armutsquartieren eine alltägliche Lebenserfahrung ist.

Wie weit die SPD in der Vergangenheit von der Lebenswirklichkeit entfernt war und wie unfähig sie war, den Mut und die politische Kraft aufzubringen, um die Situation tatsächlich zu verändern, dokumentiert das Protokoll der Plenarsitzung vom 11. September 2002.

Sie von der SPD kommentierten unsere Forderung nach einer Verbesserung der Angebote an Betreuungsplätzen, nach besseren Bedingungen für Bildung und nach Integration von Familien mit Migrationshintergrund mit den Worten, das klinge alles schön, die Forderungen seien aber vollkommen unseriös, da sie konsequent alle nicht finanziert werden könnten.

Meine Damen und Herren, die neue Regierung hat bereits nach zwei Jahren Regierungszeit bewiesen, dass unsere damaligen Forderungen für mehr Einsatz für Kinder richtig waren und auch finanzierbar sind, wenn man dies wirklich will.

(Beifall von der CDU – Ute Schäfer [SPD]:
160 Millionen gekürzt!)

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthält interessante Aspekte. Dabei wollen wir im Interesse unserer Kinder einmal vergessen, warum Sie in der Vergangenheit nicht mehr für Kinder getan haben. Mit Schuldzuweisungen kommen wir in der Kinder- und Familienpolitik aber nicht weiter. Keiner sollte sich einbilden, die absolute Wahrheit gepachtet zu haben.

(Beifall von der CDU)

In Anbetracht unserer bereits im Jahre 2002 gemachten acht Feststellungen – Kinder gehören nicht in die Sozialhilfe, Kinder und Eltern brauchen verlässliche Betreuungsangebote, Kinder brauchen Bildung, Eltern und Jugendliche brauchen Arbeit bzw. Ausbildungsplätze, Familien gehören nicht in soziale Brennpunkte, ausländische Familien müssen integriert werden, Probleme dürfen Familien nicht erdrücken und die Entwicklungen müssen beobachtet werden – ist der heutige Antrag „Hartz IV – Kinder brauchen mehr“ ein weiterer guter Anlass, um über die Situation von Kindern nachzudenken, um festzuhalten, was bereits positiv läuft, und um festzustellen, was noch zu tun ist.

Ich freue mich auf die Diskussion im Fachausschuss.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Tenhumberg. – Frau Beer hat nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Sigrid Beer^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Minister Karl-Josef Laumann nimmt in den Reihen der Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Platz.)

Sehr geehrter Herr Minister Laumann, da Sie dort schon so gut und richtig sitzen,

(Allgemeine Heiterkeit)

möchte ich Ihnen jetzt an der Stelle zurufen: Laumann, übernehmen Sie! Bitte mischen Sie sich in die Fragen von Lernmittelfreiheit, Schulessen und Klassenfahrten ein.

Es könnte auch nicht schaden, wenn Sie noch einmal über das KiBiz schauen. Das wäre nach der nachdenklichen Debatte, die wir eben hier geführt haben, und nach den Anstößen, die es dazu gegeben hat, sehr richtig. Vielleicht tut sich dann mehr an den Baustellen, über die wir schon so lange diskutieren. Ich nehme Sie in Ihrem Anliegen sehr ernst. Vielleicht haben Sie an dieser Stelle auch eine andere Gesprächskultur mit den kommunalen Spitzenverbänden und können das Fass noch einmal ganz anders aufmachen.

Herr Minister Laumann, ich bitte Sie – und darf auch Ministerin Sommer jetzt noch einmal ansprechen –,

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist eine kluge Frau!)

um mehr Nachdenklichkeit im eigenen Haus. Ich habe eine Anfrage zum Thema „Mehr Lehrer oder Schulessen“ gestellt. In Abstimmung der Häuser wurde mir geantwortet:

Die Betroffenen sind bei der Verwendung des Regelsatzes nicht an die statistisch ermittelte Aufteilung dieser Regelsatzleistung gebunden, sondern haben eine individuelle Dispositionsfreiheit bei der Verwendung der gewährten Leistungen.

Ich frage Sie, ob das nicht angesichts der Beträge, die den Menschen zur Verfügung stehen, zynisch ist. Was heißt denn hier „individuelle Dispositionsfreiheit“?

Lassen Sie mich noch ein Wort zu Herrn Dr. Romberg sagen. Ich halte mich nicht mit der Frage auf, ob Sie verstehen, was Frau Steffens vorgetragen hat.

Was Sie ansprechen, ist die Entscheidung der Familien, ob sie 2,50 € für ein Schulessen ausgeben können oder nicht, ist die Frage, ob 2,50 € für die tägliche Ernährung ausreichen müssen. Die

Entscheidung sei letztlich: Sind die Kinder zu Hause oder in der Schule hungrig? – Das präsentieren Sie uns hier. Das ist Ihr Weltbild, ist Ihre Sachkenntnis der Lebenslage von Familien in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Beer. – Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der Beratungen angelangt. Ich sehe keine Wortmeldungen mehr.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/4330 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** – mitberatend –. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

4 Gründung der ersten Gemeinschaftsschule Nordrhein-Westfalens in Horstmar und Schöppingen ermöglichen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4351

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Schäfer von der SPD-Fraktion das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der gestrigen Debatte haben CDU und FDP den Grünen anlässlich der Diskussion über den Prognoseunterricht wieder einmal vorgeworfen, es ginge ihnen letztendlich nur darum, die Debatte über die Schulstruktur durch die Hintertür einzuführen.

An der Stelle können wir wieder einmal festhalten, dass Sie, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, nicht müde werden, das Gespenst der von Ihnen so gefürchteten Einheitsschule und den Einheitsbrei an die Wand zu malen.

Endlose und ergebnislose Debatten in diesem hohen Hause haben in dieser Angelegenheit oftmals zu nichts anderem geführt als zur Erhöhung des Adrenalinpiegels bei dem einen oder anderen Abgeordneten. Endlose Debatten in diesem

hohen Hause haben den Kindern und Jugendlichen im Land nichts genutzt und nutzen auch in Bezug auf verbesserte Bildungschancen nichts.

(Zuruf von der CDU)

Im Mai 2005 waren Sie von CDU und FDP nicht willens, über das vom VBE vorgelegte Konzept zur Allgemeinen Sekundarschule zu reden oder sich gar damit zu beschäftigen. Wir haben das getan und sind der festen Überzeugung, dass es sinnvoll und richtig ist, sich intensiv für längere gemeinsame Lernzeiten in einer Gemeinschaftsschule einzusetzen.

(Beifall von der SPD)

Aber Sie waren nicht bereit einzugestehen, dass auch die Fördermaßnahmen der Vergangenheit für die Hauptschulen nicht zum Überleben dieser Schulform beigetragen haben – trotz des großen Engagements der Lehrerinnen und Lehrer dort. So wird es auch mit den Fördermaßnahmen der Gegenwart sein. Sie müssen das bitte schlicht und einfach zur Kenntnis nehmen.

Was machen Sie? Sie klammern sich mit Macht an das mehrgliedrige Schulsystem, und Sie halten eisern an zentralistischer Steuerung fest.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie müssen jetzt erleben, dass es auch in Nordrhein-Westfalen, auch in konservativen Kreisen Menschen gibt, die nur eines zum Maßstab ihres Handelns machen, nämlich die beste Bildung für ihre Kinder und Jugendlichen wohnortnah anzubieten, jenseits jeglicher Parteipolitik.

(Beifall von der SPD)

Das, was in Nordrhein-Westfalen, im Münsterland in Sachen Bildungsreform stattfindet – ich kann die Bürgermeister der beiden betroffenen Städte hier heute in unserer Runde begrüßen –, das kann man mit Fug und Recht als eine „Schulreform von unten“ bezeichnen.

Den Ministerpräsidenten habe ich in diesem Plenarsaal öffentlich aufgefordert, endlich eine ideologiefreie Debatte über die Reform des Bildungssystems zu führen und diese dann auch zuzulassen, ein Bildungssystem, das die besten Chancen für alle Kinder und die beste Bildung für alle bietet. Sie haben das Angebot bis heute nicht aufgegriffen. Sie behaupten, das würde nur neue Glaubenskriege bedeuten.

Aber gestern konnte ich in der Zeitung lesen, dass diese Debatte über die Reform des Schulsystems auch in Ihrer Landtagsfraktion angekommen ist. Was ist der Anlass? Es gibt – ich sage es einmal

ganz bewusst – zwei kluge Bürgermeister, die sich ...

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Tragen Sie nicht so dick auf! – Gegenruf von Edgar Moron [SPD]: Wieso? Halten Sie sie nicht für klug? – Manfred Kuhmichel [CDU]: Sie vereinnahmen die Leute!)

– Der Beitrag spricht für sich. Den brauche ich nicht zu kommentieren.

(Beifall von der SPD)

Es gibt zwei kluge Bürgermeister, die sich im Münsterland rechtzeitig Gedanken über die Weiterentwicklung des Bildungssystems in ihren Orten machen, um dem schleichenden Verfall der Hauptschulen nicht tatenlos zuzusehen, sondern Perspektiven für ihre Kinder vor Ort zu entwickeln. Sie haben das in einem beispiellosen Beteiligungsverfahren vorbereitet. Sie haben jeweils einstimmige Ratsbeschlüsse vorliegen, die die Errichtung einer Gemeinschaftsschule vorschlagen. Sie haben sich bewusst für die Gemeinschaftsschule entschieden. Und sie haben sich bewusst gegen die Verbundschule entschieden. Sie argumentieren:

„Eine Gemeinschaftsschule beginnt mit Klasse 5 und nimmt alle Schülerinnen und Schüler nach der Grundschule auf – die viel zu frühe Einteilung der Kinder in Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten entfällt. Zunächst lernen die Kinder im gemeinsamen Unterricht, später können Bildungsgänge eingerichtet werden, also gewissermaßen Hauptschule, Realschule und Gymnasium unter einem Dach.“

Das ist in einer Broschüre für die Eltern in Horstmar und Schöppingen nachzulesen.

Weiter ist dort zu lesen – jetzt kommt das Argument gegen die Verbundschule –:

„Mit der verbundenen Haupt- und Realschule ist weder das Problem der Frühauslese noch das Problem des Auspendelns in auswärtige Gymnasien zu lösen. Deshalb wird mit einer Gemeinschaftsschule ein vollständiges Schulangebot für alle Grundschulabgänger angestrebt.“

(Beifall von der SPD)

Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Die haben verstanden, die Herren.

Zeitgleich und nicht verabredet haben 100 Schulleiter und Schulleiterinnen in Baden-Württemberg ihrem Kultusminister einen Brief geschrieben, in dem sie ihn auffordern, ein integratives Schulsys-

tem zu etablieren. Sie formulieren in ihrem Schreiben die ganz entscheidende Frage an ihren Minister in Baden-Württemberg:

„Warum orientieren Sie sich im Zeitalter der Globalisierung nicht an internationalen Maßstäben und Erfahrungen, sondern halten an einem Schulsystem fest, das in puncto Gerechtigkeit, Integration und Leistung keinem internationalen Vergleich standhält?“

(Beifall von der SPD)

Diese Frage des internationalen Vergleichs und nicht des nationalen Vergleichs, die müssen wir in Deutschland und auch in NRW endlich beantworten.

(Beifall von der SPD)

Deshalb wünschen wir uns, dass Sie den Kommunen die Möglichkeit geben, eine Gemeinschaftsschule zu etablieren. Wir wissen, dass der offizielle Antrag erst nach der Sommerpause gestellt wird. Aber das Schulgesetz lässt mit § 25 solche Modellversuche zu. Ich bitte Sie herzlich: Nehmen Sie sich die Zeit, bis dahin in Ruhe und Gelassenheit darüber nachzudenken.

Wir würden uns nämlich sehr freuen, wenn dieses Engagement, dieser Einsatz, dieser Mut der Politiker und Politikerinnen im Münsterland nicht auf dem Altar parteipolitischer Ideologien landen würde.

(Beifall von der SPD)

In der „WAZ“ von heute steht zu lesen, die CDU wolle eine „Verbundschul“-Werbeaktion starten, um zu verhindern, dass „noch andere CDU-Bürgermeister der SPD auf den Leim gehen“. Das, muss ich sagen, hat mich schlichtweg entsetzt.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Denn wir sind schon der Meinung, dass man sich sehr verantwortlich Gedanken gemacht hat über die Weiterentwicklung des Bildungssystems vor Ort und dass die Kinder und Jugendlichen der Motor dieser Überlegungen waren und nicht die Parteipolitik.

Ich merke schon an Ihren Reaktionen, dass Sie das immer noch nicht begreifen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das erschüttert mich. Nutzen Sie die Sommerpause zum Nachdenken! Wir wünschen uns, dass dies ein Modellversuch werden kann. Vielleicht haben wir dann wirklich die Chance, eine ideologiefreie Diskussion zu führen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Manfred Kuhmichel [CDU]: Ausgerechnet nach dem Vortrag!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Schäfer. – Für die CDU spricht nun der Kollege Klaus Kaiser.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Schäfer, die Bürgermeister aus Schöppingen und Horstmar sind nicht nur fortschrittlich und klug,

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

sondern sie haben sogar Namen. Deshalb begrüße ich ganz herzlich Josef Niehoff, den Bürgermeister von Schöppingen, und Robert Wenking, den Bürgermeister von Horstmar.

(Beifall von CDU, SPD und GRÜNEN)

Manchmal fragt man sich als politischer Handelnder: Was soll dieser Antrag? Bei dem vorliegenden Papier der SPD-Opposition habe ich dies auch nach mehrfachem Lesen nicht verstanden und nicht für mich erschließen können.

(Lachen von der SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Woran liegt das wohl? – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Es hätte vielleicht die Absicht sein können, Horstmar und Schöppingen helfen zu wollen. Dazu kann man nur feststellen: Frau Schäfer, es war alles andere als nützlich, das Anliegen dieser beiden Kommunen zum jetzigen Zeitpunkt in die parteipolitische Tagespolitik zu ziehen!

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Hört, hört! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Denn außer Grundsatzaussagen und Absichtserklärungen liegen keine validen Fakten vor. Das sagten in unserem Gespräch vor einer Stunde die Bürgermeister der beiden Kommunen auch explizit.

Ich sage es noch präziser: Mit diesem Antrag schaden Sie Horstmar und Schöppingen, und Sie schaden der Schulentwicklung im gesamten ländlichen Raum.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Kollege.

Klaus Kaiser (CDU): Ich nehme keine Zwischenfragen an.

Sie liegen also völlig neben der schulischen Wirklichkeit –

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Begründen Sie das doch einmal!)

wie übrigens auch zu Anfang der Legislaturperiode, als der Ministerpräsident zu Recht auf die Unzulänglichkeiten der SPD-Schulpolitik vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung hingewiesen hat.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wir reden über die Unzulänglichkeiten Ihrer Schulpolitik, Herr Kollege!)

Wir erinnern uns alle daran, als Jürgen Rüttgers Ihnen vorgeführt hat, wie das massenweise Schulsterben eine Folge Ihrer Schulpolitik gewesen wäre.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD)

Diese Landesregierung weiß um die demografischen Veränderungen in unserer Gesellschaft

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Zur Sache, Herr Kollege!)

und die damit verbundenen Fragestellungen. Wir ignorieren Sie nicht.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Zur Sache!)

Der Ministerpräsident hat bei seiner 100-Tage-Bilanz am 27. September 2005 dazu das Richtige gesagt.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Kommen Sie doch zur Sache!)

Ich wiederhole es gern – ich zitiere –:

„Wir wollen kleinere Schulen statt anonyme Lernfabriken.“

(Ute Schäfer [SPD]: Das wollen wir auch!)

„Für den individuellen Lernerfolg ist wichtig, dass Schüler, Eltern und Lehrer sich kennen. Deshalb wollen wir auch unter den Bedingungen zurückgehender Schülerzahlen ein wohnortnahes differenziertes Schulangebot sicherstellen.“

(Ute Schäfer [SPD]: Das ist schön!)

„Dazu will die neue Landesregierung die rechtlichen und faktischen Voraussetzungen schaffen. Wir wollen kleine Schulen erhalten. Wir wollen zu mehr Kooperation und Flexibilität von Schulen gelangen.“

(Sören Link [SPD]: Wer will das nicht? – Ralf Jäger [SPD]: Dann fangen Sie doch damit an! – Weitere Zurufe)

Mit dem neuen Schulgesetz bieten wir einen ganzen Werkzeugkasten mit richtigen Handlungsmöglichkeiten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Dafür leider nicht! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das ist das Verdienst der neuen Schulgesetzgebung; das ist das Verdienst von Ministerin Barbara Sommer!

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn man versucht, den Antrag inhaltlich zu verstehen, kann man nur sagen: Thema völlig verfehlt!

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Wenn die SPD glaubt, die Herausforderungen des rapiden Rückgangs der Schüler durch die neu aufgelegte, ideologisierte Schulstrukturdebatte bestehen zu können, ist sie auf dem Holzweg.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie sind wohl der Einzige, der nicht ideologisiert!)

Denn die Kommunen im ländlichen Bereich, die sich um ihre Schulen sorgen, haben einen Anspruch darauf, ernstgenommen zu werden und Lösungen aufgezeigt zu bekommen –

(Ute Schäfer [SPD]: Genau!)

fernab von Parteipolemik.

(Ute Schäfer [SPD]: Genau!)

Es gilt, Lösungen für den ländlichen Raum zu finden,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Richtig!)

die für die gesamte Region ein zukunftsfähiges und qualitativ hochwertiges Bildungssystem garantieren.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Das wollen wir auch!)

Aber es darf nicht passieren, dass wir die Probleme der einen Stadt oder Gemeinde zulasten der Nachbarstadt oder -gemeinde lösen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir dürfen keinen Verdrängungswettbewerb um Schüler zwischen den einzelnen Kommunen auslösen. Anders gesagt: Wir dürfen keinen Schulkannibalismus auslösen oder fördern.

(Sören Link [SPD]: Das ist eine Frechheit, Herr Kaiser! – Weitere Zurufe)

Wir haben doch schlichtweg folgende übergeordnete Fragestellung: Ist die Neugründung ...

(Fortgesetzt Zurufe)

– Vielleicht nehmen Sie Ihre Zurufe einfach einmal auf und spielen Sie sich abends vor. Dann zeigt sich, wo PISA in unserem Bildungssystem Spuren hinterlassen hat.

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP – Lachen von SPD und GRÜNEN)

Wir haben doch schlichtweg folgende übergeordnete Fragestellung: Sind die Neugründung oder der Neubau von Schulen die richtigen Antworten auf weniger Schülerinnen und Schüler? Diese Frage kann man nicht ideologisch beantworten.

Wir müssen weiterhin verschiedene weitere Fragen stellen: Ist ein Großsystem die richtige Antwort auf zurückgehende Schülerzahlen?

(Zurufe von der SPD)

Bei den Grundschulen – das wurde eben bestätigt – gehen wir explizit nicht diesen Weg.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Denn was nützt es, wenn neue großen Schulen zum Sterben von Schulen in der Nachbarschaft führen? Dann werden Steuergelder verschwendet.

(Ute Schäfer [SPD]: Sie beantworten Fragen, die überhaupt niemand gestellt hat! – Weitere Zurufe)

Oder anders ausgedrückt: Es wird leider wieder nur in Beton und nicht in Köpfe der Kinder investiert.

(Ute Schäfer [SPD]: Wer macht das denn?)

Was nützt es, wenn in einigen Regionen das Abitur nur noch nach neun Jahren erreicht werden kann, im städtischen Bereich aber nach acht Jahren erreicht wird? Was nützt es, wenn ein schulisches Großsystem, bei dem wir mindestens 140 Schüler in der Klasse 5 benötigen, nicht dauerhaft stabil zu organisieren ist? Deshalb ist die Gründung neuer Großsysteme als Antwort auf zurückgehende Schülerzahlen genau zu prüfen. Deshalb ist jeder einzelne Fall genau zu betrachten und auf Folgewirkungen und Nachhaltigkeit zu hinterfragen.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Die Aufgabenstellung ist also wesentlich differenzierter, denn es geht darum, nicht nur in einer Kommune, sondern in einer ganzen Region ein differenziertes und qualitativ hochstehendes Bildungsangebot bei der stark zurückgehenden Schülerzahl zu garantieren.

(Beifall von der CDU)

Bei der Selbstständigen Schule sind wir den Weg über Bildungsregionen gegangen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie sind den Weg gegangen? – Wir sind den Weg gegangen!)

Dahinter werden wir nicht zurückgehen können. Im Gegenteil: Hierbei wäre ein gutes Modell der Zukunftsplanung angebracht. Denn der Blick allein auf den eigenen Kirchturm kann keine Qualität garantieren.

Dafür gibt es in manchen Regionen verschiedene Überlegungen und Vorstellungen. Im Münsterland gibt es Bestrebungen zu Verbundsystemen, wie sie das Schulgesetz als Normalfall vorsieht. An anderen Stellen im Land gibt es andere Lösungen. Es gibt die Überlegungen von Horstmar und Schöppingen. Deshalb gilt: Jeder Antrag auf einen Schulversuch hat Anspruch auf ernsthafte Prüfung und Beurteilung durch das zuständige Schulministerium.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das gilt auch im vorliegenden Fall. Aber bis heute gibt es keinen Antrag. Wenn man sich vor Ort informiert, kann es auch noch keinen Antrag geben, weil man noch gar nicht so weit ist. Die Bürgermeister bestehen darauf hinzuweisen, dass man sich in einem Prozess befindet und daher vorschnelle Anträge der SPD wenig hilfreich sind.

(Zuruf von der CDU)

Seriöserweise kann eine Zustimmung oder Ablehnung nicht auf Zuruf geschehen, wie es die SPD fordert.

(Ute Schäfer [SPD]: Das stimmt überhaupt nicht!)

Deshalb nenne ich den SPD-Antrag unseriös, weil er die Prüfung und Beurteilung ausschließt.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Empfehlung: Ziehen Sie den Antrag zurück! Er ist nicht hilfreich, er verrät viel über die schlechte inhaltliche Aufstellung der SPD in der Bildungspolitik und zeigt wenig Lösungskompetenz für die schulpolitischen Fragen der Zukunft.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Am Thema vorbeigeredet, leider!)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Kaiser. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss gestehen, dass mich dieser Antrag etwas gewundert hat. Ich habe mich gefragt: Ist er an dieser Stelle wirklich hilfreich in der Sache? Wir haben einen anderen Weg gewählt. Dazu wird Frau Löhrmann gleich noch ausführlich Stellung nehmen.

Wenn man Kommunen und Schulen politisch den Rücken freihalten will, dann muss man dafür sorgen, dass die Ewiggestrigen und Schulstrukturverknöcherten in der CDU nicht sofort wieder in die Schützengräben springen, um die Schulformverteidigungsgeschützte in Position zu bringen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Kaiser, es war ein bisschen schwach, was Sie hier gebracht haben.

(Ralf Jäger [SPD]: Streichen Sie bitte „ein bisschen“!)

Wer zwangsweise Grundschulbezirke auflöst und dann über Schulkannibalismus redet – das ist eine gefährliche Strecke, auf die Sie sich begeben haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dass es schon eine ganze Zeit schräg von der Heide piept, davon rede ich an dieser Stelle überhaupt nicht.

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Kollegin, es gibt eine Zwischenfrage von Frau Schäfer. Würden Sie die zulassen?

Sigrid Beer (GRÜNE): Ja, herzlich gerne.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Frau Schäfer.

Ute Schäfer (SPD): Ich frage meine Kollegin, ob sie zur Kenntnis genommen hat, dass ein Mitglied einer Regierungsfraktion bereits im Vorfeld, bevor der Antrag gestellt wird, obwohl wir alle positiven Optionen aus der Fläche haben, gesagt hat, dass dieser Antrag nicht genehmigt werden wird.

Sigrid Beer (GRÜNE): Das ist in der Tat so. Ich habe das auch zur Kenntnis genommen. Das ist in der Tat nicht hilfreich. Ich habe auch die Stimmen von Frau Pieper-von Heiden und anderen zur Kenntnis genommen, die sich offensichtlich schon selbst die Schere im Kopf verordnet haben. Deswegen müssen wir an dieser Stelle auch weiter diskutieren.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wenn es dazu führt, wieder alle in die Schützengräben zu treiben, dann wäre das für die Kinder, für die Eltern und für die Kommune nur negativ.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nun hat es bei Ihnen in der CDU, liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser Woche in der Tat „gerummst“, wie es der Zeitung zu entnehmen war. Es kann nicht nur Herr Tenhumberg gewesen sein, der nach einer Information in Schöppingen über das pädagogische Konzept nicht nur für die Beweggründe der Kommunen großes Verständnis zeigte, sondern auch seine Unterstützung für dieses Konzept in Düsseldorf zugesagt hat. Man muss nur mal auf die CDU-Seite in Schöppingen gucken, dann sieht man das alles ganz genau.

Themen, die mit solcher Macht an die Oberfläche dringen, wie es mit der Frage der Schulstruktur spätestens seit der PISA-Studie geschieht, kann niemand, auch keine Volkspartei, auf Dauer zum Tabu erklären. Ihre Scheuklappen, Ihre Tabus holen Sie jetzt leider Schritt für Schritt tagtäglich wieder ein.

Ihre eigenen Kommunalfraktionen überholen Sie, weil viele, wie die Bürgermeister von Schöppingen und Horstmar, die Zeichen der Zeit erkannt haben. Sie wissen, das gegliederte Schulsystem ist teuer, ineffizient und leistungsfeindlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der harte Standortfaktor Bildung kann in der Kommune nicht erhalten bleiben, und die demografische Frage eröffnet endlich die pragmatische und unideologische Wahrnehmung.

(Ralf Witzel [FDP]: Leistungsfeindlich!)

Es ist ein Armutszeugnis, dass Sie als CDU nicht in der Lage sind, den Anforderungen, die die Wissensgesellschaft an ein Bildungssystem stellt, gerecht zu werden. Sie sind es, die leider weiter auf Selektion setzen. Sie sind es, die Elternrechte beschneiden und Kinder durch Zwangszuweisung in Schulformen beschämen und zu Bildungsverlierern machen.

(Ralf Witzel [FDP]: Hilfe!)

Müssen Sie eigentlich in zentralen Fragen immer erst von Verfassungsgerichtsurteilen auf Kurs gebracht werden? Gestern gab es dazu ein aktuelles Urteil in Sachen Unterhaltsrecht.

Von den Bildungstaliban der FDP erwarte ich nichts anderes mehr, nachdem Frau Pieper-von Heiden gestern meinte, man solle alle die, die konsequent davon reden, dass dieses Schulsystem endlich nach den Anforderungen des 21. Jahrhundert ausgerichtet werden muss – dazu gehört auch das Überwinden von hierarchischen Schulstrukturen –, am besten zwangseinweist.

Wir Grünen müssen uns in Sachen Gemeinschaftsschule an dieser Stelle nicht weiter aus dem Fenster lehnen.

(Ralf Witzel [FDP]: Da sind Sie auch schon herausgefallen!)

Denn wir haben die Allgemeine Sekundarschule, die der VBE schon kurz nach der Wahl vorgestellt hat, von Anfang an unterstützt. Auf diesem Konzept basiert ja auch die Initiative der beiden Kommunen.

Wie man hört, soll aber auch wieder der Schattenreiter Winands unterwegs sein, um Feuerchen auszutreten, die im Land an mehreren Stellen glimmen

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

und in Schöppingen und Horstmar offensichtlich am Lodern sind. Nicht nur in Delbrück im Kreis Paderborn hat der Staatssekretär bislang dezidiert schon Verbundlösungen von Haupt- und Realschulen eine Absage erteilt, und etliche Anträge werden vom Ministerium nicht genehmigt.

(Ralf Witzel [FDP]: Sehr gut!)

Eine Verbundschule gibt es unter Aufsicht und im Quartier von Herrn Recker jetzt das erste Mal; wahrscheinlich, damit er Aufsicht führen kann, damit die Bildungsgänge fein säuberlich getrennt bleiben und ja nichts anbrennt.

Es waren aber schon CDU-Bürgermeister, zum Beispiel in Rödinghausen und in Saerbeck, die damals Gesamtschulen für ihre Kommunen gegründet haben, weil sie wussten, wie wichtig es ist, die Kinder im Ort zu halten und ihnen möglichst hohe Bildungsabschlüsse zu ermöglichen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Diese stehen hinter ihren erfolgreichen Schulen und stärken sie. Das machen jetzt die Bürgermeister an dieser Stelle auch. Ich kann ihnen nur

gratulieren, dass sie die freie Schulwahl so umsetzen, wie sie das verstehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Hier im Landtag und im Schulausschuss führen wir Gespensterdebatten über die Qualitätsoffensive Hauptschule. Die Hauptschulen hatten schon immer die bessere Lehrerausstattung, Sozialarbeitsausstattung und Programme, um die Attraktivität zu verbessern.

Auch der Ganzttag rettet die Hauptschulen nicht, Frau Ministerin. Die Hauptschule ist weder für Kinder noch für Eltern oder Lehrkräfte die Wunschschule, auch nicht für die vielzitierten Abnehmer. Das hat mit unserem hierarchisch gegliederten Schulwesen, das leistungsfeindlich und nur vermeintlich begabungsgerecht ist, zu tun. Es hat damit zu tun, dass damit ein Oben und Unten erzeugt wird; und unten sein will niemand.

Aber Herr Witzel und die FDP meinen, dass man eine bestimmte Gruppe von Menschen unten lassen muss. Das hat er gestern mit seinen Zwischenfragen erneut bewiesen.

(Ralf Witzel [FDP]: Unverschämtheit!)

Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass knapp 100 Schulleitungen von Grund- und Hauptschulen die Faxen dicke haben, gerade auch in Baden-Württemberg. Ich wünsche mir, dass die Praktiker vor Ort und die Kommunen auch bei uns aufstehen und Tacheles reden, obwohl ich weiß, dass zurzeit Schulleitungen und Lehrkräfte in Verbandszeitschriften nicht mehr wagen, Beiträge mit ihrem Namen zu zeichnen, weil sie – wohl berechtigt – Befürchtungen hegen müssen, hinterher dienstlich heranzitiert zu werden und dann Nachteile zu haben.

Ich möchte daran erinnern, dass es so etwas wie eine Inquisition im Schulministerium mit der Suche nach einer undichten Stelle bereits gegeben hat. Ein System Kohl brauchen wir in der Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen nicht, sondern Gestaltungsfreiheit für die Kommunen, pädagogische Souveränität für die Schulen und vor allem längeres gemeinsames Lernen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Beer. – Frau Pieper-von Heiden hat jetzt das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Uff, hier sprach die Ideologin.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie wollen uns doch nicht ernsthaft verkaufen, ein gegliedertes Schulsystem sei leistungsfeindlich. Allerspätestens heute haben Sie den Anspruch verloren, ernst genommen zu werden, Frau Beer.

Die Opposition lässt – das belegt der heutige Antrag aufs Neue – wirklich keine Gelegenheit aus, um die überflüssige und ideologische Schulstrukturdebatte hochzuziehen. Es geht heute einmal mehr um die Einheitsschule, in die die Opposition unsere Kinder stecken möchte.

(Zuruf von der SPD: Lächerlich!)

Dass sich die SPD für die Gründung der ersten Gemeinschaftsschule Nordrhein-Westfalens in Horstmar und Schöppingen ausspricht, verwundert nicht. Es wird aber auch niemanden erstauen, dass wir den Antrag der SPD ablehnen. Dafür haben wir gute Gründe.

Wir setzen mit unserem neuen Schulgesetz auf individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes und eben nicht auf Gleichmacherei wie Rot-Grün. Deshalb ist das von den beiden Gemeinden Horstmar und Schöppingen angestrebte Gemeinschaftsschulkonstrukt auch nicht mit unserem neuen Schulgesetz in Einklang zu bringen.

So passt schon der geplante gemeinsame Unterricht bis einschließlich siebter Klasse nicht zum übrigen Schulsystem in Nordrhein-Westfalen. Aber davon abgesehen mutet es seltsam an, dass jeder Standort in der Planung jeweils nur drei Jahrgänge versorgen soll, nämlich die Klassen 5, 6 und 7 in dem einen, die Klassen 8, 9 und 10 in dem anderen Ort, und dann die letzten drei Jahrgänge der Sekundarstufe I noch nach drei Schulformen aufgeteilt. Da waren echte Schulpraktiker am Werk, die diese Idee ausgebrütet haben – mit dem Ziel, dass unsere Schüler unnötig durch die Gegend geschickt werden sollen, so als ob ihre Eltern während der Schulzeit den Wohnort wechseln würden.

Da das geplante Modell zudem keine Oberstufe vorsieht, hätten die Schülerinnen und Schüler aus Horstmar und Schöppingen auch ein Problem beim Wechsel in die Oberstufe zu umliegenden Gymnasien, denn die Mittelstufe endet durch die Reform der gymnasialen Oberstufe bereits nach Klasse 9 und nicht erst nach der 10. Klasse. Die Schülerinnen und Schüler aus Horstmar und Schöppingen würden das Abitur wie bei der Gesamtschule also erst nach 13 anstatt nach zwölf Schuljahren ablegen können.

(Sören Link [SPD]: Was ist die Alternative?)

Das von den beiden Gemeinden genannte Modell könnte nur als Schulversuch nach § 25 Schulgesetz genehmigt werden.

(Zuruf von der SPD: Dann tun Sie es doch!)

Unserer Auffassung nach machen Modellversuche jedoch nur Sinn, wenn eine flächendeckende Anwendung vorauszusehen ist. So steht es auch im Schulgesetz, und das ist vernünftig so.

(Sören Link [SPD]: Ist sie doch!)

Dies wird aber eben aus den genannten Gründen nicht der Fall sein. Demografie findet überall statt, auch in Lippe, auch im Sauerland. Wir wollen unser Land aber deshalb doch nicht mit Modellversuchen überziehen, vom finanziellen Aufwand ganz zu schweigen.

Das Horstmar/Schöppingen-Modell ist generell nicht nötig, denn mit dem neuen Schulgesetz ist die demografische Entwicklung selbstverständlich berücksichtigt worden.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Es gibt für die Gemeinden Horstmar und Schöppingen andere und effizientere Wege, das heutige Schulangebot in den beiden Gemeinden zu erhalten.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Welche denn?)

Laut § 82 des Schulgesetzes kann eine Hauptschule mit notfalls nur einer Klasse pro Jahrgang fortgeführt werden. Nach § 83 des Schulgesetzes könnten die beiden Gemeinden einen organisatorischen Zusammenschluss eingehen, auch schulträgerübergreifend. Da sind sogar Zweckverbände mit mehreren Schulträgern denkbar.

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Jäger?

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Ich bin gleich mit meinen Ausführungen fertig. Danach sehr gerne.

Es fällt also sofort ins Auge, dass die Planungen der beiden Gemeinden auf eine neue Schulform hinauslaufen sollen.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Mit einem für Nordrhein-Westfalen gesetzlich verankerten differenzierten Schulsystem hat das nicht mehr viel zu tun. Wir stehen fest dazu. FDP und CDU sind angetreten, um die Bildungsqualität im gegliederten System weiterzuentwickeln und zu verbessern. Diesen Schulversuch brauchen wir

nicht. Es gibt andere Optionen. Deshalb lehnen wir den Antrag der SPD ab.

Nun kann die Zwischenfrage gestellt werden.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Jäger.

Ralf Jäger (SPD): Frau Kollegin, dem geneigten Zuhörer fällt auf, dass Sie bereits diesen Schulversuch ablehnen, während Ihr CDU-Kollege hier vorgetragen hat, ihn ergebnisoffen prüfen zu lassen. Können Sie dem Parlament diese Diskrepanz näher erklären?

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Das ist weiter kein Problem. Natürlich muss man formal jeden Antrag prüfen. Das ist doch selbstverständlich.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist zynisch! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Es ist ja nicht so, dass vorher in der Öffentlichkeit nicht über ein Konzept gesprochen worden wäre. Das ist ja über Wochen in den Medien transportiert worden. In den Medien war auch sehr genau nachzulesen, wie dieses Konzept aussehen soll. Wenn man voraussetzen darf, dass die Medien die Vorschläge und die Ideen aus Horstmar und Schöppingen auch nur einigermaßen korrekt aufgenommen haben – ich möchte den Medien unterstellen, dass sie dazu in der Lage sind und das tun –, dann bin ich der Auffassung, dass man ein solches Modell beurteilen kann, darf und soll. Denn es gibt ja ein Schulgesetz, und in dem liest man ordentlicherweise nach, was möglich und was nicht möglich ist, wenn man es schon nicht im Kopf hat. Man stellt dann fest, welche Optionen es gibt.

Selbstverständlich muss man überprüfen, ob man alles berücksichtigt hat. Dieses Schulgesetz, das FDP und CDU auf den Weg gebracht haben, berücksichtigt alles, was mit demografischer Entwicklung, mit einem Rückgang der Schülerzahlen zu tun hat. Wir haben der damaligen Landesregierung vorgeschlagen, den § 83 zu erweitern, haben damals noch eine Option hinzugefügt. Ich möchte auch daran erinnern, dass seinerzeit unter Rot-Grün dieser § 83 in der Form der Erweiterung überhaupt erst von der FDP angeregt worden ist. Aber Sie hatten nicht den Mut und den Willen dazu, unseren Antrag zu übernehmen, sondern Sie haben das in einen fast wortgleichen eigenen Antrag – ich kann mich noch sehr genau daran erinnern; es gab auch Anhörungen dazu – aufgenommen. Wir waren schon damals sehr viel weit-sichtiger als Sie, und heute sind wir es allemal.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Kollegin, es gibt noch eine Wortmeldung von Frau Beer. Wollen Sie die auch noch zulassen?

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Meinetwegen.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Kollegin, haben Sie mitbekommen, dass im Schulgesetz der schwarz-gelben Landesregierung die Verbundmöglichkeit derartig eingeschränkt worden ist, dass Gymnasien nicht mehr in einen Schulverbund hineingehen können? Das war beim rot-grünen Schulgesetz noch anders.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Das ist eine ganz sinnvolle Maßnahme. Denn genau wie wir wissen auch Sie, Frau Beer, dass wir uns da sowohl mittelfristig als auch langfristig nicht um rückläufige Schülerzahlen sorgen müssen.

Sie wissen auch, dass mehrere Schulsysteme unter einem Dach vereinigt Probleme mit der Lehrerteilung und der fachgerechten Unterrichtsversorgung bringen. Deswegen haben wir uns für diese Option entschlossen, die vernünftig und sinnvoll ist, verantwortlich mit Ressourcen umgeht und dafür sorgt, dass wir diese differenzierten Bildungsgänge innerhalb dieser organisatorischen Zusammenschlüsse, die maximal zwei Schulformen vorsehen, auch hinbekommen.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Pieper-von Heiden. Weitere Zwischenfragen kann ich nicht berücksichtigen, da die Redezeit zu Ende war. – Als Nächstes spricht Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zwei Gemeinden wollen gemeinsam Schule machen. Das ist zunächst einmal ein ganz interessanter Ansatz.

Die Gemeinden Horstmar und Schöppingen wollen sich zusammentun, und die Presse sagt: Für dieses Modell gibt es auch eine Begründung, nämlich die Demografie. Eine andere Begründung nennen Sie, sehr verehrte Damen und Herren von der SPD-Opposition: PISA ist der Auslöser.

Im Internet kann man sich weiter informieren. Es gibt Stellungnahmen von Beratern und Experten. Auf der Basis von Informationen, Kommentaren und persönlichen Meinungsbegründungen aus verschiedensten Quellen kann man zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine verbindliche Stellungnahme zu der Frage von Jahrgangsstufen, Standorten, Elternbefragungen, Lehrplänen usw. abgeben, denn – das ist auch mehrfach angemerkt worden – das Wichtigste fehlt: der Antrag selbst. Ein solcher liegt dem Schulministerium zurzeit nicht vor. Ich nehme aber an und alle bisherigen Informationen sprechen dafür, dass es sich um einen Schulversuch handeln wird.

In der Tat ermöglicht § 25 des Schulgesetzes die Durchführung von Schulversuchen. Für die Genehmigung von Schulversuchen ist das Schulministerium zuständig. Damit ist der Weg klar. Alle bei uns eingehenden Anträge werden sorgfältig und nachvollziehbar geprüft. Dabei werden folgende Prüfkriterien angewendet:

Erstens. Ist das neue Schulmodell auf das ganze Land übertragbar? – Neue Schulversuche werden nur noch dann genehmigt, wenn die Möglichkeit einer landesweiten, flächendeckenden Umsetzung besteht. Wir wollen keine Projektruinen.

(Beifall von CDU und FDP)

Zweitens. Wir können nicht zulassen, dass sich jede Gemeinde

(Sigrid Beer [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– ich möchte gerne weiterreden, Frau Beer – ihr eigenes Schulsystem strickt – bei aller Vielfalt, die wir uns wünschen. Dies würde die Qualität der Bildung und die Mobilität der Menschen zu sehr beeinträchtigen. Deshalb entscheidet auch klar das Land über die Schulstruktur und nicht einzelne Gemeinden.

Eng zusammen mit dem Kriterium der Flächendeckung hängt ein zweites Kriterium: Schulversuche müssen zeitlich begrenzt sein. Wer einen Modellversuch unternehmen will, muss hierzu eine deutliche Aussage machen.

Drittens. Bei Schulversuchen spielt die Größe der Schule eine wichtige Rolle. Handelt es sich zum Beispiel um einen Schulversuch im Sekundarbereich I, dann müssen wir im Sinne unserer Zielsetzung im Schulgesetz Antworten erhalten auf Fragen wie: Wie wird die individuelle Förderung umgesetzt? Ist das System so ausdifferenziert, dass bezogen auf Interessen und Neigungen, aber auch auf Qualifikationen einer Schülerin oder eines Schülers genügend Angebote bei genügend

Jugendlichen gemacht werden? Für ein differenziertes Kursangebot ist eine bestimmte Mindestgröße erforderlich.

Viertens. Ein weiterer Aspekt zur individuellen Förderung: Sind die Voraussetzungen gegeben, dass Schülerinnen und Schüler weder unter- noch überfordert sind? Gibt es Programme für besonders Begabte? Gibt es genügend ausgewiesene Stützkonzepte für die Förderung von Jugendlichen mit schulischen Defiziten?

Fünftens. Ein Aspekt, meine Damen und Herren, der mir besonders am Herzen liegt: Bestehende und funktionierende Schulstandorte in der Nachbarschaft dürfen durch eine Neugründung in ihrer Existenz nicht gefährdet werden.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sehr richtig!)

Vor allem im ländlichen Raum darf es nicht zu einem Abbau von differenzierten, leistungsstarken Bildungsangeboten kommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Hierbei müssen wir im Auge behalten, dass die Schülerzahlen ab dem Jahr 2010 deutlich sinken werden. Und nicht nur wir müssen es im Auge behalten, sondern auch die Verantwortlichen vor Ort. Jeder Bürgermeister wird gegenüber seinen Wählern Rechenschaft ablegen müssen, wenn seine Schule vor Ort nicht weitermachen darf, weil sich die Schüler vielleicht im Nachbarort in einem anderen System zusammenfinden. Die Schülermenge kann nur einmal verteilt werden.

Sechstens. Welche Ressourcen sind für den Schulversuch erforderlich? – Wenn wir das erstgenannte Kriterium der Flächendeckung wirklich ernst nehmen, dann heißt das auch: Es kann keine Modellressourcen geben. Lehrerstellenberechnungen werden nach wie vor über Schülerzahlen definiert. Darüber hinaus wird und darf es bezogen auf Chancengerechtigkeit für andere Schulen nicht mehr geben. Aufwand und Ertrag müssen in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe die wesentlichsten Prüfkriterien genannt. Unsere Schulen haben mit dem neuen Schulgesetz endlich den Rahmen, den sie für ihre Entwicklung brauchen, eine Entwicklung hin zu mehr Leistung, hin zu individueller Förderung, hin zu Eigenverantwortlichkeit, hin zu Durchlässigkeit und hin zu einem fairen Wettbewerb um pädagogische Ideen.

In diesem Rahmen können sie den bestmöglichen Unterricht für jede einzelne Schülerin und jeden

einzelnen Schüler entwickeln. Das Schulgesetz bietet allen Schulträgern Möglichkeiten, den Rückgang der Schülerzahlen abzufangen und Schulstandorte zu erhalten. Sie können einzügige Hauptschulen führen oder auch Hauptschulverbünde ins Leben rufen. Sie können Haupt- und Realschulverbünde beschließen. Sie können sogar neue Realschulzweige unter einem gemeinsamen Dach mit einer Hauptschule führen. Entsprechende Verbünde wurden bereits genehmigt oder stehen kurz vor der Genehmigung.

Damit wollen wir möglichst viele Standorte erhalten. Das, meine Damen und Herren, sind wir unseren Kindern schuldig. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Ministerin Sommer. – Für die SPD spricht nun der Kollege Große Brömer.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, als ich gestern der Presse entnehmen konnte, dass sich die CDU-Landtagsfraktion am Dienstag intensiv mit dem SPD-Antrag beschäftigt hat, habe ich das interpretiert als das bis zu diesem Zeitpunkt zumindest schönste Geburtstagsgeschenk für mich, weil damit die Hoffnung verknüpft war, dass endlich Bewegung hineingerät in diese Scheuklappendiskussion, die bei den Regierungsfractionen ständig stattfindet, und dass vielleicht eine Öffnung möglich wäre. Vor dem Hintergrund, Kollege Kaiser, haben Sie vielleicht Verständnis dafür, dass ich von Ihrem Redebeitrag sehr enttäuscht gewesen bin.

(Beifall von der SPD – Manfred Kuhmichel [CDU]: Mir kommen die Tränen!)

Ich glaube, dass das auch in Ihrer Fraktion nicht durchhaltbar ist. Denn heute ist ja deutlich geworden, wer offensichtlich die Bremser-Fraktion in dieser Regierungskoalition ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dem Beitrag von Frau Pieper-von Heiden kann man eigentlich nur noch hinterherschicken: Frau Pieper-von Heiden, eh Sie noch weiterhin der Meinung sind, dass Sie weitsichtig den § 83 geändert haben, vergleichen Sie doch bitte diesen im schwarz-gelben Schulgesetz mit dem vom rot-grünen Schulgesetz! Vielleicht verstehen Sie dann den Unterschied.

(Beifall von der SPD)

Ich habe da zwar keine große Hoffnung, aber man sollte die Hoffnung ja nicht aufgeben.

Meine Damen und Herren, das Dilemma, das wir haben und das die Regierungsfractionen offensichtlich immer noch nicht verstanden haben, sind die beiden Faktoren, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die bildungspolitische Landschaft in unserem Land maßgeblich beeinflussen werden. Der eine Faktor ist die demografische Entwicklung. Der zweite Faktor, den Sie überhaupt nicht wahrnehmen wollen, ist der Faktor Abstimmung mit den Füßen weg von der Hauptschule. Diese Abstimmung mit den Füßen findet permanent statt, auch nach Ihrer Regierungsübernahme. Da sprechen die Zahlen für sich. Ich darf sie in Erinnerung rufen. Im Schuljahr 2005/2006 hatten wir in Nordrhein-Westfalen 730 Hauptschulen. Von denen waren 499 im Bestand gefährdet, weil die Schülerzahlen zurückgegangen sind. Das sind über 68 %. Mittlerweile sind weitere Hauptschulen geschlossen worden.

Da hilft auch Ihre Zwergschulenperspektive nichts, wenn Sie in Ihr Schulgesetz hineinschreiben, dass unter bestimmten Bedingungen auch eine einzügige Hauptschule machbar und denkbar ist. Das ist nicht die Perspektive, die von Eltern gesehen wird. Im Gegenteil, es ist Fakt – und das müssen Sie zur Kenntnis nehmen –, dass die Eltern mit der Hauptschule eben nicht mehr die Bildungsperspektive verknüpfen, die sie sich für ihre eigenen Kinder wünschen.

Deswegen ist es kein Wunder, wenn sich Horstmar und Schöppingen und andere im ländlichen Bereich Gedanken machen, wie sie denn weiterhin wohnortnah ein vielfältiges Bildungsangebot garantieren und auf den Weg bringen können. Ich habe mit großer Freude festgestellt, dass eigentlich Minister Laumann genau auf der gleichen Linie ist. Er hat in seinem letzten Beitrag beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt noch erwähnt, dass er einmal als Schulausschussvorsitzender tätig war. Dann hat er den Satz gesprochen – ich habe ihn mitgeschrieben –: Am zielgenauesten kann man auf der untersten der kommunalen Ebenen arbeiten. Das ist genau der Punkt. – Sie sind auf einem anderen Trip. Sie wollen von oben herab zentralistisch vorschreiben, was machbar und was möglich ist.

Ich bin Frau Ministerin Sommer dankbar, dass sie gerade noch einmal in sechs Punkten den vertretenen Bürgermeistern aus Horstmar und Schöppingen deutlich gemacht hat, welche Bedingungen denn an den Schulversuch geknüpft sind. Von daher war der Zeitpunkt des SPD-Antrags offensichtlich richtig. Denn jetzt wissen die beiden

Kollegen, worauf sie sich einlassen und was sie in ihrem Konzept vielleicht noch berücksichtigen müssen.

Ich glaube, dass wir uns eigentlich auch nur wundern können über das Wundern der Regierungsfractionen, dass solche Überlegungen stattfinden. Ich darf an die große Anhörung zum schwarz-gelben Schulgesetz vor knapp einem Jahr erinnern. Da hat es Stellungnahmen gegeben. Ich will nur eine im Ausschnitt vorlesen, und zwar die von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände zu § 83:

„Die vorgesehene Einschränkung der Möglichkeiten zur Bildung von Verbundschulen wird abgelehnt. Die Regelung sollte in der bisherigen,“

– rot-grünen –

„grundsätzlich alle Schulformen der Sekundarstufe I einschließenden Form beibehalten werden.

Zusätzlich sollte die Gesetzesregelung im Hinblick auf eine Öffnung für die inhaltliche Kooperation der im Verbund zusammengefassten Schulen geändert werden, um Modelle wie beispielsweise die vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) erarbeitete ‚Allgemeine Sekundarschule‘ erproben und umsetzen zu können. Hierdurch wird die notwendige schulorganisatorische Flexibilität der Schulträger hergestellt.“

Meine Damen und Herren, das war die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände. Sie lässt sich ergänzen durch andere Verbände aus dem kommunalen Bereich. Deswegen ist es doch nicht verwunderlich, dass Gemeinden auf der Basis dieser Überlegungen entsprechende Anträge stellen. Es ist eigentlich nur verwunderlich, dass Sie sich wundern. Fakt ist: Das kommt davon, wenn man Anhörungen nicht ernst nimmt, meine Damen und Herren von CDU und FDP.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Anregungen im Anhörungsverfahren nicht ernst zu nehmen, das war Ihre Strategie vor einem Jahr. Dies ist das Ergebnis, was dabei herauskommt.

Ich hoffe, dass sich in den nächsten Wochen auf der Grundlage der Antragstellung von Horstmar und Schöppingen noch etwas bewegen lässt. Ich hoffe, dass die CDU zumindest über ihren eigenen bildungspolitischen engen Schatten springen kann und für eine Diskussion im Interesse der Kinder in Horstmar und Schöppingen offen ist. Denn das ist das Wesentliche.

Frau Ministerin Sommer, wir interpretieren das Wohl der Kinder an dieser Stelle völlig anders, als es von Ihrer Regierung und von Ihnen eben vorgetragen wurde. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören und freue mich auf die Diskussion im Ausschuss.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Große Brömer. – Herr Recker spricht jetzt für die CDU-Fraktion.

Bernhard Recker (CDU): Frau Präsidentin! Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte zunächst eigentlich vor, zwei Vorbemerkungen zu machen. Aber ich werde eine dritte hinzufügen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Erste Vorbemerkung. Aufgrund der demografischen Entwicklung sind sehr viele Kommunen in großer Sorge um den Bestand ihrer Schulen. Fakt ist: Die Schule vor Ort ist ein elementar wichtiger Standortfaktor und übernimmt gleichzeitig eine wesentliche soziale Rolle in den Kommunen.

Zweite Vorbemerkung. Viele Altgediente von Rot-Grün nutzen nun diese Lage, um durch die Hintertür ihren Traum von Einheits- und Gesamtschule durchzusetzen.

(Beifall von der CDU)

Dritte Vorbemerkung. Nach dem Gespräch, das wir eben hatten, darf ich Ihnen hier auch sagen, dass die beiden Bürgermeister stinksauer darüber sind, dass sie hier heute instrumentalisiert worden sind. Auch das darf ich Ihnen sagen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Frau Schäfer, diese Strategie ist zu durchsichtig und dient nicht den Kommunen. Im Gegenteil, Sie schaden den Kommunen, weil Sie die Diskussionen dazu nutzen, um Ihr parteipolitisches Süppchen zu kochen. Uns alle müsste gewiss die gemeinsame Bemühung einen, ein möglichst qualifiziertes, wohnortnahes Angebot zu unterbreiten.

Aber Fakt ist auch: Wenn wir demnächst ein Viertel oder ein Drittel weniger Schülerinnen und Schüler haben, werden wir nicht alle 6.300 Schulen in Nordrhein-Westfalen erhalten können, sofern es qualitativ vertretbar sein soll. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall von der CDU)

In meiner Funktion als Koordinator auf Bundesebene habe ich viele Gespräche mit Vertretern

aus Sachsen, aus Thüringen und aus dem Saarland geführt, wo es 45 % weniger Schüler gibt. Aber man bemüht sich dort, es gemeinsam hinzubekommen, also nicht unter parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern im Interesse der Kinder zu handeln.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es muss unser gemeinsames Ziel sein, ein möglichst breites, wohnortnahes Angebot zu schaffen. Aber genauso deutlich sage ich, dass es zwar gewiss um die berechtigten Interessen der Kommunen geht; wir jedoch auch den berechtigten Interessen der betroffenen Schülerinnen und Schüler gerecht werden müssen. Das verlangt ganz einfach bestimmte Standards und ein gewisses Maß an Qualität, um junge Menschen wirklich ausbildungs- und studierfähig zu machen. Dem haben letztlich alle unsere Bemühungen zu dienen.

So halte ich zum Beispiel eine einzügige gymnasiale Oberstufe für nicht vertretbar, wenn man junge Menschen auf der Basis der Vielfalt der Fächer auf ein Studium vorbereiten will. Hier bedarf es einfach einer gewissen Quantität, um Qualität zu erreichen. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Erlauben Sie mir zum Schluss noch einige wenige Anmerkungen. Es kann in sich nicht schlüssig sein, bei zurückgehenden Schülerzahlen sogenannte neue Massensysteme mit Platz für über 1.000 Schüler zu installieren.

(Ute Schäfer [SPD]: Wer will das denn?)

Woher sollen denn diese Schüler kommen? Sie können gewiss nur aus der näheren Umgebung kommen, was dann erhebliche Probleme und Gefahren für viele heute gut funktionierende Schulen mit sich bringt. Es kann auch nicht sinnvoll sein, neue Systeme zu schaffen und bestehende dadurch zu vernichten.

Ein solcher Weg gefährdet übrigens in hohem Maße die wohnortnahe Schule, die wir alle letztlich anstreben. Darum ist – das hat die Frau Ministerin eben auch gesagt – der regionale Konsens von eminenter Bedeutung. Es darf kein Verdrängungswettbewerb stattfinden.

Ich habe gewiss auch Verständnis für die Bemühungen von Kommunen oder auch von Beratern, Ideen zu entwickeln, mit denen ein qualifiziertes Angebot sichergestellt werden soll. Doch ich sage genauso ehrlich und offen: Die hier tätigen Berater sollten und müssten bei ihren Vorschlägen bitte auch berücksichtigen, welche Auswirkungen

das auf die gesamte Region hat und was das Schulgesetz hergibt.

Hier bietet das Schulgesetz – die Frau Ministerin hat es eben gesagt – eine Fülle von Möglichkeiten, die von der Landesregierung gewiss in großer Verantwortung geprüft werden und die wir auch sehr gern positiv begleiten.

Aber eines sage ich auch deutlich: Ich halte viel davon, nach der Wahl das zu tun, was wir vorher angekündigt haben.

(Beifall von der CDU)

Wir haben vor der Wahl ein klares Bekenntnis zum gegliederten Schulwesen abgegeben. Dafür haben uns die Bürgerinnen und Bürger klar ihr Vertrauen ausgesprochen.

(Beifall von der CDU)

Frau Schäfer, besonders schäbig finde ich – damit schaden Sie seitens der SPD der Sache –, dass Sie zu diesem Zeitpunkt einen solchen Antrag vorlegen. Hier geht es wirklich nur um ein parteipolitisches Spiel. Wenn Sie es mir nicht glauben können, dann darf ich Prof. Rösner aus einem Schreiben vom 17. Mai, das ich erhalten habe, zitieren.

Vizepräsident Edgar Moron: Ihre Redezeit ist gleich zu Ende.

Bernhard Recker (CDU): Ja. – Herr Prof. Rösner schreibt:

„Nun habe ich nicht ohne Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass die SPD-Landtagsfraktion durch einen Landtagsbeschluss das Vorhaben in Horstmar/Schöppingen fördern will – mit Verwunderung deshalb, weil den Fraktionen noch keine Details des Schulkonzepts vorliegen und die Elternbefragung erst noch stattfindet.

Insofern ist der SPD-Antrag aus meiner Sicht voreilig und nicht hilfreich. Schlimmer noch, möglicherweise ist er geeignet, eine im Interesse der Gemeinden Horstmar/Schöppingen kontraproduktive, mit aller Rhetorik aufgeladene Debatte zu führen, die niemandem nutzt.“

(Beifall von der CDU)

So Herr Rösner.- Ich sage auch für die CDU: Wir wollen und werden im Interesse der Kinder gemeinsam mit Horstmar/Schöppingen eine Lösung finden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Recker. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat die Fraktionsvorsitzende, Frau Löhrmann, das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein wichtiges Thema. Wenn ich mir anhöre, was die Kolleginnen und Kollegen von der Regierungsfraktion und auch die Frau Ministerin sagen, stelle ich fest, dass eine ganze Menge Angst daraus spricht: Angst vor Veränderungen und Angst vor Bewegungen; Angst davor, dass man sich bewegen muss, obwohl man doch vorher festgelegt hatte, dass nichts passiert; Angst davor, dass etwas bewegt werden könnte, obwohl man vor der Wahl etwas anderes gesagt hat. Ihre Fliege, Herr Recker, spricht nicht für die Bewegung, auf die ich gehofft habe.

Meine Fraktion wünscht sich für die Gemeinden, die diesen Antrag auf Errichtung einer Gemeinschaftsschule in Vorbereitung haben, sehnlich, dass er verwirklicht werden kann. Wir wünschen uns das sehnlichst, und es hat uns auch gejuckt – das gebe ich ganz offen zu –, das hier parlamentarisch zu beraten. Wir haben uns dagegen entschieden. Wir haben uns für einen anderen Weg entschieden.

Wir haben die Ministerin unmittelbar nach Bekanntwerden angeschrieben, weil wir genau das befürchtet haben, was jetzt passiert, nämlich dass es eine parteipolitische Debatte gibt und dass den Menschen vor Ort – den Bürgermeistern und vor allem den Kindern – perspektivisch nicht geholfen wird.

Deswegen haben wir einen Brief mit der Bitte um wohlwollende Prüfung geschrieben. Wir stellen uns hier selbstverständlich der Diskussion. Wenn ich Frau Pieper-von Heiden und auch die Frau Ministerin höre, stelle ich fest, dass einige ganz schön auf der Bremse stehen. Ich habe heute nicht viel Hoffnungsvolles gehört, das darauf hindeutet, dass sich für die Gemeinden etwas bewegen wird.

Man hat ja den Eindruck, die FDP hat das Ablehnungsschreiben schon in der Tasche und in der Fraktion beschlossen. Herr Winands muss jetzt nur noch dafür sorgen, dass die Ministerin es auch umsetzt. Da hat es sehr unterschiedliche Töne gegeben.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin Löhrmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Schäfer?

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Ja.

Ute Schäfer (SPD): Frau Kollegin Löhrmann, ist es nicht genau richtig, dieses parlamentarisch zu beraten – ich habe eben schon Frau Beer gefragt –, wenn man im Vorfeld dieser Debatte bereits von einem Mitglied einer Regierungsfraktion lesen konnte, dass hier überhaupt keine Offenheit herrscht, sich als Gesetzgeber mit diesem Vorfall intensiv zu beschäftigen?

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Manchmal muss man auch das Wasser halten und auf den richtigen Zeitpunkt warten, liebe Ute Schäfer. Wenn ich an Deinen heutigen Beitrag denke und mich erinnere, wer dafür gesorgt hat, dass das, was Schöppingen und Horstmar heute wollen, im rot-grünen Schulgesetz gestanden hat, und wie sehr wir es auch Dir – Dir ganz persönlich – abringen mussten, dass die Öffnung zu Verbundsystemen einschließlich Gymnasien

(Demonstrativer Beifall von CDU und FDP)

möglich gewesen ist, und wenn ich weiß, wie schwer es auch im Wahlkampf war, eine offensive Auseinandersetzung über die Veränderung der Schulstrukturen zu führen, liebe Ute Schäfer, dann kann ich Dir nicht ersparen zu sagen, dass mich Dein Beitrag heute ein bisschen daran erinnert hat: Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche.

Im Wahlkampf war Peer Steinbrück weiter als Du, weil auch Du Angst vor dieser Diskussion hattest. Auch das gehört zur Wahrheit und zur Diskussion über Gemeinschaftsschulen in Nordrhein-Westfalen.

(Demonstrativer Beifall von CDU und FDP)

Ihren Beitrag, liebe Frau Pieper-von Heiden, macht das mitnichten besser.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin froh, dass sich die SPD da weiterentwickelt hat. Ich habe das auch hier an verschiedenen Stellen ausdrücklich gelobt, und ich habe Herrn Stahl angesprochen, der heute nicht hier ist – auch der Ministerpräsident ist heute nicht da –, um zu aufzufordern: Machen Sie sich auf den Weg! Sie werden von der Diskussion vor Ort überrollt werden. – Es ist doch absurd, was wir heute gehört haben, dass eine große Koalition in Schleswig-Holstein mehr Freiheit gibt als eine Koalition in NRW.

Dass Sie für Freiheit stehen, das ist heute abschließend aus Ihrem Parteiprogramm gestrichen

worden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FPD.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das können Sie sich abschminken, weil Sie den Menschen vor Ort keine Freiheit einräumen wollen, wenn diese erkennen, einen anderen, neuen Weg gehen zu wollen – jenseits der ideologischen Diskussion – nach dem Motto: Wir haben PISA verstanden, wir wollen vorangehen.

Für die Grünen kann ich erklären: Egal, mit wem wir in eine Gestaltung kommen, die Grünen sind die Garanten dafür, vor der Wahl und nach der Wahl, dass Gemeinschaftsschulen in Nordrhein-Westfalen möglich werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Für die FDP hat Herr Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin meiner Vordrönerin für die Klarheit und Offenheit – auch der Worte – dankbar. Frau Löhrmann, wir haben als Koalition der Erneuerung inhaltlich grundlegend andere Auffassungen von Bildung als die Grünen. Aber es ist im Wettstreit der Ideen unter Demokraten legitim, das vernünftig miteinander zu diskutieren oder auszufechten.

Ungeachtet dessen kann ich Sie beruhigen – ich greife jetzt Ihre Worte auf –: Niemand von uns hat Angst, dass er von Frau Beer und Ihnen überrollt wird, was dieses Thema angeht. Positionieren Sie sich so! Das ist legitim, das haben Sie getan, und das ist auch glaubwürdig. Das haben wir Ihnen nie abgesprochen. Ich weiß auch, dass mehrere Mitglieder Ihrer Fraktion Kinder zur Gesamtschule geben. Es ist völlig in Ordnung, sich für dieses Angebot zu entscheiden. Genauso legitim ist es, sich anders zu entscheiden, wie es andere aus anderen Gründen tun.

In der Tat ist Ihre Haltung klar, während von der SPD sehr viel Populismus vorgetragen wird. Deshalb, Frau Löhrmann, bemühe ich Sie als Zeugin. Wenn ich Ihre Äußerungen vor der Wahl nicht ganz falsch interpretiert habe, haben Sie mit einem gewissen Erstaunen wahrgenommen, dass der FDP die Option zur Einrichtung von Schulverbünden wichtig war.

Wir können das von der Chronologie der Landtagsdrucksachen beweisen. Wir haben in der letzten Legislaturperiode einen Antrag dazu gestellt, wenn auch mit einem anderen Verständnis. Sie

haben sich in einer Ausschusssitzung gemeldet, das zunächst positiv zur Kenntnis genommen – da hatten Sie die Vorlage der alten rot-grünen Regierung noch nicht – und sinngemäß gesagt: Das wäre eine Ermunterung. Da könnten wir uns darauf verlassen, in diese Richtung würde jetzt etwas passieren. Sie fänden es schön, wenn die damalige Opposition diesen Punkt, Schulverbünde zu gründen, mit sehen würde. – Wir sind insofern nicht problemblind, aber wir haben ein anderes Verständnis, wie weit das geht, was pragmatisch nötig ist, was der Regelfall ist, der im Schau-fenster steht, und was die Ausnahme ist.

In der Tat bin ich Ihnen dankbar, dass Sie die Taktiererei der SPD dargestellt haben: Das, was Ute Schäfer in ihrer alten Funktion als Ministerin vor zwei Jahren hier vorgetragen hat, und wie sie sich heute als abgewählte Ministerin zu dem Thema äußert, ist eine Wendung um 180 Grad und wäre vor zwei Jahren undenkbar gewesen.

Es ist ganz hilfreich, die aktuelle Homepage der SPD zu lesen, wenn man wissen will, wohin die SPD bei der Bildung will. Ute Schäfer hat zu Recht den Begriff „Beste Bildung“ in den Mund genommen. Denn die lesenswerte Kampagneseite der SPD für Bildung heißt: www.beste-bildung.de. Dort beschreiben Sie das Leitbild Ihrer neuen Kampagne. Ich glaube, man sollte das Wort „Leitbild“ mit „d“ schreiben; denn es ist schon fast eine Karikatur von Schule, die nivellierte Schule ohne Leistung:

Schüler sitzen gelangweilt herum, niemand lernt etwas, es gibt keine Bücher, keine Stifte, kein Papier. Nur noch ein Schüler dieser großen Gruppe sitzt ordentlich auf einem Stuhl und hat seine Beine auf dem Boden stehen. Der Rest hockt gelangweilt auf den Pulten, hat die Füße ausgestreckt auf dem Tisch oder auf dem Stuhl des Nachbarn liegen, Abhängen pur, Lernen null.

Das mag Leitbild Ihrer neuen Kampagne sein, gestern so ausgedruckt im Internet auf Ihrer Kampagneseite www.bestebildung.de. Das können Sie den Menschen gerne so vortragen. Wir sehen das anders, wir stehen zu Leistung, wir stehen zu Disziplin. Wir stehen zu dem gegliederten Schulwesen, zu klaren Bildungsgängen und zu dem Pragmatismus der nötigen Flexibilität, dort, wo es aus örtlichen Gründen gegeben ist. – Ich danke Ihnen.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/4351** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend – und den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** zur Mitberatung. Die abschließende Beratung wird dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Verfahrensvorschlag einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

5 „Älter werden – aktiv bleiben“ – Potenziale älterer Menschen erkennen und aktivieren

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/4243

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag und erteile für die mitantragstellende Fraktion der CDU Frau Doppmeier das Wort. Frau Doppmeier, bitte schön.

Ursula Doppmeier (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie sehen, der demografische Wandel lässt uns nicht aus den Klauen. Eben haben wir darüber gesprochen, dass immer weniger Kinder geboren werden. In unserem Antrag geht es darum, dass es immer mehr Senioren gibt.

Deutschland leistet sich allerdings immer noch den Luxus, die Potenziale älterer Menschen als Arbeitnehmer ungenutzt zu lassen. Wer heute zur Generation 50 plus gehört, der hat in diesem Land vergleichsweise schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Das ist anders als früher. Während früher häufig Erfahrung firmenintern in der Nachwuchsarbeit genutzt wurde, geht der Trend heute und in den vergangenen Jahren hin zur Frühverrentung und Entlassung.

„Jugend ist ein Argument, das mit jedem Tag an Wert verliert“, sagte schon Willy Brandt. Etwa 50 % der deutschen Unternehmen beschäftigen derzeit keine Arbeitnehmer mehr, die älter als 50 Jahre sind.

In Deutschland haben wir zwar das Renteneintrittsalter angehoben, aber in der öffentlichen Diskussion konzentriert sich immer noch alles auf den negativen Aspekt, mit dem das Altwerden behaftet ist und vor dem die Menschen Angst haben, nämlich dass es im Alter keine Beschäftigung

mehr gibt, dass man mit seinen Erfahrungen und seinem Können nicht mehr gebraucht wird. Diese Debatte zeigt uns sehr deutlich, wo wir ansetzen müssen.

Seit Langem reden wir über den demografischen Wandel, die zurückgegangene Anzahl an Geburten, das Anwachsen der Anzahl der älteren Mitbürger und Mitbürgerinnen, auch wenn man neuerdings wie auch in Pressemitteilungen der letzten Woche liest, dass man in diesem Jahr auf einmal einen Babyboom erwartet.

Pragmatisch gesehen aber können wir in unserer Gesellschaft auf das Wissen, die Erfahrung und das Können älterer Menschen in Zukunft nicht verzichten. Doch wie sieht im Moment die Realität aus? – Die Erwerbsquote bei den 55- bis 65-Jährigen in Deutschland liegt bei derzeit 39 %, weit unter dem OECD-Durchschnitt. In Zukunft wird aber ein Drittel aller Menschen in diesem Alter sein, in dem sie nach den heutigen Maßstäben das Erwerbsleben verlassen und in den Ruhestand gehen. Somit wirken sich die Verschiebungen in der Alterspyramide, die sich aus diesem demografischen Wandel ergeben, auf sämtliche Lebensbereiche aus.

Um dies auch nur ansatzweise kompensieren zu können, gilt es für uns, ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger aktiv auf den unterschiedlichsten Feldern weiterhin in unser gesellschaftliches Leben einzubinden. Denn die Menschen werden heutzutage in den meisten Fällen nicht nur älter, sondern sie werden auch gesünder und fitter älter.

Das bedeutet, auch die Phase des Ruhestandes wird sich zu einer eigenen Lebensphase entwickeln, mit eigenen Möglichkeiten und Ansprüchen. Ältere Menschen wollen aktiv bleiben. Sie wollen weiterhin gefordert werden, sie wollen eine Aufgabe haben und anerkannt werden. Nicht nur die Gesellschaft ist auf die Beteiligung der älteren Menschen in Zukunft angewiesen, sondern auch umgekehrt: die älteren Menschen auf die Gesellschaft.

Daher brauchen wir heute insgesamt ein neues Bild des Alters, das es älteren Menschen ermöglicht, ihre Tätigkeitsbiografie selbst und eigenverantwortlich bis ins hohe Alter zu gestalten, und dies endlich einmal weniger defizitär und negativ besetzt.

Wir alle kennen den Satz: Jeder ist so alt, wie er sich fühlt. – An diesem Satz ist gerade in diesem Kontext sehr viel Wahres; denn nicht das Lebensalter ist entscheidend, sondern es geht um die persönlichen Möglichkeiten, um die individuelle

Leistungsbereitschaft eines jeden Menschen, unabhängig von seinem momentanen Alter.

Alt und Jung zusammen bringen betriebs- und volkswirtschaftlich einem Unternehmen den größten Nutzen und Vorteil. Besonders Unternehmen in den skandinavischen Ländern haben dies bereits erkannt. Gerade die Mischung aus Krisenbeständigkeit und Zuverlässigkeit, gepaart mit der Flexibilität und Dynamik der Jugend, ist doch das Erfolgsrezept innovativer Unternehmen, wie uns viele Beispiele im europäischen Ausland zeigen. Dies trifft nicht nur auf Unternehmen zu, sondern das gilt für alle gesellschaftlichen Bereiche.

Nehmen wir Nordrhein-Westfalen. Hier begleiten zum Beispiel Senior-Experten die Schulen auf ihrem Weg zur eigenverantwortlichen Schule. Als Coach werden sie hierbei vor allem in den Bereichen Projektmanagement, Marketing und Budgetierung eingesetzt und begleiten die Schulen so in die Zukunft, da diese Themen immer größere Bedeutung für die Schulen haben. Senior-Experten bringen Erfahrungen in Schule ein, die den Schulen bisher noch fehlen. Das ist ein ganz wichtiger Erfahrungstransfer: von der Wirtschaft in die Schulen.

Gerade aber auch im Hinblick auf die zukünftigen älteren Menschen, die bereits mit Internet und Handy aufgewachsen sind, werden wir umdenken müssen. Es wird nicht mehr die Gruppe der „Alten“ als homogene Gruppe geben. Ihre Interessen sind genau so vielfältig wie die der Jungen. Sie haben andere Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe, ob im beruflichen, im unternehmerischen, im kulturellen oder im sozialen Bereich.

Hier ist es unsere Aufgabe, diese Potenziale als Chance zu erkennen und zu aktivieren. Darum brauchen wir die Möglichkeit der Beschäftigung in vielfältiger Art sowohl im beruflichen als auch im bürgerschaftlichen Engagement.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen. Ältere begleiten Jüngere beim Übergang von der Schule zum Beruf. Sie helfen Familien und anderen Mitbürgern, die pflegebedürftig sind. Sie stehen als Leihomas oder Leihopas mit ihren Erfahrungen jungen Eltern zur Seite. Es gibt viele dieser positiven Beispiele.

Jetzt ist es doch unsere Aufgabe, die notwendigen Rahmenbedingungen für generelle Möglichkeiten der Beschäftigung im Alter zu schaffen.

Darüber hinaus ist es auch unsere politische Aufgabe, das Bild der älteren Menschen in der Gesellschaft und in der Wirtschaft zu ändern. Hier sind vor allen Dingen Best-Practice-Modelle ge-

fragt. Diese sollten eine größere öffentliche Wahrnehmung erfahren.

Wir sollten uns alle in die Pflicht nehmen lassen, hier eine umfassende gesellschaftliche Debatte über Potenziale und Ressourcen im Alter zu führen, und zwar ohne Vorbehalte. Lassen Sie uns darum das Alter endlich als Chance begreifen, als Chance für Jung und Alt. – Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen im Ausschuss.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Doppmeier. – Jetzt ist für die FDP-Fraktion der Herr Kollege Lindner an der Reihe.

Christian Lindner (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich will ein Wort meiner Vorrednerin, der geschätzten Kollegin Doppmeier, aufgreifen, die gesagt hat, man möge das Alter auch als Chance begreifen.

Viel zu lange haben wir – dabei beziehe ich alle Generationen und alle politischen Kräfte ein – das Alter nur aus einer Defizitperspektive heraus wahrgenommen. Wenn wir über Seniorenpolitik gesprochen haben, haben wir vor allen Dingen den Zusammenhang mit Gesundheit und Pflege betont.

Viel zu lange haben wir übersehen, dass Seniorinnen und Senioren spezifische Potenziale und Erfahrungen haben, über Lebensweisheit verfügen, im Übrigen vielfach auch noch über Vitalität wie auch zeitliche Ressourcen, die wir für die Gesellschaft neu nutzen können.

Ich will hinzufügen: Während vielleicht in der Vergangenheit und auch noch in der Gegenwart die konsumstarken und kaufkraftstarken Zielgruppen in der Bevölkerung eher die mittleren Jahrgänge waren und sind, werden wir im Laufe der nächsten Jahre erleben, dass die Kaufkraft insbesondere bei den älteren Menschen weiter steigen wird. Wir sehen in der Werbung langsam einen entsprechenden Trendwechsel. Es wird aber noch sehr viel stärker darauf ankommen, auf diese Potenziale hinzuweisen.

Meine Damen und Herren, deshalb haben Ihnen die Koalitionsfraktionen einen Antrag vorgelegt, mit dem wir auf dieses Thema aufmerksam machen wollen und für ein neues Bild vom Alter werben möchten. Wir möchten die Tätigkeit älterer Menschen nicht nur im Ehrenamt und im Bereich der freiwilligen Tätigkeiten forcieren, sondern uns ist es auch ein Anliegen, ältere Menschen länger im Erwerbsleben zu halten.

Gerade in Deutschland stellen wir fest, dass die Erwerbsbeteiligungsquote älterer Menschen besorgniserregend niedrig ist. Das hat unterschiedlichste Gründe, hängt aber auch damit zusammen, dass sich in unserem Wirtschaftssystem und unseren sozialen Sicherungssystemen der Personalabbau viel zu lange auf die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konzentriert hat. Das ist in anderen Ländern – zumal in Skandinavien – anders.

Ich will nur eine von vielen möglichen Maßnahmen hervorheben: Wir als Freie Demokraten wollen darüber sprechen, wie wir etwa das System unserer Altersversorgung verändern.

Wir glauben, dass ein starres Renteneintrittsalter von 67 Jahren gewiss nicht dazu beitragen kann, die Erwerbsbeteiligung Älterer zu verbessern. Wir glauben, dass wir einen flexiblen Renteneintritt brauchen und dass all das, was gegenwärtig diskutiert wird, nicht dazu beiträgt, den Lebensentwurf der Menschen individuell an ihre Bedürfnisse und gesundheitlichen Möglichkeiten anzupassen. Erst recht kann die Erwerbsbeteiligungsquote nicht gesteigert werden, wenn man weiterhin Regelungen hat, die zumindest den Ausstieg aus dem Erwerbsleben nahelegen.

Wir wollen dort Flexibilität haben und sind der Auffassung, dass wir für ältere Arbeitnehmer, die vor Erreichen des offiziellen Renteneintrittsalters in den Ruhestand gehen, keine starren Zuverdienstgrenzen mehr vorsehen, sondern ihnen stattdessen die Möglichkeit einräumen sollten, selbst über ihren Renteneintritt zu entscheiden, sofern die summierten Anwartschaften aus betrieblicher, gesetzlicher und privater Altersversorgung oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegen.

Dann könnte man zum Beispiel auf Sozialversicherungsbeiträge für die Arbeitslosenversicherung dieser älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verzichten. Das wäre eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt für arbeitssuchende Senioren.

Ich will hervorheben, dass zur Steigerung der Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbstverständlich auch gehört, dafür Sorge zu tragen, dass ihre Qualifikation weiter gepflegt wird. Dem Arbeitsminister dieses Landes ist zu danken, dass er mit der Initiative der Bildungsschecks über 100.000 Mal in Nordrhein-Westfalen Weiterbildungsangebote speziell auch für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ermöglicht hat. Das ist auch ein Beitrag zur Steigerung der Erwerbsbeteiligungsmöglichkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt benennen: Wir als Freie Demokraten und Koalition insgesamt wollen nicht nur eine Politik für Seniorinnen und Senioren, sondern wir wollen insbesondere Politik mit den Seniorinnen und Senioren. Dazu gehört aus unserer Sicht, dass wir über die Seniorenfreundlichkeit von Kommunen mit den älteren Menschen in einen Dialog treten müssen. Das muss auf der kommunalen Ebene erfolgen. Wir machen uns deshalb dafür stark, wenn ältere Menschen Interessenvertretungen vor Ort bilden wollen. Wir machen uns auch für generationsübergreifende Sport-, Kultur- und Bildungsangebote vor Ort stark.

Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass die Gruppe der Älteren genauso heterogen ist wie die Gruppe der Jüngeren. Das sage ich mit Blick darauf, dass auch in der Generation der älteren Menschen der Anteil derjenigen mit Zuwanderungsgeschichte steigt. Das gilt im Übrigen auch für den Anteil derjenigen, die möglicherweise gar nicht mehr in traditionellen Familienstrukturen leben und groß geworden sind. Ich erinnere daran, dass in vielen Großstädten Initiativen von Senioren mit homosexueller Orientierung entstanden sind. Dort hat sich etwas getan. Im Bereich der älteren Generation ist die Gesellschaft bunter geworden. Das gilt es, politisch zu reflektieren, wenn es darum geht, entsprechende Angebote in der Kommune vorzuhalten.

Ich habe bereits eingangs beim Bild vom Alter darauf hingewiesen, dass Seniorinnen und Senioren Konsumenten mit Kaufkraft sind. Deshalb begrüßen wir als Freie Demokraten, dass die Landesregierung durch den Fachminister in Kooperation mit dem Handwerk, der Industrie, dem Handel, der Landesseniorenvertretung, den Wohlfahrtsverbänden und anderen die „Zukunftsinitiative Seniorenwirtschaft“ auf den Weg gebracht hat. Ziel dieser Initiative ist es, neue Produkte und Dienstleistungen für Ältere zu entwickeln und so zukunftsfähige Arbeitsplätze im Bereich der Seniorenwirtschaft zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen haben mit diesem Antrag eine wichtige Diskussionsgrundlage zu einem Thema vorgelegt, das unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bestimmen wird. Es wird in Zukunft in der Tat um den demografischen Wandel, die Veränderung unserer sozialen Infrastruktur sowie die Veränderungsnotwendigkeit der Formen unseres Miteinanders und unseres Zusammenlebens gehen.

Vor diesem Hintergrund freue ich mich auf die Beratungen im Fachausschuss, die gewiss nur der

Einstieg in ein Thema sind, das wir in den nächsten Jahren intensiv begleiten müssen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lindner. – Für die SPD-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Koschorreck das Wort.

Elisabeth Koschorreck (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war etwas überrascht, als ich die Beiträge der beiden Vorredner gehört habe; denn der Antrag als solcher gibt ja eigentlich nichts Neues her.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Über die in diesem Antrag niedergelegten Punkte hat die ehemalige Landesregierung schon seit zehn Jahren diskutiert. Im Übrigen hat sie nicht nur darüber diskutiert, sondern auch einiges auf den Weg gebracht. Von daher hatte ich eigentlich erwartet, dass Sie in Ihren Beiträgen etwas Neues vortragen. Das ist nicht geschehen.

Meines Erachtens hatten Sie auch sehr viel Mut, diesen Antrag einzubringen; denn ich weiß nicht, wie Sie den an die Landesregierung gerichteten Forderungskatalog abarbeiten wollen, wenn ich davon ausgehe, dass Sie noch zweieinhalb Jahre an der Regierung sind. Danach werden Sie wegen Ihrer verfehlten Politik ohnehin abgewählt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Lachen von der CDU)

An dieser Stelle wecken Sie bei den Seniorinnen und Senioren Erwartungen, die Sie nicht erfüllen können. Das halte ich für äußerst unseriös.

(Beifall von der SPD)

Was den Forderungskatalog angeht, ist Ihr Antrag aus unserer Sicht doch sehr beliebig. Man könnte ihn beliebig erweitern. In diesem Zusammenhang denke ich zum Beispiel daran, dass man noch einen Mehrgenerationenspielfeld entwickeln könnte, den es in Finnland und in Spanien übrigens schon gibt. Dort könnten sich die älteren Menschen einmal richtig austoben und sich wohlfühlen, anstatt dass ihnen von der Politik vorgeschrieben wird, was sie in ihrem Nacherwerbsalter alles zu tun haben. – Ihr Antrag ist also sehr beliebig und auch nicht zielführend.

Meine Damen und Herren, der demografische Wandel ist die zentrale Zukunftsherausforderung unserer Gesellschaft. Alter ist eine Lebensphase mit Gestaltungskraft. Alter ist kein passiver Zu-

stand, den man erleidet, sondern eine aktive Lebensphase.

Solche und ähnliche Aussagen findet man im Fünften Bericht der Bundesregierung zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland.

Gleichzeitig zeigt dieser Bericht – auf den Sie sich ja in Ihrem Antrag beziehen – auf, dass die Potenziale älterer Menschen sozial sehr ungleich verteilt sind und dass es nicht das Alter und den alten Menschen gibt.

Wenn es nun nicht das Alter und den alten Menschen gibt, muss man aus unserer Sicht auch eine individuelle Betrachtung der Gruppe der Senioren vornehmen. Was sind ihre Wünsche? Wo liegen ihre Probleme? Wie können sie ihren Erfahrungsschatz und ihr großes Wissen einbringen?

Hierauf gibt der vorliegende Antrag leider keine Antwort. Sie würdigen zwar das ehrenamtliche Engagement der Senioren und Seniorinnen und möchten es auch unterstützen. Sie sagen jedoch nicht, wie Sie dies machen möchten. Wollen Sie etwa Preise vergeben? Gibt es Ermäßigungen zu Veranstaltungen? Oder wie soll das geschehen? – Das geht aus Ihrem Antrag, wie gesagt, nicht hervor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, irritiert war ich über Ihre Vorstellungen zur Altersdiskriminierung. Hier legen Sie den Fokus hauptsächlich auf die wirtschaftliche Teilhabe älterer Menschen. An dieser Stelle geht es – so lesen wir es jedenfalls – um eine Anpassung bestehender Altersgrenzen an globale Wirtschaftsstrukturen. Das ist ja auch in den Wortbeiträgen meiner Vorredner noch einmal deutlich geworden.

Dies wäre aber ein bundespolitisches Thema, über das wir keine landespolitische Auseinandersetzung führen müssten. Das dürfte Ihnen auch bekannt sein.

Des Weiteren erwähnen Sie zwar die gesellschaftliche Teilhabe, gehen hierauf aber nicht näher ein. Das erweckt den Eindruck, dass Sie diesen Aspekt nicht genug berücksichtigen.

Ausweislich des Altenberichtes der Bundesregierung ist der gesellschaftliche Aspekt dem wirtschaftlichen Aspekt aber ausdrücklich gleichzusetzen. Ganz bewusst wird in diesem Bericht auf die wichtigen Teilaspekte, nämlich die Familie und die Kommune, eingegangen. Diesem Votum kann sich zumindest die SPD gut anschließen.

Inhaltlich haben Sie sich auf eine Studie der Bertelsmann Stiftung beschränkt, deren Bericht mit

der Überschrift „Älter werden – aktiv bleiben“ in der Tat auf den wirtschaftlichen Aspekt ausgerichtet ist. Das ist uns jedoch zu kurz gegriffen;

(Beifall von der SPD)

denn wir wissen doch alle, wie wichtig die aktive Beteiligung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir wollen, dass sich ältere Menschen möglichst lange am gesellschaftlichen Leben beteiligen, muss die Politik dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen hierfür stimmen. Dann kann es sogar dazu kommen, dass ein Teil der Älteren von morgen nicht nur zu einer Fortsetzung, sondern auch zu einer Ausweitung des Engagements in Beruf, Wirtschaft und Gesellschaft und sogar zur Übernahme neuer Aufgaben bereit ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, die in Ihrem Antrag niedergelegten Forderungen an die Landesregierung enthalten gute Ansätze. Das muss man schon erwähnen. Aber Sie sind noch verbesserungswürdig. Die SPD-Fraktion bietet Ihnen im Interesse der Sache an, hieran mitzuarbeiten.

So fordern Sie zum Beispiel das Land auf, Leitlinien für eine Politik für Ältere in NRW zu erarbeiten sowie die Wirtschaft bei der Entwicklung eines demografiebewussten Personalmanagements zu unterstützen. Ich frage Sie: Was heißt das konkret, Unterstützung der Wirtschaft? Wie soll das durchgeführt werden? Und vor allen Dingen: Wie soll das finanziert werden? Im Haushalt kann ich nicht entdecken, dass da ein Betrag steht.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Diese Diskrepanz haben wir öfter so! – Zuruf von der CDU)

– Ja, zum Beispiel die Verbraucherberatung.

Leitlinien, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen Sie nicht mehr zu entwickeln. Die gibt es bereits; sie wurden schon in der letzten Legislaturperiode mit der Seniorenvertretung und anderen Vereinen und Verbänden mit dem Programm „Alter gestaltet Zukunft – Rahmenbedingungen und Leitlinien 2010“ entwickelt. Wir brauchen also keine neuen Leitlinien; wir haben sie schon. Hier ist bereits gute Vorarbeit geleistet worden. Greifen Sie einfach darauf zurück und entwickeln Sie sie weiter!

Zudem haben Sie zwei wichtige Aspekte außer Acht gelassen, nämlich den Aspekt Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sowie den Aspekt Bildung und Weiterbildung für Ältere.

Nun zum erstgenannten: Wer Zuwanderung wünscht und zulässt, muss sich der Aufgabe der Integration stellen. Integration bedeutet, für die bereits in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten und neu Zugewanderten eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben ohne Aufgabe kultureller Identitäten zu gewährleisten.

Des Weiteren ist zum Aspekt Bildung und Weiterbildung anzumerken, dass Menschen von einer in früheren Jahren erhaltenen Bildung offensichtlich auch in späteren Jahren noch profitieren. Anders ausgedrückt heißt das, dass Bildungsbenachteiligungen über das ganze Leben mitgeschleppt werden. Dazu hatten wir heute Morgen eine sehr umfangreiche Diskussion.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass durch eine Förderung der Erwachsenenbildung Engagement, Lebensqualität und Gesundheit gesteigert werden können. Wenn man zur Kenntnis nimmt, dass in einer dynamischen Wissens- und Informationsgesellschaft lebenslanges Lernen eine wichtige Voraussetzung sozialer Teilhabe darstellt, dann erscheint die Sicherung von Möglichkeiten lebenslangen Lernens als eine vorrangige gesellschaftliche Aufgabe.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Älteren keine homogene Gruppe bilden, sondern sich insbesondere aufgrund von Geschlecht, Vorbildung, Erfahrung, Migration und Sonstigem erheblich unterscheiden. Erforderlich ist deshalb nicht nur eine Politik für ältere Menschen, sondern eine Politik mit den älteren Menschen. Dieser Prozess bedarf der Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen. Dies könnte zum Beispiel in einem Seniorenforum geschehen. Jede Stimme muss gehört werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zusammenfassend komme ich zu dem Ergebnis, dass Ihr Auftrag an die Landesregierung eher dem Angebot eines Gemischtwarenladens gleicht, in dem die Qualität der Ware auf den ersten Blick nur sehr schwer zu erkennen ist. Um es anders zu sagen: Die Vorschläge in Ihrem Antrag sind teilweise nicht konkret genug und daher auch wenig zielführend.

Die SPD-Fraktion ist der festen Auffassung, dass ein abgestimmtes Handeln aller gesellschaftlichen Akteure und Akteurinnen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erforderlich ist. Nur so werden wir einer älteren Gesellschaft gerecht.

Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. – Schönen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Koschorreck. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält jetzt Frau Asch das Wort. Bitte schön.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat: Das Verständnis vom Alter hat sich in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Dank des medizinischen Fortschritts, einer besseren Ernährung, weniger körperlicher Arbeit werden wir alle älter und bleiben in vielen Fällen im Alter auch aktiver und gesünder. Alt sein definiert sich heute weniger über das biologische Alter, sondern zunehmend über das soziale Alter. Das heißt: Wie fit fühle ich mich, wie stark bin ich gesellschaftlich eingebunden, in welchem Ausmaß nehme ich an kulturellen und öffentlichen Ereignissen teil?

Altsein ist heute auch nicht mehr nur eine kurze Phase nach Abschluss der Berufstätigkeit, sondern ist sehr oft zum Glück eine Phase, die manchmal drei bis vier Jahrzehnte umfasst. Die Diskussion über das Bild des Alters wurde bei uns ein Stück weit durch den Diskurs über den demografischen Wandel angestoßen. In diesem Zusammenhang werden zunehmend die Leitbilder und die Rollenverständnisse von alten Menschen problematisiert.

Aber genau dieser Demografiediskurs transportiert oft eine sehr negativ gefärbte Sichtweise des Alters. Es wird gesprochen über Altersschwämme, Überalterung, Vergreisung der Gesellschaft; es werden geradezu Horrorbilder an die Wand gemalt, was das Älterwerden der Gesellschaft angeht.

Wahr ist dabei: Immer mehr ältere Menschen müssen mit immer weniger jüngeren Menschen neue Formen des Zusammenlebens finden. Dabei müssen beide Seiten lernen, wie sie letztendlich von der anderen Gruppe lernen und profitieren können, wie sich Jung und Alt ergänzen und befruchten können. Dabei ist es so, dass wir diesen gesellschaftlichen Wandel als Chance begreifen können. Wir müssen ihn aktiv gestalten. Wir müssen schauen, welche Potenziale darin liegen, vor allen Dingen auch welche Potenziale ältere Menschen in diesem Prozess mitbringen und wie diese zu nutzen und zu fördern sind.

Es ist auch wahr – das wurde eben auch schon gesagt –: Es wäre eine große vertane Chance, wenn wir das Erfahrungswissen und die Fähigkeiten älterer Menschen nicht nutzen würden, wenn wir sie ungenutzt brach liegen lassen würden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb ist es Zeit, weg vom Defizitmodell, hin zum Potenzialmodell des Alters zu kommen. So weit sind wir uns, denke ich, einig. Das Ziel ist klar.

Aber ich möchte bei allem Einverständnis auf Differenzen, auf Gefahren hinweisen. Wir sollten jetzt nicht in die gegenteilige Tendenz verfallen und das Alter sozusagen glorifizieren. Denn das ist auch kein realistisches Bild vom Alter. Es sind nicht die alten Menschen in der Mehrzahl, die fit, gesund und aktiv sind; es gibt auch noch die andere Seite. Altern heißt in unserer Gesellschaft auch ganz real, von Altersarmut betroffen zu sein, ohne eigene Rechte zu sein, nicht selbstbestimmt leben zu können, in Betreuungsverhältnissen entmündigt zu werden und oftmals isoliert und einsam in der eigenen Wohnung zu leben, weil zum Beispiel nicht das Geld vorhanden ist, um kulturelle Angebote zu nutzen.

Altern heißt für viele Menschen, keine Privatsphäre zu besitzen, keine eigene Häuslichkeit zu besitzen und oft gegen den eigenen Willen in Alten- und Pflegeheimen untergebracht zu werden. Das ist das andere Bild des Alterns, das nicht sehr positiv beschrieben werden kann. Genau an dieser Stelle müssen wir ansetzen. Genau für diese Menschen müssen wir Politik machen.

Nur wieder die Aktiven und Gesunden hervorzuheben, bedeutet auch, den Jugendlichkeitswahn ins Alter hinein zu verlängern. Diejenigen, die krank sind, eine Behinderung haben oder dement sind, werden dadurch doppelt diskriminiert.

Im Kern geht es im Grunde darum, die Vielfalt des Alters wahrzunehmen und daraus politische und gesellschaftliche Lösungen zu entwickeln. Warum sage ich das? Wir sollten uns darüber im Klaren sein, es kann nicht darum gehen, lediglich Bilder zu verändern, wie Sie es in Ihrem Antrag schreiben. Wir müssen vielmehr die Realität verändern, die zu solchen Bildern führt. Das sind zweierlei Dinge. Ich warne nachdrücklich davor, nur den Schein verändern zu wollen. Das ist uns als Grüne schlichtweg zu wenig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir müssen die realen Lebensbedingungen für alte Menschen verbessern. Darüber werden sich auch die Bilder des Alters verändern und positiver werden.

Ihr Antrag enthält mir in dieser Hinsicht einfach zu wenig Substanz. Frau Koschorreck hat es eben für die SPD-Fraktion schon genannt. Der Antrag ist mir zu kurz gesprungen und geht zu wenig in

die Tiefe. Wir als Grüne wollen konkrete Maßnahmen, die alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen. Beispielhaft möchte ich einige nennen:

Es geht darum, die Partizipationsmöglichkeiten von alten Menschen zu erweitern und so ihre Selbstbestimmungsrechte zu stärken, ihnen Mitwirkungsmöglichkeiten zu geben, wie sie leben und ihr Lebensumfeld gestalten wollen. Es geht darum, die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu eröffnen und zu erweitern.

Wir müssen die Potenziale von alten Menschen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements fördern und ausbauen. Wir müssen auch die Gruppe der jetzt alt werdenden Migrantinnen und Migranten bedenken. Das ist keine kleine Gruppe. Wir müssen sie erreichen und Angebote für sie entwickeln. Das haben Sie in Ihrem Antrag allerdings schon gesagt.

Dringend notwendig sind Strategien am Arbeitsmarkt, die die Vorurteile gegenüber Älteren abbauen und die Beschäftigungsquote von älteren Menschen auch erhöhen. Wir brauchen darüber hinaus eine konkrete und aktive Antidiskriminierungspolitik.

Meine Damen und Herren, nur aufzuklären und zu sensibilisieren ist mir als Anspruch an die Landespolitik zu wenig. Ich hoffe, wenn wir im Ausschuss intensiver über diesen Antrag beraten, kommen wir dazu, konkrete Maßnahmen zu diskutieren, die dann auch konkrete Wirkungen haben werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP lenkt den Blick auf die Chancen und Potenziale älterer Menschen.

Ich nehme diese Anliegen und Vorschläge gerne auf und sehe darin auch wichtige Anregungen für die Weiterentwicklung dessen, was wir nach der Regierungsübernahme begonnen und fortgesetzt haben. Es gab eine gute Vorarbeit im Bereich der Seniorenwirtschaft, im Bereich der Seniorenpolitik. Das heißt aber nicht: Wir bleiben auf dem Stand 2005 stehen und entwickeln es nicht weiter. Dieser Antrag bringt wichtige Anregungen, wie man es angesichts einer neuen Situation weiterentwickeln kann.

Allein die Einrichtung eines Generationenministeriums hat schon deutlich gemacht, es ist keine Unterfrage der Sozialpolitik. Es ist keine kleine Gruppe oder Abteilung in einem großen Sozialministerium, sondern es ist eine eigenständige Politikfrage, die nebenbei auch Lebensbilder vom Alter verändert.

Wenn man alte Menschen nur beim Pflege- und Gesundheitsminister wahrnimmt, unterstellt das in der Tat ein spezielles Altenbild, das heute nicht mehr der Realität sehr vieler älterer Menschen entspricht. Insofern brauchen wir neue Impulse.

Diese Kernpunkte, die die Fraktionen am Ende beschrieben haben, können in zweieinhalb Jahren in sehr gute und konkrete Politik umgesetzt werden. Ich weiß nicht, ob Sie früher 20 Jahre dafür benötigt hätten. Ich glaube, dass wir das in zweieinhalb Jahren sehr gut schaffen können, was die Fraktionen an weiteren Anregungen gebracht haben.

Wir gehen davon aus, dass wir eine Politik für ältere Menschen im Kontext einer Generationenpolitik sehen müssen, in der die Interessen und Potenziale aller Lebensalter berücksichtigt werden. Eine solche Politik funktioniert nicht nach dem Motto „Jugend gestaltet Zukunft – Alter gestaltet Lebensabend“, sondern man muss die Generationen zusammenhalten.

Innerhalb der nächsten Jahre kommen wir ohnehin in die Situation, dass Wahlentscheidungen eher von den Älteren getroffen werden. Wenn ich selbst in 20 Jahren einmal 66 bin, sind wir eine riesige Mehrheitsgruppe. Junge Leute werden dann marginalisiert sein. Wir werden darauf achten müssen, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen in einer solchen Gesellschaft nicht verloren gehen und die Älteren trotzdem ganz aktive Gestalter gesellschaftlicher Prozesse sind.

Der Fünfte Altenbericht der Bundesregierung hat betont, dass unsere Gesellschaft auf die Potentiale Älterer, die damit auch einen bedeutenden Beitrag zur Solidarität zwischen den Generationen leisten, nicht verzichten kann: weder in der Arbeitswelt noch in der Wirtschaft noch im Bereich des bürgerlichen Engagements.

Jede Untersuchung des bürgerschaftlichen Engagements zeigt, ohne die Erfahrung der Älteren würde das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland zusammenbrechen. Deshalb ist das ein ganz wichtiger Bereich.

Wir müssen auch zu einer neuen Phase des Hineinwachsens in diese Altersphase kommen. Der Kollege Lindner hat das eben gesagt. Nach der

heutigen Konstruktion arbeitet man und wird dann Rentner. Es geht von 100 auf null. Es gibt keine fließenden Übergänge, die es möglich machen, in eine bürgerschaftlich ehrenamtliche Aufgabe hineinzuwachsen und bürgerschaftliches Engagement durch Erwerbsarbeit zu ersetzen.

Mehrere Redner haben daran erinnert, dass es nicht das Alter gibt. Mich ärgern jedes Mal Umfragen, in denen zwischen der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen, der Gruppe der 25- bis 35-Jährigen und der Gruppe der 35- bis 60-Jährigen unterschieden wird und es dann nur noch heißt: 60 Jahre und älter – als sei dies eine einzige homogene Gruppe.

Es gibt sehr unterschiedliche Phasen des Alters. Goldmann hat das mit folgendem schönen Satz beschrieben:

„Dabei ist jedoch der ehrwürdige 95-Jährige vom soeben mit 65 in den Ruhestand Gegangenen chronologisch genauso weit entfernt wie das fünfjährige Vorschulkind vom auf Karriere bedachten Mittdreißiger.“

Das sind 30 Jahre Lebenszeit. Beim Alter gehen wir davon aus, es liegt alles ganz eng beisammen. Bei den jungen Leuten wissen wir, dass es differenzierte Lebensstufen gibt. Insofern glaube ich, dass wir unser Altenbild ändern müssen.

Ältere Menschen sind länger fit. So hat der Alterssurvey gezeigt, dass Menschen, die 2002 zwischen 58 und 63 Jahre alt waren, weniger Erkrankungen aufwiesen als die gleiche Altersgruppe sechs Jahre zuvor. Dieser Trend wurde übrigens auch für die anderen Altersklassen der bis 81-Jährigen festgestellt.

Die neuen Alten sind auch selbstbewusster, sie sind informierter als die Vergleichsgruppe vor 30 Jahren. Das bedeutet, sie können sich in die Gestaltung ihres Wohnumfeldes, ihrer Gemeinde oder auch ihrer Stadt einbringen.

Ältere werden als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, als Großeltern, als Ehrenamtliche, aber auch als Kunden verschiedener Dienstleistungen immer bedeutender in unserer Gesellschaft.

Sehen wir als Politik einmal selbstkritisch unsere Schwerpunkte der letzten zehn Jahre an! Vor zehn Jahren war das Ziel der Politik, die Älteren möglichst früh in den Ruhestand zu schicken, damit es Platz für die Jüngeren Platz gibt. Das Frühverrentungsprogramm war ein großer Konsens. Gewerkschaften, Wirtschaft, Bundesregierung – alle haben das vor zehn Jahren gepredigt. Zehn Jahre später machen wir jetzt das exakte Gegenteil und sagen wie Minister Müntefering im

Bund: Wir brauchen Programme wie „50 plus“, wir müssen Ältere ins Berufsleben zurückbringen.

Das zeigt, wie schwer wir uns mit dem Thema „Demografischer Wandel und ältere Gesellschaft“ tun. Insofern halte ich es für wichtig, dass man hier versucht, über die Parteigrenzen hinweg einen Konsens zu finden, wie man gemeinsam eine solche Gesellschaft gestaltet.

Das Thema Altersdiskriminierung ist im Antrag der Fraktionen ausdrücklich angesprochen. Wir erleben immer noch Altersdiskriminierung. Es ist mir bis heute nicht erklärlich, warum man zwar mit 85 Jahren Präsident der amerikanischen Zentralbank sein und Notenbankverantwortung für den Dollar weltweit haben kann, einem aber mit 60 Jahren die Kreditkarte verweigert wird, wie es bei manchen Kreditinstituten immer noch Praxis ist. Das kann man konkret ansprechen. Wir sind in Gesprächen mit Banken und Sparkassen in Nordrhein-Westfalen, um gerade für ältere Konsumenten solche Formen der Diskriminierung abzubauen.

Wir haben zwei Veranstaltungen durchgeführt, eine im Dezember 2005 und eine im Februar 2007, mit vielen aktiven Älteren, mit den Seniorenvertretungen im Landespräventionsrat, dem Kuratorium Deutsche Altershilfe sowie vielen Interessierten, die an diesen Themen mitwirken.

Auch die europäischen Erfahrungen wollen wir ganz bewusst einbeziehen. Hier hilft ein Blick über den Tellerrand. In allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gibt es ähnliche Herausforderungen. Das zusammen zu machen ist eine Aufgabe, der wir uns stellen.

Wir haben mit dem Projekt „Junge Bilder vom Alter“ einen Schwerpunkt zur Entwicklung neuer Altersbilder gesetzt. Gemeinsam mit der Forschungsgesellschaft für Gerontologie in Dortmund werden wir im Rahmen dieses Projekts eine Befragung in Kindertageseinrichtungen und – in Kooperation mit dem Schulministerium – in allgemeinbildenden Schulen durchführen und daraus neue Handlungsansätze entwickeln.

Das Altersbild wird gerade in sehr frühem Alter geprägt. Wie nehmen Kinder, wie nehmen Schülerinnen und Schüler ältere Menschen wahr? Das kann man nicht irgendwann mit 50 verordnen, sondern da muss man schon sehr früh auch bei Kindern ansetzen. Das ist einer der Punkte aus diesem Konzept.

Ältere wollen nicht nur ihr Erfahrungswissen und ihre in verschiedenen Lebensbereichen erworbenen Kompetenzen einsetzen, sondern sich auch

weiterbilden. Hierzu haben wir im Rahmen von „Forum Seniorenarbeit“ eine internetgestützte Plattform mit angebundenen Weiterbildungsmaßnahmen geschaffen. In Zusammenarbeit mit der freien Wohlfahrtspflege und Bildungsanbietern werden wir attraktive Bildungsangebote für Ältere weiterentwickeln.

Wir fördern die Landesseniorenvertretung, das Dach für 133 örtliche Seniorenvertretungen, die vor Ort genau das umsetzen, was wir hier in unserer Generaldebatte erörtern.

Kollege Lindner hat auf das Thema Seniorenwirtschaft hingewiesen. Das ist noch nicht ganz das befriedigende Wort; ein besseres ist mir bisher aber noch nicht eingefallen. Ein Senior wird natürlich nicht gerne als Senior angesprochen. Die Wirtschaftsbereiche, die da entstehen, sind eher generationengerechte Bereiche.

Wir haben in Westfalen viele Unternehmen, die in diesem Bereich besonders aktiv sind. Das bringt ein riesiges Investitionsvolumen mit sich. Denn wenn man ein Produkt schafft, das das Leben im Alter angenehmer macht, das beispielsweise ein Bad barrierefreier macht, dann ist das meistens auch für junge Familien, für Menschen mit Kindern interessant, die davon genauso profitieren wie ältere Menschen. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir das nicht nur unter dem Gesichtspunkt Seniorenwirtschaft verkaufen, obwohl die Senioren natürlich die Kaufgruppe sind, die am ehesten darauf zugreifen wird.

Das hängt auch mit der erfreulichen Entwicklung unserer Lebenserwartung zusammen. Wenn Sie wissen, Sie gehen mit 65 Jahren in den Ruhestand und haben potenziell noch eine Lebenserwartung von 20, 25 Jahren vor sich, treffen Sie Kaufentscheidungen anders als frühere Generationen. Frühere Generationen haben ab einem gewissen Alter nicht mehr in ein neues Auto oder in eine neue Küche investiert, weil man gesagt hat: Das erlebe ich eh nicht mehr. – Heute entscheiden Senioren in dieser Phase ganz bewusst.

Ich glaube, auch daran liegt es, dass die Werbung heute anders reagiert. Früher haben die Werbeanalysen gezeigt: Interessant ist eigentlich nur die Zielgruppe von 18 bis 25, ab dann sind alle Entscheidungen gefallen. Wenn man einmal ein Auto fährt, fährt man es für den Rest des Lebens. Wenn man einmal für ein Produkt kauft, wird man das nicht mehr ändern.

Die Senioren heute entscheiden ganz bewusst, welche Qualität sie wählen. Sie sind bestens informiert und wissen genau, wie sie ihr Geld einsetzen. Mit dieser neuen Mentalität umzugehen ist

eine Aufgabe, der sich noch nicht alle Unternehmen in erforderlichem Maß gestellt haben.

Deshalb muss man solche Diskussionen anregen. Politik kann keine Förderprogramme für die Wirtschaft machen, wie sie das Potenzial erkennt. Aber sie kann Best-Practice-Beispiele von Unternehmen zeigen.

Der demografische Wandel findet vor allem in unseren Kommunen statt. Besonders in den Ruhrgebietsstädten werden prozentual zum Teil zweistellige Einwohnerverluste erwartet.

Die Gesellschaften werden dort schneller älter als im Rest der gesamten Republik. Kommunalpolitik so anzulegen, dass man diesem demografischen Wandel Rechnung trägt, halte ich für eine sehr wichtige Idee.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Die Stadt Schwerte beispielsweise hat einen Demografieausschuss, in dem alle kommunalpolitischen Entscheidungen, wie Stadtentwicklung, Wohnungsbau oder Sozialpolitik unter dem Gesichtspunkt des demografischen Wandels heute schon betrachtet werden. Ich glaube, wir brauchen davon noch mehr.

Die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind erwähnt worden. Auch das ist ein neuer Wandel, den wir in den letzten Jahren erleben. Früher gingen viele, wenn sie Rentner wurden, zurück in ihre Heimatländer. Heute bleiben sie auf Dauer hier und werden auch ihren Lebensabend hier beschließen. Darauf sind wir so gut wie überhaupt nicht vorbereitet. Altersgewohnheiten, Altenheime und Essgewohnheiten sind bei älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte anders als bei Deutschen ohne Zuwanderungsgeschichte. Das können wir unter dem Blick der Politik in den Ausschüssen weiter erörtern.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Frau Präsidentin hat sich geräuspert. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, den **Antrag Drucksache 14/4243** an den **Ausschuss für**

Generationen, Familie und Integration – federführend –, den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**, den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll in öffentlicher Sitzung im federführenden Ausschuss erfolgen. Sind Sie damit einverstanden? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung mit Zustimmung aller vier Fraktionen angenommen.

Ich rufe auf:

6 Befreiung von der Rundfunkgebühr für geringverdienende erleichtern

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4346

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD dem schon ungeduldig ans Rednerpult eilenden Kollegen Kuschke das Wort.

Wolfram Kuschke (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir greifen mit unserem Antrag ein Thema auf, das es als gerechtfertigt erscheinen lässt, es mit Ruhe und Sachlichkeit, nichtsdestotrotz aber mit Engagement zu verfolgen.

Die Ausgangssituation ist in unserem Antrag dargestellt. Ich will sie noch einmal kurz umreißen. Es geht um die Auswirkungen des 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrages vom 1. April 2005, um die Auswirkungen auf die Anzahl der Befreiungstatbestände von der Rundfunkgebührenpflicht und um die sich daraus ergebenden Personenzahlen.

Ich will gleich zu Beginn, damit das nachher in der Debatte nicht unnötig eine Rolle spielt, darauf verweisen – Herr Kollege Hegemann und Herr Minister Breuer, Sie wissen das –: Ich habe damals den 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag von dem Platz verfolgt, auf dem jetzt Minister Breuer sitzt. Ich will auch freimütig einräumen, dass es damals schon Hinweise gegeben hat – Herr Kollege Keymis, Sie nicken zustimmend –, die darauf aufmerksam gemacht haben: Die Änderungen des 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrages können möglicherweise Auswirkungen auf die Befreiung haben, die gravierender sind als vermutet.

Wir wollen gern einräumen, dass es in der Tat zu einem Rückgang bei den Befreiungstatbeständen gekommen ist. Der weitere Ablauf bzw. die Geschwindigkeit bei den Rundfunkänderungsstaatsverträgen hat es nicht möglich gemacht, entsprechende Änderungen in den 9. Rundfunkänderungsstaatsvertrag einzubringen, sodass wir nun vor der Situation stehen, im Entwurfsstadium des 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrages zu sagen, dass jetzt der geeignete Zeitpunkt ist, sich darüber Gedanken zu machen, was konkret verändert werden muss.

Ich will, was den thematischen und inhaltlichen Hintergrund des Antrages und unseres Begehrens angeht, gar nicht abschweifen, sondern auf die Debatten verweisen, die wir heute im Laufe des Vormittags in diesem Hohen Hause geführt haben. Sie hatten sehr viel mit der sozialen Lage von Menschen in Nordrhein-Westfalen zu tun. Das Stichwort gesellschaftliche Teilhabe hat dabei eine große Rolle gespielt.

Nicht erst nachdem es höchstrichterliche Rechtsprechung über Ansprüche der Menschen auf Teilhabe an der medialen Kommunikation gibt, sind wir sicherlich einer Meinung: Die Entwicklungen der Medien in den vergangenen Jahrzehnten bei der Kommunikation machen es notwendig, dass wir die Frage, wer nicht nur aufgrund der technischen, sondern auch aufgrund der finanziellen Möglichkeiten und der sozialen Situation nicht daran teilnehmen kann, sehr ernst nehmen.

Wir diskutieren dieses Thema auch nicht theoretisch-abstrakt, sondern wir haben als Parlament einen Hintergrund der Lebensrealität. Sie hat sich beim Petitionsausschuss dieses Landtags gezeigt. Herr Kollege Hegemann, bestimmte Gespräche am Rande des Plenums haben es mit sich gebracht, dass ich jetzt gar nicht eine Diskussion führen möchte, wie groß der Konsens im Petitionsausschuss war, das zu einem Anliegen im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, im Hauptausschuss als zuständigem Medienausschuss und im Plenum zu machen. Aber ich glaube, es ist schon gerechtfertigt zu sagen, dass die Erfahrungen im Petitionsausschuss alle Fraktionen dazu gebracht haben, sich dieses Themas ernsthaft anzunehmen.

Es hat zahlreiche Eingaben von Petenten gegeben, die in sehr überzeugender Art und Weise stellvertretend für die Situation der jeweils betroffenen Gruppen dargestellt haben, dass es in der Tat zu einschneidenden Situationen durch die Unmöglichkeit gekommen ist, bestimmte Befreiungstatbestände wie noch beim 7. Rundfunkänderungsstaatsvertrag geltend zu machen.

Das hat dazu geführt, dass wir von folgenden Erfahrungen ausgegangen sind – so will ich das formulieren –: Die Praxis, die wir im Petitionsausschuss erlebt haben, und das, was auch zwischen den Fraktionen im Gespräch war, bringt uns dazu, dieses Thema aufzugreifen. Im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist es ja aufgegriffen worden. Wir waren damals der Auffassung: Eigentlich würde das auch so sein, wenn es in dem für Medienfragen zuständigen Hauptausschuss beraten würde. Das war nicht der Fall. Das will ich nicht weiter beschreiben und auch nicht bewerten.

Unser Eindruck war, in der Sache sind wir soweit nicht auseinander. Das ist der entscheidende Punkt. Es gibt gleich noch die Chance und meine Bitte wäre, dass wir die auch nutzen. Wir gehen in der Tat übereinstimmend davon aus, dass wir beim entsprechenden § 6 im 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag Veränderungen benötigen werden. Dass wir noch etwas Zeit für die Formulierung der entsprechenden Änderung haben, ist klar. Wir möchten jedoch ungern in die Situation wie zwischen dem 8. und 9. Rundfunkänderungsstaatsvertrag kommen, als wir damals zu spät gekommen sind.

Ich will einen letzten inhaltlichen Punkt aufgreifen, der von den Antragstellern, von Bündnis 90/Die Grünen und uns, nicht ohne Grund noch einmal deutlich formuliert und festgehalten worden ist, nämlich auf Seite 2 am Ende des Absatzes II. Ich darf diesen Passus, Frau Präsidentin, zitieren:

„Ungeachtet der notwendigen Befreiungen, die in dem anstehenden Rundfunkänderungsstaatsvertrag Aufnahme finden müssen, muss am Prinzip der Bedarfsermittlung durch die unabhängige Kommission zur Ermittlung des Finanzierungsbedarfs (KEF) zur Erfüllung der Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks festgehalten werden.“

Wir wollten hier eindeutig dokumentieren, um möglichen Missverständnissen vorzubeugen: Wir verstehen das nicht als einen Eingriff in die Autonomie der entsprechenden Kommission, sondern wir möchten vor dem Hintergrund der Petenten, die sich an den Petitionsausschuss gewandt haben, als Parlament initiativ werden, um deutlich zu machen, dass wir hier eine entsprechende Änderung benötigen.

Von der Geschäftsordnung her ist dies ein Antrag, der heute direkt abgestimmt werden soll. Sollte sich in der Debatte zwischen den Fraktionen ergeben, dass es doch eine Möglichkeit gibt, zusammenzukommen, dann wären wir, Herr Kollege

Keymis, bereit, Urheberrechte und sonstige Rechte hintanzustellen und zu sagen, es geht uns um die gemeinsame Sache. Dann könnte man, Frau Präsidentin, sicherlich mit Ihrer Unterstützung und natürlich streng nach der Geschäftsordnung noch einen Weg überlegen, auf dem wir möglicherweise zu einem einheitlichen Votum im weiteren Fortgang der parlamentarischen Beratung kommen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Wir freuen uns auf eine konstruktive Diskussion.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kuschke. – Für die weitere antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Kollege Keymis das Wort.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank. Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Kuschke hat schon auf die wesentlichen Zusammenhänge hingewiesen. Es handelte sich beim 8. Änderungsstaatsvertrag um einen sogenannten Rundfunkgebührenstaatsvertrag. Das sind die, wo es um die Frage geht: Werden die Rundfunkgebühren angepasst, und wenn ja, in welcher Höhe?

Viele im Haus werden sich erinnern, dass wir heiße Debatten über die Frage geführt haben, inwieweit sich Ministerpräsidenten in diese Fragen einzumischen hätten. Die entsprechende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes hierzu warten wir ja noch ab.

Dann gab es den 9. Änderungsstaatsvertrag, bei dem wir nichts geändert haben, jedenfalls nichts, was von Belang wäre, worüber wir in unserem Antrag heute sprechen. Die Initiative ist von der SPD-Fraktion ausgegangen, um das klar zu sagen. Wir haben sie aber sofort gerne mit aufgegriffen. Wir haben erkannt, dass sich die Dinge nicht so entwickelt haben, wie wir es ursprünglich vermutet haben.

Wir, Bündnis 90/Die Grünen und Sozialdemokraten, haben es immer so gesehen, dass wir den Menschen, die mit geringem Einkommen klarkommen müssen, verpflichtet sind und bleiben. Es geht darum, diese Menschen – das Stichwort Teilhabe ist gefallen – am öffentlich-rechtlichen Rundfunk teilhaben zu lassen, auch wenn sie sich die Gebühren nicht leisten können, weil sie unter die entsprechende Sozialgesetzgebung – in dem Fall SGB I – und die damit verbundenen geringen Beträge, die sie monatlich beziehen, fallen.

Vor dem Hintergrund macht es Sinn, die Befreiungstatbestände noch einmal neu zu definieren

und den engen Rahmen, den wir ursprünglich seitens der Staatskanzleien im 8. Vertrag gesetzt haben, spätestens mit dem nächsten, dem 10. Rundfunkgebührenstaatsvertrag zu ändern.

Wir hatten in Nordrhein-Westfalen mal eine sogenannte Befreiungsquote von etwa 10 %. Die Quote ist erheblich gesunken und ist ein Ausdruck dessen, dass die Menschen diese Befreiung nicht mehr so in Anspruch nehmen konnten, obwohl es immer noch genügend Leute gibt, die sehr geringe Einkommen im Monat aus Sozialgeld oder Arbeitslosengeld II beziehen. Aus dieser Situation haben wir gelernt. Wir haben im Petitionsausschuss eine sehr hohe Eingabequote von betroffenen Menschen gehabt, auch von Einrichtungen, die diese Betroffenheit weitergegeben haben. Herr Kuschke hat schon darauf hingewiesen: Alle waren sich einig, auch alle Mitglieder des Petitionsausschusses, dass man diese Dinge genauer unter die Lupe nehmen muss und die entsprechenden rechtlichen Änderungen insbesondere in den § 6 des 10. Staatsvertrages einzuarbeiten sind.

Wir haben noch einen Versuch gestartet, der leider in der politischen Debatte, wenn ich das richtig nachvollziehen konnte, vonseiten der FDP ein Stück weit infrage gestellt gewesen ist, wie weit man mit den Änderungen geht. Wir hatten unter den übrigen Fraktionen schon eine relativ weitreichende Übereinstimmung erreicht. Es wäre schön – deshalb ist der Vorschlag, den wir heute unterbreiten, richtig –, wenn wir eine gemeinsame Initiative schafften. Mit Blick auf die Medienpolitik würden wir dann eine an sich schöne Tradition aus der vorherigen Legislaturperiode fortsetzen.

Herr Hegemann, Sie werden nach mir sprechen und es möglicherweise in die Richtung vorantreiben können, dass wir zu einer gemeinsamen Initiative aus dem Landtag heraus kommen, die sich an die Landesregierung richtet, die diesen Vertrag mit den übrigen 15 Staatskanzleien in unserer Republik auszuhandeln hat.

Ich will es an der Stelle kurz machen und die Redezeit nicht ausnutzen, sondern Ihnen meinen Appell mitgeben und damit unterstreichen, was Kollege Kuschke gesagt hat: Lassen Sie uns im Parlament zu einer möglicherweise gemeinsamen Initiative kommen. Dann könnten wir an der Stelle heute auf die kontroverse, die direkte Abstimmung, die wir zunächst im Blick hatten, verzichten. Vielleicht gelingt uns ein gemeinsames Papier, das wir der Staatskanzlei als Arbeitsauftrag mit auf den Weg geben können. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die Fraktion der CDU hat als nächster Redner Kollege Hegemann das Wort.

Lothar Hegemann (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist ein Antrag, der in der Tat wenig strittig ist, und es wird nicht ganz einfach sein zu erklären, warum wir welchen Verfahrensablauf bisher hatten.

Ausgehend vom Petitionsausschuss ist die Problematik in den Sozialausschuss gekommen und dort, wie ich höre, mehr oder weniger durchgewunken worden.

(Günter Garbrecht [SPD]: Das haben wir intensiv diskutiert! Da wird nichts durchgewunken!)

– Wenn das stimmt, dann müssen Sie auch sagen, ob Sie bei dieser Diskussion die Wahrheit gesagt haben. Wenn Sie durch Ihren Zwischenruf eine Konfrontation wollen, dann könne Sie die haben. Ich bin darauf vorbereitet. Dann dürfen Sie nicht sagen, das sei in den Fraktionen abgesprochen gewesen. Sie müssen die Wahrheit sagen, wenn Sie mit anderen Fraktionen verhandeln. Ich bin also gerne bereit, auf Zwischenrufe einzugehen.

Mittlerweile ist dieses Thema im Hauptausschuss gelandet. Ich bin mir sehr sicher, dass wir auch nach dem heutigen Tage in der Sache in dieselbe Richtung gehen, Herr Kuschke und Herr Keymis. Eines ist jedoch bemerkenswert: Niemand von Ihnen hat bisher über die Kosten geredet.

Normalerweise stehen in Gesetzesinitiativen die Kosten und Finanzierungsalternativen. Sie sprechen nur Befreiung, sagen aber nicht, welche Einnahmeverluste es bei den Rundfunkanstalten geben wird. Allein das Soziale Jahr, das Sie angesprochen haben, ist finanziell erfasst. Hier geht es um 8 Millionen €. Gemessen an 7,1 Milliarden €, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk kostet, ist das eine Petitesse. Ich meine auch, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk noch Einsparpotenzial hat. Wir könnten auf Werbung verzichten. Da bin ich völlig Ihrer Meinung.

Da der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht durch Steuern finanziert wird, bedeutet das, dass alle anderen Rundfunkteilnehmer mehr zahlen müssen. Insofern präjudizieren Sie zumindest die Entscheidungsfreiheit der KEF. Wenn Sie auf der einen Seite Geld wegnehmen, müssen auf der an-

deren Seite die anderen mehr bezahlen. Das sind kommunizierende Röhren.

Soziale Härten schließen wir nicht von vornherein aus. Zum Teil sind aber in die Transferleistungen Fernsehgebühren mit eingerechnet worden. Man müsste auch einmal über die Transportgebühren sprechen. Hier müsste man eventuell mit der ish reden, weil mittlerweile bei Kabel-TV der Transport teurer ist als der Inhalt.

Aufgrund des Handelns der linken Seite dieses Hauses haben wir in diesem Sommer ein Verfassungsgerichtsurteil zu erwarten, das die Öffentlich-Rechtlichen gegen verschiedene Landesregierungen – nicht gegen Ihre Fraktion; die war schon damals sehr einsichtig – angestrengt haben, das sich ausschließlich mit Gebühren für öffentlich-rechtliche Fernseheinrichtungen beschäftigt. Ich meine, wir sollten dies abwarten. Wir sollten abwarten, ob wir weiterhin als Parlament die Kompetenz haben, öffentlich-rechtliche Gebühren so zu bescheiden, wie wir das in der Vergangenheit gemacht haben, und ob die Ministerpräsidenten weiterhin das Recht haben, KEF-Vorschläge so abzuändern, wie sie das in der Vergangenheit gemacht haben. Ich meine, die wenigen Wochen sollten wir abwarten. Dann haben wir Rechtssicherheit.

Ich bin mir sehr sicher, dass wir uns dann in den Fachausschüssen wiedersehen werden. Es schadet der Sache nicht, wenn wir hier heute, allerdings mehr aus formalen Gründen, in der Sache entscheiden. Die Tatsache als solche wird uns sehr schnell wieder einholen. Deshalb müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir heute nicht anders können, als in der Sache direkt abzustimmen und unsere Zustimmung zu Ihrem Antrag zu verweigern.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Hegemann. – Nun hat für die Fraktion der FDP der Kollege Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich – das haben unterschiedliche Redner der Koalitionsfraktionen in den letzten Monaten immer wieder deutlich gemacht – können wir, was die Weiterentwicklung der Rundfunkstaatsverträge angeht, im Dialog bleiben und prüfen, wie die Interessen des Landes aussehen. In diesem Bereich wird sich nach all den rechtlichen Urteilen, die es zukünftig geben wird, einiges bewegen. Den vorliegenden Antrag, über den Sie eine zeitnahe Entscheidung verlangen, werden wir dennoch ablehnen.

Die FDP-Landtagsfraktion zeigt schon seit langem die Unzulänglichkeiten des derzeitigen Rundfunkgebührensystems auf und mahnt spürbare Strukturreformen an. Es muss endlich Schluss sein mit einer expansiven Ausgabenpolitik und der ständig neuen Kreativität der GEZ, nahezu jedes technische Gerät als Rundfunkempfänger zu deklarieren,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist doch Unfug, Herr Kollege Witzel!)

damit auch für den ersten PC und das letzte Handy doppelt und dreifach abkassiert werden kann.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das hat der Ministerpräsident dieser Landesregierung beschlossen!)

„Keine GEZ fürs Internet“ sollte daher ein wichtiges Ziel für unseren neuen Rundfunkstaatsvertrag sein.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Grober Unfug!)

Wir erwarten zukünftig mehr Sparsamkeit vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk, niedrigere finanzielle Belastungen und nehmen daher die Sorgen von Menschen mit geringem monatlichen Einkommen ernst. Der Weg aber, zu geringeren wirtschaftlichen Belastungen für die Menschen zu kommen, ist der, den öffentlich-rechtlichen Finanzbedarf der KEF zu senken und nicht die Privilegierung durch Befreiung einzelner mit immer größeren Belastungen anderer zu erkaufen.

Ihre rot-grüne Logik des Antrages ist außerordentlich simpel. Sie wollen eine immer größere Expansion der öffentlich-rechtlichen Angebote und Strukturen. All Ihre Anträge, zum Beispiel mehr Online-Dienste, können Sie unter den verschiedenen Drucksachennummern nachlesen. Damit produzieren Sie einen wachsenden Finanzbedarf der Anstalten. Aufgrund der hohen Belastungen wollen Sie dann immer mehr einzelfallbezogene Ausnahmen mittels Befreiung. Die immer kleiner werdende Gruppe der noch verbleibenden Zahler wird dann gleich mehrfach abkassiert und darf die Lasten dieser Kostenexplosion schultern. Das ist keine seriöse Politik.

Es gilt vielmehr, die finanziellen Belastungen für alle Bürger und im Übrigen auch für Unternehmen durch Rundfunkgebühren insgesamt auf ein notwendiges Maß zu senken und ein modernes, moderates, transparentes und gerechtes Gesamtsystem zu schaffen. Dazu bieten die rundfunkstaatsvertraglichen Änderungen, die uns bevorstehen, eine gute Gelegenheit.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wenn Sie das Wort „gerecht“ in den Mund nehmen, dann hört sich das an wie Hohn!)

Wir müssen uns von scheinbaren Naturgesetzen bzw. Automatismen auf diesem Gebiet verabschieden, wonach in einem gerätebezogenen System die Rundfunkgebühren von Jahr zu Jahr ausschließlich in die Höhe schnellen. Die Gesamterträge von Rundfunkgebühren stiegen in den letzten zehn Jahren von unter 5 Milliarden € auf über 7 Milliarden € an. Mittlerweile sind in Nordrhein-Westfalen neben dem WDR alle dritten Programme sowie eine weitere Vielzahl überregionaler und lokaler Sender zu empfangen. Die Grundversorgung durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird heute durch die zahlreichen privaten Programme mehr als nur ergänzt.

Durch die Einführung von Rundfunkgebühren für internetfähige Computer und weitere sogenannte neuartige Rundfunkempfangsgeräte sollte auf den technischen Wandel reagiert werden. In der Praxis hat sich allerdings schnell gezeigt, dass die gerätebezogene Erhebung der Rundfunkgebühr von der technischen Entwicklung schlicht überholt wurde.

Da die heutige Gebühr allein an die technischen Kriterien wie Internetfähigkeit des Gerätes anknüpft, wird die Art der tatsächlichen Nutzung einfach ignoriert. Somit werden auch diejenigen von der Gebühr betroffen, die das Gerät ausschließlich zu dem ursprünglich vorgesehenen Zweck wie Telefonie oder Datenverarbeitung nutzen und Sendungen gar nicht empfangen wollen oder können.

Nunmehr diskutieren wir mit Ihrem Antrag eine Einzelmaßnahme. Die gerade genannten Beispiele zeigen allerdings, dass wir eine umfassende Strukturreform brauchen, bei der alle Tatbestände, alle Aspekte von Befreiung einmal in einem konsistenten Gesamtsystem einer Überprüfung unterzogen werden, worüber dann neu zu entscheiden ist. Die jetzige Salami-taktik ist nicht der richtige Weg.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist Ihre Definition von Sozialpolitik der FDP!)

Sie beabsichtigen mit Ihrem Antrag, eigene Fehler ihres eigenen 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrages auszubügeln. Die durch den 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag eingetretenen Veränderungen hinsichtlich des Verfahrens und der Befreiungstatbestände von der Rundfunkgebühr haben wir bereits an anderer Stelle ausführlich diskutiert.

Ich möchte deshalb auf drei Aspekte ausdrücklich hinweisen:

Erstens. Der 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde vom abgewählten nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Peer Steinbrück, SPD, ausgehandelt und vom Landtag Nordrhein-Westfalen in der letzten Legislaturperiode mit den Stimmen von SPD und Grünen verabschiedet. Die FDP-Landtagsfraktion hat bekanntlich dagegen gestimmt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben früher gegen alles gestimmt!)

Sie kritisieren also hier und heute mit Ihrem Antrag Ihre schlechte Gesetzgebung der letzten Legislaturperiode.

Zweitens. Der Personenkreis, der von den Rundfunkgebühren befreit werden kann, ist teilweise verkleinert, teils aber auch vergrößert worden. Letzteres gilt etwa für die Bezieher von Arbeitslosengeld II – insbesondere mit Hinzuverdienst.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sind doch veränderte Bedingungen!)

Drittens. Der Vertrag enthält eine sogenannte Härtefallklausel, wonach die GEZ in Einzelfallprüfungen besondere Härtefälle anerkennen und Gebührenbefreiungen aussprechen kann. GEZ und Rechtsprechung fordern hier aber derzeit einen atypischen Härtefall, sodass die Norm kaum zur Anwendung kommt. All das gehört zur Wahrheit dazu, zu dem Gesamtsystem, das Sie auf den Weg gebracht haben.

Diese systembedingte Ungerechtigkeit der Rundfunkgebühren und die fragwürdige Rolle der GEZ wurden bereits zu früherer Zeit am Beispiel der Universitäten und Musikschulen deutlich.

Durch die ebenfalls im 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag erfolgte Erhöhung der Gebührenpflicht für Beherbergungsbetriebe mit über 50 Betten sind dem deutschen, im europäischen Vergleich überdurchschnittlich stark belasteten Beherbergungsgewerbe geschätzte Mehrkosten in Höhe von 15,3 Millionen € entstanden.

Nunmehr zeigt die fragwürdige Anwendung der Härtefallregelung abermals, dass die GEZ und eine gerätebezogene Rundfunkgebühr zu den Relikten der Vergangenheit werden müssen. Bereits zuvor sprachen wirtschaftliche Gründe gegen die bürokratischen Strukturen der GEZ.

In Zahlen bedeutet dies, dass die Aufwendungen der GEZ für den Gebühreneinzug in den letzten zehn Jahren von unter 90 Millionen € kontinuier-

lich auf mittlerweile über 160 Millionen € angestiegen sind. Über 160 Millionen € zahlen Bürger und Unternehmen jährlich für das GEZ-Inkasso. 1,8 Millionen Zahlungsaufforderungen über fällige Rundfunkgebühren und rund 950.000 Maßnahmen zur Erlangung rückständiger Rundfunkgebühren werden monatlich von der GEZ verfügt.

Auch wenn hinter Ihrem Antrag die Absichten eines Gutmenschen stecken mögen, so ist die Zeit für eine solche Einzelmaßnahme derzeit denkbar ungünstig. Wir brauchen eine umfassende Strukturreform.

Es ist richtig und wichtig, finanziell schwächer gestellte Menschen nicht übermäßig zu belasten. Deshalb wurde bereits im Juni 2006 unter Beteiligung der amtierenden Landesregierung im 9. Rundfunkänderungsstaatsvertrag beschlossen, die zehn Befreiungstatbestände in § 6 des Rundfunkgebührenstaatsvertrages um zwei weitere zu ergänzen. Da diese Änderungen erst am 1. März 2008 in Kraft treten, konnte mit den Rundfunkanstalten im Vorgriff auf die Änderungen in einigen Fällen bereits eine Gebührenbefreiung zum Sommer dieses Jahres erreicht werden.

Die von Rot-Grün in Ihrem Antrag geforderte, noch weitergehende Ausdehnung der Rundfunkgebührenbefreiung ist nur möglich, wenn der bestehende Rundfunkgebührenstaatsvertrag von allen Landesregierungen und allen Landesparlamenten geändert wird. Diese Position haben viele der anderen 16 Landesregierungen und Landtage nicht.

Die Kosten, die durch Ihren Antrag entstehen, sind – das ist auch in Zeiten wirtschaftlicher Überlegungen und angesichts wirtschaftlicher Vernunft nicht unwichtig – noch ganz kurz zu beleuchten. Ihr Antrag bedeutet an Folgekosten, dass alleine im Bereich des freiwilligen Sozialen Jahres,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

so, wie es WDR und Staatskanzlei für unsere Beratungen im Ausschuss berechnet haben, ein Einnahmeausfall von rund 8 Millionen € resultiert.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Ein anderer weiterer Millionenbetrag kommt durch die Fragestellung hinsichtlich des ALG II hinzu.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Ralf Witzel (FDP): Unter dem Strich bedeutet dieser Antrag im Falle seiner Umsetzung – Frau Präsidentin, mein letzter Satz – ein Einnahmeaus-

fallvolumen in zweistelliger Millionenhöhe. Dem können wir nicht mal soeben zustimmen. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war ein Armutszeugnis!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Nun hat für die Landesregierung Herr Minister Breuer das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Verehrte Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Es geht um die Details der Erweiterung der Rundfunkgebührenbefreiung. Wie Sie wissen – das ist auch kurz angesprochen worden –, ist zurzeit vor dem Bundesverfassungsgericht ein Verfahren zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks anhängig. Dazu hat am 2. Mai 2007 eine mündliche Verhandlung stattgefunden. Dieses Urteil dürfte grundlegende Ausführungen zu Fragen der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks enthalten. Ich glaube, es ist klug, dieses Urteil erst einmal abzuwarten. Wir halten deswegen die Befassung mit diesem Antrag in dieser Form nicht für zielführend.

Ich will das noch einmal deutlich machen: Eine Ausdehnung der Rundfunkgebührenbefreiung ist nur möglich, meine Damen und Herren, wenn die bestehenden Rundfunkänderungsstaatsverträge von allen Landesregierungen und allen Parlamenten geändert werden. Die Positionen der 16 Landesregierungen, Ergänzungen zu Befreiungstatbeständen und Änderungen zu Härtefallregelungen im Rundfunkstaatsvertrag festzuschreiben, sind derzeit sehr, sehr unterschiedlich.

Zweitens gilt grundsätzlich: Eine Befreiung von Rundfunkgebühren ohne Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse würde – das muss man wissen – einen Bruch der bisherigen Systematik der Rundfunkgebührenbefreiung darstellen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Drittens kommt hinzu, dass das derzeitige Gebührensystem insgesamt auf dem Prüfstand steht. Nachdem sich im vergangenen Jahr die Proteste – etwa bei der Diskussion gegen die Gebührenpflicht von Internet-PCs – gehäuft haben, gaben die Ministerpräsidenten bei der Rundfunkkommission der Länder in Auftrag, auch einmal alternative Finanzierungskonzepte zu der derzeitig gerätebezogenen Gebühr zu erarbeiten. Auch dieser Umstand,

meine Damen und Herren, sollte Berücksichtigung finden.

Zudem ist die Frage der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einem Verfahren beim Bundesverfassungsgericht anhängig und das Urteil im Sommer abzuwarten.

Aus den genannten Gründen macht eine isolierte Betrachtung, lieber Kollege Kuschke, lieber Kollege Keymis, der im Antrag aufgeworfenen Änderungsvorschläge – ich betone das – zum jetzigen Zeitpunkt nach unserer Auffassung keinen Sinn. Auch wenn wir den Antrag, so wie ich das erwarte, heute nicht mit Mehrheit bescheiden können, nimmt die Landesregierung – das versprechen wir – das Anliegen auf und wird es gegebenenfalls zu entsprechender Zeit auch mit dem Parlament, wenn Sie das möchten, gerne wieder diskutieren und auch vernünftig und zielführend vorantreiben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich habe noch weitere Wortmeldungen vorliegen. Zunächst hat für die Fraktion der SPD der Kollege Garbrecht das Wort.

Günter Garbrecht (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es tut mir ja Leid, dass ich jetzt wieder reden muss. Viel lieber hätte ich es gehabt, dass die Vorsitzende des Petitionsausschusses heute hier zu diesem Punkt spricht. Sie ist aber leider krank.

(Carina Gödecke [SPD]: Gute Besserung!)

Die guten Genesungswünsche des ganzen Hauses werden sie sicherlich begleiten.

(Allgemeiner Beifall)

Aber sie hätte sicherlich zu dem Verlauf dieser ganzen Angelegenheit noch viel besser Auskunft geben können als ich.

Ich will nur folgende Bemerkung machen: Ich erinnere die Mehrheit dieses Hauses an die Diskussion heute Morgen zu Tagesordnungspunkt 2, der hieß: Unterrichtung der Landesregierung zum Thema „Teilhabe gewährleisten – Konsequenzen aus der Sozialberichterstattung ziehen“.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der Petitionsausschuss quillt über zur Frage GEZ.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das findet die Koalition sehr lächerlich!)

In der Arbeit des Petitionsausschusses ist diese Frage der GEZ-Gebühren ein Punkt, der die Tagesordnungen sprengt. Von daher hat sich der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales mit dieser Thematik beschäftigt. Wir sehen es als unseren klaren Auftrag an, auch Konsequenzen aus diesem Bericht zu ziehen und heute hier diesen Antrag vorzulegen, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie sich heute Morgen als die Speerspitze der Bekämpfung von Armut in diesem Land dargestellt haben, dann entlarven Sie sich zum jetzigen Zeitpunkt, wenn Sie einen solchen Antrag ablehnen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dieser Antrag – ich verstehe den Herrn Minister überhaupt nicht – ist in enger Abstimmung mit der Staatskanzlei erstellt worden. Er enthält kein Komma und keine Formulierung, die nicht mit der Staatskanzlei abgestimmt worden sind. Das ist ein Armutszeugnis, das Sie sich hier ausstellen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Garbrecht. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Steffens das Wort.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin über die Debatte heute wirklich erstaunt. Denn wir haben im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales intensiv über das Thema diskutiert. Anlass – das müsste Ihnen allen ein Stück weit bekannt sein – sind die gehäuft und immer stärker eingehenden Petitionen zu diesem Bereich. Es gibt sehr, sehr viele Menschen in diesem Land, die sich an diesen Landtag gewandt haben und weiterhin wenden und um Hilfe bitten, weil diese Problematik für sie einfach auf dem Tisch liegt.

Deswegen hatten wir im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales genau über diese Petitionen und über die Ergebnisse des Petitionsausschusses – Sie haben doch auch Mitglieder im Petitionsausschuss – einen Bericht. Wir haben daraufhin diskutiert und gesagt: Ja, das stimmt.

(Zuruf von der CDU)

– Hören Sie mir doch einmal weiter zu und brüllen Sie nicht sofort dazwischen! Ich habe doch gar nichts von „beschlossen“ gesagt. Hören Sie doch weiter zu!

Wir haben darüber diskutiert und gesagt, es muss einen Antrag dazu geben. Wir haben fraktionsübergreifend gesagt: Diese Problematik muss jetzt aufgegriffen werden, weil wir nicht denselben Fehler machen wollen wie beim 8. Staatsvertrag, nämlich dass alle 16 Bundesländer das verpennten, sondern wir wollen das im AGS diskutieren und damit auch an den Hauptausschuss gehen. Das ist meines Wissens mit der Staatskanzlei abgestimmt gewesen.

Mit der Staatskanzlei ist abgestimmt worden, dass es wichtig ist, das jetzt in den Prozess einzubringen. Das wird ja auch nicht nur hier in Nordrhein-Westfalen diskutiert. Gucken Sie sich doch einmal an, wie viele andere Bundesländer auch unter Ihrer Regierungsbeteiligung das ebenfalls diskutiert und beschlossen haben! Die Beschlüsse liegen mittlerweile vor.

In der Sache sind sich doch alle Sozialpolitiker darin einig, dass wir etwas ändern müssen. Die Diskussion wird übergreifend geführt. Ich kenne nur eine einzige Fraktion, von der offensiv bekannt ist, dass sie dagegen ist. Das ist die FDP-Fraktion. Die FDP-Fraktion hat gesagt, dass sie das nicht will. Herr Witzel hat es eben erklärt.

Die Folgekosten hängen bei seiner Blickrichtung natürlich ganz stark mit der Frage zusammen, wie hoch der Einnahmeverlust bei den Rundfunkgebühren ist. Aber „Folgekosten“, Herr Witzel – das Wort müssen Sie begreifen –, heißt etwas anderes als nur die Reduktion der Rundfunkgebühreneinnahmen. Wenn ich Menschen in der Menge, wie es heute auch im Sozialbericht klar geworden ist, von der gesellschaftlichen Teilhabe ausschließe, sind die Folgekosten ganz andere und viel massivere. Deswegen: Die Kosten, die man investiert, damit Menschen an Bildung und Medien partizipieren können, sind gut investierte Kosten. Das sind keine Folgekosten,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

sondern das sind Investitionen in unser Land und in unsere Menschen. Von daher, finde ich, müssen Sie darüber nachdenken, was Sie eigentlich hier gerade für eine Position vertreten haben.

Wenn wir alle einer Meinung sind, das Problem anerkennen und sagen, wir wollen es in einem zukünftigen Rundfunkvertrag gelöst haben, dann muss es doch möglich sein, hier einen Weg zu finden, der nicht darin besteht, das abzulehnen. Dann müssen wir einen Weg finden, wie wir mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil umgehen, aber gleichzeitig sagen, in der Sache ...

(Zuruf)

– Ja, das hat er gesagt, aber die Frage ist doch: Wollen wir es denn in dem Sinne gelöst haben? Wenn Sie hier sagen, wir wollen es in dem Sinne gelöst haben, aber auf der Grundlage des Bundesverfassungsgerichtsurteils, dann ist das etwas anderes, als wenn Sie erst einmal das Urteil abwarten und dann weitersehen wollen. Damit ist für mich nicht klar geworden: Wollen Sie denn den Inhalt? Teilen Sie das immer noch? Oder teilen Sie das nicht, und wir sollen uns weiterhin mit den Petitionen beschäftigen? Das sind zwei verschiedene Sachen.

Deswegen fände ich es wichtig, dass Sie noch einmal klar sagen: Wollen Sie mit uns eine Lösung für die Menschen, die die Petitionen schreiben? Oder wollen Sie ein Bundesverfassungsgerichtsurteil abwarten, damit Sie dann wieder sagen können, dass Sie doch nichts tun wollen?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Als nächster Redner hat Kollege Kuschke für die Fraktion der SPD noch einmal das Wort.

(Unruhe)

– Ich kann nur darauf hinweisen: Die SPD hat noch 4:24 Minuten Redezeit zur Verfügung. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch 1:21 Minuten. Die CDU hat noch 8:14 Minuten und die Landesregierung noch 9:26 Minuten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist das, was zwischen allen Fraktionen einvernehmlich verabredet worden ist. In diesem Rahmen hat jetzt Herr Kollege Kuschke das Wort.

Wolfram Kuschke (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn das Angebot, das ich Ihnen, auch stellvertretend für den Kollegen Keymis, gemacht habe, angenommen worden wäre, wären wir jetzt schon beim nächsten Tagesordnungspunkt.

Es geht darum, zu sagen: Wenn die antragstellenden Fraktionen, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, weite Teile der CDU-Fraktion – Herr Weisbrich hat vorhin zusammen mit der FDP geklatscht, aber das nehme ich ihm gar nicht mehr übel; ich kenne ihn – und auch die Landesregierung über die Staatskanzlei – Herr Minister Breuer – deutlich macht, dass das Anliegen gemeinsam getragen wird, dann lassen Sie uns doch einen Antrag verabschieden, Herr Staatssekretär, der nicht mehr und nicht weniger beinhaltet, als dass dort steht – ich darf zitieren –:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Zuge der Verhandlungen zum 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag dafür einzusetzen, dass ...“

(Beifall von der SPD)

Nicht mehr und nicht weniger! Wir haben natürlich das Bedingungsgefüge eingeschoben – ich habe das ausdrücklich vorgetragen –, was mit der KEF, also der Ermittlung des entsprechenden Finanzierungsbedarfs, verbunden ist.

Dazu muss ich noch einmal sagen: Ich habe bei den Mitgliedern der antragstellenden Fraktionen, auch beim Kollegen Hegemann und bei Herrn Minister Breuer festgestellt, dass sie zwar bereit sind, einen solchen Weg zu gehen; Letztere sagen aber, es sei möglicherweise besser, abzuwarten, wie das Verfassungsgerichtsurteil aussieht, und es gebe beim 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag vielleicht zusätzlichen Änderungsbedarf.

Dagegen haben wir nichts einzuwenden. Aber warum machen wir an dieser Stelle nicht schon den einen Schritt? Nach dem, was hier gesagt worden ist, gibt es nur einen einzigen Grund dafür, warum das Parlament diesen Weg wahrscheinlich nicht gehen wird und nicht gehen kann: nämlich die Haltung der FDP, die Herr Witzel vorgetragen hat.

(Beifall von der SPD)

Dann will ich Ihnen etwas sagen. Das hätte ich in der Debatte zu der Aktuellen Stunde mit dem Thema „Teilhabe gewährleisten – Konsequenzen aus der Sozialberichterstattung ziehen“ nicht getan, aber ich tue es jetzt, auch wenn das mit dem Risiko verbunden ist, dass ich mir dafür eine Rüge einhandle: Wenn sie sich an dem einen Punkt verweigert, war all das, was der Redner der FDP zu dem Tagesordnungspunkt, über den wir heute morgen diskutiert haben, vorgetragen haben, reines Geschwätz; es waren reine Luftblasen.

(Beifall von der SPD)

Mich würde sehr interessieren – der Herr Minister ist im Augenblick nicht anwesend –, wie denn das Votum des Sozialressorts zu der Kabinettsvorlage für die heutige Debatte ausgesehen hat. Nach dem, was der Sozialminister heute Morgen vorgetragen hat, kann ich mir nur vorstellen, dass er dem Antrag bei dem Votum zur Kabinettsvorlage eigentlich zugestimmt hat.

Meine Damen und Herren, wir stellen den Antrag heute zur Abstimmung. Wir wollen ein klares Votum. Aber wir sind auch bereit, diesen Antrag nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil erneut einzubringen. Dann können wir bei Ihnen zumin-

dest dieses Bedenken überwinden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kuschke. – Nun hat noch einmal Kollege Hegemann für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Lothar Hegemann (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kuschke, natürlich könnten wir längst fertig sein, wenn wir Ihnen folgen würden, ganz egal, was Sie geschrieben haben. Spielen Sie doch jetzt nicht die Primadonna und sagen Sie nicht, es sei alles ganz schlecht, was wir hier machen, und wir hätten Ihnen vor einer halben Stunde folgen sollen.

Die FDP ist nicht in der Lage, so etwas alleine zu verabschieden. Das ist schon die tiefe Meinung der CDU. Ich sage Ihnen auch, warum. Sie sind dabei, die Bretter zu zersägen, die Sie sich selbst vor den Kopf genagelt haben. Wer hat denn den Rundfunkänderungsstaatsvertrag mit diesen Inhalten beschlossen?

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Der Vertrag ist vom 1. April 2005. Wann war die Landtagswahl? Sie wollen also mit aller Härte und Brutalität den Mist wegräumen, den Sie selbst hierhin gekippt haben?

(Beifall von der CDU)

Entschuldigen Sie! Gerade weil Sie als Minister eine andere Meinung hatten als Ihre Fraktion, ist es zu großen Konfrontationen in dieser Frage gekommen. Warum sind die öffentlich-rechtlichen Anstalten denn von den Politikern animiert worden, nach Karlsruhe zu gehen? – Weil sie sich etwas herausgenommen haben, was sie sich besser nicht hätten herausnehmen sollen.

Ich sage Ihnen auch: So etwas mit heißer Nadel zu stricken und, da es in der Tat viele Petitionen gibt, zu sagen: „Jetzt machen wir schnell einen Antrag, jetzt räumen wir den Mist weg, den wir selbst gemacht haben“ – so können wir keine ernsthafte Politik machen. Ich weiß das wirklich. In der Opposition ist das einfacher. Das ist ganz klar, obwohl ich manchmal das Gefühl habe, dass Sie mit Ihrer Rolle auch noch nicht klargekommen sind. Sie schielen immer noch so auf den Platz, als ob Sie sagen wollten: Breuer, weg da!

(Zuruf von der SPD)

– Ja, das ist alles schon so. – Aber jetzt sage ich noch etwas zu dem Verfahren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Was maßen Sie sich eigentlich an?)

Frau Steffens, hören Sie mit der Geschichtsklitterung auf! Sie sind nicht im Petitionsausschuss. Sie haben aus dem Petitionsausschuss etwas erzählt, war gar nicht so abgelaufen ist. Die CDU hat festgestellt, dass der Antrag in der Form nicht entscheidungsreif ist. Der Kollege Sendker hat im Petitionsausschuss gesagt, dass wir so keinen gemeinsamen Antrag machen können.

(Beifall von der CDU)

Dann ist von Ihrer Seite die falsche Information an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales gegeben worden, es habe Einvernehmen im Petitionsausschuss geherrscht.

(Beifall von der CDU – Wolfram Kuschke [SPD]: Nein, nein!)

– Ich habe Ihren Kollegen von der SPD angesprochen. Sie haben den Eindruck erweckt, es gäbe Einvernehmen, obwohl die CDU im Petitionsausschuss von vornherein ...

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gab es im AGS!)

– Ich rede doch gerade darüber. Im AGS ist erklärt worden, alle Fraktionen im Petitionsausschuss seien sich einig. Das war die glatte Unwahrheit.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Auf der Grundlage dieser Fehlinterpretation ist die Meinung des AGS zustande gekommen. Aber ich sage noch einmal: Wir werden dies in der Sache prüfen. Es gibt jedoch noch mehr Prüfaufträge als den, den Sie genannt haben. Es gibt noch eine ganze Menge mehr.

Insbesondere möchte ich wissen, was es kostet, hier einen Luftballon loszulassen, indem Sie sagen: Gebührenbefreiung für alle; nachher gucken wir einmal, was es kostet, und der Rest zahlt. – So kann keine seriöse Politik gemacht werden.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Zuruf von der SPD)

– Ob Sie Verständnis haben oder nicht, ist mir egal. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass Ihr Antrag jetzt nicht entscheidungsreif ist. Er wird mit diesem Inhalt wieder auf die Tagesordnung kommen, aber Sie können nicht erwarten, dass wir diesem Antrag heute zustimmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Hegemann. – Bevor wir zur nament-

lichen Abstimmung kommen, hat noch einmal Herr Minister Breuer für die Landesregierung das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will einen Punkt klarstellen, der nicht richtig ist. Wenn hier von zwei Rednern der Oppositionsfraktionen dargelegt wird, dass dieser Antrag Punkt für Punkt und Satz für Satz die Unterstützung aus der Staatskanzlei habe, so muss ich sagen, dass das nicht zutreffend ist. Sie werden uns nicht gegeneinander ausspielen. Das ist nicht zutreffend. Der Antrag hat nur die Arbeitsebene erreicht. Die politische Ebene hat sich mit diesem Antrag im Vorfeld nicht auseinandergesetzt.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das kann nicht wahr sein!)

Ich will das deutlich machen. Wenn Sie hier in einer öffentlichen Sitzung den Eindruck erwecken, ein Antrag von SPD und Grünen würde die Zustimmung der Landesregierung bekommen, aber nicht die Zustimmung der Koalitionsfraktionen CDU und FDP, ist das schlicht falsch und unwahr. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dieser Antrag ist mit Unterstützung der Staatskanzlei formuliert worden!)

Zum Zweiten habe ich den Eindruck: Es geht Ihnen nicht um die Sache!

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Doch! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist eine Frechheit, was Sie von sich geben! – Unruhe – Glocke)

Ich will das auch begründen: mit der Wortmeldung der Kollegen der SPD-Fraktion und mit meinem Angebot. Die Landesregierung hat Ihnen das Angebot gemacht, das Anliegen zu prüfen und mitzunehmen, unabhängig davon, wie heute der Landtag entscheidet. Sie sind teilweise auf dieses Angebot eingegangen und teilweise nicht.

Herr Kuschke hat eben vorgetragen, wenn der Antrag heute nicht die Mehrheit findet, wird er den Antrag wiederholen, wenn das Bundesverfassungsgericht sein Urteil gesprochen hat. Das finde ich richtig; das ist zielführend.

Den Zinnober mit der namentlichen Abstimmung verstehe ich nicht. Sie wollen eine namentliche Abstimmung, um etwas zu inszenieren und nicht um der Sache willen! Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie sagte Herr Hege-
mann? Ob Sie das verstehen oder nicht, interessiert uns nicht!)

Nichtsdestotrotz bleibt es dabei, dass wir das Anliegen teilweise richtig finden, aber nicht das gesamte, Herr Kuschke. Ich habe auch vorgetragen, dass eine Befreiung von Rundfunkgebühren ohne Prüfung von Einkommens- und Vermögensverhältnissen, was dieser Antrag insinuiert, einen Bruch der bisherigen Systematik der Rundfunkgebührenbefreiung darstellen wird. Ich habe Ihnen schon mit auf den Weg gegeben, dass man eigentlich überlegen muss, ob es nicht andere Möglichkeiten gibt, die bei der Frage der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine Rolle spielen. Dazu gehört etwa, inwieweit demnächst mit Änderungen bei Fernsehen, Internet und Handy – ich habe sogar das aktuelle Diskussionsbeispiel des PCs mit angeführt – zu rechnen ist.

Das heißt, wir sind in der Sache nicht in hundertprozentiger Übereinstimmung, sondern wir sagen: Einen Teil dieses Antrags – das Anliegen, was darunter erkennbar ist – nehmen wir gerne mit und prüfen das. Das ist ein himmelweiter Unterschied. Wenn Sie jetzt, weil Sie eine soziale Frage daraus machen wollen, den gesamten Antrag zur Abstimmung stellen und damit auch alle Details, die Sie in diesem Antrag nach meiner Auffassung sachlich falsch darstellen, zwingen Sie uns – ich kann als Landesregierung nur eine Empfehlung abgeben, das ist richtig –, diesen Antrag, so wie er ist, abzulehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Breuer. – Es liegt noch eine Wortmeldung der Kollegin Löhrmann für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Bitte schön, Frau Kollegin.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Breuer, Sie haben uns in einer Hauptausschusssitzung begründete Hoffnung gemacht, als CDU-Fraktion den Inhalt dieses Antrags aus sozialpolitischen Gründen zu unterstützen. Sie haben mehrfach genickt, als das vorgetragen worden ist, und die Kolleginnen und Kollegen der CDU haben genickt. Deswegen konnten wir davon ausgehen, dass SPD und Grüne die CDU an ihrer Seite haben. Dass es im Hauptausschuss schwierig ist, zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen, haben wir an vielen Stellen gemerkt. Daher ist hier und heu-

te das Plenum der richtige Ort, darüber abzustimmen.

Das fällt Ihnen schwer, insbesondere nach der sehr sensiblen Diskussion, die wir heute Morgen in sozialpolitischen Fragen hatten,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

bei der wir von SPD und Grünen große Übereinstimmung mit Herrn Laumann festgestellt haben und dass man auch über Parteigrenzen hinweg gehen muss. Deswegen können wir Ihnen das nicht ersparen. Wir finden diesen Antrag in der Sache richtig. Es geht nicht um Vorführen, wenn Sie sagen, Sie wollen das in der Sache zum Teil arg. Es reicht nicht nur, den Mund zu spitzen. Irgendwann, Herr Breuer, muss man auch pfeifen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aus diesem Grunde halten wir es für richtig, heute namentlich über diesen Antrag abzustimmen, um ein Signal an die Menschen – insbesondere arme Menschen – zu geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Ich frage sicherheits halber, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Die Beratung ist abgeschlossen.

Die Fraktion der SPD hat gemäß § 43 unserer Geschäftsordnung **namentliche Abstimmung** beantragt. Nach Abs. 2 dieses Paragraphen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten. Erklärt sich ein Mitglied des Landtags nicht, so gilt dies als Nichtbeteiligung an der Abstimmung.

Ich bitte den Kollegen, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt; Namensliste siehe Anlage.)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben?

(Norbert Killewald [SPD]: Wir können Minister Laumann noch einmal fragen!)

– Gut. Gibt es irgendjemanden, der seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann, meine Damen und Herren, schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

(Die Stimmen werden ausgezählt.)

Vizepräsident Oliver Keymis: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das **Ergebnis** der namentlichen Abstimmung liegt vor. Mit Ja haben 74 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 84 Abgeordnete. Es gab keine Enthaltungen. Damit ist der **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/4346 abgelehnt**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir sind am Ende des Tagesordnungspunktes 6.

(Anhaltende Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Plenarsitzung ist noch nicht beendet, auch wenn Sie alle das Gefühl haben, jetzt das Abstimmungsergebnis feiern zu müssen.

Wir kommen nun zu:

7 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2774

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft,
Mittelstand und Energie
Drucksache 14/4356

zweite Lesung

Zunächst hat sich für die CDU-Fraktion Herr Kollege Hovenjürgen zu Wort gemeldet.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der heute zur Abstimmung stehende Gesetzentwurf zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr hat in den meisten Ausschüssen, die sich mit ihm befassen, eine breite Mehrheit gefunden. Die Einzigen, die diesem wichtigen Zukunftsschritt für das Ruhrgebiet konsequent ihre Zustimmung verweigert haben, sind die Sozialdemokraten hier im Hause.

(Frank Sichau [SPD]: Moment!)

– Herr Sichau, ich darf auch an Sie als einen Vertreter der Sozialdemokratie in diesem Hause appellieren, endlich Ihren Widerstand aufzugeben,

diesen wichtigen Schritt für die Zukunft des Ruhrgebiets gemeinsam mit uns zu gehen und damit eine breite Basis für die Zukunft des Ruhrgebiets zu schaffen.

(Beifall von der CDU – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie leiten damit eine Fehlentwicklung ein, Herr Hovenjürgen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, des Weiteren hat der hier vorliegende Gesetzentwurf den Vorteil, dass er die handwerklichen Fehler des alten RVR-Gesetzes behebt. Die Koalition der Erneuerung hat sich im Koalitionsvertrag vorgenommen, das Ruhrgebiet nach vorne zu bringen. Mit diesem Gesetzentwurf sind wir diesem Ziel einen erheblichen Schritt näher gekommen und setzen dieses Vorhaben konsequent um.

So wird die Kritik, der gesetzlich gebildete Vorstand spiegele die politischen Mehrheitsverhältnisse der Verbandsversammlung nicht wider, aufgenommen, indem als gesetzliche Vorgabe festgeschrieben wird, einen Verbandsausschuss zu bilden. Dieser spiegelt die politischen Verhältnisse des Ruhrgebietes deutlicher wider als die Besetzung des Vorstandes.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Unglaublich!)

Auch die Terminierung für die faktische Umsetzung zur Kommunalwahl 2009 ist sinnvoll, weil so in der laufenden Legislaturperiode der jetzigen Regionalräte keine schwierigen strukturellen Änderungen erfolgen müssen.

Herr Eiskirch, Sie haben „Unglaublich!“ in die Debatte gerufen. Für unglaublich halte ich zum Beispiel einen Kommentar des Landrats des Kreises Recklinghausen, Jochen Welt, eines Mitglieds Ihrer Partei, zur Wertigkeit dieses Vorstandes. Er hat gesagt:

„Die Wichtigkeit dieses Gremiums ist nicht so maßgeblich. Ich habe an acht von 16 Sitzungen teilgenommen. Was für den Kreis Recklinghausen wichtig ist, entscheide ich selbst.“

So der O-Ton des Landrats Jochen Welt!

Daran wird im Übrigen deutlich – dort liegt meines Erachtens auch Ihr Problem, Herr Eiskirch –, dass Sie im Ruhrgebiet von Kirchturmsdenken geprägt sind – jeder für sich.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Sie sind nicht in der Lage, über den Tellerrand zu schauen. Sie sind offensichtlich auch nicht in der Lage, die Eitelkeiten Ihrer einzelnen Oberbürgermeister unter einen Hut zu bekommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen mit der heutigen Verabschiedung dieses Gesetzes einen Riesenschritt auf die Eigenständigkeit der Verwaltung des Ruhrgebiets zu gehen. Wir wollen diese Region stärken, eine schnellere und vor allen Dingen nachvollziehbare Vorgehensweise in der Metropole Ruhr erreichen und so gemeinsam die Zukunft unserer Region gestalten. Wir machen das Ruhrgebiet stark.

Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, Sie haben heute noch einmal die Chance, diesen Weg mitzugehen. Nutzen Sie diese Chance. Begleiten Sie uns auf dem Weg, das Ruhrgebiet stark zu machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Töns das Wort.

Markus Töns (SPD): Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hovenjürgen, es ist schon ziemlich abenteuerlich, wenn jemand, der nach Coesfeld will und das Ruhrgebiet im Prinzip nicht mehr im Kopf hat, hier über die Zukunft des Ruhrgebiets redet.

(Beifall von der SPD)

Das müssen Sie aber mit sich selbst ausmachen.

Das Ruhrgebiet, die Metropole Ruhr, ist ein Ballungsraum mit ca. 5 Millionen Einwohnern im Herzen unseres Landes und blickt auf eine 150-jährige Industriegeschichte zurück. Gerade diese Industriegeschichte hat der Region ein ganz besonderes Gesicht gegeben und einzigartige Strukturen geschaffen. Die Metropolregion Ruhr ist polyzentrisch strukturiert und dezentral organisiert. Sie besitzt einen eigenen Stadtcharakter, der nicht nur in Nordrhein-Westfalen und Deutschland einzigartig ist, sondern in ganz Europa seinesgleichen sucht.

Nicht erst seit der erfolgreichen Kulturhauptstadt-Bewerbung „Essen für das Ruhrgebiet“ ist jedem klar, dass in dieser Region Power steckt. Die Metropolregion Ruhr arbeitet zusammen. Sie braucht keine von oben verordneten Strukturreformen.

Meine Damen und Herren, das Problem mit Ihrem Gesetzentwurf ist folgendes: Sie kennen das Ruhrgebiet nicht.

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU)

Sie kennen nicht die Probleme, die es dort ohne Zweifel gibt. Da hilft es auch nichts, wenn der

selbst ernannte Arbeiterverführer Jürgen Rüttgers markige Worte zum Ruhrgebiet sagt. Meine Damen und Herren, was Sie stört, ist, dass Sie im Ruhrgebiet nicht stattfinden. Die Menschen dort vertrauen Ihnen nicht. Das ist der Punkt.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Aber schauen wir uns diesen Gesetzentwurf einmal genauer an. Ich werde Ihnen drei Gründe nennen, die dafür sprechen, ihn abzulehnen.

Erstens. Sie übertragen die Regionalplanung ab der Kommunalwahl 2009 auf den RVR. Hier stellt sich doch die Frage: Warum tun Sie es jetzt? – Es gibt keinen Grund, heute gesetzlich zu regeln, was erst 2009 gelten soll. Diese Vorgehensweise der Landesregierung ist schon allein deshalb abzulehnen, weil die Änderung von Zuständigkeiten losgelöst von einer großen Verwaltungsstrukturreform nicht funktionieren kann.

Zweitens. Sie führen eine flächendeckende regionale Flächennutzungsplanung ein. Zweifelsfrei ist die regionale Flächennutzungsplanung ein interessantes Planungsinstrument. Gerade für die polyzentrische Metropole Ruhr mit ihren unterschiedlichen kommunalen Aufgaben kann dieses Planungsinstrument das geeignete Mittel sein.

Die Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen haben beispielhaft eine Planungsgemeinschaft gegründet und nutzen die regionale Flächennutzungsplanung. Aber was zeigt uns das? Es zeigt, dass die bisherige Gesetzeslage schon ausreicht, um Planungsgemeinschaften zu bilden.

Aber es zeigt uns noch viel mehr, dass wir die Kommunen erst einmal arbeiten lassen müssen, um modellhaft erste Erkenntnisse aus diesem Probelauf zu ziehen. Dann kann und muss entschieden werden. Das ist richtig. Was Sie machen: Sie chaotisieren nur die bestehende Rechtslage.

(Beifall von der SPD)

Erfahrungen müssen gemacht und dann ausgewertet werden. Das ist der richtige Weg.

Drittens, meine Damen und Herren, schaffen Sie den Vorstand des RVR ab und ersetzen ihn durch einen Verbandsausschuss. An dieser Stelle wird deutlich, warum dieses Gesetz jetzt und nicht zu einem späteren Zeitpunkt verabschiedet werden muss: Es geht Ihnen nur um Macht.

(Beifall von der SPD)

Es ist schon schmerzlich für eine Landesregierung, Herr Hovenjürgen, wenn Sie in einem Drittel

des Landes, in einer bedeutenden Industrieregion, politisch keine Rolle spielen.

(Zuruf von der CDU)

Sie entmachten die Oberbürgermeister und Landräte, die bisher dem Vorstand angehört haben. Gerade die direkt gewählten Oberbürgermeister und Landräte haben in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, gemeinsame Projekte voranzutreiben und diese auch umgesetzt.

(Minister Oliver Wittke: Herr Oberverlierer Langemeyer!)

Ein gutes Beispiel ist hierfür neben anderen die erfolgreiche Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2010. Sie ersetzen direkt gewählte Oberbürgermeister – Sie haben auch mal dazugehört, Herr Wittke,

(Minister Oliver Wittke: Richtig!)

und sind zu Recht abgewählt worden – und Landräte durch Funktionäre. Nichts anderes tun Sie.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es geht der Landesregierung nicht um eine sinnvolle und sachgerechte Politik für das Ruhrgebiet. Es geht der Landesregierung einzig und allein darum, Strukturen im Ruhrgebiet zu zerstören. Es geht um Macht für CDU-Apparatschiks und nichts anderes. Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Töns. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Becker das Wort.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Aus unserer Sicht verfolgt das vorliegende Gesetz zwei Ziele: erstens die Übertragung der Regionalplanungskompetenz auf den RVR und zweitens die Abschaffung des Vorstandes des Verbandes zugunsten der Einrichtung eines Verbandsausschusses.

Mit dem Gesetz setzt die Landesregierung aus unserer Sicht einen Weg fort, den die rot-grüne Regierung mit dem Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise Nordrhein-Westfalens und dem Gesetz über den Regionalverband Ruhrgebiet im Jahre 2003 begonnen hat.

Hat dieses erste RVR-Gesetz die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit besonders im Bereich der Freizeit, Erholung, Kultur und der Wirtschaftsförderung erweitert, aber auch die

Möglichkeit der interkommunalen Flächennutzungspläne eröffnet, so wird mit dem vorliegenden Gesetz ein einheitlicher Planungsraum Ruhr geschaffen.

Das rot-grüne und damals mit Zustimmung der CDU in Kraft gesetzte RVR-Gesetz hat dem Verband die Instrumente der informellen Planung, nämlich der sogenannten Masterpläne, sowie der regionalen Trägerschaften gegeben. Sie bleiben bestehen.

Mit der förmlichen staatlichen Regionalplanung, die nun hinzugefügt wird, verfügt das Ruhrgebiet aus unserer Sicht dann über ein differenziertes Instrumentarium, Herr Kollege. Es reicht von konkreten Projekten über informelle Pläne bis zur förmlichen Regionalplanung. Wir als Grüne in diesem Haus begrüßen diesen Schritt, denn er ist konsequent und er kann dazu beitragen, dass sich die Region als Gesamtes, als Metropole, nach innen festigt und nach außen auch erkennbar macht, indem sie als Gesamtregion agiert.

Im Übrigen ist es ein politischer Erfolg all derer, die sich zum Teil seit mehr als zehn Jahren für eine Stärkung der Region Ruhr einsetzen. Wir Grünen gehören im Ruhrgebiet und auch hier im Landtag zu diesen Kräften.

(Beifall von GRÜNEN und CDU)

Meine Damen und Herren, seit 1989 wollten die Grünen und die Grünen im Ruhrgebiet in diese Richtung. Wie schon gesagt, unter Rot-Grün haben wir im Jahre 2004 die Umwandlung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet in den Regionalverband Ruhr und damit einen ersten wichtigen Schritt mit angestoßen. Nun geht die Landesregierung in dieser Frage, auch unterstützt von unserer Fraktion, einen Schritt weiter. Und das ist gut für die Metropole Ruhr.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie kann in Zukunft im Rahmen der Rechte und der Pflichten der Landes- und der Regionalplanung als Region eine gemeinsame Lösung für Fragen der Freiraumgestaltung, der Gewerbe- oder der Wohnsiedlungsflächenplanungen suchen.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus erhält der RVR für sein Verbandsgebiet das Beratungsrecht für die Vorbereitung von raumbedeutsamen und strukturwirksamen Planungen und Förderprogrammen wie denen des Städtebaus, für den Bau von Schulen, von Sportstätten, Krankenhäusern, Freizeit- und Erholungsanlagen, für Maßnahmen der Landschaftspflege, der Wasserwirtschaft, der Abfallbeseitigung, für Kultur und Tourismus.

Wir begrüßen den Vorschlag, diese Kompetenzübertragung erst mit der nächsten Kommunalwahl 2009 vorzunehmen, um die bestehenden gewählten Regionalräte nicht mitten in der Wahlperiode aufzulösen und neu konstituieren zu müssen. Im Übrigen ist das aus unserer Sicht ein Schritt, der auch rechtlich höchst problematisch gewesen wäre.

Kommen wir zu Art. 2 des Gesetzes, der Abschaffung des Vorstandes und dessen Ersetzung durch einen Verbandsausschuss. Dazu, meine Kolleginnen und Kollegen, muss ich Ihnen Folgendes sagen: Die Zusammensetzung des Vorstandes mit den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern aus den Mitgliedstädten sowie den Landräten aus den Kreisen war bislang gedacht wie ein Verwaltungsvorstand.

Uns ist aus den bisherigen Debatten und der Anhörung klar geworden, dass sich die Rechtsbedenken der CDU insbesondere gegen die Teilnahme der Fraktionsvorsitzenden richten. Wie die Anhörung deutlich ergeben hat, ist es ein Fakt, dass offenkundig insbesondere der CDU-Fraktionsvorsitzende weite Teile der Debatten in den Vorstandssitzungen bestimmt hat und ansonsten die Sitzungen von wenig Kontroversen geprägt waren. Dieser Vorstand war im Wesentlichen ein Gremium, der beratende, entscheidungsvorbereitende Funktion hatte. Er sorgte dafür, dass die direkt gewählten kommunalen Spitzen einbezogen waren.

Die praktische Erfahrung nach gut zwei Jahren RVR lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die Einbindung ist von großem Nutzen gewesen, um eine regionale Abstimmung in der praktischen Politik zu gewährleisten.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein wichtiges Beispiel aus vielen hervorheben: Die Runde der OBs und der Landräte hat sich einstimmig und über alle Parteigrenzen hinweg für die Umsetzung des regionalen Luftreinhalteplanes, Herr Kollege, ausgesprochen. Umweltminister Uhlenberg kann dies sicherlich gerne bestätigen, weil er an dieser Sitzung des Vorstandes teilgenommen hat.

Also: Auch die Landesregierung und das Land profitieren davon, wenn die Region mit einer gemeinsamen Stimme spricht. Wir als Grüne bleiben dabei: Die Abschaffung des Vorstandes wird sich nachteilig für die Region auswirken. Der Vorstand hat die Oberbürgermeister und Landräte zumindest in diesem Gremium dazu gezwungen, sich mit einem Blick über den Tellerrand hinweg zu-

sammenzusetzen und auf die regionale Perspektive zu schauen.

Es wird künftig schlechterdings aufgrund der Größe des neuen Ausschusses kaum noch möglich sein, dass alle Hauptverwaltungsbeamten der Städte und Kreise in dem Gremium vertreten sind. Das wird zur Folge haben, dass sich Oberbürgermeister und Landräte zunehmend aus diesem Gremium zurückziehen.

Sie von der CDU sichern mit diesem neuen Gremium vorrangig Ihren Entscheidungseinfluss. Ich bin der festen Überzeugung, dass Sie den RVR-Vorstand heute nicht abschaffen würden, wenn im Vorstand nicht 13 Oberbürgermeister und Landräte von der SPD, sondern 13 Oberbürgermeister und Landräte von der CDU vertreten wären.

(Beifall von Markus Töns [SPD])

Wir haben in dieser Debatte Vorschläge unterbreitet, wonach zum Beispiel mit der Einführung eines Zweidrittelquorums die bestehenden und nachvollziehbaren Bedenken – da will ich Ihnen gerne entgegenkommen – hätten ausgeräumt werden können. Unsere Vorschläge haben bei den Regierungsfractionen von CDU und FDP aber keinen Widerhall gefunden. Das beweist aus meiner Sicht, dass es Ihnen um Machtpolitik und nicht um einen gleitenden Übergang und eine angemessene Sachpolitik gegangen ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

In der Gesamtabwägung der Vor- und Nachteile, die dieses Gesetz enthält, sind wir Grüne – das will ich ganz deutlich sagen – trotzdem zu dem Ergebnis gelangt, dass die Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr an den Regionalverband Ruhr der wichtige Schritt in die Zukunft für das Ruhrgebiet ist. Ich wiederhole gerne noch einmal: Dafür treten wir Grünen seit nunmehr weit über zehn Jahre politisch ein. Die Landesregierung setzt das jetzt um.

Wenn die Kirchtürme der lokalen Egoismen im Ruhrgebiet mit diesem Gesetz zwar nicht unbedingt kleiner werden, so wird die städteübergreifende Regionalplanung aber doch zumindest dafür sorgen, dass die Kirchtürme nicht weiter auseinandergerückt werden. In diesem Sinne werden wir dem Gesetzentwurf heute trotz der Bauchschmerzen bezüglich des Vorstandes und trotz der Bauchschmerzen bezüglich des neuen Gremiums zustimmen.

Wir appellieren an Sie, dass Sie mit der neuen Mehrheit, die Sie aus dem neuen Konstrukt möglicherweise gewinnen können, so verantwortungsvoll umgehen, wie wir es jetzt mit Ihrem Gesetz-

entwurf tun. Ich glaube, diesen Appell an Sie richten zu dürfen. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Fraktion der FDP hat Herr Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es fällt mir schwer, aber die Sache gebietet es: Ich muss Herrn Kollegen Becker recht geben.

(Beifall von FDP und CDU)

Es ist für mich ein Novum. Aber wenn Sie sagen, die Region ist nur stark, wenn sie zusammenhält, wenn Sie sagen, dies führe letztendlich dazu, dass sie das bewerkstelligen kann, dann ist das richtig.

Herr Töns, ich bin sicher: Die Aussagen des Herrn Kollegen Hovenjürgen, der nicht mit dem Erstwohnsitz im Ruhrgebiet ansässig ist, halte nicht nur ich für richtig. Seine Aussagen werden die Zustimmung der Mehrheit des Parlaments finden. Er hat uns überzeugt.

Sie fragen, warum wir das jetzt machen. – Auch das ist etwas ganz Neues: Wir machen etwas frühzeitig und verlässlich, damit sich die Leute darauf einstellen können.

(Beifall von der FDP)

Wir machen es der Kalkulierbarkeit wegen. Das unterscheidet unsere von Ihrer Politik. Dass Sie dies aufgrund Ihrer langjährigen Erfahrung nicht nachvollziehen können, kann ich nachempfinden.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die Regionalplanung auf das Ruhrgebiet übertragen werden. Und das soll aus den eben dargestellten Gründen nach dem Jahr 2009 geschehen.

Damit verbindet sich nicht nur eine Chance für das Ruhrgebiet, sondern auch eine Pflicht. Ich hoffe, es leistet wirklich einen Beitrag dazu, die lokalen Egoismen im Ruhrgebiet zu überwinden. Das hoffe ich wirklich. In der Vergangenheit waren zahlreiche Versuche leider nicht erfolgreich.

In diesem Zusammenhang muss man auch klar fragen, wer weiterhin die Arbeit leistet. Die Arbeit leistet nicht der Regionalverband. Die Grundlagenarbeit wird weiterhin von der Bezirksregierung ausgeführt. Deswegen ist der Regionalverband gut beraten, frühzeitig gute Kontakte zu den Bezirksregierungen aufzubauen.

Die „taz“ ist nicht die Hauszeitung der FDP oder der CDU. Sie hat richtigerweise Folgendes geschrieben:

„Der RVR ist künftig allein für die Regionalplanung im Revier zuständig. Für den größten Ballungsraum Europas ist das ein längst überfälliger Schritt. Das Ruhrgebiet mit seinen 5,3 Millionen kann nur vereint aus der Krise finden; denn bisher beherrschten Kirchturmdenken und Provinzialität die Metropole Ruhr, die sich in Größe und Einwohnerzahl durchaus mit London und Paris messen kann – von Berlin ganz zu schweigen. Nicht miteinander, sondern in Konkurrenz stehend versuchten die Oberbürgermeister der zumeist SPD-regierten Städte und Kreise, die gemeinsamen Probleme der Region zu bekämpfen.“

Meine Damen und Herren, Oliver Wittke war eine Ausnahme. Er hat versucht, auf Konsens zu setzen. Leider konnte er dies nicht lange genug durchführen. Ich will noch einmal die „taz“ zitieren. Das Ruhrgebiet wurde durch das Kleingeistige immer zurückgeworfen. Dieses wird bildlich, materialisiert sich geradezu in der Aussage des Oberbürgermeisters Langemeyer aus Dortmund. Er sagte:

Ich will doch nicht Nebenbürgermeister des Oberbürgermeisters des Ruhrgebiets aus Essen werden.

Das ist eine Kleingeistigkeit.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Falsch zitiert! Falsch zitiert!)

– Ich schaue gerne nach. Herr Kollege, ich schaue nach.

Ich habe keine Lust, Bürgermeister eines Vororts von Essen zu werden.

Nichts drückt den Kleingeist – Kunibert-Ludwig-Emil-Ida-Nordpol-Gustav-Emil-Ida-Siegfried-Theodor – mancher Sozialdemokraten – das wollte ich Ihnen ersparen, jetzt lese ich das Zitat aber natürlich gerne noch einmal vor – besser aus als dieses öffentliche Statement des Dortmunder Oberbürgermeisters Langemeyer.

(Beifall von der FDP)

Das soll jetzt geändert werden. Hier gibt es jetzt eine Chance, dies zu ändern. Ich hoffe, das Ruhrgebiet kann diese Chance nutzen. Ich kann das Ruhrgebiet und den Regionalverband nur auffordern: Nutzen Sie die Chance, nutzen Sie frühzeitige Kontakte zu den entsprechenden Bezirksregierungen. Das ist die Plattform, das ist der Stein-

bruch, aus dem Sie Ihre Arbeit später in den Regionalplan einspeisen können. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Landesregierung spricht in Vertretung für Frau Ministerin Thoben Herr Minister Wittke.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir machen das Ruhrgebiet stark. Wir machen es stark, indem wir einen Fehler von 1975 revidieren, als dem Ruhrgebiet die einheitliche Planungskompetenz genommen worden ist. Wenn Sie sich einmal in Fachkreisen umhören, werden Sie feststellen, dass an vielen Stellen das, was der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk über viele, viele Jahrzehnte im Ruhrgebiet über Stadtgrenzen und über Kreisgrenzen hinweg bewegen konnte, als mustergültig galt. Viele andere Verbände und kommunale Gebietskörperschaften in Deutschland haben dieses Erfolgsmodell des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk kopiert.

Es ist an der Zeit, dass es wieder eine einheitliche Landes- und Regionalplanung für das Ruhrgebiet gibt. Denn nur wenn man Grenzen überwindet und wenn man die Zersplitterung im Ruhrgebiet überwindet, kann das Ruhrgebiet zu alter Stärke zurückkommen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Sehr richtig!)

Dass das nicht jedem passt, dafür habe ich allergrößtes Verständnis. Nur frage ich mich: Wo ist denn das Selbstbewusstsein des Dortmunder Oberbürgermeisters, wenn er Angst davor hat, dass das Ruhrgebiet endlich wieder zu alter Stärke zurückfindet?

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Bollermann, auf Ihren Einwurf, das sei falsch zitiert, liefere ich gerne das Originalzitat; ich war nämlich dabei, als Herr Langemeyer es gesagt hat. Dieser Oberbürgermeister sagte, er wolle nicht Bezirksvorsteher in einer Metropole Ruhr werden. – Ich frage mich: Ist der Mann richtig an der Spitze des Vorstandes des RVR, wenn er nicht in Gemeinsamkeiten denkt, wenn er nicht in Ruhrgebietsdimensionen denkt,

(Beifall von CDU und FDP)

sondern wenn er allein die Interessen seiner Stadt und seine persönlichen Interessen verfolgt?

(Thomas Eiskirch [SPD]: Herr Hegemann hat in der Anhörung das Gegenteil behauptet!)

Ich gebe Ihnen die Antwort gleich hinterher: In der Tat ist er falsch am Platze. Denn dieser Oberbürgermeister und auch andere sozialdemokratische Oberbürgermeister im Ruhrgebiet wollen die Stärke des Ruhrgebietes offenbar nicht, wollen nicht die Gemeinsamkeit im Ruhrgebiet.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Die Zitate beweisen was anderes!)

Darum ist es gut, dass es jetzt die einheitliche Regionalplanung gibt. Es ist ja richtig: Es haben sich schon vorher Städte zusammengefunden und in einer Planungsgemeinschaft gemeinsame Sache gemacht. Das ging übrigens von der Stadt Gelsenkirchen unter ihrem damaligen Oberbürgermeister aus, weil die Vorgängerlandesregierung nicht bereit war, dem Ruhrgebiet eine einheitliche Verwaltungsstruktur zu geben.

(Beifall von der CDU)

Diese Planungsgemeinschaft ist aus der Not heraus geboren, weil Sie nicht bereit waren, dem Ruhrgebiet eine einheitliche Verwaltungsstruktur zu geben.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das steht im Gesetz!)

Überspitzt gesagt: So, wie deutsche Kaiser dem Ruhrgebiet Universitäten verwehrt haben, haben sozialdemokratische Ministerpräsidenten diesem Ruhrgebiet eine einheitliche Verwaltungsstruktur verweigert.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, noch ein Wort zum Vorstand des RVR, der künftig durch einen Hauptausschuss ersetzt werden soll: Dieser Vorstand ist eine leere Hülse, weil die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister ihre Funktion nicht wahrnehmen und weil sie diesen Vorstand in den vergangenen zwei Jahren nicht mit Leben erfüllt haben.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wenn Sie sich die Teilnehmerlisten der Vorstandssitzungen anschauen, dann sehen Sie, wie ernst die von Ihnen so gerühmten sozialdemokratischen Oberbürgermeister dieses Gremium nehmen. Einen feuchten Kehricht kümmern Sie sich um diesen Vorstand. Sie haben kein Interesse an der Mitarbeit.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das ist eine Frechheit! Die Prozentsätze kriegen Sie gleich! Das ist absolut nicht korrekt, was Sie hier von sich geben!)

Darum ist es vernünftig und richtig, dass nicht, wie Sie das gerade erklärt haben, Funktionäre, sondern gewählte Mitglieder der Verbandsversammlung künftig nach demokratischen Regeln den Hauptausschuss und damit das oberste Organ des Regionalverbandes Ruhrgebiet bilden.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Sie sehen: Diese Landesregierung meint es ernst mit der Stärkung des Ruhrgebietes. Diese Landesregierung meint es ernst mit einer einheitlichen Verwaltungsstruktur für das Ruhrgebiet. Ich bin sicher, am Ende wird die Aussage, mit der ich diese Rede begonnen habe, ihre Richtigkeit unter Beweis stellen: Wir machen das Ruhrgebiet stark. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Sie haben eine seltsame Vorstellung von Wahrheit!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Für die SPD hat jetzt Herr Kollege Eiskirch das Wort.

Thomas Eiskirch (SPD): Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Fangen wir doch mit dem an, was zum Ende gesagt worden ist. Sie haben dem Herrn Oberbürgermeister und Vorsitzenden des Vorstandes des RVR, Herrn Lange-meyer, gerade Kirchturmdenken und Provinzialismus vorgeworfen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Zu Recht!)

Ich möchte an dieser Stelle – mit Erlaubnis des Präsidenten – den Kollegen Hegemann zitieren, der in der Anhörung zu genau diesem Thema gesagt hat:

„Zunächst eine Vorbemerkung: Herr Dr. Langemeyer, Sie sind eine der Ausnahmen bei den Oberbürgermeistern. Neben wenigen anderen vertreten Sie Verbandsinteressen. Ich kann Ihnen alles vorwerfen, nur keine Kirchturmpolitik für Dortmund.“

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Vielen herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

Herr Wittke, hier wird immer das Gerücht gestreut, die SPD hätte gar kein Interesse an dieser Verbandsarbeit und würde dem Vorstand fernbleiben. Es gibt eine Statistik über die Anwesenheit der Oberbürgermeister und Landräte bei den RVR-Verbandsversammlungen im Zeitraum vom 17. Januar 2005, als die erste RVR-Verbandsver-

sammlung war, bis zum 11. September 2006, also bis zur Einbringung dieses Gesetzes. Das sind alles Prozentangaben. Anwesend von den CDU-Oberbürgermeistern und CDU-Landräten – das ist ja eine überschaubare Anzahl –: 85 %, von den Oberbürgermeistern und Landräten der SPD: 93 %.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von der CDU)

Auch zu diesem Thema würde ich Ihre Behauptungen ungern noch einmal hören.

Jetzt zu den Grünen! Kollege Becker, ich fasse einmal zusammen, was Sie vorhin gesagt haben. Sie haben gesagt, die Grünen finden, dass der Deckmantel eine schöne Farbe hat und gut aussieht. Er verdeckt zwar eine Schweinerei, aber weil er so schön ist, machen die Grünen die Schweinerei mit. – Das finde ich nicht in Ordnung. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall von der SPD)

Das, was da passiert, die Entmachtung der Oberbürgermeister und Landräte, ist eine Schweinerei. Diesen Deckmantel sollten Sie nicht mittragen. Er steht Ihnen nicht. Ich hätte mich gefreut, Sie würden das anders sehen.

(Beifall von der SPD)

Der Kollege Töns hat vorhin ein paar sehr richtige Dinge gesagt. Er hat gesagt: Natürlich können wir über Regionalplanung für das Ruhrgebiet reden. – Die Frage ist nur: Wollen wir die Erfahrung der regionalen Flächennutzungsplanung, die Sie ja mittragen, Herr Minister Wittke, und auch ausprobieren wollten, weswegen sie auch im Gesetz stand, nicht abwarten? Warum müssen wir heute entscheiden, wie es 2010 weitergehen soll? Das dient ausschließlich als Deckmantel für die Entmachtung der Oberbürgermeister und Landräte im Ruhrgebiet, als Deckmantel für Ihre pure Machtpolitik im Ruhrgebiet!

(Beifall von der SPD)

Herr Kollege Hovenjürgen, es ist nahezu eine Unverschämtheit, zu sagen, die Einzige, die nicht lernen würde und nichts mitbekomme, sei die SPD.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Die Anhörung zu diesem Gesetz war ein Desaster für diese Landesregierung. Außer Herrn Mitschke – und das ist Ihr eigener Fraktionsvorsitzender im RVR – hatten Sie keinen, der auch nur irgendetwas vernünftig daran fand.

Ich würde gerne – mit Genehmigung des Präsidenten – einfach einmal ein paar Zitate von mir geben; ich nehme jetzt keine von unseren Oberbürgermeistern.

(Zuruf von der FDP: Davon haben Sie auch nicht mehr viele!)

Dr. Roland Kirchhof, „Pro Ruhrgebiet“:

(Minister Oliver Wittke: Ehemaliger SPD-Oberstadtdirektor!)

„Wenn man den Vorstand zu einem reinen Verbandsausschuss reduziert, würde nach meiner Einschätzung das Engagement der Hauptverwaltungsbeamten geringer.“

(Zuruf von der CDU)

„Damit würde die Integration der Kommunen in die Arbeit des Verbandes ebenfalls sinken. Daher glaube ich, dass dieser Vorschlag eher nachteilige Auswirkungen hätte.“

So Herr Kirchhof in der Anhörung.

(Minister Oliver Wittke: Ehemaliger Hauptverwaltungsbeamter!)

Prof. Dr. Franz Lehner, Institut Arbeit und Technik:

(Minister Oliver Wittke: SPD-Mitglied! – Britta Altenkamp [SPD]: Alles klar! Genau!)

„Von daher ist diese Neulösung für mich zunächst einmal nicht einsichtig. Dass man sie jetzt schnell durchziehen will, kann ich mir eigentlich nur politisch erklären. Ich sehe dafür keinen sachlichen Grund; das muss ich offen sagen.“

Und weiter:

„Wer, zum Donnerwetter, soll denn die regionalen Effekte berücksichtigen und die Kommunen koordiniert zusammenbringen, wenn nicht diejenigen, die tatsächlich die Macht haben? Darüber muss man sich doch im Klaren sein.“

– Anscheinend nicht! –

„Der Verbandsausschuss hat diese Macht nicht. Die Oberbürgermeister haben aber die Macht und die Legitimation. Nur so bekommen Sie die Koordination hin.“

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Was ist das denn für ein Politikverständnis?)

„Alles andere geht an den Problemen des Strukturwandels im Ruhrgebiet und an den realen Problemen der Koordinierung schlicht und einfach vorbei.“

Ihre Oberbürgermeister haben sich gedrückt! Zur Anhörung sind alle drei nicht erschienen, Herr Kollege Hovenjürgen!

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU:
Das ist abenteuerlich!)

Jetzt können auch die Vorwürfe aus den Reihen der CDU aufhören. Dr. Martin Klein,

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

Landkreistag Nordrhein-Westfalen/Städtetag Nordrhein-Westfalen/Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen:

„Auch die kommunalen Spitzenverbände erachten es für richtig, zunächst das zu evaluieren, was im Moment – seit gerade einmal zwei Jahren – geschieht. Deshalb hätten wir uns gewünscht, das Ganze in den Kontext der auch von dieser Landesregierung angestrebten Verwaltungsstrukturreform einzubetten – die nach dem Koalitionsvertrag allerdings erst für 2012 in Aussicht genommen wird. Vor diesem Hintergrund wäre es sicherlich sachdienlich gewesen, zunächst einmal auszuwerten, wie sich die derzeitige Regelung bewährt. Nach dem, was wir von den Oberbürgermeistern und Landräten wissen, hat sie sich gar nicht als so schlecht erwiesen. Von daher sind wir skeptisch, ob die in diesem Gesetzentwurf in Aussicht gestellten Verbesserungen wirklich mehr Chancen als Risiken mit sich bringen.“

Das sagt Herr Klein für den Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen und für weitere kommunale Spitzenverbände. Er sagt weiter, die Verbände bedauerten,

„dass hier der zweite Schritt vor dem ersten in Angriff genommen wird; denn wir werden selbstverständlich weiteren gesetzgeberischen Bedarf haben,“

– Man wartet nicht einmal ab, bis der Rest geschehen muss! –

„zumal das Ganze auch im Verhältnis zu weiteren Spezialgesetzen nicht kompatibel gestaltet worden ist. ... Hier gibt es eine ganze Menge von Sollbruchstellen. Dort wären wieder gesetzgeberische Feinarbeiten zu leisten. Stichwort: Nachbesserung. Von daher sollte man an dieser Stelle keinen Schnellschuss abfeuern.“

Und zu guter Letzt, weil die Anhörung für Sie ein solches Desaster war, ende ich mit dem Statement von Herrn Engelbert Rauen, Regionalrat bei der Bezirksregierung Münster:

„Es macht keinen Sinn, diesen Bereich vorzuziehen,“

– also die Regionalplanung und die Entmachtung der Oberbürgermeister –

„wenn man 2012 die Strukturen ohnehin neu ordnet. In diesem Zusammenhang gibt es nämlich Probleme, eine entsprechende Neuorganisation vorzunehmen.“

Vielleicht können wir als SPD Sie nicht überzeugen, aber vielleicht die Experten in der Anhörung und zu guter Letzt Ihr Parteikollege Herr Rauen. Meine Hoffnung ist gering, aber ich versuche es zum letzten Mal. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die CDU hat sich Herr Kollege Hovenjürgen noch einmal zu Wort gemeldet.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Eiskirch, welches Demokratieverständnis haben Sie eigentlich? Das habe ich Ihnen auch schon einmal im Ausschuss vorgehalten.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

Die Räte legitimieren die Bürgermeister. Die Bürgermeister haben nicht die Machtpositionen im Ruhrgebiet, denn die Räte legitimieren das Handeln der Bürgermeister im Ruhrgebiet! Sie müssen sich langsam einmal angewöhnen, in kommunalpolitischer Hinsicht demokratisch zu denken;

(Thomas Eiskirch [SPD]: Demokratieverhinderer!)

offensichtlich ist das Ihnen nicht in die Wiege gelegt!

(Carina Gödecke [SPD]: Oh, Vorsicht!)

Meine Damen und Herren, ich sage an dieser Stelle auch noch einmal ganz deutlich: Die Zeit, die Herr Eiskirch eingefordert hat, hat das Ruhrgebiet nicht.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Wir müssen im Ruhrgebiet endlich gemeinsam handeln, Egoismen ablegen und das Ruhrgebiet nach vorne bringen. Wo sind Ihre Erfolge der letzten 39 Jahre, die deutlich machen, dass Ihre Politik fürs Ruhrgebiet mehr gebracht hat als die Problemstellungen, die wir heute sehen?

(Beifall von CDU und FDP)

Wie lange haben Sie den Menschen im Ruhrgebiet vorgegaukelt, sie könnten alles so lassen, wie es ist, anstatt sie auf Veränderung, Erneuerung und auf die Chancen bei Erneuerung einzustellen?

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Das alles haben Sie versäumt.

(Widerspruch von Thomas Eiskirch [SPD])

Sie versäumen wieder eine riesige Chance. Sie sind nicht zukunftsfähig fürs Ruhrgebiet.

(Widerspruch von Dieter Hilser [SPD])

Das haben Sie heute eindrucksvoll bewiesen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt noch einmal Herr Kollege Becker das Wort.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal muss ich feststellen: Zukunftsfähigkeit fürs Ruhrgebiet beweist sich natürlich nicht nur am heutigen Tag in dieser Debatte, sondern sie beweist sich im weiteren Verlauf in praktischem Handeln – auch ab 2009.

(Beifall von der CDU)

Zweitens. Herr Eiskirch, ich habe mich deshalb noch einmal gemeldet, weil ich das ganz deutlich geraderücken muss. Wissen Sie: Wir als grüne Partei bemühen uns seit fast 20 Jahren um eine einheitliche regionale Planungskompetenz für das Ruhrgebiet.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Sie müssen es schon uns überlassen, mit welcher Priorität wir das zu der Frage von Vorstand und Ausschuss ins Verhältnis setzen.

Ich sage Ihnen: Für uns ist diese regionalplanerische Kompetenz für den RVR das zentrale Argument, warum wir am Schluss diesem Gesetz zustimmen werden.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

Ich muss Ihnen weiterhin sagen, dass die Oberbürgermeister/innen und Bürgermeister/innen immer noch mitwirken können: zum einen über die Verbandsversammlung, zum zweiten aber selbstverständlich, indem sie von der jeweiligen Partei in den Ausschuss entsandt werden. Sie haben objektiv das arithmetische Problem, dass sie nicht

alle entsenden können. Das kann ich nachvollziehen; das ist mir klar.

Aber ich glaube: Die Zukunftsfähigkeit, von der hier gesprochen worden ist, bemisst sich auch daran, dass in einem demokratisch legitimierten Gremium – wie das bei den Mehrheiten 2009 aussehen wird, weiß heute noch niemand von uns – alle zusammen aufgerufen sind, die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister so mit an den Tisch zu bekommen, dass sie in ihrer Kompetenz und in ihrer Stärke an den gemeinschaftlichen Zielen mitarbeiten.

Darauf sollten wir uns verständigen können und nicht darauf, dass Sie uns vorwerfen, das sei ein Feigenblatt, nur weil wir die Planungskompetenz für das zentrale Argument und das zentrale Moment halten, aufgrund dessen wir diesem Gesetz trotz aller Bedenken an anderen Stellen unter dem Strich zustimmen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Becker, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Eiskirch?

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Von mir aus gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Eiskirch, bitte schön.

Thomas Eiskirch (SPD): Sie hätten das aufgrund Ihrer Ausführungen fast sein lassen können. Ich wollte Sie nur für den Fall fragen, dass die CDU Ihnen alternativ angeboten hätte, noch weitere zwei Jahre, wie es im Gesetz steht, die Erfahrungen mit der regionalen Flächennutzungsplanung zu machen, um dann ein möglichst optimales Regionalplanungsgesetz für die nächste Legislaturperiode ab 2010 auf den Weg zu bringen und dafür die – ich sage es noch einmal – Schweinerei, die sich unter diesem Deckmantel verbirgt, wegzulassen:

Wäre das eine vernünftige Lösung gewesen, über die man auch mit uns vernünftig hätte reden können, weil man mal im Gesamtkontext gesprochen hätte? Insofern war mein Vorwurf vorhin an Sie gerichtet. Würden Sie mir zustimmen, dass ein solches Angebot auch Ihnen lieber gewesen wäre?

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Ich will Ihnen gerne sagen, was uns lieber gewesen wäre. Ich habe es, glaube ich, vorhin schon einmal gesagt. Uns wäre lieber gewesen, wenn es insgesamt Kompromissfähigkeit gegeben hätte und man zum Beispiel mit einer Zweidrittelmehrheit in dem Gremium gear-

beitet hätte. Denn umgedreht ist es auch nachvollziehbar, dass jemand eine gewisse Scheu davor hat, weil es demokratisch nicht mehr absolut repräsentativ ist.

Aber das Entscheidende aus meiner persönlichen Sicht – ich glaube, aber auch aus der Sicht unserer Freundinnen und Freunde im Ruhrgebiet – ist, dass das Datum tatsächlich auch das Datum der nächsten Kommunalwahl ist, zu dem die Planungskompetenz auf dieses Gremium übergeht. Das ist dann 2009.

Ich würde eher umgekehrt die Hoffnung darauf setzen, dass wir alle zusammen, auch der RVR, noch manches an den unausgegorenen und unvernünftigen Planungen, soweit sie überhaupt bekannt sind, zu einer Verwaltungsstrukturreform dieser Regierung in Korrektur bringen, aber ich würde jetzt nicht den ganzen Zug aufhalten, nur weil das Gremium des Vorstandes durch einen Ausschuss in einer Art und Weise ersetzt worden ist, wie sie aus unserer Sicht nicht ideal ist. Ich denke, das ist nachzubessern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank für die Antwort, Herr Kollege Becker. – Als nächster Redner spricht für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eines direkt zu den Sozialdemokraten: Wir haben im Revier bei all den Strukturproblemen nicht mehr die Zeit, länger die notwendigen Modernisierungsmaßnahmen zu verschlafen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das wissen Sie doch heute und nicht 2009!)

Deshalb müssen wir jetzt zur Umsetzung kommen. Das hat Ihnen in der Planung für die Region mein Kollege Holger Ellerbrock eingangs bereits exzellent dargestellt.

Um Ihre Frage zu beantworten: Warum brauchen wir eine Veränderung in den Gremien? Ganz einfach: weil bei all dem, was Sie damals, noch unter rot-grüner Federführung, auf den Weg gebracht haben, immer noch ein Selbstfindungsprozess im RVR im Gange ist, es bis heute keine wirklich demokratisch vernünftigen Strukturen gibt, die repräsentativ sind, und deshalb der RVR noch in den Kinderschuhen steckt.

Am besten sehen Sie das, wenn Sie sich das bildlich vorstellen. Da ist ein Laufstall, darin sitzen elf kleine Oberbürgermeister und vier Landräte. Von

diesen 15 Babys sind zwölf rot und drei schwarz lackiert. Unter ihnen ein besonders großes rotes halbstarkes Baby. Dieses Baby ist der Oberbürgermeister von Dortmund, Gerhard Langemeyer, auch Vorsitzender des RVR-Vorstands. Er hat eine Rassel in der Hand. Die Rassel ist die Insignie des Amtes als RVR-Vorstandsvorsitzender, und damit rasselt er allen, die um seinen Laufstall herumstehen, etwas vor.

Da stehen seit zwei Jahren nicht mehr die glücklichen Eltern, die sich rot und grün freuen, wie man es sich bei einer ach so harmonischen Kinderzimmerszenarie vorstellen könnte.

(Markus Töns [SPD]: Die CDU war auch dabei!)

Nein, wir wissen, die unfähigen Eltern sind längst vor zwei Jahren in Düsseldorf abgewählt worden. Längst stehen dort neue Eltern, nicht gerade leibliche Anverwandte, nämlich die schwarz-gelbe Landesregierung. Die guckt der kleine Gerhard nun ganz besonders grimmig an und droht ihnen mit seiner Rassel, sobald sie sich regen, und er ahnt, dass man ihm sein liebstes Spielzeug, diese Rassel, wegnehmen könnte.

Warum spielt er nun diese Rolle? Nun, im Laufstall, dem RVR-Vorstand, sitzen, wie gesagt, zwölf rote und drei schwarze Babys. Mit dieser SPD-Dominanz im Kinderstall genießt Gerhard die für ihn notwendige Narrenfreiheit und blockiert eine effektive Arbeitsweise im RVR.

Deshalb kommen wir nun zu den notwendigen Änderungen, weil der aktuelle RVR-Vorstand mit seinen Kräfteverhältnissen nicht die tatsächlichen Mehrheiten der Region wiedergibt, weil es nicht das demokratische Abbild der Region ist. Der Vorstand des RVR und sein Einfluss haben sich zunehmend als Bremse erwiesen. Der geheim tagende Vorstand sieht seine Aufgabe darin, die Beratungen im Ruhrparlament und seinen Ausschüssen zu kontrollieren und zu verzögern.

Der derzeitige Vorstand übt keine effektive Steuerung aus. Zunehmend schwänzen deshalb auch die Hauptverwaltungsbeamten die Sitzungen, besonders der Hoffnungsträger und neu erkorene Chef der Ruhr-SPD, Frank Baranowski. Wie das „Wirtschaftsmagazin Ruhr“ in seiner Mai-Ausgabe berichtet – das ist gerade erst gewesen –, lässt er sich jede zweite Sitzung entschuldigen. So wichtig scheint ihm eine dauerhaft kontinuierliche und fachliche Arbeit im RVR-Vorstand doch nicht zu sein.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, wir werden deshalb nun zur Änderung des RVR-Gesetzes schreiten. Wir sorgen dafür, dass wir eine selbstbewusste Regionalentwicklung bekommen und der Region die Instrumente an die Hand geben, um selber für sich Verantwortung zu übernehmen,

(Britta Altenkamp [SPD]: Sie sind heute wieder so selbstverliebt!)

und das Ganze eingebettet in demokratische Strukturen einer Steuerung und Kontrolle. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/4356**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/2774 unverändert anzunehmen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – Die Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? – Die Fraktion der SPD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen**.

Wir kommen zu:

8 Strukturpolitik für das Bergische Städtedreieck

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4348

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Eiskirch das Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, den Saal möglichst geräuschlos zu verlassen.

Thomas Eiskirch (SPD): Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

„Das Bergische Städtedreieck ist eine der ältesten Industrieregionen Deutschlands. Hier wurden weltweit bekannte Erfindungen gemacht, Produkte erdacht und Erfolg hart erarbeitet. Diese Region hat zu einem gewichtigen Anteil zur industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung Nordrhein-Westfalens beigetragen.“

So beginnt – ich lese ihn jetzt nicht insgesamt vor – unser Antrag, über den wir heute miteinander zu debattieren haben.

Die industrielle Basis hat sich seit den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts bis heute jedoch deutlich verschlechtert. Über 47 % der Arbeitsplätze im industriellen Sektor sind von 1990 bis 2005 verloren gegangen. In den letzten beiden Jahren hat sich dieser Trend trotz des konjunkturellen Aufschwungs weiter verschärft.

Im Dienstleistungssektor konnte dies nicht aufgefangen werden. In diesem stieg die Zahl der Arbeitsplätze landesweit zwar um fast 25 %, im Bergischen Städtedreieck jedoch um nicht einmal 3 %. Man muss also bei dem Nachholbedarf im Dienstleistungssektor, aber vor allem auch bei dem Strukturwandel des industriellen Kerns, dem Rückgrat einer solchen wirtschaftlichen Entwicklung, diese Region stärken. Dabei kann man auf gute Impulse aufbauen, die die Regionale 2006 in der Region und aus der Region gesetzt hat, vor allem Impulse, die die infrastrukturelle Ausstattung verbessert hat. Darauf aufbauend müssen aber auch Impulse in den wachstumstreibenden Bereichen erfolgen, bei der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, bei der Gründungsförderung und bei technologie- und wissensbasierter Wirtschaft.

Und schon sind wir wieder – das ist nicht unbeliebt – beim EFRE-Teil des Ziel-2-Programms, welches die EU auflagt, um Regionen mit schwächerer Wirtschaftsstruktur Perspektiven zu geben, damit sie aufholen können. Das Bergische Städtedreieck hat in der alten Förderperiode 2000 bis 2006 nicht partizipieren können, weil die Fördergebietskulisse – damals noch räumlich begrenzt – sehr eng war.

(Zuruf von der CDU)

– Das hat die EU vorgegeben. Das war nicht das, was wir wollten. Wir gehörten auch zu denen, die das hinterher mit aufgehoben haben.

Ihnen ging es damals, wenn man das ein bisschen böswillig formuliert, nicht schlecht genug, um mitgefördert zu werden.

(Zuruf von der CDU)

– Das muss man so sagen. Das ist nicht böse gemeint. – In der neuen Periode haben sie Pech, weil CDU und FDP, kaum kann diese Region etwas bekommen, den Kuchen bzw. – ich sage das vielleicht besser mit den Worten Ihres Düsseldorfer Oberbürgermeisters Erwin – den Brei unter allen aufteilen möchten. Jeder soll etwas abbekommen. Mit jeder Region, die dort partizipieren

soll, wird es für die Regionen, die partizipieren sollten, immer weniger werden. Jede Region, auch wenn es ihr wirtschaftlich gut geht, soll etwas bekommen.

Zur Klarstellung, damit hier keine Missverständnisse auftreten: Wir sind sehr dafür, dass überall im Land Wirtschaftsförderung betrieben wird. Das ist Ihre Verantwortung. Heute ist das der Herr Wittke in Vertretung von Frau Thoben, auch wenn ihn das augenscheinlich nicht ganz so viel angeht wie gerade das RVR-Gesetz.

(Beifall von der SPD)

Sie müssen die Wirtschaftsförderung im Land aber auch betreiben, und zwar mit Landesmitteln für das ganze Land,

(Beifall von der SPD)

und nicht, damit es Sie als Landesregierung am Ende nur die Hälfte kostet, mit EU-Mitteln. Und das nicht, weil ich etwas gegen das Sparen hätte, sondern weil Sie den Regionen, die im Fokus des EU-Programms stehen, die Mittel damit vorenthalten, und dies zugunsten der Regionen, die es selber hinbekommen müssten.

Das Bergische Städtedreieck Wuppertal, Solingen, Remscheid wird weniger bekommen können, als es möglich wäre. Damit sind wir wieder bei dem Punkt von gestern, wie HSK-Gemeinden den Eigenanteil aufbringen. Frau Thoben hat dazu gestern viel geredet. Ob sie wirklich viel gesagt hat, lasse ich einmal dahingestellt sein, denn eine sichere, verlässliche und für die Betroffenen planbare Lösung hat sie gestern nicht präsentiert. Sie hat gesagt, statt 20 % können wir es auf 10 % reduzieren. Aber ob diese 10 % überhaupt aufgebracht werden dürfen, also über die Kreditierungsmöglichkeit, dafür gibt es keine verlässliche und planbare Grundlage. Das entscheidet nämlich im Einzelfall nach wie vor der Innenminister bzw. seine nachrangigen Behörden. Damit ist es erneut so, dass sich Frau Thoben in einer solch wichtigen Frage im Kabinett – diesmal gegen Herrn Dr. Wolf – nicht durchsetzen konnte. Das ist schlecht für die Regionen mit HSK-Gemeinden in den wirtschaftlich betroffenen Gebieten.

(Beifall von der SPD)

Das nächste Problem für das Bergische Städtedreieck mit der Regionale 2006 ... Es gibt eine gute Grundlage. Es wurde ein guter Handlungsrahmen erarbeitet. Den gibt es auch schriftlich. Alles da, alles klar? – Nein, die Landesregierung sagt nämlich nicht, wie die Wettbewerbe aussehen sollen, welche Wettbewerbe es gibt, welchen Umfang sie haben, wann es los geht, wie die Ent-

scheidungskriterien aussehen und wie die Entscheidungstransparenz hergestellt wird. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Regionen, die Unternehmen, die Wirtschaftsförderer und die Industrie- und Handelskammern warten, und die Regierung schweigt.

Ich möchte nun aus einem Brief von Minister Pinkwart an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie vom 23. April – so ist er zumindest handschriftlich datiert – zitieren:

„Zurzeit werden aus den am EFRE-Ziel-2-Programm beteiligten Ressorts zu einer ersten Runde von Wettbewerben, die im Jahr 2007 noch ausgeschrieben werden können, Vorschläge gesammelt.“

Es können also 2007 nur ein paar Wettbewerbe ausgeschrieben werden. Ob es zumindest in den Wettbewerben Geld gibt, ist mehr als fraglich. Ich glaube, es wird am Ende lediglich in den Schwerpunkten 1 und 3 Geld geben, aber in den Wettbewerben wird in diesem Jahr nicht wirklich etwas fließen. Das ist ja von den Zeitabläufen her kaum noch zu schaffen.

„Der Staatssekretärsausschuss,“

– jetzt wird es spannend –

„der zur Begleitung der NRW-EU-Programme eingesetzt ist, soll am 23. April 2007 über die Vorschläge beraten.“

Das wäre immer noch spät, aber wenigstens vor Ablauf eines Monats.

„Bevor diese Entscheidung getroffen wird, ist es verfrüht, konkrete Wettbewerbstitel mitzuteilen. Die Landesregierung wird den Ausschuss zeitnah nach der Beschlussfassung“

– also Beschlussfassung vor einem Monat –

„des Staatssekretärsausschusses unterrichten.“

Ich habe noch niemanden getroffen, dem diese Wettbewerbstitel, geschweige denn Genaueres zu den Wettbewerben oder die Wettbewerbsmodalitäten bekannt sind. Diese Regierung schweigt. Es gibt einen weiteren Monat keine Entscheidung für die Unternehmen, für die Wirtschaftsförderung und die IHKs, die sich aufstellen wollen, um noch in diesem Jahr mit Projekten zu beginnen. Frau Thoben ist heute nicht anwesend, aber Sie, Herr Wittke, werden es ihr sicherlich ausrichten: Frau Thoben konnte sich wieder – das ist der Grund, weswegen es immer noch nichts gibt – mit Herrn Pinkwart nicht einigen. Das ist immer die gleiche Nummer in diesem Haus.

(Beifall von der SPD)

Die beiden bekommen das zusammen nicht auf den Weg. Das wird immer deutlicher. Ich sage noch einmal: Hätte es Frau Thoben damals geschafft, die Ziel-2-Mittel in ihrem Haus zusammenzuziehen, dann hätten wir das Problem so nicht. Diese Dauerfehde geht zulasten der wirtschaftlichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Das ist nicht verantwortlich.

(Beifall von der SPD)

Ich sage – bitte richten Sie das Frau Thoben aus –: Auf dem Papier zumindest hat sie die Federführung. Sie soll sie endlich zum Wohle unseres Landes und zum Wohle des Bergischen Städtedreiecks nutzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die Fraktion der CDU hat der Kollege Westkämper das Wort.

Horst Westkämper (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe natürlich den Worten meines Vorredners Herrn Eiskirch gelauscht. Ich kann nur feststellen, Herr Eiskirch: Sie wollen auf den Zug aufspringen, der bereits in voller Fahrt ist. Hierbei bleibt Ihnen aber nur der Platz als Trittbrettfahrer übrig. Ich glaube, dass Sie sich mit diesem Antrag auch gar nicht mehr versprechen.

(Beifall von CDU und FDP – Thomas Eiskirch [SPD]: Ihre Rede war aber geschrieben, bevor Sie mir zugehört haben, oder?)

Hinsichtlich der Strukturpolitik für das Bergische Land, haben Sie im Bergischen Land jegliche Glaubwürdigkeit verloren. Dafür haben Ihnen die Wählerinnen und Wähler bei der Kommunalwahl und bei der Landtagswahl die rote Karte gezeigt.

Ich darf Ihnen sagen, Kollege Eiskirch: Sie haben die Strukturschwäche schon richtig aufgezeigt. Das ist richtig. Ihre große Eigenverantwortung für diesen Zustand, haben Sie allerdings verschwiegen. Das allein zeigt die Unglaubwürdigkeit Ihrer Politik für das Bergische Städtedreieck auf.

Die Kommunalparlamente in Solingen, Remscheid und Wuppertal, die zuständige Industrie- und Handelskammer und die Gewerkschaften haben in der Vergangenheit immer wieder aufgezeigt: Es gibt neben dem Ruhrgebiet noch mehr

strukturschwache Gebiete in unserem Land Nordrhein-Westfalen, die dringend der Unterstützung bedürfen. Sie waren auf diesem Auge blind, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion. Sie haben aus wahltaktischen Gründen nur das Ruhrgebiet gesehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie tragen auch dafür die Verantwortung, denn Sie haben bewusst in Kauf genommen, dass die Wirtschaftskraft des Bergischen Landes und des Bergischen Städtedreiecks den Bach hinuntergegangen ist. Hierfür sind Sie allein verantwortlich. Das vergessen die Menschen in unserem Städtedreieck nicht.

Die neue Landesregierung, meine Damen und Herren, hat die Neuausrichtung der europäischen Förderkulisse für die Förderjahre 2007 bis 2013 mit großem Erfolg innerhalb kürzester Zeit vorangetrieben. Die gebietsscharfe Abgrenzung der Förderkulisse, wie sie bei Ihnen noch üblich war, fällt zukünftig weg. Die Fördermittel werden nun landesweit im Wettbewerb, um die besten Ideen und Konzepte vergeben. Darüber hinaus ist die Kofinanzierung möglich und der nicht erstattungsfähige Teil der Mehrwertsteuer bleibt anrechnungsfähig.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

Das heißt also: Wir machen Politik für alle Menschen in unserem Land.

(Beifall von der CDU)

Wir gestalten kreative Ökonomie. Wir tun das praxisnah, zielorientiert und unideologisch. Wir unternehmen nicht den Versuch, einzelne Regionen gegeneinander auszuspielen, und das unterscheidet uns eben von Ihnen, meine Damen und Herren.

Die Weichen sind also zukunftsweisend gestellt. Festzuhalten bleibt hier nochmals: Sie sind für die verfehlte Wirtschafts- und Verkehrspolitik im Bergischen Dreieck abgestraft worden. Das war zunächst bei der Wahl 1999 – daran können Sie sich sicherlich noch erinnern – in Wuppertal, Remscheid und Solingen der Fall. Dort wurden Sie abgewählt.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

In meiner Heimatstadt Solingen gewann die CDU alle 29 Wahlbezirke direkt. Das wurde seinerzeit von Ihnen noch gar nicht ernst genommen. Sie meinten, dass das ein einmaliger Ausrutscher war, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

– Das müssen Sie sich schon anhören. Dann kam die Kommunalwahl 2004: Dank ausgezeichneter Strukturpolitik wurde der Bürgermeister der CDU im ersten Wahlgang direkt wiedergewählt. Die CDU gewann wieder alle 29 Wahlbezirke und auch alle ehemals noch so traditionellen SPD-Hochburgen direkt. Seit der Landtagswahl 2005 – auch das muss hier einmal gesagt werden – stellt die SPD im gesamten Städtedreieck Wuppertal, Solingen und Remscheid keinen Landtagsabgeordneten mehr. Das war die Quittung für Ihre verfehlte Strukturpolitik.

Ich möchte an dieser Stelle noch eines sagen: Zu einer vernünftigen Strukturpolitik gehört auch eine vernünftige, zielgerichtete Verkehrspolitik. Straßen sind die Lebensadern einer Stadt. Wenn ich das für Solingen zum Beispiel sagen darf, so ist die Anbindung an die Autobahn für diese Stadt von existenzieller Bedeutung. Sie ist das nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die vielen lärmgeschädigten Bürger an den Ausfallstraßen.

Sie, die SPD-Fraktion – das wissen Sie alle noch ganz genau – haben diese Anbindung an die A 3 kurz vor der Landtagswahl auf dem Altar der Koalitionsmehrheit geopfert. Für den damaligen Bundesverkehrsminister Stolpe von der SPD war diese Anbindung noch in Dringlichkeitsstufe 1 vorgesehen. Umweltgutachten, Kostenfaktoren, alles war im grünen Bereich. Sie haben sich gegen die Bürger entschieden.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie haben sich gegen eine Strukturförderung im Bergischen Dreieck entschieden. Sie haben sich gegen Ihre Überzeugung den Grünen geopfert. Sie waren in all den Jahren Ihrer Mehrheit bei den Beratungen beratungsresistent. Sie haben nicht auf die Kommunalpolitiker, nicht auf die Meinung der Industrie- und Handelskammer und auch nicht auf die Gewerkschaften gehört.

(Carina Gödecke [SPD]: Jetzt haben Sie zehn Minuten erzählt, was wir alles nicht gemacht haben! – Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

Ich könnte Ihnen empfehlen, Frau Gödecke, dass Gespräch mit dem Regionsvorsitzenden des DGB für das Städtedreieck, Herrn Peters, zu suchen. Sie werden das nicht tun, weil er inzwischen nicht mehr bei Ihnen ist, da auch er Sie verlassen hat, meine Damen und Herren. Das ist die Situation.

(Beifall von der CDU)

Ich darf abschließend feststellen: Die Weichen für eine zukunftsorientierte Strukturpolitik für das Bergische Städtedreieck sind gestellt, und das inner-

halb weniger Monate nach der Landtagswahl. Bisher waren diese Städte von den EU-Mitteln abgeschnitten. Die Region ist dabei, alles daran zu setzen, jetzt EU-Mittel zu erhalten. Dafür haben wir die Voraussetzungen geschaffen. Wenn Sie jetzt mithelfen wollen, meine Damen und Herren von der SPD, dann finde ich das äußerst begrüßenswert.

(Zuruf von der SPD)

Aber aus Gründen der Glaubwürdigkeit kann ich Ihnen nur eines sagen: Bevor Sie mitarbeiten, sollten Sie Ihren Antrag zurückziehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Westkämper. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt das Wort Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Westkämper, wir haben ja schon im Stadtrat von Solingen – damals waren Sie Fraktionsvorsitzender und ich Fraktionsvorsitzende – um die Zukunft unserer Stadt gerungen. Wenn Sie hier so die vermeintlich ruhmreichen Entwicklungen und das Elend der SPD beklagen, dann will ich dem Hohen Hause und der Öffentlichkeit doch zumindest auch nicht vorenthalten, dass die CDU-Fraktion im Solinger Stadtrat inzwischen zwei Abspaltungen zu beklagen hat – also mitnichten über die grandiosen Mehrheiten verfügt, von denen Herr Westkämper gesprochen hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das hat er verschwiegen, das gehört auch zur Wahrheit.

Inzwischen gibt es in Solingen eine schwarz-rote Zusammenarbeit. Auch davon war jetzt hier nichts zu hören.

Das Beste, liebe Kolleginnen und Kollegen, was für die Bergische Region in den letzten Jahren an Strukturpolitik passiert ist, ist die Regionale 2006.

(Beifall von der SPD)

Für diese Regionale 2006 haben sich seinerzeit Herr Walsken, der diesem Parlament nicht mehr angehört, und ich mich selbstverständlich bei Frau Brusis eingesetzt. Herr Vesper als grüner Struktur- und Stadtentwicklungsminister hat dieses Konzept durchgeführt. Gott sei Dank hat es mit dem Regierungswechsel keine Veränderungen bei dieser – obwohl es noch keine EFRE-Mittel für

die Region gab – strukturpolitisch kleinen Revolution für das Bergische Land gegeben. Dafür bin ich Herrn Wittke auch dankbar. Das war insofern Kontinuität. Herr Wittke hat das vor Ort auch immer sehr deutlich gemacht. Oberbürgermeister Haug hat auch immer sehr deutlich gemacht, dass die Einleitung dieses Prozesses unter Rot-Grün begonnen hat und dass er sich über die grünen Minister in dieser Frage nicht zu beklagen hatte.

Das zur Wahrheit und zur Abrundung dessen, was Sie hier geschildert haben, vorweg.

Dass der Straßenbau aus Ihrer Sicht das Zukunftsfeld ist, hat mit EU-Strukturpolitik und mit den Fragen, die hier im SPD-Antrag beschrieben sind, nun überhaupt nichts zu tun. Dass sich vor Ort die Menschen jetzt zuhauf gegen diese Straße wehren, sehen Sie hoffentlich auch. Dass der Oberbürgermeister erklärt hat, dass er selber im Moment gar nicht daran glaubt, dass diese Straße kommt, von der Sie jetzt meinen, dass sie kommt, gehört auch zur Wahrheit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Straßen von heute bilden den Stau von morgen. Da müssten wir im Rahmen des Klimawandels im Grunde ganz andere Diskussionen führen.

Auch das nur vorab.

Meine Damen und Herren, aus unserer Sicht müssen wir an diese Regionale anknüpfen. Am 20. April 2007 hat die Regionale 2006 Agentur mit Blick auf die neue Ziel-2-Förderperiode unter dem Titel „Strukturimpulse für das Bergische Städtedreieck“ einen Handlungsrahmen vorgelegt. Dieser Handlungsrahmen beinhaltet eine umfassende und ehrliche Analyse der wirtschaftlichen Ist-Situation der Region. Unter dem Strich steht dabei das Ergebnis, dass speziell die Lage des industriellen Sektors, der die Wertschöpfung des Bergischen Städtedreiecks nach wie vor überproportional prägt, besorgniserregend ist. So wird konstatiert, dass die Industrie im Bergischen Land seit 1990 rund 16 % ihres nominalen Umsatzvolumens, 27 % ihrer Betriebe und 47 % ihrer Beschäftigten verloren hat.

Insofern ist die im SPD-Antrag vorgenommene Situationsbeschreibung zutreffend, und insofern wird das Bergische Städtedreieck seitens der Landesregierung im Rahmen des EFRE-Programms 2007 bis 2013 auch zu Recht als eine strukturschwache Region definiert, in die durch die Zuerkennung eines besonderen Förderstatus ein erhöhter Mittelzufluss erfolgen muss. Dafür hat die Region lange gekämpft.

Das Bergische Städtedreieck ist aber auch eine starke Region, eine Region mit einer ausgewiesenen Exportorientierung, eine Region mit immerhin sieben Unternehmen, die die „Welt am Sonntag“ im Jahr 2006 im Rahmen einer Reihe zur Vorstellung mittelständischer Topunternehmen mit dem Qualitätsurteil „Weltklasse“ belegte und als „Hidden Champions“ bezeichnete, eine Region, die mit dem Unternehmen Vaillant über einen Akteur verfügt, der seit Langem kein „Hidden Champion“ mehr ist, sondern für alle sichtbar und an den konkreten Unternehmensdaten ablesbar zu einem Weltmarktführer mit durchaus globalen Ansprüchen avanciert ist und im Bereich der Heizkesseltechnik sowie mit seiner Ausrichtung auf die Entwicklung energiesparender Systeme so aufgestellt ist, dass eine langfristige Verfestigung dieser Spitzenposition zu erwarten ist. Als Solingerin nenne ich natürlich das Zwilling-Werk, dem man weltweit begegnet, weil man in den Geschäften sein Symbol sieht und die Schneidwaren erwerben kann.

Das Bergische Städtedreieck ist darüber hinaus eine Region, die für Innovationsfähigkeit steht. Zwar verfügt sie über keine herausragenden Forschungseinrichtungen im Sinne eines Fraunhofer-Instituts, aber mit dem Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie, dem Institut für Galvano- und Oberflächentechnik in Solingen und dem ebenfalls in Solingen verorteten Bergischen Institut für Produktentwicklung und Innovationsmanagement sind hier doch mehrere Einrichtungen angesiedelt, die über ihre besondere Expertise speziell in einigen ausgewiesenen Zukunftsfeldern wichtige Impulse geben.

Das zeigt: Da ist etwas los im Bergischen Land. Da ist mehr zu entdecken. Da hat sich industrielle Produktion sehr, sehr entwickelt.

Hinzu kommt, dass in vielen mittelständischen Unternehmen Forschung und Entwicklung großgeschrieben werden. Dies hat dazu geführt, dass das Bergische Städtedreieck mit 59 Patentanmeldungen beim Deutschen Patentamt pro 100.000 Einwohnern nicht nur deutlich über dem Landesdurchschnitt von 44 Anmeldungen liegt, sondern auch deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Mit Blick auf diese Stärken bin ich sehr sicher, dass sich das Bergische Städtedreieck in den jetzt anstehenden Ziel-2-Wettbewerben um die besten Ideen und Projekte wird behaupten können, und zwar – dies möchte ich betonen – in landesweiten Wettbewerben unter Beteiligung aller Regionen Nordrhein-Westfalens. Ich bin zuversichtlich, weil das Städtedreieck seine Hausaufgaben gemacht

hat und mit der einen oder anderen Stelle besser aufgestellt zu sein scheint als andere Regionen.

(Beifall von den GRÜNEN)

So hat das Städtedreieck im Rahmen der Regionale 2006 bereits hinlänglich die Möglichkeit gehabt, den Prozess regionaler Konsensbildung – so schwierig der ist – und interkommunaler Zusammenarbeit einzuüben und zu praktizieren. Gerade diese Kooperationskompetenz wird nach allem, was wir aus dem Wirtschaftsministerium hören, ein zentrales Kriterium bei den zukünftigen Ziel-2-Wettbewerben sein. Dies bedeutet, hier ist das Städtedreieck möglicherweise anderen Regionen sogar ein Stück voraus.

Zweiter Punkt: Das Bergische Städtedreieck verfügt sowohl in punkto strategische Ausrichtung als auch in punkto personelle Bestückung über ein hervorragendes Regionalmanagement, das durch die Weiterentwicklung der Regionale 2006 Agentur zur Bergischen Entwicklungsagentur im Verlauf des Jahres 2007 zudem noch weiter gestärkt und optimiert werden wird.

Bei der Gelegenheit gilt mein Dank nicht nur den Räten der Städte, sondern auch der Industrie vor Ort, die das gerne und stark unterstützt hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dritter Punkt: Über eine stringente Kompetenzfeldstrategie vor allem im Bereich Metall und Werkzeuge sowie Produktentwicklung und Design hat die Region bereits jetzt die Grundlagen für nachhaltige und sich mittelfristig selbst tragende regionale Clusterprozesse geschaffen.

Vor diesem Hintergrund bin ich der festen Überzeugung, dass das Bergische Städtedreieck auch die logistischen Nachteile wird ausgleichen können, die der Region gegenüber einigen Ruhrgebietskommunen aufgrund der langjährigen Ziel-2-Erfahrungen dort erwachsen. Ich hoffe, dass in diesem Kontext auch ein weiterer strategischer Nachteil des Bergischen Städtedreiecks nicht negativ zu Buche schlagen wird. Denn die Region gehört anders als weite Teile des Ruhrgebiets nicht zur Gebietskulisse des maßgeblich über Ziel-2-Mittel getragenen regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms und kann dementsprechend nicht an den in diesem Programm verankerten investiven und nichtinvestiven Fördermechanismen partizipieren.

Meine Damen und Herren, der von der SPD vorgelegte Antrag eröffnet insofern die Möglichkeit, einmal ausführlich über das Städtedreieck zu reden. Das tun wir gerne, und dafür bin ich der SPD-Fraktion auch dankbar. Das resultiert näm-

lich aus dem Besuch einer sehr schön wieder hergerichteten Bahnhofshalle. Die hätten wir vorher auch sehen müssen. Da konnten wir immer gut argumentieren mit Blick auf den Osten.

An einem entscheidenden Punkt – das dürfte Sie nicht überraschen – unterscheiden sich unsere Forderungen aber von Ihren. Das ist die Frage: Gehen wir davon aus, dass wir die Stärken ausgleichen müssen, sodass wir zu einem Mittelweg finden, oder gehen wir von einem an die Stärken anknüpfenden, ressourcenorientierten Ansatz aus und glauben, dass wir damit alle Regionen weiter nach vorne bringen?

Wir gehen von einem ressourcenorientierten Ansatz aus, und deswegen teilen wir die Schlussfolgerung in Ihrem Antrag, die diesen Punkt betrifft, nicht. Wir glauben, dass das auch etwas damit zu tun hat, wie wir uns auf die Wissensgesellschaft bezogen aufstellen. Deswegen teilen wir an diesem Punkt Ihre Schlussfolgerungen und Ihre Forderungen nicht. Das ist auch gestern schon deutlich geworden.

Ich werbe aber dafür, dass wir anhand dieses Antrags konstruktiv über das Bergische Städtedreieck diskutieren, und freue mich auf die weiteren Beratungen in den Ausschüssen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Löhrmann. – Für die Fraktion der FDP hat jetzt der Kollege Dr. Orth das Wort.

Dr. Robert Orth^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Als ich diesen Antrag der SPD gesehen habe, habe ich als Erstes an den diesjährigen Neujahrsempfang der IHK in Wuppertal gedacht. Dort stand ein Sozialdemokrat – Henning Scherf –, der immer wieder „Sie hier im Ruhrgebiet“ gesagt hat. Ich glaube, das zeigt ein bisschen, wie genau wir eigentlich die Region im Bergischen Land kennen.

(Beifall von der FDP)

Es ist schon bezeichnend, dass ein Abgeordneter aus dem Ruhrgebiet, Herr Eiskirch, hier reden musste und dass er immer wieder auf das Spannungsverhältnis zwischen Ruhrgebiet und Bergischem Land eingegangen ist.

Insofern glaube ich, dass Sie erst einmal innerhalb Ihrer eigenen Fraktion abklären sollten, wo Sie Ihre Schwerpunkte setzen wollen: ob Sie Anträge für das Fenster schreiben, in denen Sie so tun, als ob Sie das Bergische Land auch einmal

unterstützen möchten, oder ob Sie in Wirklichkeit doch nur wieder alle Fördermittel, die wir haben, auf das Ruhrgebiet konzentrieren wollen. Wir jedenfalls wollen das nicht.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie sich jetzt hier als Retter des Bergischen Landes aufspielen, dann muss man ein bisschen in die Historie gehen. Als Johannes Rau hier noch Verantwortung trug, ja, da haben Sie etwas für diese Region getan. Da sind zum Beispiel Stadthallen modernisiert worden; es wurde einiges gemacht.

Aber was ist denn seit 2000 passiert? – Seit 2000 ist es mit den industriellen Arbeitsplätzen kontinuierlich bergab gegangen. Jahrelang haben Sie nicht einmal eine Kleinstinitiative gestartet. Sie haben eben nicht versucht, die Ziel-2-Mittel auch für das Bergische Städtedreieck zu öffnen, obwohl Ihnen die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker jahrelang damit in den Ohren gelegen haben.

Wir wollten, Sie nicht. Sie sollten einmal einen Antrag schreiben, in dem es heißt: Meine Damen und Herren im Bergischen Städtedreieck, es tut uns leid.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Frau Löhrmann, zu den Grünen. Warum haben wir denn strukturelle Nachteile im Bergischen Land? Das liegt unter anderem daran, dass wir die Straßen, die wir brauchen, nicht bauen konnten.

(Beifall von der FDP)

In Wirklichkeit sind Sie doch die Bremser. Die Bremserin an dieser Stelle heißt aus meiner Sicht „Löhrmann“. Sie haben selbst gesagt, dass Sie lange Zeit in Solingen Verantwortung getragen hätten.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Bis heute haben wir den Anschluss an die A 3 nicht. Bis heute sind wir für den Ausbau der ein oder anderen Landstraße. Was ist passiert? – Nichts.

Es ist ja nicht so, dass wir im Bergischen Städtedreieck keine bedeutenden Forschungseinrichtungen hätten. Sie haben gerade gesagt, leider gebe es dort nichts. Es gibt dort nichts mehr, weil Sie alles kleingemacht haben. Bayer hat da große Forschungseinrichtungen unterhalten. Wir waren in der chemischen Industrie, in der Gentechnik und in der Forschung führend: All das hat sich im

Bergischen Städtedreieck abgespielt, und das haben Sie mit Ihrer Politik, die gegen Chemie, gegen Gentechnik und gegen Biotechnologie gerichtet ist, diskreditiert. All das findet jetzt im Ausland statt. Auch Sie sollten einmal darüber nachdenken, was Sie zu der Situation im Bergischen Städtedreieck beigetragen haben.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt gerade zwei Jahre an der Regierung. Was haben wir in den zwei Jahren gemacht?

(Zuruf von der SPD: Nichts!)

Wir haben kleinere und größere Schritte gemacht. Ich möchte nur kurz Folgendes erwähnen – ich meine, auch das darf man sagen –: Wir haben die Kulturmittel für das Tanztheater von Pina Bausch erhöht. Wir haben mehr Mittel für den Denkmalschutz in der Region bereitgestellt. Wir haben Landesstraßen ausbauen lassen, und – was das Wichtigste ist – wir haben die Ziel-2-Mittel für das Bergische Städtedreieck geöffnet, damit es der Region besser geht, als es unter der langen Regierungszeit von SPD und Grünen der Fall war.

(Beifall von der FDP)

Ich glaube daher, der Antrag wird Sie von der SPD noch einholen. Er wird dazu führen, dass wir eine historische Betrachtung machen können, die wir uns gerne vornehmen. Da haben wir nichts zu verbergen und nichts zu befürchten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Orth. – Für die Landesregierung spricht jetzt in Vertretung von Frau Ministerin Thoben Herr Minister Wittke.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ein Vorschlag vorweg: Ich schlage den Verfassern dieses Antrags vor, sich den Entwurf des Ziel-2-Programms der der EU-Kommission zur Genehmigung vorliegt, genau durchzulesen.

Wir werden nicht nur eine konsequent innovative und technologieorientierte Wachstums- und Entwicklungspolitik realisieren. Etwa die Hälfte der Mittel des gesamten Ziel-2-Programms – das sind rund 642 Millionen € allein an EU-Mitteln – werden wir für die Regionen in Nordrhein-Westfalen einsetzen, die wir als strukturschwach bezeichnen.

Neben dem Ruhrgebiet ist das Bergische Städtedreieck in dem Programmmentwurf explizit als eine solche strukturschwache Region aufgeführt. Das hat sich seit dem Regierungswechsel verändert.

(Beifall von der CDU)

Was für einen Sinn hat dann Ihre Forderung, die Mittel auf die Ausgleichszielregion zu konzentrieren? Das haben wir doch bereits gemacht. Lesen Sie das einfach einmal nach.

Herr Kollege Eiskirch, Sie haben vorhin gesagt, das seien nur EU-Mittel, Landesmittel müssten dorthin.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

Wissen Sie, den Menschen ist es egal – fast hätte ich gesagt: sch...egal –, woher die Mittel kommen, ob das nun Landesmittel oder europäische Mittel sind. Wichtig ist, dass wir Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Wichtig ist, dass die Mittel in Wuppertal, Solingen und Remscheid ankommen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister Wittke, lassen Sie gerne eine Zwischenfrage von Herrn Eiskirch zu?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das habe ich mir doch gedacht. – Herr Eiskirch, bitte.

Thomas Eiskirch (SPD): Herr Minister Wittke, würden Sie mir konzедieren, dass ich vorhin, als es um das Bergische Städtedreieck, das Ruhrgebiet und andere strukturschwache Regionen ging, überhaupt nicht davon gesprochen habe, dass man die Ziel-2-Mittel und die Mittel für die Kofinanzierung im nationalen Anteil dort nicht zur Verfügung stellen sollte, sondern dass ich gesagt habe, dass Sie im Rest des Landes, nämlich überall dort, wo es keine Strukturschwäche gibt, Ihrer Verantwortung, mit Landesmitteln Wirtschaftsförderung zu betreiben, nachkommen sollten, damit die EU-Mittel wirklich in den strukturschwachen Regionen bleiben, und dass insofern das, was Sie eben gesagt haben, eine mutwillige Fehlinterpretation war?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Kollege Eiskirch, dem kann ich nicht zustimmen. Denn es gibt noch weitere strukturschwache Gegenden in Nordrhein-Westfalen, und es gibt noch weitere Gegenden, wo Sie keine Abgeord-

neten haben. Vielleicht stellen Sie für die künftig auch Anträge.

(Beifall von der CDU)

Ich kann Ihnen im Anschluss an diese Sitzung gerne noch weitere Gegenden in unserem Lande nennen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das heißt allerdings nicht, dass wir 100 % der zur Verfügung stehenden Mittel aus dem bedeutendsten Strukturprogramm des Landes allein in die strukturschwachen Gebiete geben. Wir wollen eine stärkenorientierte Strukturpolitik, und Stärken gibt es eben nicht nur in den wirtschaftlich schwächeren Regionen unseres Landes. Unsere Politik unterstützt deshalb die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und die Vorbereitung auf die Wissensgesellschaft.

Das muss für alle Regionen gelten, nicht nur für die strukturschwachen, die natürlich auch und vor allem davon profitieren werden. Das ist keine, wie Sie schreiben, Bevorzugung der wirtschaftlich stärkeren Räume Nordrhein-Westfalens – ganz im Gegenteil. Von dort kommen die Anfragen, warum denn 50 % der Mittel weiterhin in die strukturschwachen Regionen geleitet werden sollen.

Es wird auch künftig in keiner Region Nordrhein-Westfalens, egal ob strukturschwach oder strukturstark, auch nur ein gutes Projekt scheitern, weil es dafür keine Förderung gibt, die vielleicht notwendig ist. Das ist der Unterschied zu früher.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben nicht vorher schon die Rollos heruntergelassen, sondern wir entscheiden nach der Qualität der Projekte, die kommen. Es wird gute Projekte aus starken Regionen und gute Projekte aus schwachen Regionen geben. Gute Projekte dürfen nicht daran scheitern, dass Fördermittel nicht zur Verfügung stehen, egal aus welcher Region des Landes sie kommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Damit hat die Landesregierung bereits die Strukturpolitik dem Ausgleichsziel und dem Wachstumsansatz der Lissabon-Strategie entsprechend entwickelt. Die Forderungen des SPD-Antrags sind insofern überflüssig.

Die SPD möchte, dass ein von der Region erarbeitetes Strukturprogramm Ausgangspunkt für die strukturpolitischen Aktivitäten der Landesregierung im Bergischen Städtedreieck sein soll. Da sage ich Ja und ergänze: Genau das ist schon geschehen:

Erstens: Das NRW-Ziel-2-Programm ist nach intensiver parlamentarischer Beratung und mehrmonatiger, gründlicher Diskussion mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie den Akteuren in den Kommunen und Regionen erstellt worden. Beteiligt waren dabei natürlich auch die Vertreterinnen und Vertreter aus Wuppertal, Solingen und Remscheid.

(Beifall von der CDU)

Ein solch breites Beteiligungsspektrum für die Erstellung bedeutender strukturpolitischer Programme ist ein Novum in der Bundesrepublik Deutschland.

Zweitens. Die Landesregierung hält das Strukturkonzept kompetenzhoch³ für beispielgebend. Daher haben wir es auch gefördert. Ich möchte festhalten, dass dieses Konzept aus der Regionale 2006, die das Land millionenschwer gefördert hat, entstanden ist und zugleich noch eine direkte Förderung aus dem Innovationsprogramm Nordrhein-Westfalens erhalten hat. Auch das zeigt den Stellenwert des Bergischen Städtedreiecks in der Strukturpolitik dieser Landesregierung.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie noch eine zweite Zwischenfrage des Abgeordneten Eiskirch?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Immer wieder gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön.

Thomas Eiskirch (SPD): Noch eine ganz simple Frage: Ich hatte vorhin aus dem Brief von Herrn Minister Pinkwart zitiert, dass am 23. April die Wettbewerbstitel über alle Ministerien hinweg festgelegt und zeitnah veröffentlicht werden sollen. Das ist für die Region, für alle, die dort gute Ideen entwickelt haben, wichtig, das frühzeitig zu wissen. Vier Wochen sind nicht mehr unbedingt zeitnah. Sind den Regionen, speziell dem Bergischen Städtedreieck, die Wettbewerbstitel heute bekannt – wenn nein, wann wird es passieren, morgen oder übermorgen –, sodass sie sich jetzt endlich darauf einstellen können, die Wettbewerbszeiträume zu nutzen, um vielleicht im Jahr 2007 doch noch eine Chance zu haben, 1 € oder 2 € für Wettbewerbsförderprogramme zu bekommen. Sonst wird das zeitlich fürchterlich knapp.

Gibt es diese Wettbewerbstitel? Wenn ja, sind sie auch schon veröffentlicht worden, wenn nein, warum nicht?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Kollege Eiskirch, ich habe in den vergangenen zwei Jahren viele Akteure im Bergischen Städtedreieck kennengelernt. Ich weiß, dass die schnell und flexibel sind, und ich weiß auch, dass die mehr als 1 € oder 2 € beantragen werden. Darum kann ich Ihnen versichern: Jawohl, auch das Bergische Städtedreieck wird die Chance bekommen, weitere Mittel in die Region zu ziehen. Dabei gefällt mir besonders – das ist der Unterschied zum Ruhrgebiet, um an die Debatte von vorhin anzuschließen –, dass man im Bergischen Städtedreieck gemeinsam handelt, weil man verstanden hat, dass sich Wuppertal oder Solingen oder Remscheid nicht alleine auf den Weg begeben darf. Die Region muss vielmehr zusammenhalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Das, ist eine tolle Leistung, die die Landesregierung auch honorieren wird, weil wir uns vorgenommen haben, es zu fördern, wenn Leute etwas gemeinsam tun.

Drittens. Die Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie hat darüber hinaus am 19. April dieses Jahres im Rahmen einer Standortkonferenz die Umsetzung des Ziel-2-Programms mit Vertretern der Region direkt vor Ort besprochen. Daneben werden zurzeit Fachgespräche auf Ressortebene mit Vertretern der Region geführt, die die Einbeziehung einzelner Projekte in die anstehenden Förderwettbewerbe zum Ziel haben.

Dieser Abstimmungsprozess läuft. Denn es macht keinen Sinn, aufs Geradewohl einfach irgendwelche Anträge zu stellen. Darum bin ich froh darüber, dass wir in ständigem Kontakt und in ständiger Diskussion mit den Akteuren des Bergischen Städtedreiecks stehen. Herr Kollege Eiskirch, genau daraus wird es die entsprechenden Anträge zu den Wettbewerben geben, und sie haben dann auch gute Chancen auf Realisierung.

Es wird deutlich, dass es ein besonderes Anliegen der Landesregierung ist, das Bergische Städtedreieck bei seinen konzeptionellen Überlegungen zu begleiten und Wege zur Unterstützung aufzuzeigen.

Noch eines möchte ich der Fraktion der SPD sagen: Gehen Sie doch einmal in die Region und schauen Sie sich an, was dort in den vergangenen Jahren mit der Unterstützung des Landes im Rahmen der Regionale 2006 erreicht wurde – trotz der Haushaltssicherungskonzepte, in denen sich die Gemeinden befinden! Wir haben dort wahnsinnig viel auf den Weg gebracht, und ich frage Sie, Herr Kollege Wißen: Was ist das denn

für eine Denke, wenn Sie bei öffentlicher Förderung immer nur auf öffentliche Investitionen abstellen? Wir wollen bewusst nicht nur öffentliche Investitionen, sondern auch gute Privatinitiativen,

(Beifall von der FDP)

gute Initiativen von Wirtschaftsunternehmen fördern. Von ihnen gibt es im Bergischen Städtedreieck eine ganze Reihe.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Das gilt auch und insbesondere für den wirtschaftlichen Bereich. Denn diese Regionale zeichnet sich durch eine starke Wirtschaftsorientierung aus.

Ich greife dazu noch einmal das von Ihnen erwähnte Strukturkonzept kompetenzhoch³ auf. Darin hat die Region Schwerpunktbereiche ihrer wirtschaftlichen Betätigung als Cluster und Stärken definiert. Tatsache ist, dass die von der Region definierten Stärkefelder fast vollständig in den vom Land festgelegten NRW-Clustern aufgehen. In jedem einzelnen der NRW-Cluster werden breit angelegte Wettbewerbe veranstaltet. Aus diesen Wettbewerben heraus werden die besten Projekte ausgewählt und gefördert. Denn wir wollen weg von der Mentalität, wonach man seine Stadt oder seine Region mit möglichst schlechten Wirtschaftsdaten und Arbeitslosenzahlen beschreiben muss, um Förderung zu erhalten.

(Frank Sichau [SPD]: Wer sagt das?)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir an dieser Stelle noch eine Bemerkung. In den vergangenen Wochen und Monaten war ich rund 20-mal in Solingen, in Remscheid und in Wuppertal. Diese Region ist kein Betreuungsfall, wie Sie in dieser Debatte weismachen wollen, sondern diese Region ist eine starke Region. Gott sei Dank! Darum sollten Sie sich davor hüten, Wuppertal, Solingen und Remscheid schlechtzureden, sondern helfen Sie mit, die Stärken weiter auszubauen, so wie diese Landesregierung es gemeinsam mit den Städten in den vergangenen Monaten getan hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Bergische Städtedreieck hat wegen der Übereinstimmung seiner Stärken mit den NRW-Clustern folglich sehr gute Voraussetzungen, um aus den Wettbewerben heraus Fördermittel erhalten zu können. Den Fokus der Clusterstrategie des Landes im Besonderen auf das Bergische Städtedreieck zu richten, wie es der SPD-Antrag fordert, ergibt sich quasi von allein.

Zum Schluss noch ein Wort zur von Ihnen aufgeworfenen Frage des Eigenanteils der Kommunen bei den Förderungen aus dem Ziel-II-Programm. Dazu hat Frau Kollegin Thoben bereits gestern im Plenum ausführlich Stellung genommen. Ich kann nur wiederholen: Die Landesregierung wird bei der Bemessung der Höhe der Eigenanteile die jeweilige Finanzlage der Kommunen berücksichtigen. Für Kommunen in schwierigen Haushaltslagen soll der Eigenanteil regelmäßig 20 % betragen, damit Fördermaßnahmen in diesen Kommunen nicht an dem zu erbringenden Eigenanteil scheitern. In Abhängigkeit von der strukturpolitischen und regionalen Bedeutung eines Vorhabens kann er sogar auf bis zu 10 % der förderfähigen Kosten verringert werden.

Allerdings kann grundsätzlich nicht ganz auf den Eigenanteil verzichtet werden. Denn gerade der Eigenanteil gibt einen wesentlichen Anhaltspunkt zur Beurteilung der Ernsthaftigkeit und der wirtschafts- und strukturpolitischen Relevanz eines Projektes. Auch in diesem Punkt ist Ihr Antrag entbehrlich. Ich versichere Ihnen noch einmal: Kein gutes Projekt im Bergischen Städtedreieck wird an mangelnden Fördermitteln dieser Landesregierung scheitern.

(Bodo Wißen [SPD]: Weiß das der Innenminister?)

Deshalb läuft Ihr Antrag ins Leere. Ich habe Verständnis dafür, dass Sie die mangelnde personelle Präsenz in Ihrer Fraktion mit Abgeordneten aus dem Bergischen Land kaschieren wollen, indem Sie einen Spezialantrag zum Bergischen Städtedreieck stellen. Das ist Ihr gutes Recht. Ich erwarte demnächst Ihre Anträge für das Sauerland, für das Münsterland und für andere Regionen, in denen Sie strukturschwach sind, meine Damen und Herren. Damit werden wir uns dann in gebotener Sachlichkeit, wie wir das auch heute getan haben, auseinandersetzen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Für die Fraktion der SPD hat Herr Abgeordneter Kuschke das Wort.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie der Kollege Orth stamme auch ich nicht aus der Region, aber nichtsdestotrotz bin ich mit den Problemen dort recht gut vertraut. Lassen Sie mich einige Punkte in aller Kürze nennen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Ach, Herr Brockes ist wieder da. Er ist aus Stockholm eingetrudelt, wohnt der Sitzung bei und ist bei diesem Tagesordnungspunkt aufgewacht. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]:
Das ist doch peinlich!)

– Auf dumme Zwischenrufe muss man manchmal entsprechend antworten, Herr Kollege Witzel.

Punkt 1!

(Minister Oliver Wittke: Herr Staatsminister
a. D., was gibt es?)

– Herr Oberbürgermeister a. D., zu Ihnen komme ich jetzt. An dem Wettbewerb „Schlechtredens über seine eigene Stadt“ könnten Sie sich doch eigentlich gut beteiligen. Denn die Phase haben wir in Gelsenkirchen während der Oberbürgermeisterschaft erlebt. – Das gleich zu Beginn.

Ich halte es wirklich für überflüssig und nicht zielfördernd, sich darüber zu unterhalten, wer in welchem Zeitraum mehr gegeben hat. Sondern die entscheidende Frage, über die wir uns durchaus auf hohem Niveau auseinandersetzen könnten, wäre: Wo gibt es denn neue Ansätze, bei denen wir auch so tolerant und fair wären, in die Diskussion einzutreten? Sind das Ansätze, denen wir uns anschließen können?

Frau Kollegin Löhrmann hatte Ihnen völlig fair attestiert – ich möchte das auch tun –, dass sie kontinuierlich den Ansatz der Regionale fortgesetzt haben. Das finden wir in Ordnung. Aber das, was genannt worden ist – auch von Ihnen, Herr Kollege – sind doch Ansätze, die weit in diese Zeit, diese 39 Jahre, zurückreichen, die Sie andererseits so traurig und so düster beschrieben haben. Dann wurde noch differenziert: Eigentlich waren es nicht 39 schlechte Jahre, sondern die Zeit von Johannes Rau war auch noch eine ganz gute Zeit. – Lassen wir das doch einmal weg und unterhalten wir uns über die neue Idee.

Zweitens möchte ich den Punkt aufgreifen, den Kollege Pinkwart – er ist nicht da – in die Diskussion eingebracht hat, was die Frage der Gründung von drei zusätzlichen Fachhochschulen angeht. Wir sind nicht der Auffassung, dass dieses Land zusätzliche Fachhochschulen benötigt. Wichtiger ist die Frage, ob es nicht im Zusammenhang mit dem Konzept dieses Städtedreiecks sinnvoll wäre zu überlegen, wie man einen zusätzlichen Nukleus schaffen kann, indem man die wissenschaftlichen Aktivitäten, die es schon gibt, konzentriert und sie in noch engere Verbindung zu dem Industriepotenzial bringt, was es dort gibt.

Das wäre ein Ansatzpunkt, den man gemeinsam verfolgen könnte.

Dritter Punkt: Warum sind wir eigentlich skeptisch, dass dort etwas passiert? – Da bedauere ich es außerordentlich, dass Frau Thoben heute nicht da sein kann. Denn dann hätten wir Frau Thoben als zuständiger Ministerin gesagt: Wir sind deshalb so skeptisch, weil wir festgestellt haben, dass an einer anderen Stelle, nämlich bei BenQ in Kamp-Lintfort im Kreis Wesel am Niederrhein, trotz zahlreicher Versprechungen der Landesregierung vor Monaten angesichts der Krisensituation bis heute nichts, aber auch gar nichts passiert ist.

(Beifall von der SPD)

Das ist der Punkt, der uns an dieser Stelle so misstrauisch macht und uns daran zweifeln lässt, ob wir bei der Entwicklung der Region Bergisches Dreieck mehr Mut und Zuversicht haben sollten, als das am Niederrhein der Fall war.

Vierter Punkt: Wettbewerbskriterien. In der Debatte vorhin ist bereits gesagt worden, dass wir die Kriterien, trotz mehrfacher Ankündigung seit einigen Monaten, bis heute nicht auf dem Tisch haben. Wir wissen nicht, wie das Verfahren ablaufen soll.

(Zustimmung von der SPD)

Wir sind, was die Abgabe des operationellen Programms angeht, nicht vorne gewesen – Minister Breuer müsste das wissen und könnte das bestätigen –, sondern wir gehören zum letzten Drittel der Länder, die ihre Konzepte abgegeben haben. Das heißt, wir werden auch noch mit der Kommission in einen Dialog eintreten und dort verhandeln müssen, wie die Verfahren und die Programme konkret ausgerichtet werden.

Fünfter Punkt: Herr Kollege Wittke, jetzt komme ich noch einmal auf den früheren Gelsenkirchener Oberbürgermeister zurück. Sie hätten sich damals doch mit aller Gewalt gegen eine Förderung in alle Himmelsrichtungen ausgesprochen. Sie hätten damals doch für Gelsenkirchen als strukturschwacher Region mit Recht eingefordert, dass wir sozioökonomische Kriterien brauchen, um einer strukturschwachen Region zu helfen.

Gehen Sie doch einmal in die Elendsquartiere im Münsterland, Herr Kollege Wittke, wo die Radwege nicht in Ordnung sind, wo die Innenstädte ungepflegt sind, wo wir eine hohe Arbeitslosigkeit haben. Sie können doch mit Händen greifen, dass wir in diesem Land Strukturunterschiede haben und wir mit unseren Förderinstrumenten unterschiedlich vorgehen müssen.

Ich sage das auch in Richtung von Frau Kollegin Löhrmann: Die Grünen müssen innerhalb ihrer eigenen Fraktion und Partei auch noch einmal den Streit ausfechten. Ihre eigene Landessprecherin sieht das anders und spricht sich dafür aus, dass das Ruhrgebiet als unvergleichbar strukturschwache Region eine andere Förderung benötigt als andere Regionen in Nordrhein-Westfalen.

Letzter Punkt: Stichwort Kofinanzierung! Herr Kollege Wittke, das, was gestern Frau Thoben aufgeführt hat, ist nicht ausreichend. Auch Ihre Erläuterungen haben uns nicht weitergebracht. Sie haben angedeutet, dass es 10 % oder 20 % sein könnten. Das ist doch die eine Seite. Die andere Seite ist, dass ich als Kommunalaufsicht kreditieren können muss, was sich dort ergibt. Das heißt, wir brauchen eine klare Verabredung und Vereinbarung des Innenministers mit den drei Bezirksregierungen, die im Bereich der strukturschwachen Regionen zuständig sind, in denen diese Dinge festgehalten und festgeschrieben wurden.

(Beifall von der SPD)

Diese Vereinbarung hat es zu Zeiten der rot-grünen Landesregierung eindeutig gegeben. Wir haben Sie schon einmal aufgefordert: Warum machen Sie das nicht so, wie wir es damals auf den Weg gebracht haben? Von mir aus mit den Ergänzungen, die es mittlerweile gegeben hat bei dem Beitrag von Minister Wittke, was die zehn- und zwanzigprozentigen Fördermöglichkeiten anbelangt! Aber wir müssen sicherstellen, dass die Kreditierung vernünftig läuft.

(Beifall von der SPD)

Das ist ein spannendes Thema, das sich in den Beratungen fortsetzen lassen wird. Ich hoffe – entgegen dem Pulverdampf, den es an der einen oder anderen Stelle gegeben hat –, dass wir sicherlich eine Menge an Übereinstimmungen haben werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Kuschke. – Für die CDU hat jetzt Herr Kollege Löttgen das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Beim Lesen des SPD-Antrags kam mir die Textzeile von Herbert Grönemeyers Lied „Mensch“ in den Sinn. Dort singt er: „Es tut gleichmäßig weh.“ Das ist genau der Zustand und das Gefühl, das man hat, wenn man diesen Antrag liest.

(Beifall von der CDU)

Ich will drei Punkte nennen, warum das so ist.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Wir waren schon weiter!)

Der Antrag legt Ursache und Geschichte der Strukturschwäche des Bergischen Städtedreiecks richtigerweise und exakt in die Zeit von 1990 bis 2005, also eine Zeit, in der bedauerlicherweise Sie von der SPD die Verantwortung für die Struktur- und Förderpolitik in Nordrhein-Westfalen hatten.

Es ergibt sich also zwingend die Frage, welche strukturpolitischen Erfolge außerhalb der bereits genannten Regionale 2006 Sie mit Europäischen Fördermitteln im Bergischen Städtedreieck eigentlich erreicht haben. Antwort zur Förderperiode 2000 bis 2006: Ergebnis für die EFRE-Mittel gleich Null, und zwar von 856 Millionen €. ESF-Mittel: 23,4 Millionen von 805 Millionen €. – Das ist das, was das Bergische Städtedreieck von Ihnen in Ihrer Förderperiode bekommen hat.

Uns, denjenigen, die die Problematik des Bergischen Landes – das Bergische Land vergessen Sie ja immer, sondern Sie sprechen nur vom Bergischen Städtedreieck – im vorliegenden operativen Programm – die Seiten 35, 38 und 55 sollten Sie sehr aufmerksam durchlesen – auf europäischer Ebene erstmals bekannt gemacht haben, der Regierung und den CDU-Abgeordnetenkollegen, die in ungezählten Reden, Presseartikeln, Interviews und Besuchen darauf bestanden haben, dass das Bergische Land nun in der europäischen Diskussion thematisiert wird, werfen Sie vor, wir hätten die Problematik nicht im Griff?

Herr Eiskirch, selbst in der aktuellen Legislaturperiode – ich habe mir alle Protokolle angeschaut – ist die SPD bis zum heutigen Tag nicht als Sachwalter der Interessen der Bergischen Region besonders aufgefallen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Eiskirch?

Bodo Löttgen (CDU): Bitte schön.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Eiskirch.

Thomas Eiskirch (SPD): Sie haben gerade den Zeitraum 1990 bis 2005 angesprochen. Wollen Sie auch zur Kenntnis nehmen, dass es dort in den wirtschaftlich eher prosperierenden Zeiträu-

men der letzten beiden Jahre, des konjunkturellen Aufschwungs, im industriellen Sektor zu einer überproportionalen Reduktion von Arbeitsplätzen – im letzten Jahr allein um 11 % – völlig gegen den Landestrend gekommen ist? Nicht, dass Sie das alles in die Vergangenheit schieben! Würden Sie dem zustimmen?

Bodo Löttgen (CDU): Was die Zahlen angeht, kann ich dem zustimmen. Die Ursache dafür kann ich aber nur in Ihre Regierungszeit legen, Herr Eiskirch.

(Oh-Rufe von der SPD – Beifall von der CDU)

Die letzten zwei Jahre waren erfolgreiche Jahre für Nordrhein-Westfalen und das Bergische Städtedreieck. An der Stelle können Sie sich nicht herausreden.

Wir kommen auf das zurück, was Sie in der aktuellen Legislaturperiode getan haben. In den bisherigen Debatten um die Strukturförderpolitik der alten Förderperiode – insbesondere auch in Ihrem Antrag Drucksache 14/467 – werden die Städte Wuppertal, Remscheid und Solingen mit keinem Wort erwähnt. Ihre wirkliche Absicht macht Frau Sikora am 26.04.2006 in der Aussprache des Wirtschaftsausschusses ausweislich des Protokolls deutlich. Ich zitiere:

„Die neue Periode, reklamiert die Abgeordnete, müsse verstärkt für das Ruhrgebiet genutzt werden.“

Meine Damen und Herren, es stellt sich die Frage: Wie hat die SPD das Bergische Städtedreieck entdeckt? – Am 8. Mai 2007 war die SPD-Fraktion zu Besuch in Solingen. Sie hat dort übrigens, nebenbei bemerkt, das Museum bzw. die Museumsammlung Plagiarus, also eine Ausstellung von Originalen und Plagiaten, besucht. Ich weiß nicht, ob sie dort das Original der SPD gesucht hat. Es wird dort nicht aufbewahrt.

(Bodo Wißen [SPD]: Das wäre ein großer Reißer gewesen, Herr Kollege!)

Für diese Debatte viel wichtiger ist Folgendes: Sie hat mit lokalen Akteuren über den bereits am 19.04.2007 in der historischen Stadthalle in Wuppertal im Beisein von Ministerin Thoben vorgelegten Handlungsrahmen, der heute mehrfach genannt worden ist, gesprochen. Diese Strukturimpulse für das Bergische Land müssen Sie so beeindruckt haben, dass Sie daraus in Ihrem Antrag gleich absatzweise zitieren, man könnte auch sagen: abgeschrieben haben.

Obwohl mit dem Papier bereits eine fertige und schlüssige Konzeption vorgelegt worden ist, mit der Sie als Landtagsfraktion rein gar nichts zu tun haben, ist bei Ihnen am 8. Mai anscheinend der Entschluss gereift: Da müssen wir uns dranhängen! – Das, meine Damen und Herren ist politischer Populismus in Reinkultur.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen warten aber nicht mehr auf die sozialdemokratischen Aladine mit ihren Wunderlampen, die in die Region fahren, kurz an der förderpolitischen Wunderlampe reiben, und anschließend sind die Menschen reich. Meine Damen und Herren, nach 39 Jahren wissen die allermeisten in diesem Land, dass diese Geschichte aus dem Märchenland ist und bleibt. Da nützt das ganze Wortgeklänge von Herrn Eiskirch nichts.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sowie zwischenzeitlich auch die Regionen – mit ihnen das Bergische Städtedreieck – sind Ihnen im Hinblick auf die Forderungen, die Sie in Ihrem Antrag erheben, nicht nur einen Schritt voraus, sondern schon um Meilen weiter. Das Bergische Städtedreieck – die Städte Wuppertal, Remscheid und Solingen – und mit diesen Städten auch das Umland – das Bergische Land, das für uns dazugehört – haben alle Voraussetzungen geschaffen und werden sich statt mit Armutszahlen mit zukunftsweisenden Projekten in den anstehenden Wettbewerben durchzusetzen wissen. Nach meinem Eindruck wird sich diese Region behaupten. Das ist auch gut so.

Das Mindesthaltbarkeitsdatum Ihres Antrages ist lange überschritten. Eine Behandlung im Fachausschuss macht dies nicht besser. Die CDU wird sich allerdings einer solchen Überweisung nicht verschließen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass Herr Eumann gleich auch wieder wach wird.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Ich stehe ja rechtzeitig auf, Herr Brockes!)

– Gut zuhören! Sie lernen heute noch etwas, Herr Eumann.

Über Jahrzehnte hat es für die SPD in diesem Land nur eine Region gegeben: das Ruhrgebiet.

(Lachen bei der SPD – Bodo Wißen [SPD]: Das ist doch Quatsch! Ihr eigener Minister hat Ihnen das doch bescheinigt!)

– Herr Wißen, Sie waren ja in der Vergangenheit nicht dabei. Woher wollen Sie das auch wissen?

Zwei Jahre in der Opposition haben aber schon dazu geführt, dass die SPD wenigstens zwei neue Regionen erkannt hat. Nach einem Antrag zum Niederrhein – zu dem allerdings auch Bocholt gezählt wurde – wird heute mit dem Bergischen Land bereits die zweite Region behandelt.

Wie der Kollege schon deutlich gemacht hat, ist in diesem Antrag aber immer nur vom Bergischen Städtedreieck die Rede. Deshalb empfehle ich Ihnen und Ihrer Fraktion, noch einmal dorthin zu fahren.

Meine Damen und Herren, zwei neue Regionen hat die SPD in dieser Zeit erkannt. Wenn Sie das in dem Tempo fortsetzen, reicht diese Legislaturperiode nicht aus; dann werden Sie noch weitere Legislaturperioden in der Opposition brauchen, um Nordrhein-Westfalen kennenzulernen.

(Beifall von der FDP)

Wer nicht in der Lage ist, die Interessen aller Menschen in Nordrhein-Westfalen zu vertreten, kann für sich nicht in Anspruch nehmen, dieses Land zu regieren.

Ihr Widerstand gegen eine wettbewerbliche Vergabe der Ziel-2-Mittel verdeutlicht nämlich den Menschen in diesem Land – im Bergischen Land, am Niederrhein, in Ostwestfalen/Lippe, im Sauer- und Siegerland, im Münsterland, in der Rheinschiene von Düsseldorf über Köln bis Bonn sowie in der Eifel und in der Region Aachen –, dass Sie nach wie vor nichts anderes als die Ein-Regionen-Partei sind, meine Damen und Herren.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Ja, ganz NRW, Herr Brockes!)

Jahrzehntelang haben Sie nur in Steinkohleneinheiten gedacht. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

(Zuruf von Wolfram Kuschke [SPD])

Meine Damen und Herren, die Koalition aus CDU und FDP gibt hingegen zukünftig allen Regionen Nordrhein-Westfalens die Möglichkeit, durch innovative Konzepte Ziel-2-Mittel in einem fairen

Wettbewerb einzufordern. Das Bergische Land wird nicht zuletzt aufgrund seiner Innovationsstärke ein großer Profiteur dieser neuen Vergabepaxis sein.

Herr Kollege Eiskirch, während Sie lediglich Sprechblasen produzieren und in alten Denkblokkaden verhaftet sind, haben wir längst gehandelt. Das spüren die Menschen im Land der neuen Chancen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal Herr Minister Wittke zu Wort gemeldet.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber nicht wieder so laut! – Ralf Witzel [FDP]: Schlafen Sie etwa schon?)

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kuschke, ich möchte Ihnen ein Angebot unterbreiten. Bitte nutzen Sie die Gelegenheit, diesem Hohen Hause in den nächsten Jahren ein gutes Projekt aus dem Bergischen Städtedreieck zu benennen, das an mangelnder Förderbereitschaft des Landes gescheitert ist.

Ich prophezeie Ihnen schon heute, dass Sie kein solches Projekt finden werden; denn wir fördern anders, als Sie es gemacht haben. Wir stellen nicht Töpfe auf, damit auch die satten Hunde fressen kommen, sondern wir fördern die guten Projekte, die es im Land gibt. Ich bin fest davon überzeugt, dass es solche guten Projekte in Wuppertal, in Solingen und in Remscheid geben wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister Wittke, Sie hätten noch 1:55 Minuten Zeit. – Sie wollen aber nichts mehr sagen. Dann danke ich Ihnen, Herr Wittke. – Damit sind wir am Ende der Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/4348 an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend – sowie an den **Hauptausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für diese Überweisung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Um 18:51 Uhr kommen wir nun zum Tagesordnungspunkt

9 Fördern statt strafen – Kinder- und Jugendgewalt wirksam begegnen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4353

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Kollegin Asch das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Jugendgewalt zu begegnen und einzudämmen, erfordert massive Anstrengungen von Politik und Gesellschaft. Deshalb ist es gut und richtig, wenn wir uns diesem Problem hier im Landtag von verschiedenen Seiten nähern.

In der letzten Plenarwoche hat meine Kollegin Monika Düker hier einen Gesetzentwurf zum Jugendstrafvollzug vorgelegt. Darin wurde der Bereich der strafmündigen Jugendlichen angesprochen.

Mit unseren heute eingebrachten Antrag zeigen wir Lösungen für wiederholt aggressive, sehr gewalttätige Kinder und Jugendliche auf, die in der Zuständigkeit der Jugendhilfe liegen.

Eines ist für meine Fraktion ganz klar – da befinden wir uns auch auf einer Linie mit vielen Fachleuten wie Polizisten, Richtern, Staatsanwälten und Pädagogen –: Einfache Lösungen, meine Damen und Herren, gibt es bei dieser Problematik nicht. Alles, was da populistisch herkommt mit Null-Toleranz-Strategie, Wegsperrern in geschlossenen Heimen und Erziehungscamps, mag zwar bei den Stammtischen gut ankommen, verlängert aber das Problem, statt es wirklich einzudämmen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Alle Fachleute sind sich einig: Eine Strategie, die wirklich eine nachhaltige Wirkung erzielen soll – das wollen wir ja alle –, setzt bei einer Prävention an. Prävention muss in diesem Zusammenhang bereits im frühen Kindesalter beginnen. Unterstützungssysteme für Eltern sind gefragt. Der bedarfsgerechte Ausbau an Betreuungsplätzen – das haben wir heute Morgen intensiv diskutiert –, eine fördernde, nicht entwertende und selektierende Schulstruktur gehören genauso dazu wie natürlich ausreichende Mittel für die Jugendarbeit.

Der Deutsche Richterbund hat ein Konzept vorgelegt – das nennt sich Modellregion Erziehung –, in

dem diese umfassenden Präventionsaspekte sehr genau beschrieben sind.

Die Präventionsarbeit ist aber von dieser Landesregierung bisher systematisch unterlaufen worden. Gelder für die Erziehungsberatungsstellen, für die Betreuung in den Kindertageseinrichtungen, vor allem für die Jugendarbeit wurden gestrichen. Statt hier aufzustocken, wurden dieser Arbeit die finanziellen Ressourcen entzogen. In diesem Zusammenhang verweisen die Landesregierung und die CDU-Fraktion immer reflexhaft darauf, dass sie stattdessen die Familienzentren aufgebaut hätten. Aber die Familienzentren, so wie sie finanziell ausgestattet sind, können diese Fehlentwicklungen nicht kompensieren. Im Gegenteil: Aus den Kompetenzteams und den Gesprächen mit den Erzieherinnen hören wir, dass der Aufbau, die Konzeptionsarbeit, die Koordination der Familienzentren auf Kosten der Betreuungszeit für die Kinder gehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und das, meine Damen und Herren, ist genau der falsche Weg. Damit wird den Kindern Betreuungszeit, Förderung und Zuwendung entzogen. Das aber der Effekt, wenn man an sich sinnvolle Projekte mit zu wenig Geld ausstattet.

Dann passiert das, was der Ministerpräsident vor dem CDU-Parteitag mit starken Sprüchen der Öffentlichkeit präsentiert hat, als er versucht hat, die Lufthoheit über den Stammtischen zu erobern, nämlich: Erziehungscamps à la USA hat er gefordert, geschlossene Heime für Kinder und Zwangsberatung von Eltern.

Gerade diese letzte Forderung entlarvt, wie weit sich der Ministerpräsident offenbar vom Alltag der Familien und der Menschen hier im Lande entfernt hat. Meilenweit! Wenn er etwas näher dran wäre, dann wüsste er, dass wir jetzt schon lange Wartelisten bei den Erziehungsberatungsstellen haben, dass nämlich schon die Eltern, die sich freiwillig beraten lassen wollen, überhaupt keinen Platz finden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn er jetzt Zwangsberatung einführt, dann müsste er einen vielfachen Bedarf abdecken.

Was die geschlossenen Heime angeht, meine Damen und Herren, gab es einen großen, über alle Parteigrenzen hinweg bestehenden Konsens, diese Heime zu schließen. Das haben alle in den 70er-Jahren befürwortet, weil klar war: In diesen Heimen gab es zuhauf Menschenrechtsverletzungen. Man hat erkannt, dass diese Form der Un-

terbringung keine positive Entwicklung der Kinder befördert, sondern genau das Gegenteil bewirkt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das heißt, man ist zu Recht abgekehrt von dieser schwarzen Pädagogik der 50er-Jahre.

Jetzt tauchen diese Gedanken wieder auf, und zwar im Sinne der populistischen Forderungen, Schnellschüsse, schnelle Lösungen. Herr Schill übrigens hat in Hamburg so ein geschlossenes Heim vor einigen Jahren errichtet. Das fliegt den Hamburgern buchstäblich um die Ohren: Es gibt dort Gewalt, es gibt Gewalt vonseiten der Bewacher – diese Personen sind nichts anderes als Bewacher –, Gewalt vonseiten der Jugendlichen; es gibt zuhauf Ausbruchversuche, Entweichungen. Mittlerweile müssen sich zwei Untersuchungsausschüsse mit diesem Problem beschäftigen.

Wir Grünen – ich sage das ganz deutlich – lehnen diese Form der Kinderknäste ab, weil sie kontraproduktiv ist, weil sie keinem Kind helfen und weil sie unserer Gesellschaft nicht helfen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Stattdessen fördern wir Konzepte – das legen wir Ihnen hier in unserem Antrag vor –, die sehr wohl Lösungen für die sehr aggressiven, entgrenzten, gewalttätigen Kinder und Jugendlichen anbieten. Man darf natürlich nicht die Augen davor verschließen, dass es diese Gruppe gibt.

Aber es zeigt sich: Wenn die Kinder und Jugendlichen nicht in einer geschlossenen Gruppe geführt werden, sondern wenn man mit pädagogisch eingebetteten Konzepten von Freiheitsentzug, und zwar immer partiellem und zeitlich begrenztem Freiheitsentzug, agiert, dann sind die Rückfallquoten geringer, die Ausbruchversuche aus den Heimen sind geringer, die Zahl der Entweichungen ist geringer, und es sind insgesamt positive Entwicklungsverläufe zu verzeichnen.

Wir haben dieses Konzept in Nordrhein-Westfalen. Das Landesjugendamt in Köln hat es entwickelt, das sogenannte Rheinische Modell. Viele Einrichtungen arbeiten seit Jahren mit diesem Konzept. Es ist zeitlich begrenzter Freiheitsentzug, aber eng pädagogisch begleitet und immer individuell auf das jeweilige Kind, auf den jeweiligen Jugendlichen abgestimmt.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Asch, Ihre Redezeit ist bereits abgelaufen. Kommen Sie bitte zum Schluss? – Danke schön.

Andrea Asch (GRÜNE): Ja, ich komme jetzt zum Schluss.

Wir beantragen, dieses erfolgreiche Konzept auf das ganze Land zu übertragen, weil es nicht sein kann, dass wir in Westfalen anders agieren als im Rheinland. Es ist ein erfolgreiches Konzept. Auch die Einheitlichkeit des Verwaltungshandelns gebietet dieses Vorgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie einladen, dass wir im Ausschuss die Frage der Jugendkriminalität differenziert diskutieren und gemeinsam zu differenzierten Konzepten in dieser schwierigen Frage kommen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die CDU spricht jetzt Herr Kollege Hollstein.

Jürgen Hollstein (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herrn! Prävention, liebe Kollegin Asch, hat etwas mit vorbeugen, bewahren zu tun. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten uns vor diesem Antrag und auch vor dieser Rede gerade bewahrt. Es ist ein Sammelsurium von Behauptungen und Unterstellungen, teilweise unzusammenhängend nebeneinandergestellt. Die Richtigkeit und der Wahrheitsgehalt stehen im umgekehrt proportionalen Verhältnis zur Quantität Ihrer Behauptungen. Mit anderen Worten: Die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen sieht anders aus.

Fakt ist: Glücklicherweise gibt es kein signifikanten Anstieg der Jugendgewalt in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2006.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Richtig ist allerdings, dass sich zwischen 1995 und 2005 die Zahl der wegen Gewalttaten verurteilten Jugendlichen nahezu verdoppelt hat.

Es gibt allerdings auch eine deutlich höhere Sensibilität gegenüber Gewalttätern. Die gefühlte Gewaltbelastung ist deutlich höher als die tatsächliche. Fakt ist aber auch: Es gibt eine zunehmend brutalisierte Tätergruppe von Jungen und jungen Männern. Die bereiten uns einen Großteil der Probleme. Das ist eine der Zielgruppen, die in den Beschlüssen des Parteitags von Siegburg angesprochen worden ist.

Wir wollen und werden Jugend schützen, Gewalt bekämpfen und deswegen härter durchgreifen. Dazu stehen wir, auch wenn Ihnen das nicht gefällt. Eine der Grundsätze dabei ist null Toleranz.

Das hat nichts mit einfachen Lösungen zu tun, Frau Asch.

In dem Ihnen sicherlich vorliegenden Beschluss werden ganz viele Facetten durchdekliniert. Die Grünen greifen sich einen einzigen Teilaspekt heraus. Das ist die Unterbringung in geschlossenen Heimen für Intensivstraftäter. Diese Möglichkeit muss es nach unserer Auffassung als Ultima Ratio geben. Sie muss in ein erzieherisches und therapeutisches Gesamtkonzept eingebettet sein. Sie muss auch zeitlich befristet sein. Prävention hat dabei Priorität. Das ist genau der im Antrag enthaltene Wortlaut.

(Beifall von der CDU)

Der Antrag besteht im Übrigen aus 16 Seiten. Genau 13 Zeilen beschäftigen sich mit der Unterbringung in geschlossenen Heimen. In Ihrem aus drei Seiten bestehenden Antrag der Grünen wählen Sie dieses Thema über eine Seite aus.

Das ist aber nicht einmal alles: Kinder- und Jugendschutz vor Vernachlässigung, Verwahrlosung, Drogen und Gewalt. Die Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe, Polizei und Strafverfolgungsbehörden muss verbessert werden. Eine Präventionsinitiative ist deutlich differenzierter und qualifizierter dargelegt, als es in Ihrem Antrag der Fall ist.

Der Parteitagebschluss von Siegburg war aber nicht einmal der erste Ansatz in dieser Richtung. Die Landesregierung verfolgt seit dem Sommer 2005 mit zahlreichen Initiativen genau das, was wir in der Prävention als wichtig erkannt haben. Ob es die Justizministerin, der Familienminister, die Schulministerin oder der Innenminister ist: Ein Grundgedanke lässt sich seit Sommer 2005 verfolgen. Er findet sich im Schulgesetz, in den Gesetzesinitiativen zum Jugendarrest, zum Jugendstrafvollzug wieder. Sogar im KiBiz können Sie solche Sachen wiederfinden.

Im November 2006 gab es eine Offensive zur Prävention von Kinder- und Jugendkriminalität, die von den Ministern Laschet und Müller-Piepenkötter hier vorgestellt worden ist. Ein 20-Punkte-Programm – wesentlich differenzierter, detaillierter und konkreter als dieser Antrag der Grünen – mit vielen guten Ansätzen wurde vorgestellt. Prävention ist bei der Koalition der Erneuerung bestens aufgehoben.

Lassen Sie mich einen Aspekt herausgreifen, nämlich das immer wieder zitierte Haus des Jugendrechts. In Stuttgart wird dies seit 1999 mit großem Erfolg praktiziert. Verfahrenszeiten reduzieren sich auf die Hälfte, indem alle Beteiligten

im Verfahren – nicht nur die offiziellen Behörden, sondern auch Jugendhilfe und viele andere Träger – eng miteinander kooperieren. Das Projekt kann großen Erfolg verbuchen.

Der unmittelbare Zusammenhang zwischen Vergehen und – ich sage bewusst nicht: Sanktion – seinen Folgen muss deutlich gemacht werden. Anders ausgedrückt: „Es gibt ein Recht auf unmittelbare Bestrafung.“ – Dieser Satz stammt übrigens nicht von mir. Ich zitiere damit einen katholischen Priester aus Köln, der in den Augen vieler möglicherweise etwas unkonventionell agiert, aber immerhin von einer Gruppe um Heinrich Pacht und Günter Wallraff zum Alternativen Kölner Ehrenbürgern gemacht worden ist. Ich habe große Hoffnung, dass auch in Köln ein solches Haus des Jugendrechts zustande kommen wird.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Asch?

Jürgen Hollstein (CDU): Ich spreche den letzten Satz zu Ende. Dann sind wir angesichts der späten Zeit hoffentlich auch bald fertig.

Vizepräsident Oliver Keymis: Möchten Sie keine Zwischenfrage zulassen?

Jürgen Hollstein (CDU): Nein.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön.

Jürgen Hollstein (CDU): Der Antragstitel der Grünen ist falsch und entlarvt auch eine falsche Denkweise. Er sollte nicht heißen „Fördern statt strafen“, sondern es müsste heißen: „Fördern und strafen, wenn es denn notwendig ist“. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hollstein. – Für die Fraktion der SPD hat jetzt Frau Kollegin Hack das Wort.

Ingrid Hack (SPD): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Hollstein, seit gerade bedauere ich, dass wir für diesen Antrag diese kurze Redezeit haben, obwohl es ein Antrag der Grünen ist.

(Beifall von der SPD)

Wir könnten jetzt unglaublich lange darüber diskutieren.

(Zuruf von Jürgen Hollstein [CDU])

Wir könnten über das Haus des Jugendrechts wirklich sehr lange diskutieren.

Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen von den Grünen nicht vorgreifen. Ich glaube aber, dass der Antrag der Grünen nicht nur eine Replik auf diesen – wie auch immer zu interpretierenden – Beschluss des Parteitag Ihrer Partei war.

Herr Kollege Hollstein, Sie haben völlig recht: Wir haben bereits im vergangenen September den Themenkomplex „Jugendkriminalität und Jugendgewalt“ im Generationenausschuss diskutiert. Grundlage waren Anträge meiner Fraktion und der Regierungsfractionen zu jeweils unterschiedlichen Aspekten.

Vor wenigen Wochen rückte dieser Härterdurchgreifen-Beschluss der Landes-CDU ins Hellfeld, motiviert durch die – wie auch immer zu deutenden; Sie haben sie bereits zum Teil interpretiert – Ergebnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik 2006.

Bereits im vergangenen Jahr waren wir uns im Ausschuss darüber einig, dass Prävention eine, wenn nicht sogar die zentrale Antwort auf die Frage nach dem wirksamen Umgang mit Jugendgewalt ist. Einigkeit herrschte auch darüber, dass die Jugendhilfe mithin das zentrale Aktionsfeld für diese Problemstellung ist. Der zur Überweisung anstehende Antrag der Fraktion der Grünen greift diese beiden Punkte erfreulich deutlich wieder auf.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Debatte des gesamten heutigen Tages haben wir vieles über die Auswirkungen von Armut – Bildungsarmut, materieller Armut und gesundheitlicher Armut – gehört.

Wir haben uns auch über die Notwendigkeit verlässlicher früher Bildung auseinandergesetzt. Was hat das mit dem Antrag der Grünen zu tun? In all diesen Bereichen geht es auch um Prävention: um soziale Prävention, um materielle Prävention, bildungsfördernde, teilhabefördernde sowie gesundheitsfördernde Prävention.

Aus meiner beruflichen Erfahrung weiß ich: Zahlreiche Faktoren für den Lebensverlauf eines Menschen werden im Alter bis spätestens zwölf oder 13 Jahren festgelegt. Was bis zu diesem Zeitpunkt nicht gelernt wurde, ist nur unter ungleich schwierigeren Bedingungen zu erfassen. Umgekehrt gilt natürlich ebenso: Was Kinder in dieser Zeit erfahren und damit erlernen, ist für sie Bestandteil ihrer Biografie und ihres Verhaltens.

Betrachten wir Jugendgewalt, zählen dazu eigene Gewalterfahrungen. Dies ist im Kindesalter oft genug als Opfer, zumindest als Zeuge oder Zuschauer der Fall. Entweder wird Gewalt als negatives Konfliktlösungsinstrument gelernt oder es werden eben positiv verbale Konfliktlösungen, partnerschaftlicher Umgang, Gruppenregeln usw. gelernt.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Jugendhilfe ihrer zentralen Rolle, über die Einigkeit herrscht, auch gerecht werden kann. Dafür ist der Antrag der Grünen in der Ausschussdebatte sicherlich geeignet. Neben der personell und finanziell auskömmlichen Ausstattung gehört dazu vor allem die Anerkennung dieser Vorrangposition vor polizeilichem Handeln und vor Justizhandeln.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass der Schwerpunkt unseres Handelns und damit auch der Schwerpunkt von Fördermitteln in diesem Bereich liegt und nicht – lassen Sie es mich so ausdrücken – bei dem Kind, das schon in den Brunnen gefallen ist.

Präventive Arbeit der Polizei nutzt nichts, wenn nicht auch Jugendhilfe mit am Tisch sitzt und ihm nicht – mangels Personal, mangels Mitteln und nicht etwa, weil der Wille zur Zusammenarbeit fehlte – fernbleiben muss. Erfahrungen damit sind inzwischen vielfältig.

Wir werden im Ausschuss darüber zu reden haben, wie wir die Vorrangstellung der Jugendhilfe unterstützen bzw. herstellen können, welche koordinierenden Funktionen fehlen, welche strukturellen Defizite zu beheben sind. Hier sollten wir insbesondere die Nachrangigkeit des SGB VIII zum SGB II diskutieren.

Wir werden auch die Auseinandersetzung darüber führen müssen, in welcher Form die im Antrag sogenannte geschlossene Unterbringung als Instrument des Umgangs mit Jugenddelinquenz wie wirksam ist. Sie wird hier richtig als Ultima Ratio bezeichnet. Die Meinungen hierzu sind nicht eindeutig; das haben wir in dieser kurzen Debatte schon mitbekommen. Klar ist hingegen, dass Desintegration und irgendwann mühsame Reintegration allemal teurer sind, materiell wie ideell, als vorherige Anstrengungen zur Integration. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Hack. – Für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Dr. Orth das Wort.

Dr. Robert Orth^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Zu politisch später Stunde will auch ich versuchen, schnell zum Ende zu kommen,

(Ralf Jäger [SPD]: Danke!)

da wir in den Ausschüssen sicher viel Zeit für die Beratung haben werden.

Dieser Antrag der Grünen ist nicht isoliert zu betrachten. Die Grünen haben einen Entwurf für ein Jugendstrafvollzugsgesetz vorgelegt. Auch das Kabinett hat einen Entwurf für ein Jugendstrafvollzugsgesetz beschlossen, der sicher bald ins Parlament eingebracht und hier beraten wird.

Wir haben uns natürlich auch die Frage zu stellen, wie es überhaupt dazu kommt, dass Jugendliche verurteilt werden, und was wir im Vorfeld tun können.

Insoweit empfinde ich den Beitrag, den die Grünen uns hier heute auf den Weg geben, als einen Anstoß, das plenar weiter zu beraten, was die Landesregierung schon bei ihrem Amtsantritt zu einem wesentlichen Kern ihrer Politik gemacht hat.

(Beifall von der FDP)

Wir haben bereits mit Amtsantritt versucht, bei der Jugendkriminalitätsbekämpfung einiges auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der FDP)

Ich nenne nur Schülergerichte, die Aktion „Gelbe Karte“, diverse Initiativen, die wir gestartet haben. Wir diskutieren über die Frage, inwieweit wir Eltern, die in der Erziehung versagen, ihr Erziehungsrecht lassen können. Wir diskutieren darüber, wie wir Jugendlichen, die aus der Haft entlassen werden, unter die Arme greifen können, damit sie nicht wieder delinquent werden.

Wir haben hier und da auch nicht unbedingt Einigkeit. Aber ich denke, man muss unterscheiden zwischen dem, was Parteitagsbeschlüsse auf der einen Seite aussagen, und dem, was der Koalitionspartner auf der anderen Seite hier im Parlament tut.

(Beifall von der FDP)

Da kann ich jedenfalls für uns sagen, dass wir uns in unserer praktischen Politik hier weitestgehend einig sind.

(Ralf Jäger [SPD]: Halten Sie sich nicht an Ihre Parteitagsbeschlüsse?)

Ich glaube, dass wir mit den Problemen der Jugendlichen angemessen umgehen.

(Beifall von der FDP – Erneut Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

– Sie können entsetzt sein, Herr Jäger. Ich bin viel häufiger über Sie entsetzt, als Sie vielleicht über mich.

(Beifall von der FDP – Ralf Jäger [SPD]: Dann habe ich mein Ziel schon mal erreicht!)

Wir haben immer erklärt, dass die Bekämpfung der Jugendkriminalität keine isolierte Frage des Strafrechts ist. Deswegen haben sich der Innenminister, die Bildungsministerin, der Jugendminister und die Justizministerin zusammengesetzt und einen gemeinsamen Aktionsplan verabschiedet. Darin gibt es 20 Punkte, die abgearbeitet werden. Die Aktion „Gelbe Karte“ habe ich schon erwähnt.

Wir haben uns auch dazu bekannt – deswegen bin ich über diesen Antrag von den Grünen auch so froh –, dass wir im Falle des Falles bei den Strafunmündigen, bei denen, bei denen nichts mehr hilft, auch über die zeitweilige geschlossene Unterbringung nachdenken können müssen.

(Beifall von der FDP – Zustimmung von der CDU)

Ich bin Ihnen dankbar, Frau Asch, dass Sie für Ihre Fraktion in diesem Antrag so klar gesagt haben, dass auch Sie sich dazu bekennen. Das war in der Vergangenheit leider nicht immer der Fall. Ich bin vollkommen bei Ihnen, dass das keine Standardmaßnahme sein darf – anders, als dass vielleicht manch einer aufseiten der CDU-Fraktion, der fachlich gar nicht mit diesem Bereich befasst ist, aber Mitglied dieses Landtags ist, hier und da vertont. Wir jedenfalls haben immer gesagt, dass wir das Mittel brauchen, aber damit sehr differenziert umgehen wollen.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Beratungen im Ausschuss. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Für die Landesregierung spricht in Vertretung von Herrn Minister Laschet Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Laschet hätte Ihnen zur Thematik gerne Folgendes gesagt:

In ihrem Antrag fordert die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zur wirksamen Bekämpfung von Jugendgewalt eine Gesamtkonzeption. Wir können das beunruhigende Phänomen Jugendgewalt in der Tat nur durch eine Gesamtkonzeption zurückdrängen. In einem solch ganzheitlichen und in den Instrumenten ausgewogenen Ansatz ist die Landesregierung dieser Aufgabe verpflichtet.

Es geht dabei nicht allein um Zahlen aus der Kriminalitätsstatistik. Es geht auch um ein sich veränderndes Klima. Die Bereitschaft zur Gewalt bei einer zu großen Zahl von Kindern und Jugendlichen markiert dieses Klima besonders deutlich. Es sind nicht nur die spektakulären Fälle, die zu denken geben. Es ist die Gewalt im Alltag, auf dem Schulhof, unter Schülerinnen und Schülern, im Wohnbereich und auf dem Fußballplatz, die unsere Aufmerksamkeit erfordert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will deutlich sagen: Die Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen ist eines der vorrangigen Anliegen der Landesregierung.

(Beifall von der CDU)

Gewalttätiges Verhalten ist keine vorgegebene Disposition. Sie entwickelt sich aus zahlreichen sozialen Umweltfaktoren, nicht zuletzt auch durch Defizite in Erziehung und Bildung. Aus zahlreichen Untersuchungen ist bekannt, dass speziell solche Kinder und Jugendliche gefährdet sind, bei denen bestimmte Risikofaktoren gehäuft zusammentreffen.

Das wirksamste Mittel gegen dieses Verhalten und insbesondere gegen Gewalt von Kindern und Jugendlichen ist, ihm schon zu einem möglichst frühen Zeitpunkt der Kindesentwicklung, sehr geehrte Frau Asch, mit präventiven Maßnahmen vorzugreifen. Dabei sind wir mit Ihnen deutlich einer Meinung.

Das eröffnet die Chance, Gefährdungspotenziale so rechtzeitig zu erkennen und anzugehen, dass schwerwiegende Verhaltensauffälligkeiten bei den Kindern und Jugendlichen vermieden oder jedenfalls abgeschwächt werden können. Das ist eine Aufgabe und eine Frage der Kooperation vieler Institutionen.

Wirkungsvolle Präventionsarbeit und hierbei insbesondere die Gewaltprävention ist wesentlicher Bestandteil jeder pädagogischen Arbeit und

(Ralf Jäger [SPD]: Eine grandiose Rede!)

wird von den Akteuren vor Ort in Kindertageseinrichtungen, in der Schule, in Einrichtungen der of-

fenen Jugendarbeit usw. in vielfältiger und effektiver Weise geleistet.

(Beifall von der CDU)

Hierbei jedoch zuvorderst auf Mittelkürzungen abzustellen, wie es im Antrag der Grünen zum Ausdruck kommt, wird der Arbeit der Beteiligten im Lern- und Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen nicht gerecht.

(Beifall von der CDU)

Nachhaltige Präventionsarbeit ist nicht allein eine Frage der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Es wäre schön, wenn der Zusammenhang so einfach wäre. In Wirklichkeit kommen eine Reihe weiterer Faktoren hinzu, zum Beispiel die Frage des guten Umgangs miteinander, der den betroffenen Kindern und Jugendlichen frühzeitig beigebracht und sicher auch vorgelebt werden muss.

Wegen der zunehmenden Komplexität der Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen ist es erforderlich, in größerem Umfang als bisher die Kooperation der verschiedenen beteiligten Institutionen durch funktionierende Netzwerke zu untermauern. Eine solche Vernetzungsarbeit, die wir leisten, drückt sich nicht allein in Haushaltsmitteln aus.

Im Hinblick auf die im Antrag angesprochenen freiheitsentziehenden Maßnahmen möchte ich anmerken, dass Einvernehmen darüber besteht – genau das kommt auch in dem von der CDU in Nordrhein-Westfalen auf dem Landesparteitag am 5. Mai beschlossenen Leitantrag zum Ausdruck –, dass eine freiheitsentziehende bzw. freiheitsbeschränkende Maßnahme immer nur als letztes Mittel in Betracht zu ziehen ist, um auf die Betroffenen einzuwirken.

(Beifall von der CDU)

Darüber hinaus besteht grundsätzlich Einigkeit darüber, dass solche Maßnahmen immer durch pädagogische Konzepte begleitet werden müssen und dass es sich immer um zeitlich begrenzte Maßnahmen in Abhängigkeit von dem Einzelfall handelt. Insofern laufen Sie mit Ihrem Antrag ins Leere.

Eine umfassende, ganzheitliche Politik gegen Jugendgewalt hat viele Facetten. Auch indem wir mehr Betreuungsplätze für Kinder aufbauen, mehr Ganztagschulen schaffen, Hilfe und Beratung für Eltern in den neuen Familienzentren organisieren, indem wir auf frühen Erwerb der Sprache setzen, den Medienschutz für Jugendliche und die Medienkompetenz von Jugendlichen verbessern, un-

seren Aktionsplan Integration umsetzen und insbesondere auch, indem wir für bessere berufliche und damit wirtschaftliche Perspektiven junger Menschen sorgen, leisten wir wirksame Beiträge gegen Kinder- und Jugendkriminalität.

Ich erinnere schließlich an das Sonderprogramm Jugend und soziale Brennpunkte, in dem im vergangenen und in diesem Jahr bereits jeweils 4,5 Millionen € zur Verfügung stehen. – Meine Damen und Herren, vielen Dank fürs Zuhören. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Sommer. Dem guten Wunsch schließe ich mich gleich an. Aber zunächst kommen wir zur Abstimmung nach Schluss der Beratung, denn es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/4353** an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** – federführend –, den **Innenausschuss** sowie an den **Rechtsausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Danke. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren, für die heutige Sitzung.

Die nächste Sitzung des Plenums berufe ich für morgen, Freitag, 25. Mai 2007, 10 Uhr, ein.

Ich wünsche Ihnen ebenfalls einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19:20 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage zu Punkt 6 der Tagesordnung – Befreiung von der Rundfunkgebühr für Geringverdienende erleichtern

Niederschrift

über die **namentliche Abstimmung** über den Antrag Drucksache 14/4346

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
1	Frau Altenkamp	SPD	X		
2	Frau Apel-Haefs	SPD	abwesend		
3	Frau Asch	Grüne	X		
4	Herr Aßbrock	CDU		X	
5	Herr Becker, Andreas	SPD	X		
6	Herr Becker, Horst	Grüne	X		
7	Frau Beer	Grüne	X		
8	Herr Dr. Behrens	SPD	X		
9	Herr Dr. Berger	CDU		X	
10	Herr Biesenbach	CDU		X	
11	Herr Billmann	CDU		X	
12	Herr Bischoff	SPD	X		
13	Herr Börschel	SPD	X		
14	Frau Freifrau von Boeselager	CDU	abwesend		
15	Herr Bollenbach	CDU		X	
16	Herr Prof. Dr. Bollermann	SPD	X		
17	Frau Dr. Boos	SPD	X		
18	Herr Prof. Dr. Bovermann	SPD	X		
19	Herr Brakelmann	CDU		X	
20	Herr Breuer	CDU		X	
21	Herr Dr. Brinkmeier	CDU		X	
22	Herr Brockes	FDP		X	
23	Frau Brüning	CDU		X	
24	Frau Brunert-Jetter	CDU		X	
25	Frau Brunn	SPD	X		
26	Herr Burkert	CDU		X	
27	Herr Clauser	CDU		X	

28	Herr Deppe	CDU		X	
29	Frau van Dinther	CDU		X	
30	Frau Doppmeier	CDU		X	
31	Herr Dr. Droste	CDU	abwesend		
32	Frau Düker	Grüne	X		
33	Herr Einmahl	CDU		X	
34	Herr Eiskirch	SPD	X		
35	Herr Ellerbrock	FDP		X	
36	Herr Ellinghaus	CDU		X	
37	Herr Engel	FDP		X	
38	Herr Eumann	SPD	X		
39	Frau Fasse	CDU		X	
40	Herr Fehring	CDU	abwesend		
41	Frau Freimuth	FDP		X	
42	Herr Garbrecht	SPD	X		
43	Herr Gatter	SPD	X		
44	Frau Gebhard	SPD	X		
45	Herr Giebels	CDU		X	
46	Frau Gießelmann	SPD	X		
47	Frau Gödecke	SPD	X		
48	Frau Gottschlich	SPD	X		
49	Herr Groschek	SPD	X		
50	Herr Große Brömer	SPD	X		
51	Herr Groth	Grüne	abwesend		
52	Herr Grunendahl	CDU	abwesend		
53	Herr Dr. Hachen	CDU	abwesend		
54	Frau Hack	SPD	X		
55	Frau Hammelrath	SPD	X		
56	Herr Haseloh	SPD	X		
57	Herr Hegemann	CDU		X	
58	Frau Hendricks	SPD	X		
59	Herr Henke	CDU		X	
60	Herr Hilser	SPD	X		
61	Herr Hollstein	CDU		X	
62	Herr Hovenjürgen	CDU		X	
63	Frau Howe	SPD	abwesend		

64	Herr Hüskens	CDU		X	
65	Herr Jäger	SPD	X		
66	Herr Jarzombek	CDU		X	
67	Herr Jörg	SPD	abwesend		
68	Herr Jostmeier	CDU		X	
69	Herr Jung	SPD	X		
70	Herr Kaiser, Klaus	CDU		X	
71	Herr Kaiser, Peter	CDU		X	
72	Herr Dr. Karthaus	SPD	X		
73	Frau Kastner	CDU		X	
74	Herr Kemper	CDU	abwesend		
75	Herr Kern	CDU		X	
76	Herr Keymis	Grüne	X		
77	Frau Kieninger	SPD	X		
78	Herr Killewald	SPD	X		
79	Herr Kleff	CDU		X	
80	Herr Klein	CDU		X	
81	Frau Klöpper	CDU		X	
82	Herr Knieps	CDU		X	
83	Herr Körfges	SPD	abwesend		
84	Frau Koschorreck	SPD	X		
85	Frau Kraft	SPD	X		
86	Herr Kramer	SPD	abwesend		
87	Frau Krauskopf	SPD	abwesend		
88	Herr Kress	CDU		X	
89	Herr Krückel	CDU		X	
90	Herr Kruse	CDU	abwesend		
91	Herr Kuhmichel	CDU		X	
92	Herr Kuschke	SPD	X		
93	Herr Kutschaty	SPD	X		
94	Herr Laumann	CDU		X	
95	Herr Lehne	CDU		X	
96	Herr Leuchtenberg	SPD	X		
97	Herr Lienenkämper	CDU		X	
98	Herr Lindner	FDP		X	
99	Herr Link	SPD	X		

100	Herr Dr. Linssen	CDU	abwesend		
101	Frau Löhrmann	Grüne	X		
102	Herr Löttgen	CDU		X	
103	Herr Lohn	CDU		X	
104	Herr Lorth	CDU		X	
105	Herr Luckey	CDU		X	
106	Herr Lux	CDU	abwesend		
107	Frau Meurer	SPD	X		
108	Frau Milz	CDU		X	
109	Herr Möbius	CDU		X	
110	Frau Monheim	CDU		X	
111	Herr Moron	SPD	X		
112	Herr Müller	CDU		X	
113	Frau Nell-Paul	SPD	X		
114	Herr Ortgies	CDU		X	
115	Herr Dr. Orth	FDP		X	
116	Herr Palmen	CDU	abwesend		
117	Herr Dr. Papke	FDP		X	
118	Herr Peschkes	SPD	X		
119	Herr Dr. Petersen	CDU		X	
120	Herr Pick	CDU		X	
121	Frau Pieper-von Heiden	FDP		X	
122	Herr Post	CDU		X	
123	Herr Preuß	CDU		X	
124	Herr Priggen	Grüne	X		
125	Herr Rasche	FDP	abwesend		
126	Herr Ratajczak	CDU	abwesend		
127	Herr Recker	CDU		X	
128	Herr Remmel	Grüne	X		
129	Herr Röken	SPD	X		
130	Herr Römer	SPD	X		
131	Herr Dr. Romberg	FDP		X	
132	Herr Dr. Rudolph	SPD	X		
133	Frau Rühl	CDU		X	
134	Herr Dr. Rüttgers	CDU	abwesend		
135	Frau Ruff-Händelkes	SPD	X		

136	Frau Ruhkemper	SPD	abwesend		
137	Herr Sagel	Grüne	abwesend		
138	Herr Sahnen	CDU		X	
139	Frau Schäfer	SPD	X		
140	Herr Schartau	SPD	X		
141	Herr Schemmer	CDU		X	
142	Herr Schick	CDU		X	
143	Herr Schittges	CDU	abwesend		
144	Herr Schmeltzer	SPD	X		
145	Herr Schmitz	CDU		X	
146	Frau Schneppe	SPD	X		
147	Herr Schroeren	CDU		X	
148	Herr Schulte, Bernd	CDU		X	
149	Herr Schulte, Hubert	CDU		X	
150	Herr Schultheis	SPD	abwesend		
151	Frau Schulze	SPD	X		
152	Frau Schwarz-Schumann	SPD	X		
153	Herr Seel	CDU		X	
154	Frau Dr. Seidl	Grüne	abwesend		
155	Herr Sendker	CDU		X	
156	Herr Sichau	SPD	X		
157	Frau Sikora	SPD	X		
158	Herr Solf	CDU	abwesend		
159	Herr Stahl	CDU		X	
160	Frau Steffens	Grüne	X		
161	Herr Prof. Dr.Dr. Sternberg	CDU		X	
162	Herr Stinka	SPD	X		
163	Herr Stotko	SPD	X		
164	Frau Stotz	SPD	X		
165	Herr Stüttgen	SPD	X		
166	Frau Talhorst	SPD	abwesend		
167	Herr Tenhumberg	CDU		X	
168	Frau Tillmann	SPD	X		
169	Herr Töns	SPD	X		
170	Herr Trampe-Brinkmann	SPD	X		
171	Herr Tüttenberg	SPD	X		

172	Herr Uhlenberg	CDU	abwesend		
173	Herr Unruhe	SPD	X		
174	Frau Veldhues	SPD	X		
175	Frau Walsken	SPD	X		
176	Frau Watermann-Krass	SPD	X		
177	Herr Weisbrich	CDU		X	
178	Frau Westerhorstmann	CDU		X	
179	Herr Westkämper	CDU		X	
180	Frau Wiegand	SPD	X		
181	Herr Wilp	CDU		X	
182	Herr Wirtz, Axel	CDU		X	
183	Herr Wirtz, Josef	CDU		X	
184	Herr Wißen	SPD	X		
185	Herr Witzel	FDP		X	
186	Herr Dr. Wolf	FDP		X	
187	Herr Wüst	CDU	abwesend		
	ERGEBNIS		ja 74	nein 84	